

Stadt Freiburg im Breisgau, Dezernat II, Amt für Schule und Bildung, Stabsstelle Freiburger Bildungsmanagement [Hrsg.]

5. Freiburger Bildungsbericht. Bildung für nachhaltige Entwicklung

Freiburg im Breisgau : Stadt Freiburg, Dezernat für Umwelt, Jugend, Schule und Bildung 2022, 111 S.



Quellenangabe/ Reference:

Stadt Freiburg im Breisgau, Dezernat II, Amt für Schule und Bildung, Stabsstelle Freiburger Bildungsmanagement [Hrsg.]: 5. Freiburger Bildungsbericht. Bildung für nachhaltige Entwicklung. Freiburg im Breisgau : Stadt Freiburg, Dezernat für Umwelt, Jugend, Schule und Bildung 2022, 111 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-268907 - DOI: 10.25656/01:26890

<https://doi.org/10.25656/01:26890>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

2022

5. Freiburger Bildungsbericht

Bildung für nachhaltige
Entwicklung

5. Freiburger Bildungsbericht

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Projektnehmer Teilstudien 1 bis 3:

Bevölkerungsbefragung

Netzwerkanalyse

Ideenwerkstatt

FIELDS

I N S T I T U T E

Projektnehmer Teilstudie 4:

Bürgergutachten



Gesellschaft für Bürgergutachten



Inhalt

VORWORT	5
EINLEITUNG	6
1 DIE BÜRGER_INNEN-BEFRAGUNG ZU BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG	10
1.1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick	10
1.2 Hintergrund, Vorgehensweise und Repräsentativität	11
1.3 Fragen zur Kenntnis und Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung	12
1.4 Die Nachhaltigkeitsinitiativen der Stadt Freiburg und das persönliche Engagement	13
1.5 Engagement der Stadt und eigenes Verhalten in spezifischen Feldern nachhaltiger Entwicklung	15
1.6 Nachhaltigkeit lernen	19
1.7 Der Besuch von Veranstaltungen zur Nachhaltigkeit	25
1.8 Wunschthemen	28
1.9 Beziehungen zwischen Veranstaltungsbesuch, Wissen und Handeln	29
1.10 Die wachsende und zukünftige Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung	30
1.11 Emotionen im Umgang mit Nachhaltigkeit	33
1.12 Empfehlungen	35
ANHANG	37
2 DAS BNE-NETZWERK LOKALER LERNORTE	44
2.1 Was sind lokale BNE-Lernorte?	44
2.2 Die Erhebung	45
2.3 Wie lange ist man dabei und was wird angeboten?	46
2.4 Die lokalen BNE-Anbieter_innen Freiburgs	48
2.5 Das Gesamtnetzwerk	49
2.6 Struktur der Kooperationen	56
2.7 Etablierte kommunale Netzwerke und Förderung	57
2.8 Was ist den Anbieter_innen von BNE besonders wichtig?	60
2.9 Wer sollte mehr Einfluss gewinnen und wo liegen Verbesserungspotenzial und Wünsche?	62
2.10 Die wichtigsten Aufgaben der Stadt und des Landes zur Förderung von BNE	62
2.11 Corona - Die Folgen für die Anbieter_innen von BNE	63
2.12 Zusammenfassung und Empfehlungen	64

3	IDEENWERKSTATT MIT JUGENDLICHEN ZU FREIBURGS ZUKUNFT	70
3.1	Hintergrund und Erhebungsverfahren	70
3.2	Klimawandel	72
3.2.1	Mobilität und Infrastruktur	73
3.2.2	Stadtplanung und städtische Architektur	77
3.2.3	Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren	79
3.3	Soziale Gerechtigkeit	81
3.3.1	Bildung	81
3.3.2	Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum	83
3.3.3	Umgang mit Ungleichheit(en)	83
3.3.4	Engagement: Kultur, Freizeit und Soziales	84
3.4	Partizipation	85
3.4.1	Einbezogen werden: Befragungen und Abstimmungen	85
3.4.2	Politische Kommunikation	86
3.5	Analyse der Themenbereiche	88
3.6	Fazit und Empfehlung	92
4	BÜRGERGUTACHTEN MIT PLANUNGSZELLEN	96
4.1	Das Verfahren	96
4.2	Die Ergebnisse	97
4.3	Die Handlungsempfehlungen der Bürgergutachter_innen im Detail	102
5	BNE IN FREIBURG – RÜCKBEZÜGE ZUR UNESCO INITIATIVE „BNE 2030“	108
	AUTOR_INNEN	111
	IMPRESSUM	111

Vorwort



Martin W. W. Horn
Oberbürgermeister



Christine Buchheit
Bürgermeisterin

Um uns und unseren nachfolgenden Generationen eine hohe Lebensqualität zu sichern, braucht es nachhaltiges und zukunftsorientiertes Handeln. Dazu benötigen die Freiburgerinnen und Freiburger geeignete Lernräume und Bildungsangebote. Der Zugang zu guter Bildung wird wichtiger denn je. Deshalb wollen wir das Thema Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in allen Bildungseinrichtungen der Stadt etablieren.

Der vorliegende 5. Freiburger Bildungsbericht mit dem Schwerpunkt Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gibt wertvolle Impulse. Er zeigt auf, wo wir als Stadt Freiburg mittelbar und unmittelbar ansetzen können. Ziel ist es zu vermitteln, welche Auswirkungen das eigene Handeln hat und wie jede und jeder Einzelne dazu beitragen kann, unsere Lebensgrundlagen zu sichern. Denn dies gelingt uns nur gemeinsam!

Dieser Bericht ist in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich. Zunächst ist er bundesweit der erste Bildungsbericht, der sich ausschließlich mit diesem Thema befasst; diese Tatsache war Herausforderung und Chance zugleich. Es konnte nicht auf bestehende gute Beispiele zurückgegriffen werden, sondern die Inhalte mussten selbst erarbeitet werden. Das hat aber auch den großen Vorteil, dass jetzt ein auf Freiburg zugeschnittener Bericht vorliegt.

Eine weitere Besonderheit des Berichtes liegt in seinem partizipativen Charakter. Von der Konzeption bis hin zu den Datenerhebungsverfahren waren Freiburgerinnen und Freiburger eingebunden. Hierfür danken wir allen Beteiligten herzlich. Insbesondere für die Konzepterarbeitung danken wir dem Beirat des Freiburger Bildungsmanagements und der Expertinnen- und Expertengruppe aus ca. 30 Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung, bürgerschaftlichem Engagement, Jugendbeteiligung und Nicht-Regierungsorganisationen.

Ein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Gerhard de Haan vom Institut-Futur der Freien Universität Berlin für die wissenschaftliche Begleitung und die Erstellung des Berichtes. Darüber hinaus bedanken wir uns bei Hilmar Sturm und Mark Schwalm von der „gesellschaft für bürgergutachten“. Und schlussendlich gilt unser herzlicher Dank allen Freiburger Bürger_innen, die uns gerne Auskunft gegeben und uns ihre Ideen für eine nachhaltige Bildung in Freiburg übermittelt haben. Ohne sie wäre dieser Bericht nicht möglich gewesen.

Der Freiburger Bildungsbericht stützt eine wesentliche Erkenntnis: Nur gemeinsam können wir eine nachhaltige Lebensweise erreichen. Daher freuen wir uns auf die Unterstützung von Ihnen allen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Martin W. W. Horn
Oberbürgermeister

Christine Buchheit
Bürgermeisterin
für Umwelt, Jugend, Schule und Bildung

Einleitung

Nachhaltige Entwicklung ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Stadt Freiburg stellt sich seit Jahrzehnten dieser Aufgabe.¹ Davon zeugen die Nachhaltigkeitsziele Freiburgs². Die in 12 Handlungsfelder gegliederten 59 Freiburger Nachhaltigkeitsziele orientieren sich an den von der Weltgemeinschaft 2015 beschlossenen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals; SDGs – auch Agenda 2030 genannt)³. Die SDGs sind der globale Orientierungsrahmen für die nachhaltige Entwicklung in diesem Jahrzehnt. Sie sind international, national, auf der Ebene der Bundesländer wie auf kommunaler Ebene zur Leitlinie geworden. Mit den SDGs wird betont, dass für eine nachhaltige Entwicklung nicht nur politisch und wirtschaftlich umgesteuert werden muss, sondern alles von einem veränderten Bewusstsein und Handeln aller abhängt. Das hat unmittelbar zur Folge, die Bedeutung von Erziehung und Bildung in den SDGs hohe Priorität einzuräumen. Nur wenn die Bürger_innen nachhaltige Entwicklung generell für notwendig erachten, über Kenntnisse in der Sache verfügen und vor allem auch wissen, wie und an welcher Stelle man sich selbst oder gemeinsam mit anderen engagieren kann, hat Nachhaltigkeit eine Chance. Ohne die Teilhabe und das Engagement der Bevölkerung werden Wirtschaft, Wissenschaft und Politik den Wandel hin zur nachhaltigen Entwicklung nicht schaffen. Das ist seit den Anfängen der ganzen Debatte um die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung deutlich. Schon im Brundtland-Report der World Commission on Environment and Development aus dem Jahr 1987 „Our Common Future“ wurde die Relevanz von Lernprozessen für die nachhaltige Entwicklung betont. So heißt es in dem Bericht: „Bildung und Kommunikation sind von entscheidender Bedeutung, um jedem/ jeder Einzelnen seine/ihre Verantwortung für die gesunde Zukunft der Erde klar zu machen.“⁴

Die Berücksichtigung des Lern- und Handlungsfeldes „nachhaltige Entwicklung“ kam in den 1980er und 1990er Jahren allerdings national wie global nur langsam voran. Daher riefen die Vereinten Nationen für den Zeitraum 2005 bis 2014 die „Dekade für Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aus.⁵ Das hat auch in Deutschland zu erheblichen Aktivitäten geführt.⁶ In diesem Zeitraum wurden etliche Projekte und Initiativen gestärkt und öffentlich sichtbar gemacht. Hier waren insbesondere die sogenannten „außerschulischen Akteure“ wie etwa Umweltzentren und Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) Vorreiter_innen. Das alles trug jedoch noch nicht wesentlich zu einer strukturellen Verankerung von BNE in den schulischen Lehrplänen, in der beruflichen Bildung oder auch in der Hochschullehre bei. Das sollte sich mit dem an die Dekade von der UNESCO⁷ angestoßenen „Globalen Aktionsprogramm“ zwischen 2015 und 2019 ändern.⁸ Ziel war und ist es seither, BNE auf allen Ebenen des Bildungssystems zu stärken und systematisch zu verankern. Das hieß und heißt für Deutschland, etwa die schulischen Bildungspläne, Studienordnungen, die berufliche Bildung usw. den international formulierten Zielsetzungen anzupassen.

1 Siehe Details 4. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht von 2020.

https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-676854272/1648034/Nachhaltigkeitsbericht_FR_2020_aktualisiert.pdf

2 Siehe den 4. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht:

https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-676854272/1648034/Nachhaltigkeitsbericht_FR_2020_aktualisiert.pdf

3 Siehe:

<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf>.

4 https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/42/427&Lang=E

S. 117. Im Original “Education and communication are vitally important in order to impress each individual of his or her responsibility regarding the healthy future of the earth.”

5 https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/42/427&Lang=E;

S. 117. Im Original “Education and communication are vitally important in order to impress each individual of his or her responsibility regarding the healthy future of the earth.”

6 Siehe dazu:

<https://www.bne-portal.de/bne/de/un-dekade-bne-2005-2014>

7 Die UNESCO ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen und für Bildung, Kultur und Wissenschaft zuständig.

8 UNESCO. UNESCO Roadmap for Implementing the Global Action Programme on Education for Sustainable Development; UNESCO: Paris, France, 2014.

https://en.unesco.org/sites/default/files/roadmap_1.pdf

Innovationen sind im deutschen Bildungssystem jedoch nicht kurzfristig zu erwarten. Man denke nur daran, dass schon die schulischen Bildungspläne nur alle 10 Jahre auf den Prüfstand gestellt werden. Daher wurde von UNESCO für 2020 bis 2030 das Programm „ESD 2030“ aufgelegt – ganz im Sinne der SDGs mit ihrer Perspektive auf 2030. Die fünf Kernziele dieses Programms sind in einer „Roadmap“ festgehalten. Die erste Zielstellung besteht im Bekenntnis der Politik zu BNE. Zweitens wird die Notwendigkeit der Qualifikation der Lehrenden betont, damit sie sich der BNE annehmen können. Es wird drittens aber auch die Bedeutung der Teilhabe der Jugend an der nachhaltigen Zukunftsgestaltung herausgestellt. Auch sollen viertens die Bildungseinrichtungen als Ganze auf Nachhaltigkeit nicht nur im Bildungskonzept, sondern auch bezogen auf die Ressourcennutzung etc. umstellen. Nicht zuletzt wird fünftens die Bedeutung des Engagements auf lokaler Ebene als Treiberin für die nachhaltige Entwicklung herausgestellt.⁹ Gerechtfertigt wird dieses mit dem Bezug auf das Kapitel 4.7 der SDGs: Danach sollen bis 2030 alle befähigt werden, nachhaltig handeln zu können.¹⁰ Bekräftigt wurde dieses Ziel, alle zu befähigen, in der „Berliner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die 2021 im Rahmen der Weltkonferenz zur Eröffnung des Programms „ESD 2030“ verabschiedet wurde.¹¹ Der Erklärung haben die teilnehmenden Regierungen, internationale und zwischenstaatliche Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, Jugend, Wissenschaft, Wirtschaft und vielen Bereichen des Lehrens und Lernens zugestimmt. Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs BNE zum grundlegenden Element des Bildung auf allen Ebenen des Bildungssystems – von der Kita bis zur (informellen) Weiterbildung – zu machen, den Zusammenhang zwischen allen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung zu tragen und die Handlungskompetenzen für den individuellen und gesellschaftlichen Wandel zu stärken. Diesen Intentionen entspricht in Freiburg das Nachhaltigkeitsziel 10.3: „Bildung für nachhaltige Entwicklung: Bis 2030 sind handlungsorientierte Lernangebote der Bildung für nachhaltige Entwicklung (im Folgenden: BNE) in den Dimensionen der Nachhaltigkeit: Ökonomie, Ökologie, Soziales und Kultur in allen Lebens- und Bildungsphasen bereitgestellt und aufeinander abgestimmt.“

Das ist ein hoch gestecktes Ziel, welches sich auch in der Initiative der UNESCO widerspiegelt: „BNE befähigt Lernende, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine bestandsfähige Wirtschaft und einer gerechten Gesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln und dabei die kulturelle Vielfalt zu respektieren. (...) BNE ist eine ganzheitliche und transformative Bildung, die die Lerninhalte und -ergebnisse, Pädagogik und die Lernumgebung berücksichtigt. Ihr Ziel / Zweck ist eine Transformation der Gesellschaft.“¹²

Nun scheint es zunächst ganz einfach zu sein, indem etwa Themen wie der Klimawandel, die Vielfalt der Arten, Konsumgewohnheiten, der Energieverbrauch, die Formen der Mobilität, gerechte Lebensverhältnisse, Gesundheit und nachhaltiges Wirtschaften auf die Agenda gesetzt werden. Das reicht jedoch nicht hin, um nachhaltige Entwicklung attraktiv zu machen. Das Lernen selbst muss inspirierend sein: Ein entdeckendes, forschendes, handlungsorientiertes Lernen, reale Begegnungen und der Alltagsbezug erst lassen nachhaltiges Handeln wahrscheinlich werden. Dafür steht der Erwerb von Gestaltungskompetenz. Mit ihr zielt BNE darauf ab, dass alle die Fähigkeit zur Antizipation entwickeln: Was können wir in Zukunft erwarten und wie können wir sie im Sinne der Nachhaltigkeit gestalten? Das ist immer kontrovers. Denn hier kommen auch die Perspektiven anderer in den Blick. Man braucht

9 UNESCO (2020): Education for sustainable development: a roadmap. Paris.
<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374802.locale=en>

10 United Nations (2015): Transforming our world. The Agenda 2030 for sustainable development. NY.
<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf>.
 Zitat: „By 2030, ensure all learners acquire the knowledge and skills needed to promote sustainable development, including, among others, through education for sustainable development and sustainable lifestyles (...)“

11 Verfügbar unter:
<https://www.unesco.de/sites/default/files/2021-05/Berliner%20Erkl%C3%A4rung%20f%C3%BCr%20BNE.pdf>

12 UNESCO (2014): UNESCO Roadmap for implementing the global action programme on education for sustainable development. Paris:
 UNESCO. Retrieved 9 November 2017 from <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002305/230514e.pdf>. Die Übersetzung wurde der deutschen Fassung entnommen.

daher auch die Fähigkeit zum kritischen und systemischen Denken, muss in der Lage sein, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, selbst und gemeinsam mit anderen etwas in Gang setzen können – und nicht zuletzt muss man auch den eignen Lebensstil überdenken.¹³

Was abstrakt erscheinen mag, wird in der Konsequenz konkret, wenn man sich etwa die Nachhaltigkeitsziele der Stadt Freiburg¹⁴ genauer anschaut. Die Ziele sind jeweils mit Indikatoren hinterlegt, mit denen gemessen werden soll, wie weit Freiburg dem Ziel bisher nahegekommen ist. Inzwischen wurde der 4. Indikatorenbericht veröffentlicht. An den Zielen lässt sich die Relevanz von BNE erkennen. Hier einige Beispiele: Schon bei der Teilhabe an Entscheidungsfindungsprozessen wird erwartet, dass die Zahl der „sachkundige Einwohner_innen“ sich erhöht. Das gilt ebenso für die Zahl der Mitwirkenden am Beteiligungshaushalt der Stadt. Sachkundig mitwirken können setzt voraus, dass die Bürger_innen kompetent sind – und das werden sie nur über Lernprozesse. Ein anderes Beispiel: Der Trinkwasserverbrauch in der Stadt soll gesenkt werden, die Energieeinsparung steigen – auch das hat einen Prozess der Bewusstseinsbildung und Aufmerksamkeit der Bürger_innen zur Bedingung, wie auch die Halbierung der Nahrungsmittelverschwendung, oder der gewünschte Zuwachs an solidarischen Landwirtschaftsprojekten, oder die Sensibilisierung für bewusste Konsum- und Verhaltensweisen und die Verminderung des Abfallaufkommens. All diese guten Absichten und Ziele der Nachhaltigkeitstrategie Freiburgs erfüllen sich nicht von allein – sie setzen Lernprozesse voraus. Dabei ist es gar nicht so einfach, sich im Verhalten umzustellen. Gewohnheiten sind in der Regel recht stabil. Soll die Nutzung des ÖPNV oder des Fußwegenetzes gesteigert werden, so sind auch hier Lernen und Bewusstseinsbildung Voraussetzung. Selbst wenn „nur“ die Zahl der nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex zertifizierten Unternehmen in Freiburg wachsen soll, so ist dafür Überzeugungsarbeit zu leisten. Hier kann kein Automatismus erwartet werden. Das gilt auch für den Indikator, der besagt, die Zahl der Projektanträge für den BNE Fond solle steigen und an der aktiven Zukunftsgestaltung der Stadt müssten sich mehr Bürger_innen beteiligen.

Kurz gesagt: Die Umsetzung des Ziels der nachhaltigen Umgestaltung Freiburgs hat eines zur Voraussetzung: Die Bürger_innen benötigen für den Wandel Kompetenzen – dafür steht BNE.

Wie ist vor diesem Hintergrund die Stadt Freiburg in Bezug auf die BNE aufgestellt?

Um dieses zu erfassen, hat der Bildungsbericht vier Schwerpunkte:

1. Auf der Basis einer repräsentativen Stichprobe wurden im Rahmen einer Bürger_innenbefragung Kenntnisse darüber gewonnen, welche Bedeutung die Bürger_innen der nachhaltigen Entwicklung im Allgemeinen und in Freiburg im Besonderen beimessen. Das betrifft das Wissen der Befragten über verschiedene Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung, wo dieses Wissen erworben wurde und wie sie die Bedeutung von BNE einschätzen. Zudem ist es wichtig zu erfahren, wo die Einwohner_innen der Stadt selbst schon aktiv sind und was man in Freiburg noch verbessern kann, damit alle, die Bürger_innen wie die Kommune die Zukunft Freiburgs gemeinsam gestalten können.
2. In Freiburg gibt es viele Anbieter von Kursen, Vorträgen, Exkursionen usw. für BNE. Zudem gibt es zahlreiche Unterstützer_innen – dazu gehören auch kommunale Einrichtungen. Wie sind diese Akteure miteinander verbunden und wo liegen die Schwerpunkte ihrer Arbeit? Im Rahmen einer Netzwerkanalyse wurden Fragen in Bezug auf die Zielsetzungen ihrer Arbeit, thematische Schwerpunkte und Perspektiven für die Zukunft gestellt. Zentral war auch zu erfahren, wie die Akteur_innen miteinander vernetzt sind und welche Vorteile die Kooperationen bieten.

¹³ Haan, G. de (2010): The development of ESD-related competencies in supportive institutional frameworks. In: *Int Rev Educ* 56, 315–328 (2010).

<https://doi.org/10.1007/s11159-010-9157-9>

Wiek, A.; Withycombe, L.; Redman, C.L. (2011): Key competencies in sustainability: A reference framework for academic program development. In: *Sustain Sci* 6, 203–218 (2011). <https://doi.org/10.1007>

¹⁴ Entnommen dem 4. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht:

https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-676854272/1648034/Nachhaltigkeitsbericht_FR_2020_aktualisiert.pdf

3. Die Stadt Freiburg legt generell – und damit auch in ihrer Nachhaltigkeitstrategie – viel Wert auf die Teilhabe der Bürger_innen an Entscheidungsprozessen. In einer dritten Studie wurde der Schwerpunkt auf die Interessen und Vorschläge von Jugendlichen gelegt, denn es geht bei der nachhaltigen Entwicklung immer auch darum, wie sie sich die nachhaltige Zukunft Freiburgs vorstellen. Um ihre Perspektive zu unterschiedlichen Themen zu erfassen, wurde ein partizipatives Verfahren in Anlehnung an Zukunftswerkstätten gewählt, um den Jugendlichen Gehör zu verschaffen. Der thematische Fokus lag dabei auf drei der vielen Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung: Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und Partizipation.
4. Auf der Basis einer Zufallsstichprobe wurden viertens 100 Bürger_innen Freiburgs eingeladen, ein Bürgergutachten zur den Problem- und Handlungsfeldern der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Bezug auf Freiburg zu erstellen. Das Bürgergutachten wurde im Rahmen von vier Planungszellen mit jeweils 25 Personen erstellt. Planungszellen sind ein innovatives, partizipatives Verfahren, in denen die Bürger_innen ausführlich zu Wort kommen und sich auf gemeinsame Positionen verständigen, die letztlich im Detail festgehalten werden und als Orientierung oder auch Planungsgrundlage für kommunales Handeln dienen können.

1 Die Bürger_innen-Befragung zu Bildung für nachhaltige Entwicklung

1.1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Nachhaltige Entwicklung ist den Bürger_innen Freiburgs hochgradig wichtig. So das Ergebnis einer repräsentativen schriftlichen Befragung unter 1713 Bürger_innen Freiburgs, die im Februar 2021 durchgeführt wurde. Die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung wird sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren nach Ansicht der großen Mehrheit der Bürger_innen noch verstärken. Dies, obschon die Hälfte der Befragten der Stadt attestiert, schon genug für die nachhaltige Entwicklung zu tun – die andere Hälfte verneint das jedoch. Was sollte die Stadt verstärkt aufgreifen? An erster Stelle steht die Förderung umweltfreundlicher Mobilität, gefolgt von der Aufgabe, Klimaneutralität zu erreichen und für den Erhalt naturnaher Lebensräume zu sorgen.

Im persönlichen Verhalten stehen bei den Bürger_innen die Trennung und Reduktion des Mülls, der Kauf von regionalen Produkten, das Fahrradfahren und der ÖPNV, der Verzicht aufs Auto und der bewusste Konsum ganz vorn auf der Agenda. Dennoch machen sich die Bürger_innen Sorgen: Die Befürchtungen sind besonders groß in Bezug auf den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt. Beides könnte sich in Zukunft stark auf das persönliche Leben auswirken – so das Resultat der Erhebung.

Bei allem schon vorhandenen Engagement würden die Bürger_innen gerne noch mehr für sich und für die Stadt erreichen: Während sich allenfalls zwei von zehn Bürger_innen in der Stadt engagieren, würden über 40 Prozent der bisher nicht Engagierten aus der Gruppe der 30- 65-jährigen dieses in Zukunft gerne tun.

Wie ist es um das Wissen über nachhaltige Entwicklung bestellt? In Schulnoten ausgedrückt gibt man sich im Mittel die Note 2,7, also ein gutes „befriedigend“. Das Wissen stammt aber nicht primär aus der Schule, dem Studium oder beruflichen Aus- sowie Weiterbildung. Es sind die Massenmedien, aus denen die Informationen gewonnen werden: Das Internet, Bücher, Zeitschriften und das Fernsehen sind wesentliche Quellen. Sie alle haben aber keinen herausgehobenen Effekt auf das nachhaltige Verhalten. Das gilt selbst für das jüngste Segment der Erhebung, die 16- bis 24-jährigen. Diese attestieren zwar zu rund einem Drittel, dass sie oft oder regelmäßig in der Schule der Bildung für nachhaltige Entwicklung begegnet sind, aber einen außerordentlichen Effekt hat dieser Unterricht bisher nicht gemacht. Allerdings besteht ein bedeutsamer Zusammenhang zwischen dem freiwilligen Besuch von Veranstaltungen zur nachhaltigen Entwicklung und dem Wissen sowie Handeln. Jede_r Vierte hat ein solches Angebot in den letzten beiden Jahren wahrgenommen. Dieser Personenkreis gibt sich die Note 2,3, also ein eingeschränktes „gut“ für das Wissen über nachhaltige Entwicklung und attestiert sich auch ein deutlicher nachhaltigeres Verhalten als der Durchschnitt.

Die Befragten hätten es aber gerne anders: 25 Prozent der Unterrichtszeit in der Schule und der beruflichen Aus- sowie Weiterbildung sollte der Bildung für nachhaltige Entwicklung gewidmet sein. Dieser Auffassung sind alle Altersgruppen, ganz gleich ob die Bürger_innen 16 oder über 90 Jahre alt sind.

1.2 Hintergrund, Vorgehensweise und Repräsentativität

Um genauere Kenntnisse über den Wissenstand, die Einstellungen und das Handeln der Bürger_innen Freiburgs bezüglich der nachhaltigen Entwicklung im Allgemeinen und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (im Folgenden: BNE) im Besonderen zu gewinnen, wurde eine umfängliche lokale Befragung durchgeführt. Von starkem Interesse war dabei, woher das Wissen über Nachhaltigkeit rührt, wie das eigene Wissen eingeschätzt wird und ob es einen Zusammenhang zwischen dem Wissen über (nicht) nachhaltige Entwicklung und dem selbstbekundeten Handeln gibt?

Die Bürger_innenbefragung erfolgte im Zuge einer postalischen Erhebung im Februar 2021. Auf der Basis einer repräsentativen Stichprobe der gemeldeten Einwohner_innen der Stadt im Alter von 16 Jahren und älter wurden 5.951 Erhebungsbögen versendet, die per portofreiem Rückumschlag zurückgeschickt werden konnten. Dem Fragebogen war ein Begleitbrief des Oberbürgermeisters Martin W. W. Horn beigelegt, der den Zweck der Erhebung erklärte. Zugleich warb der Oberbürgermeister darin für die Teilnahme an der Erhebung. Eine Erinnerung derjenigen, die bis zum Abgabedatum noch keine Rückmeldung gegeben hatten, erfolgte nicht. Von den 5.951 Erhebungsbögen erwiesen sich 290 als nicht zustellbar. Entsprechend umfasst die Netto-Stichprobe 5.661 erreichte Bürger_innen. Es wurden 1.713 verwertbare Erhebungsbögen¹⁴ zurückgeschickt; das entspricht einer Rückmeldequote von 30,2 Prozent.

Die Erhebung kann in mehrfacher Hinsicht als repräsentativ gelten (Details siehe im Anhang zu dieser Befragung). Dieses betrifft die Höhe der Bildungsabschlüsse, die berufliche Qualifikation, die Altersstruktur und auch das Geschlecht. Lässt sich sagen, dass die Altersgruppen gut verteilt und als repräsentativ gelten können, so ist jedoch ein leichtes Übergewicht unter den Geschlechtern bezüglich der Frauen zu registrieren. Das Antwortverhalten ist jedoch statistisch gesehen nicht auffällig unterschieden zu jenem der Männer. Wesentliche Abweichungen ergeben sich primär in der Haushaltsgröße (es gaben in der Erhebung deutlich weniger Einpersonenhaushalte eine Rückmeldung als zu erwarten gewesen wären) und in Bezug auf Rückmeldungen von Mitbürger_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Relational zu der Haushaltsgröße der Befragten ist dann wiederum das Haushaltseinkommen repräsentativ. 1.578 der teilnehmenden Befragten gab an, entweder eine berufliche Ausbildung (498), ein Studium (712) oder beides (368) durchlaufen zu haben. Keine berufliche Ausbildung haben 123 der Teilnehmenden. Das betrifft primär (in ca. 90 der 123 Fälle) das Segment der 16- bis 24-jährigen, d.h. jene, die sich noch in der Ausbildung befinden bzw. eine allgemeinbildende Schule besuchen.

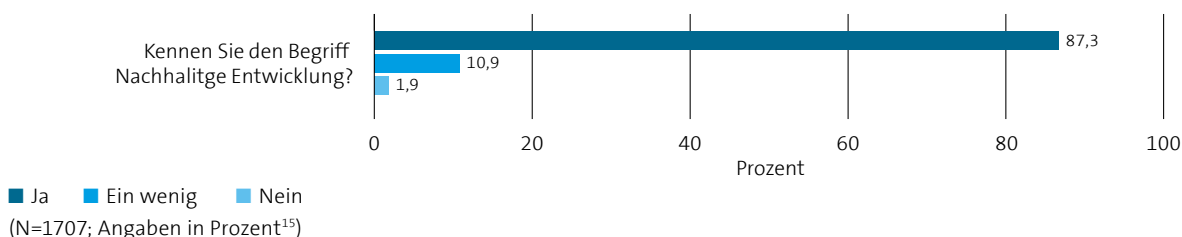
In der folgenden Darstellung der Ergebnisse der Bürger_innenbefragung wird dort nach Altersgruppen unterschieden, wo sich zwischen ihnen deutliche Differenzen zeigen. Warum diese Differenzierung? Bildung für nachhaltige Entwicklung im umfänglichen Sinne steht in den schulischen Curricula erst seit wenigen Jahren auf der Agenda. Zwar sind auch die Vorläufer, wie etwa die Umweltbildung oder auch die entwicklungspolitische Bildung schon seit den 1970er Jahren von Bedeutung, jedoch entsprechen diese Bildungskonzepte nicht den komplexen Ansprüchen an die Bildung für nachhaltige Entwicklung, bei der ökologische, ökonomische und soziale Aspekte zusammengebracht werden und es um den Erwerb von Gestaltungskompetenz geht. Zugleich muss davon ausgegangen werden, dass alle Verhaltensveränderungen (etwa: Umstellung auf den Kauf von Bio- und Fair Tradeprodukten) von Lernprozessen abhängig sind. Insofern ist es wichtig zu erfahren, was die Quellen des Wissens über Nachhaltigkeit im Allgemeinen und nachhaltiges Handeln im Besonderen sind. Hier interessieren immer die Altersgruppen, denn für jene, deren Schulzeit und Studium oder Berufsausbildung lange her ist, stellt sich die Frage: Woher rührt deren Wissen? Worauf basieren deren Werthaltungen, Handlungsbekundungen usw.?

¹⁴ Als verwertbar galten Fragebögen, bei denen 90 Prozent oder mehr der Fragen beantwortet wurden.

1.3 Fragen zur Kenntnis und Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung

Zunächst wurden als Einstieg einige generelle Fragen zur Kenntnis des Begriffs „Nachhaltige Entwicklung“ gestellt (vgl. Abb. 1).

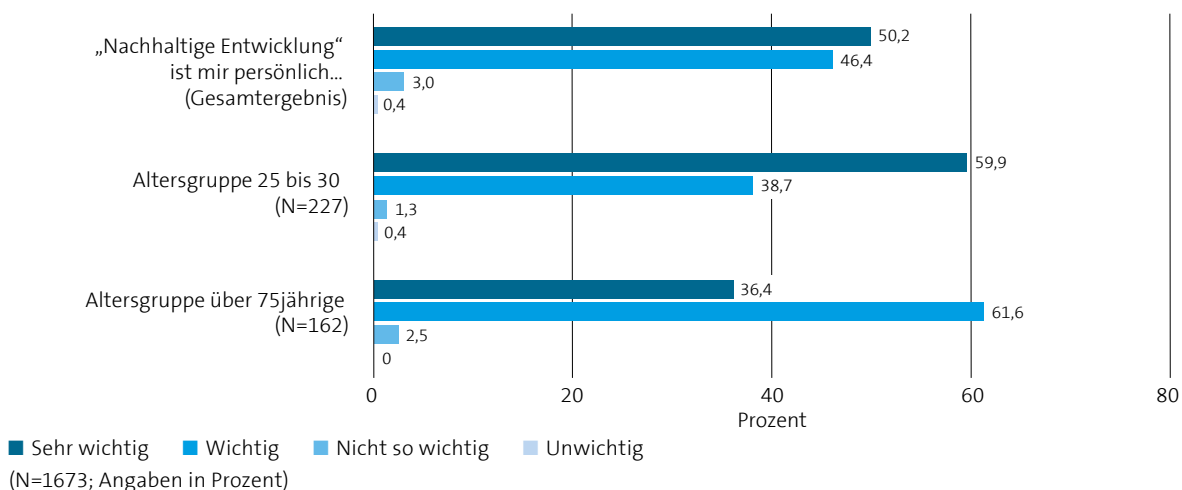
Abb. 1: Kenntnisse des Begriffs „Nachhaltige Entwicklung“



Den Begriff kennen 87,3 Prozent der Freiburger_innen eindeutig, 10,9 Prozent ein wenig und lediglich 1,8 Prozent nicht. Das ist eine erhebliche Quote die – da nicht überprüft im Rahmen der Erhebung – auch einem Antwortverhalten im Sinne der sozialen Erwünschtheit entsprechen kann, denn dem Fragebogen war vorangestellt, was unter nachhaltiger Entwicklung zu verstehen ist: „Darunter wird verstanden, heute so zu leben und zu wirtschaften, dass die Bedürfnisse der jetzigen Generationen befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten von künftigen Generationen zu gefährden. Das bedeutet, sich etwa mit dem Klimawandel, mit sozialer Gerechtigkeit, umwelt-freundlicher Mobilität und vielem anderen zu befassen.“

Diejenigen, die den Begriff kennen, sagen auch mit großer Mehrheit, dass ihnen nachhaltige Entwicklung sehr wichtig oder wichtig sei (vgl. Abb. 2). Während sich über alle Altersgruppen hinweg die Zahl derer, denen die Nachhaltigkeit nicht so wichtig ist, bei wenigen Prozentpunkten bewegt, ist die Differenz in Bezug auf das Statement „sehr wichtig“ erheblich: Unter den 25- bis 29-jährigen (N= 227) liegt die Quote bei 59,9 Prozent, mithin wesentlich über dem Durchschnitt von 50 Prozent und damit sogar über den Angaben, die bei dem 16- bis 24-jährigen (N=161) zu finden sind. Dort liegen die Werte bei 52,8 Prozent. Der geringste Zuspruch findet sich bei den Bürger_innen im Alter von über 75 Jahren (N = 162): Hier liegt der Wert bei 36,4 Prozent. Es sind also die jungen Erwachsenen, die der nachhaltigen Entwicklung als der großen Herausforderung für die Zukunft die stärkste Bedeutung beimessen.

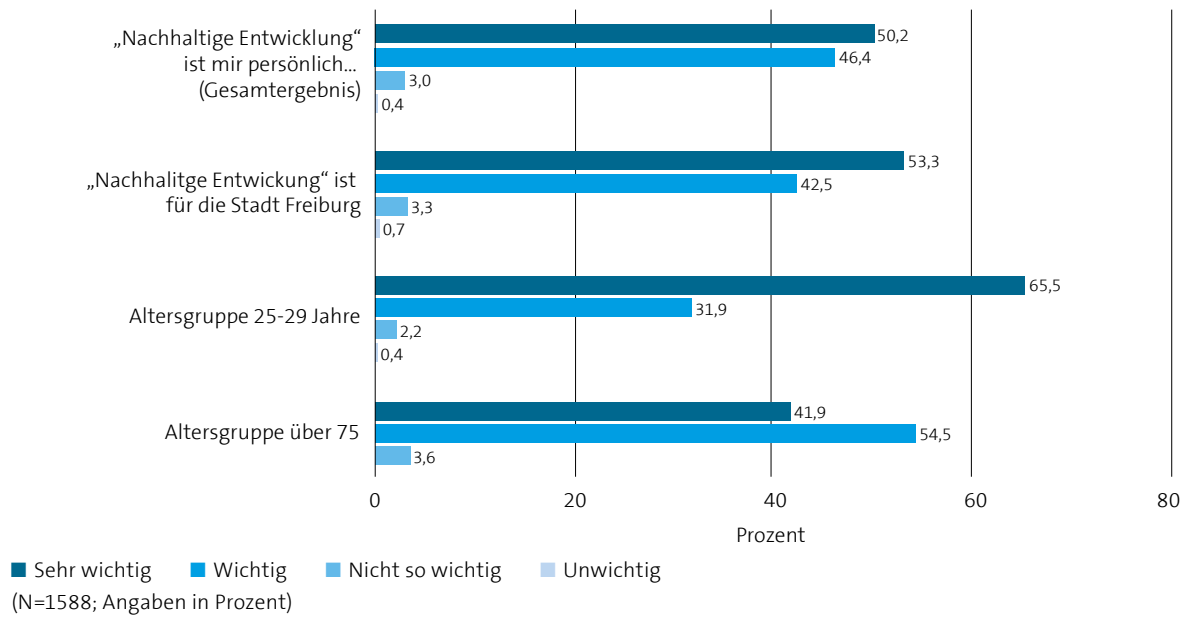
Abb. 2: Wie wichtig ist Ihnen persönlich die „Nachhaltige Entwicklung“



Zwischen der persönlichen Bedeutung und der Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung für die Stadt besteht nur ein leichter Unterschied in der Wichtigkeit (vgl. Abb. 3). Die Relevanz für die Stadt wird als leicht höher im Vergleich zur persönlichen Wichtigkeit eingestuft. Im Übrigen zeigt sich, bezogen auf die Altersgruppen, ein ganz ähnliches Bild wie bei der Frage nach der persönlichen Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung: Die Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung für die Stadt sehen besonders die 25- bis 29-jährigen als hoch an, bei den über 75-jährigen schwächt sich die Bedeutung ab.

¹⁵ Durch die Angabe von Rundungswerten können hier wie im Folgenden Abweichungen zu 100 Prozent entstehen.

Abb. 3: In meinen Augen ist, nachhaltige Entwicklung für die Stadt Freiburg...

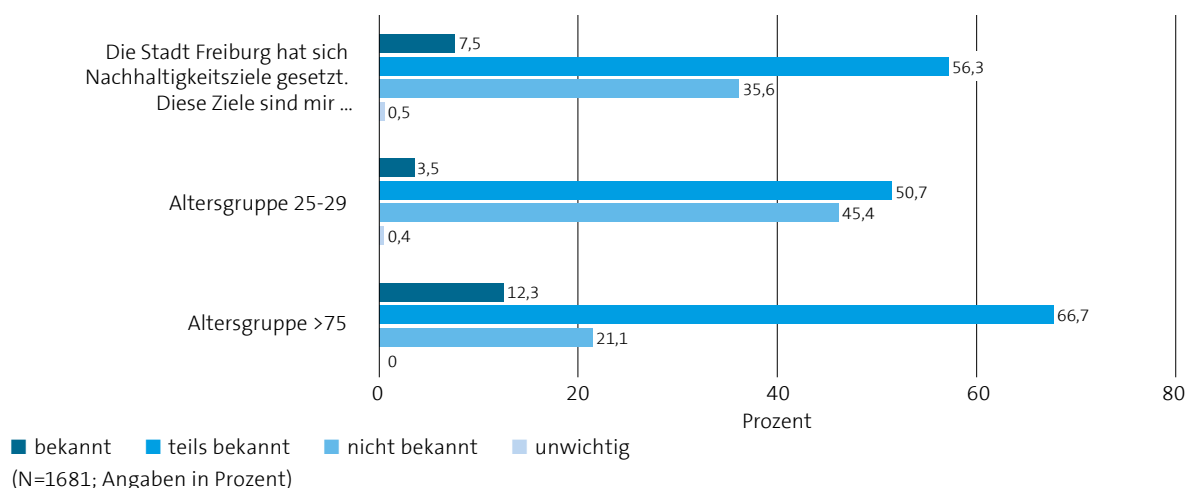


1.4 Die Nachhaltigkeitsinitiativen der Stadt Freiburg und das persönliche Engagement

Im November 2017 hat Freiburg seine Nachhaltigkeitsziele mit der Perspektive auf 2030 im Gemeinderat verabschiedet. Sie sollen allen politischen Entscheidungen seither als Orientierung dienen. Es sind zwölf Handlungsfelder mit 59 Zielen ausgewiesen worden. Die Handlungsfelder wurden dabei entlang den international von den Vereinten Nationen 2015 verabschiedeten „Sustainable Development Goals“ (SDGs) formuliert.¹⁶

Diese Strategie, mit der Leitlinien und Indikatoren für die nachhaltige Entwicklung der Stadt formuliert worden sind, kennen nur 7,5 Prozent der Bürger_innen eindeutig, aber immerhin geben 56,3 Prozent an, dass sie die Ziele zum Teil kennen. Ein gutes Drittel (35,6) Prozent kennt diese Ziele nicht und 0,5 Prozent halten sie für unwichtig (vgl. Abb. 4). Schaut man auf die Altersgruppen in Bezug auf deutliche Ausschläge, so stechen die 25- bis 29-jährigen und die Gruppe der über 75-jährigen heraus. Je älter man ist, desto eher wird gesagt, man kenne die Nachhaltigkeitsziele. Das Ergebnis fällt anders aus als in der Freiburgumfrage zur nachhaltigen Lebensweise aus 2020, in der 77 Prozent der Bürger_innen sagten, ihnen seien diese Ziele nicht bekannt – aber 23 Prozent meinten, diese Ziele zu kennen.¹⁷

Abb. 4: Bekanntheit der Nachhaltigkeitsziele der Stadt Freiburg.



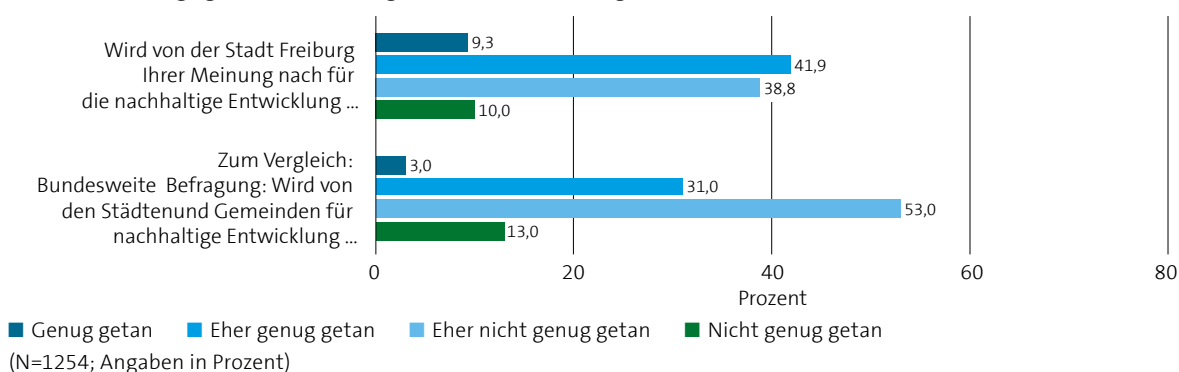
¹⁶ <https://www.freiburg.de/pb/206112.html>;
Letzter Zugriff: 10.11.2021

¹⁷ In der Studie zur nachhaltigen Lebensweise wurde nur zwischen „ja/nein“ unterschieden. Da in der vorliegenden Erhebung auch „teils bekannt“ gewählt werden konnte, ist eine unmittelbare Vergleichbarkeit nicht gegeben.

Ob in der erwähnten wie in der vorliegenden Erhebung die Bürger_innen deutlich dazu tendierten, an dieser (wie anderen) Stellen ihre Antworten in Richtung sozialer Erwünschtheit zu formulieren, konnte nicht geprüft werden, jedoch muss betont werden, dass in der präsentierten Umfrage ein eindeutiges „Ja“ bezüglich der Kenntnis über die Nachhaltigkeitsziele der Stadt nur von 7,5 Prozent der Befragten artikuliert wurde.

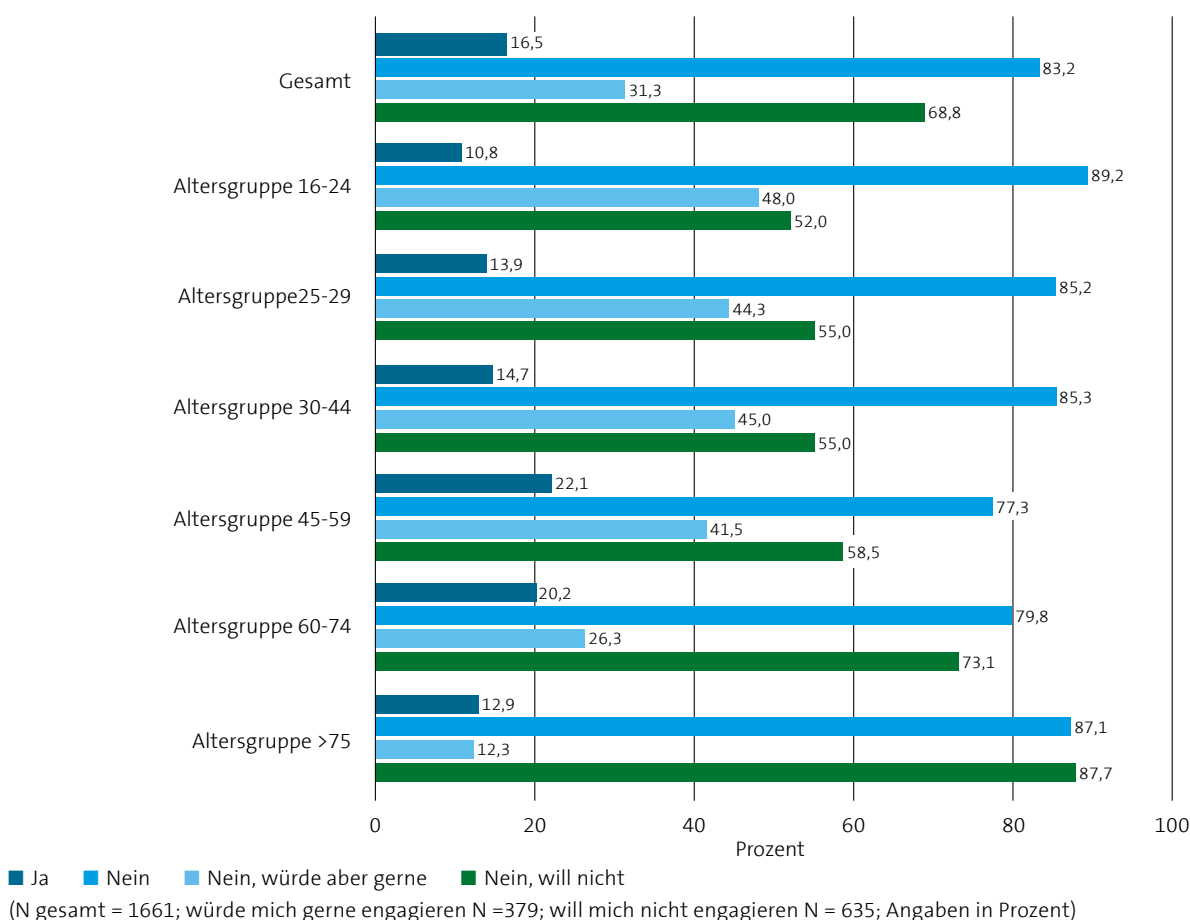
Bei der Frage, ob sich die Stadt zu Genüge für die Nachhaltigkeit engagiert, hält sich die Position der Befragten nahezu die Waage (vgl. Abb. 5). Zirka 50 Prozent denkt, es wird (eher) genug getan, nahezu ebenso viele denken, es wird (eher) nicht genug getan.

Abb. 5: Das Engagement Freiburgs für die Nachhaltigkeit ...



Wie ist es um das eigene Engagement in der Stadt bestellt und welche Potenziale gibt es, in Hinblick darauf, dass sich weitere Bürger_innen engagieren? (vgl. Abb. 6).

Abb 6: Ich bin in der Stadt engagiert/Ich bin noch nicht engagiert



In und für die Stadt sind insgesamt 16,5 Prozent der Teilnehmer_innen an der Befragung ehrenamtlich tätig, und über 30 Prozent derer, die bisher nicht engagiert sind, würden dieses in Zukunft gerne sein. Es wurde auch nach dem ehrenamtlichen Engagement ganz generell gefragt. Hier gaben 30,5 Prozent an, dass sie aktiv seien, 69,3 Prozent dagegen antworten mit „Nein“. Zum Vergleich: In Freiburg wur-

den von der Stadtverwaltung in der Bürgerumfrage 2016 Daten zum ehrenamtlichen Engagement erhoben. Danach waren 33 Prozent der Bürger_innen im Alter über 14 ehrenamtlich aktiv.¹⁸ Das ist im Bundesvergleich ein hoher Wert, denn laut repräsentativer Umfrage der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) waren 16,42 Prozent der Bundesbürger_innen ab einem Alter von 14 Jahren in 2021 ehrenamtlich tätig.¹⁹ Der BAT-Freizeitmonitor ermittelte mit 20 Prozent Ehrenamtler_innen einen höheren Wert, wobei das Segment der jungen Erwachsenen bei 36 Prozent liegt.²⁰ Dagegen konnte in der Freiburger Erhebung kaum ein Unterschied in den Altersgruppen ausgemacht werden. Zusammengefasst: Welche Vergleichsstudie man auch heranzieht, die gemeinnützigen Aktivitäten der Freiburger_innen sind überdurchschnittlich hoch.

Dabei ist das Engagement in der Stadt in der Altersgruppe zwischen 45 und 74 am höchsten, beim jüngsten und ältesten Segment am wenigsten vorhanden (<13 Prozent). das Interesse am Engagement ist dagegen schon in der Altersgruppe ab 16 deutlich ausgeprägt und nimmt erst mit dem Alter ab 60 deutlich ab.

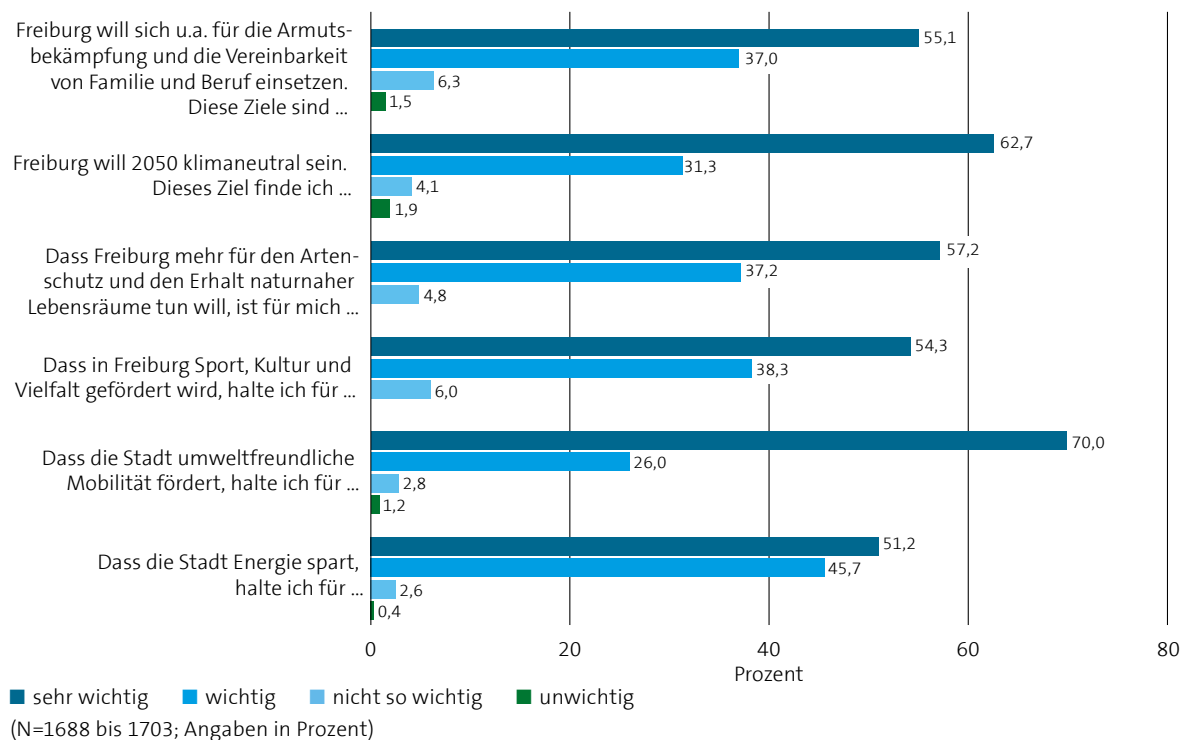
1.5 Engagement der Stadt und eigenes Verhalten in spezifischen Feldern nachhaltiger Entwicklung

Ein größerer Fragenblock widmete sich dem persönlichen Engagement und dem Engagement der Stadt in wichtigen Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit. Dazu gehörten die Themen „Energie sparen“, „umweltfreundliche Mobilität“, „Artenschutz“, „Klimaneutralität“ und „soziale Gerechtigkeit“. Das persönliche Engagement betraf auch den Kauf von „Bio-Lebensmitteln“ und den Bezug von „Ökostrom“. Hier wurde also nach der Bedeutsamkeit der Handlungsfelder in bzw. für die Stadt und nach dem eigenen Verhalten gefragt.

Bedeutung von Themen der Nachhaltigkeit für die Stadt und persönliches Engagement

Die großen Themen der Nachhaltigkeit sind allen Bürger_innen ein sehr wichtiges oder wichtiges Anliegen (vgl. Abb. 7).

Abb 7: Das Engagement Freiburgs für die Nachhaltigkeit ...



¹⁸ Gemeinderat der Stadt Freiburg, Drucksache G-17/030

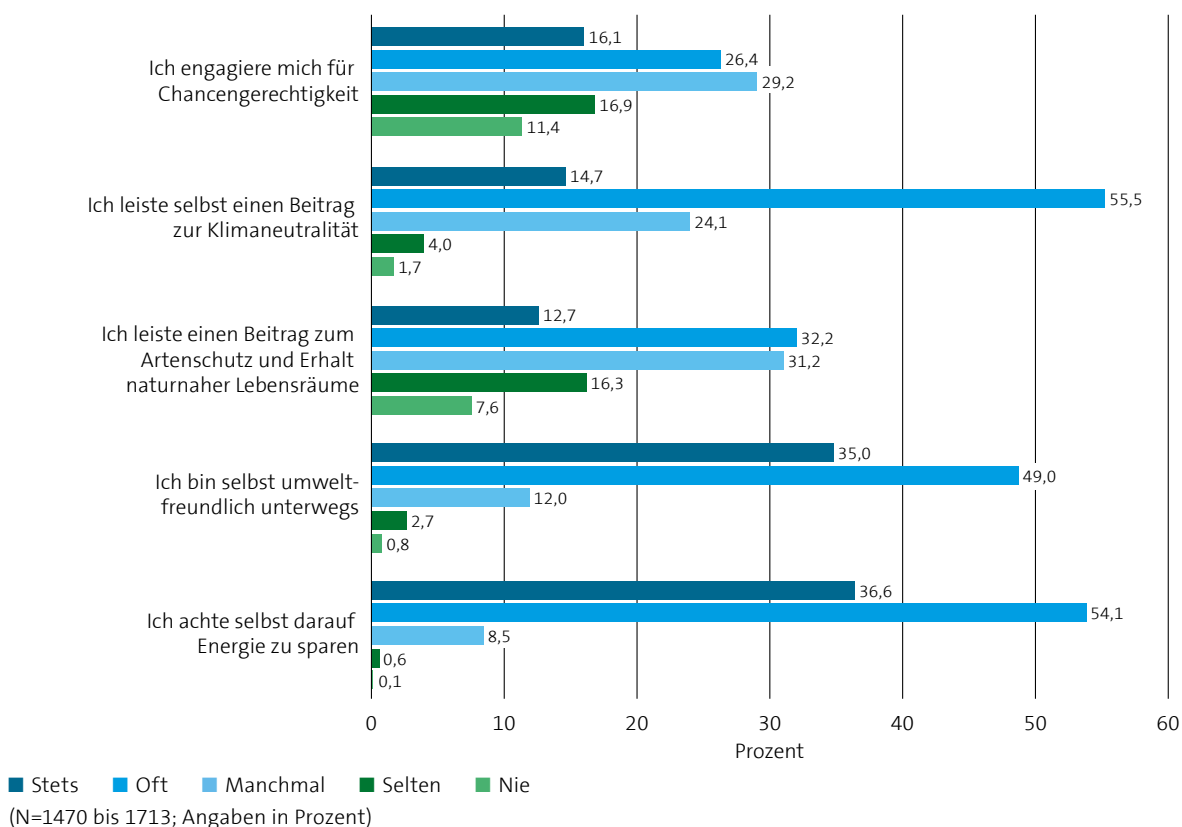
¹⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/173632/umfrage/verbreitung-ehrenamtlicher-arbeit/>
 Letzter Zugriff: 10.11.2021.

²⁰ <http://www.freizeitmonitor.de/zahlen/daten/statistik/freizeit-aktivitaeten/2021/freizeitaktivitaeten-der-deutschen>
 Letzter Zugriff: 10.11.2021.

Allem voran wird der Kommune zugedacht, sich für eine umweltfreundliche Mobilität einzusetzen. An zweiter Stelle folgt die Aufgabe, klimaneutral zu werden. Dieses halten über 60 Prozent der Bürger_innen für sehr wichtig. An dritter Stelle folgt der Erhalt naturnaher Lebensräume, noch vor der Armutsbekämpfung und der Förderung der Familienfreundlichkeit sowie der Förderung von Sport, Kultur und Vielfalt. Das „Schlusslicht“ in Hinblick auf die sehr wichtigen Aufgaben der Stadt wird mit gut 50 Prozent im Energiesparen gesehen. Bringt man es auf den Punkt, so wären nachhaltige Infrastrukturmaßnahmen (inkl. Klimaneutralität) prioritär, gefolgt von Maßnahmen des Umweltschutzes und dem Einsatz für mehr soziale Gerechtigkeit.

Den Bürger_innen Freiburgs kommt es nicht nur darauf an, die Relevanz von Nachhaltigkeit für die Stadt herauszustellen, sondern selbst einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Das persönliche Engagement Nachhaltigkeit ...

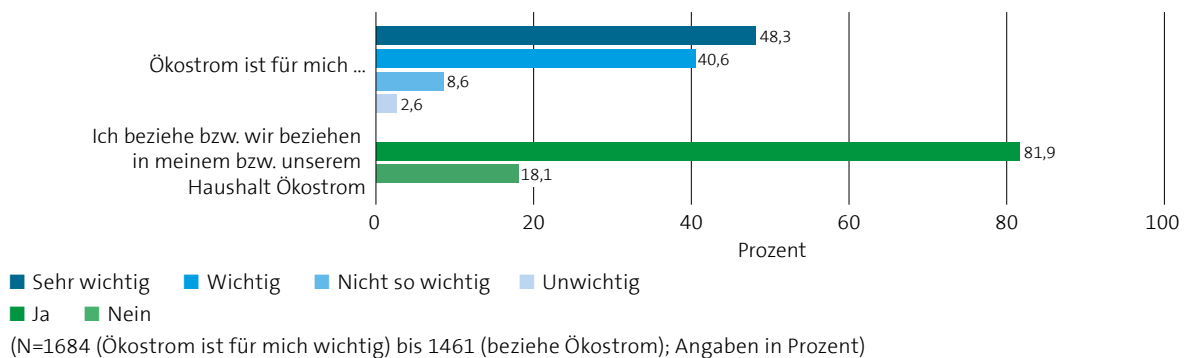


Fast alle Freiburger_innen geben an, stets oder oft Energie zu sparen. In diesem Feld ist das Engagement in den abgefragten Verhaltensweisen am höchsten, dicht gefolgt von der umweltfreundlichen Mobilität. Mehr als ein Dritte nutzt umweltfreundliche Formen der Fortbewegung und noch einmal rund 50 Prozent tut dieses oft. Die Bürger_innen schätzen sich selbst als stets oder oft (insgesamt drei Viertel der Antworten lauteten so) einen Beitrag zur Klimaneutralität leistend ein. Schwieriger scheint es zu sein, einen individuellen Beitrag zum Artenschutz und den Erhalt naturnaher Lebensräume zu leisten. Aber auch hier sehen sich vier von fünf Bürger_innen noch gut aufgestellt. Nahezu ähnlich hoch ist die Zahl derer, die sich für Chancengerechtigkeit engagieren.

Regenerative Energien

Die Erzeugung und Nutzung regenerativer Energien ist ein zentrales Thema in Bezug auf die Klimawende. Wie wichtig ist den Freiburger_innen Ökostrom und wer bezieht diesen (vgl. Abb. 9)? Rund 90 Prozent sagen, dass ihnen der Ökostrom wichtig bis sehr wichtig ist. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den einzelnen Altersgruppen ist in dieser BNE-Befragung nicht zu erkennen: Alle bestätigen die hohe Bedeutung der regenerativen Energien.

Abb. 9: Wie wichtig sind den Bürger_innen Ökostrom

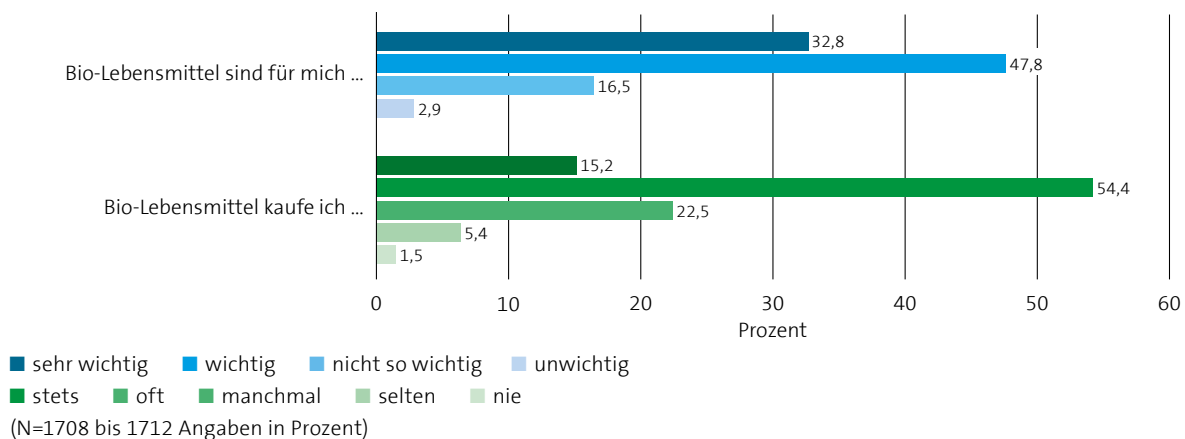


Wie ist aber das Verhältnis zwischen der Wichtigkeit von Ökostrom und dem Bezug desselben? Die Freiburger_innen sind in hohem Maße Bezieher_innen von Ökostrom, denn 81,9 Prozent antworteten mit „Ja“, 18,1 sagen „Nein“. Zum Vergleich: Die Umweltbewusstseinsstudie von 2018²¹ gibt den Wert der Bezieher_innen von regenerativen Energien mit 38 Prozent an, 47 Prozent sagen nein, 15 Prozent wissen es nicht. Zudem sind die Freiburger_innen mit höherem Einkommen von 2000 € und mehr im Monat und/oder mit Abitur am häufigsten Bezieher_innen von Ökostrom.

Bioprodukte

Den Kauf von Bio-Lebensmitteln (vgl. Abb. 10) geben rund 15 Prozent mit „stets“ an. Das entspricht ungefähr der Quote von 18 Prozent, die in der Umfrage aus 2020 zur nachhaltigen Lebensweise der Freiburger_innen unter dem Votum „immer“ angegeben hatten. 52 Prozent sagen in der Studie zudem, dass sie Bio-Lebensmittel oft kaufen. Auch das liegt nahe bei dem hier identifizierten Wert von 54,4 Prozent. Zum Vergleich: Das Ökobarometer 2020²² gibt an, dass 5 Prozent der Bundesbürger_innen ausschließlich Bioprodukte kaufen, 32 Prozent häufig und 41 Prozent gelegentlich.

Abb. 10: Wie wichtig sind den Bürger_innen Bio-Lebensmittel und wie häufig werden diese gekauft?



21 https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018_-_m_3.3_basisdatenbroschuere_barrierefrei-02_cps_bf.pdf. Letzter Zugriff: 10.11.2021.

22 https://www.oekolandbau.de/fileadmin/redaktion/dokumente/service/Zahlen/BMEL_Oekobarometer_2020.pdf. Letzter Zugriff: 10.11.2021.

Der eigene Beitrag zur Nachhaltigkeit Freiburgs

Das Angebot „Falls Sie wollen, können Sie uns hier bis zu drei Dinge nennen, wie Sie persönlich zu einem nachhaltigen Freiburg beitragen“, wurde ausgiebig genutzt. Nicht nur machten rund 58 Prozent der Befragten Angaben, es kamen auch 2427 Antworten zusammen (vgl. Tabelle 1). Manchmal wurden auch mehr als drei Antworten gegeben. Die Trennung, Reduzierung und das Recyclen von (potenziellem) Müll liegt an erster Stelle, gefolgt vom (lokalen) Einkaufen regionaler Produkte, der Nutzung des Fahrrades und der öffentlichen Verkehrsmittel. Der bewusste (und weniger) Konsum, das Sparen von Energie und die Reduktion der Autonutzung sowie der Kauf von Biolebensmitteln folgen sodann in der Quantität der Nennungen. Alle anderen Angaben rutschen unter einem Anteil an den Nennungen von unter 3,5 Prozent.

Tab. 1: Der persönliche Beitrag zu einem nachhaltigen Freiburg

Aktivität	1. Nennung	2. Nennung	3. Nennung	Summe
Müll reduzieren, trennen, recyceln	111	177	110	398
Regional, lokal, in kleinen Geschäften kaufen	84	186	84	354
Fahrrad fahren	177	106	50	333
ÖPNV/Bahn nutzen	157	71	28	256
Konsum: bewusst weniger konsumieren (auch: Fleisch (26)/Second Hand Kleidung)	27	73	84	184
Ressourcen sparen (primär: Energie)	16	34	79	129
Autonutzung: wenig (99) Verzicht (23)	68	31	23	122
Biolebensmittel (auch: Fair Trade) kaufen	19	58	40	117
Diverses	34	24	22	80
Ehrenamt im Bereich Umwelt/soziales/Spenden (7)	15	26	28	69
Kein Auto bzw. abgeschafft	58	10	0	68
Erneuerbare Energien installiert; Wärmedämmung (24)	20	29	17	66
Ökostrom/Ökogas beziehen	10	21	27	58
Artenschutz Biodiversität	14	21	18	53
Vegetarische/vegane Ernährung	12	18	18	48
Car-Sharing	17	19	4	40
Zu Fuß unterwegs	15	14	4	33
E-Mobil: Auto, Scooter, E-Bike	6	8	5	19
Summe der Nennungen	860	926	641	2427

(Offene Antworten, N = 991)

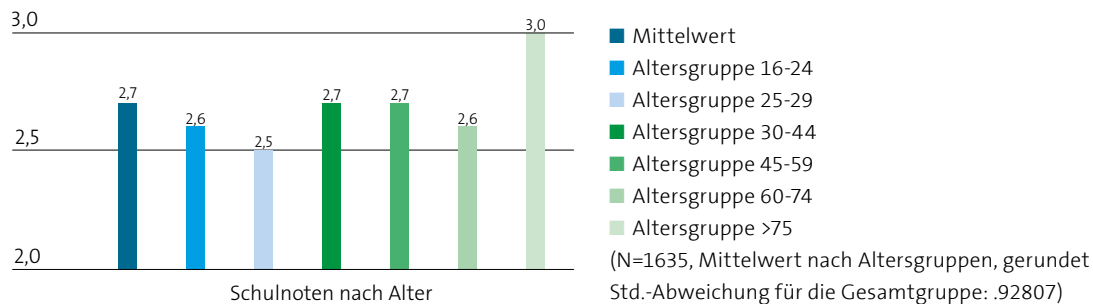
Man kann die Angaben auch nach der Reihenfolge der Nennungen unterscheiden: Was wird als Erstes genannt, als Zweites und Drittes? Als Erstes kam den Freiburger_innen die Mobilität in den Sinn: Fahrradfahren, den ÖPNV nutzen, aufs Auto verzichten oder keines besitzen, Car-Sharing betreiben, auf E-Mobilität umsteigen oder viel zu Fuß unterwegs sein: In der Summe sind das 498 Nennungen; dieses entspricht 58 Prozent aller Angaben in der Rubrik „1. Nennung“. Die 2. Nennung betrifft primär den Konsum (Lebensmittel, Energie): Zählt man die Angaben (ohne Mobilität und ohne „Müll“) zusammen, so sind dieses ca. 52 Prozent aller Nennungen. Weniger eindeutig sind die Angaben an der 3. Position. Die Verkehrsmittelwahl tritt deutlich in den Hintergrund, das Thema „Müll“ ist wieder vorne – wie auch der (sparsame) Konsum oder das generelle Einsparen von Ressourcen, speziell von Energie.

1.6 Nachhaltigkeit lernen

Noten für das eigene Wissen

Das Wissen über nachhaltige Entwicklung, das Bewusstsein von ökologischen, sozialen und ökonomischen Problemen und die Fähigkeit zum Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit will gelernt sein. Eine der spannenden Fragen ist daher zunächst, wie das eigene Wissen über nachhaltige Entwicklung eingeschätzt wird. Als Maß wurde angeboten, sich selbst eine Schulnote zwischen 1 (sehr gut) und 6 (ungenügend) zu geben.

Abb 11: Mit welcher Schulnote bewerten Sie Ihr Wissen über „Nachhaltige Entwicklung“?



Die Durchschnittsnote liegt bei 2,7 (vgl. Abb. 11). Die beste Note geben sich die 25- bis 29-jährigen, die schlechteste, nämlich ein „befriedigend“ die Altersgruppe ab 75 Lebensjahren. Das sind keine gravierenden Unterschiede.

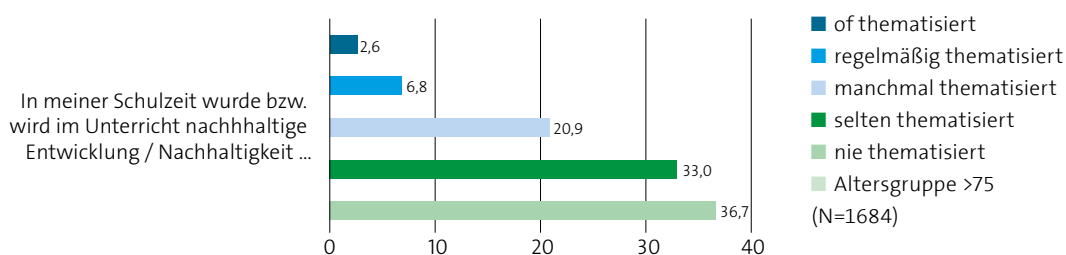
Bedeutung der Schule für das eigene Wissen

Woher rührt nun dieses Wissen? Als erstes wird man sich fragen müssen, welche Rolle nachhaltige Entwicklung in der Schulzeit spielte oder (bei den Schüler_innen) aktuell spielt. Über alle Altersgruppen hinweg ergibt sich folgendes Bild (vgl. Abb. 12).

Weniger als 10 Prozent der Befragten gab an, dass nachhaltige Entwicklung in ihrer Schulzeit oft oder regelmäßig thematisiert wurde. Mehr als ein Drittel sagte, nie mit diesem Thema im Unterricht konfrontiert worden zu sein. Das Ergebnis ist altersabhängig. Die Thematisierung von nachhaltiger Entwicklung korreliert in hohen Maßen mit dem Alter: $r = -.455$ ($p < .001$) – was einem hohen Effekt entspricht. Dabei zeigt sich, dass die Jüngeren in der Bevölkerung verstärkt mit BNE in Berührung gekommen sind. Aber selbst bis ins hohe Alter hinein findet man eine Bestätigung der Aussage, dass BNE regelmäßig zum Gegenstand des Unterrichts gemacht wurde.

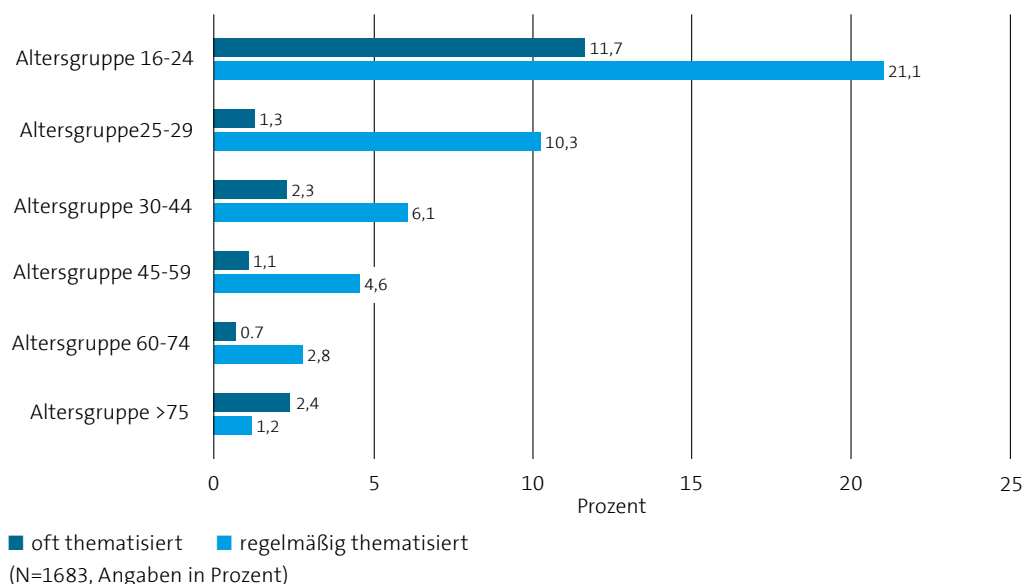
Abb 12: Welche Rolle hat nachhaltige Entwicklung in Ihrer Schulzeit gespielt?

Wenn Sie noch zur Schule gehen: Welche Rolle spielt sie darin bisher?



Dass jedoch die Werte im jüngsten Segment sehr deutlich steigen (vgl. Abb. 13), signalisiert die wachsende Bedeutung von BNE in der Schule. Das kann allerdings noch kein Effekt der Einführung von BNE als Leitprinzip für alle Schulfächer im Baden-Württembergischen Bildungsplan sein, denn dieses Leitprinzip war für den Schulalltag der 16-jährigen zum Zeitpunkt der BNE-Befragung noch nicht wirksam. Zum Vergleich: In einer bundesweiten Online-Access-Panelstudie wurden 2.564 16- bis 24-jährige in 2018 befragt, ob sie dem Thema „Nachhaltigkeit“ in der Schule schon begegnet seien. Es gaben 35,2 Prozent an, dem Thema Nachhaltigkeit noch nie im schulischen Kontext begegnet zu sein²³, in der hier präsentierten Erhebung waren es 5,3 Prozent der entsprechenden Altersgruppe.

Abb. 13: In meiner Schulzeit wurde bzw. wird im Unterricht nachhaltige Entwicklung/Nachhaltigkeit ...



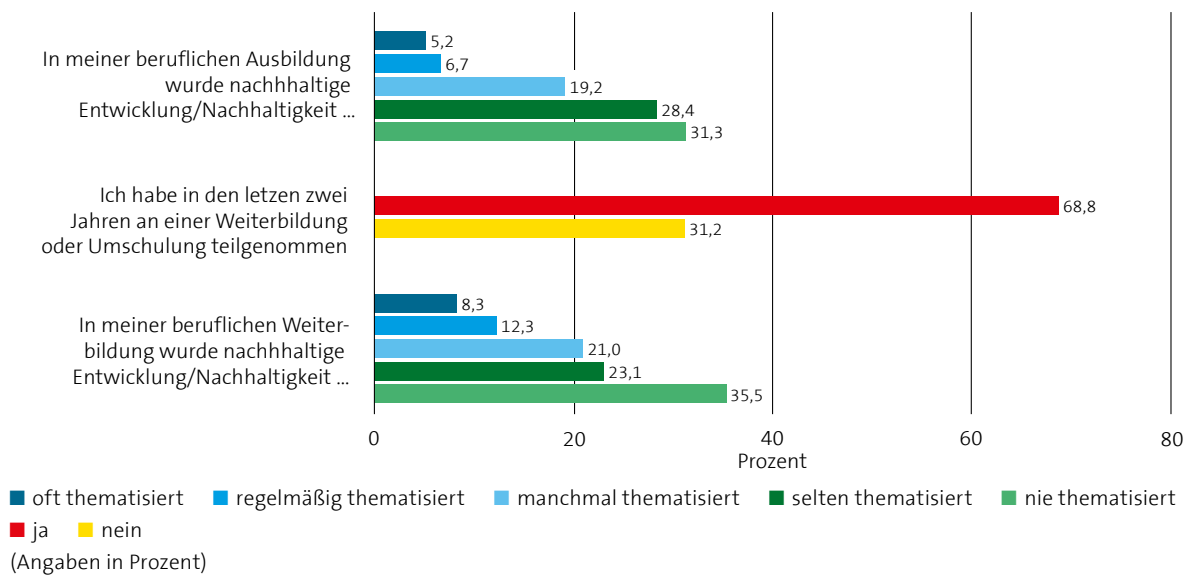
Bedeutung der beruflichen Aus- und Weiterbildung für das eigene Wissen

Ändert sich diese Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung, wenn man den schulischen Kontext verlässt und sich jene Gruppe anschaut, die eine berufliche Qualifikation abgeschlossen hat? 1.578 der teilnehmenden Befragten gab an, entweder eine berufliche Ausbildung (498), ein Studium (712) oder beides (368) durchlaufen zu haben. Keine berufliche Ausbildung hatten 123 der Teilnehmenden. Das betrifft primär (in ca. 90 der 123 Fälle) das Segment der 16- bis 24-jährigen.

Nur wenige der Teilnehmenden an der Befragung gaben an, der Nachhaltigkeit in der Aus- oder Weiterbildung oft begegnet zu sein (vgl. Abb. 14). Die Werte bewegen sich deutlich unter 10 Prozent. Nimmt man dagegen alle Angaben zu „oft“, „regelmäßig“ und „manchmal“ zusammen, so ergibt sich ähnlich dem schulischen Kontext, dass in der Ausbildung nachhaltige Entwicklung bei rund 30 Prozent dieser Befragten auf dem Plan stand. Nur in Bezug auf die Weiterbildung erhöht sich der Wert auf rund 40 Prozent. In der Altersgruppe der 16- bis 29-jährigen wird Nachhaltigkeit in der Weiterbildung in ca. 13 Prozent der Fälle oft thematisiert und in eben dem Maße zumindest regelmäßig. Der Bezug zu Nachhaltigkeitsfragen nimmt dann jedoch in der Altersgruppe ab 30 Lebensjahren durchgängig und deutlich auf 8 bis 9 Prozent ab.

²³ Siehe https://www.ewi-psy.fu-berlin.de/einrichtungen/weitere/institut-futur/Projekte/Dateien/Grund_-J_-Brock_-A_-2018_-BNE_in_Lehr-Lernsettings_Quantitative-Studie_-Befragung_junger-Menschen.pdf.
Letzter Zugriff: 10.11.2021.

Abb. 14: Welche Rolle hat nachhaltige Entwicklung in Ihrer beruflichen Ausbildung (N = 1701) bzw. Weiterbildung (N = 1561 [hier nur 16- bis 64-jährige]) gespielt?



Umfang der Unterrichtszeit, die für BNE verwendet werden sollte

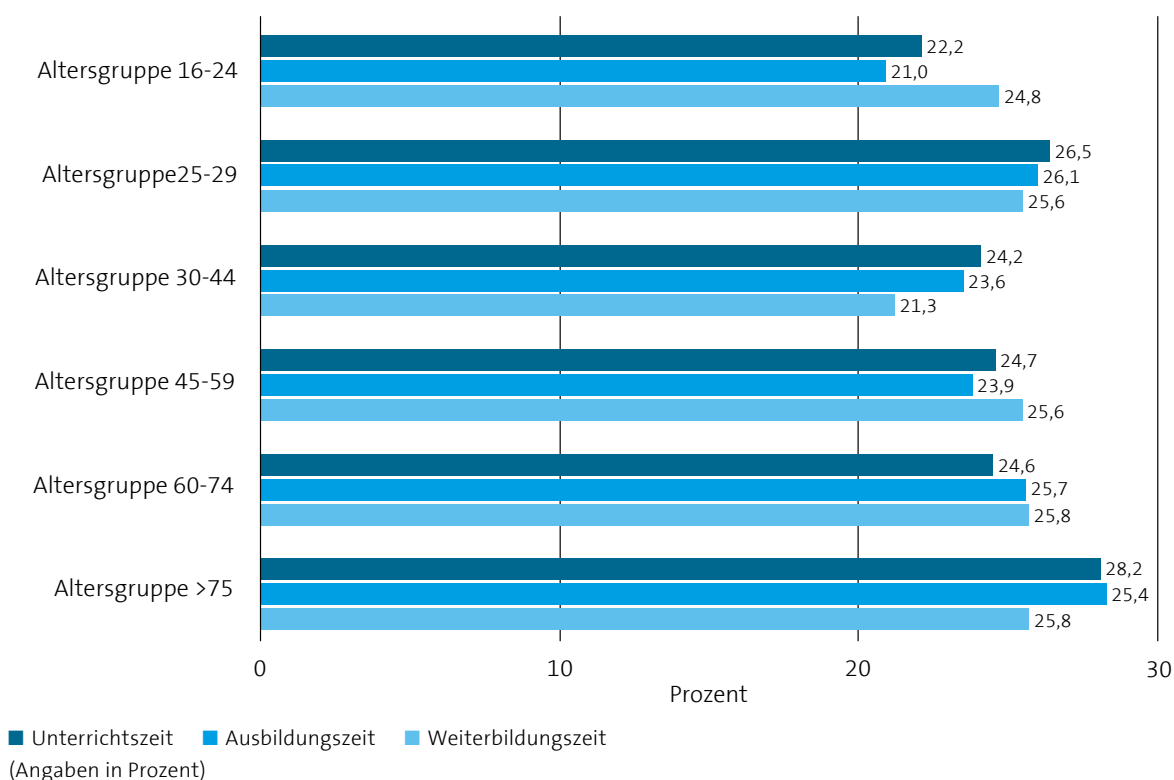
Die Freiburger_innen wurden auch gefragt, in welchem Umfang BNE im schulischen Curriculum, in den Studien- und Ausbildungsordnungen und in den Weiterbildungskursen verankert und behandelt werden sollte? Das Ergebnis: In den Rahmenplänen, Ausbildungs- und Studienordnungen sollte Themen der Nachhaltigkeit ein großer Platz eingeräumt werden. Über alle Altersgruppen hinweg wird einheitlich dafür plädiert, dass rund ein Viertel der Lernzeit Nachhaltigkeit zum Schwerpunkt haben sollte (vgl. Abb. 15). Dem entsprechen die Curricula bisher nicht.²⁴

Dass speziell die jüngste Altersgruppe den Mittelwert unterschreitet, kann aufgrund der Daten nicht geklärt werden. Insgesamt liegt der Wert von 22,5 Prozent bei den 16- bis 24-jährigen deutlich unter jenen der schon zitierten in einer bundesweiten Online-Access-Panelstudie. Nach dieser Studie sollte der Wert bei rund einem Drittel der Unterrichtszeit liegen.²⁵

²⁴ Vgl. die Analysen von Holst, J., & Brock, A. (2020). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schule: Strukturelle Verankerung in Schulgesetzen, Lehrplänen und der Lehrerbildung. Berlin. Holst, J., & Singer-Brodowski, M. (2020). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Beruflichen Bildung: Strukturelle Verankerung zwischen Ordnungsmitteln und Nachhaltigkeitsprogrammatik. Berlin. Holst, J., & von Seggern, J. (2020). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an Hochschulen: Strukturelle Verankerung in Gesetzen, Zielvereinbarungen und Dokumenten der Selbstverwaltung. Berlin.

²⁵ Siehe Fußnote 18.

Abb. 15: So viel Unterrichtszeit (N = 1409; Mittelwert 24,8128), Ausbildungszeit (N= 1249; Mittelwert 24,6831) bzw. Weiterbildungszeit (N = 743; Mittelwert 24,4478) sollte Nachhaltigkeit zum Schwerpunkt haben.



Ein Fach BNE?

Wenn schon ca. 25 Prozent der Unterrichtszeit nach Auskunft der Teilnehmenden an der Befragung in nachhaltige Entwicklung investiert werden sollte, dann fragt sich, ob diese nicht in einem Fach im Umfang von ca. 6 bis 7 Stunden pro Woche (entspricht ca. $\frac{1}{4}$ der Unterrichtszeit) realisiert werden soll, oder eher fachübergreifend. Die Antwort der Befragten ist eindeutig (N = 1.511): 71 Prozent der Antwortenden sagen, Nachhaltigkeit solle ein regelmäßiger Schwerpunkt in allen Schulfächern sein, 29 Prozent plädieren für ein eigenes Schulfach „Nachhaltigkeit“. Diese Positionierung ist über alle Altersgruppen hinweg konstant.

Wie sollte ein Schwerpunkt Nachhaltigkeit in der Schule aussehen?

Zur Frage „Wie sollte Ihrer Meinung nach ein Schwerpunkt Nachhaltigkeit in der Schule aussehen?“, haben sich 608 Teilnehmer_innen geäußert (vgl. Tab. 2). Die praktischen Anwendungsmöglichkeiten des Gelernten sollten im Vordergrund stehen. Die Themenvorschläge sind vielfältig. Sie reichen von der Mülltrennung und -vermeidung über die Ernährung bis hin zum Artenschutz.²⁶ Auch wird auf der Basis der Vielfalt der möglichen Themen stark dafür plädiert, über alle Fächer hinweg zu schauen, wo die jeweilige Thematik am besten zu platzieren ist. Expert_innen schulischer Lernformen erwähnen auch die Notwendigkeit, fächerübergreifend oder fächerverbindend Nachhaltigkeit zu unterrichten. Ausdrücklich wurde dafür plädiert, den Projektunterricht zu favorisieren und Anschauung durch Ausflüge, Besichtigungen usw. zu gewinnen.

²⁶ Im Falle dessen, dass nur Themen genannt wurden, sind diese unter „Diverses“ zusammengefasst, da die Nennungen durchgängig kleiner als 5 waren.

Tab. 2: Was sollte der Schwerpunkt von BNE in der Schule sein?

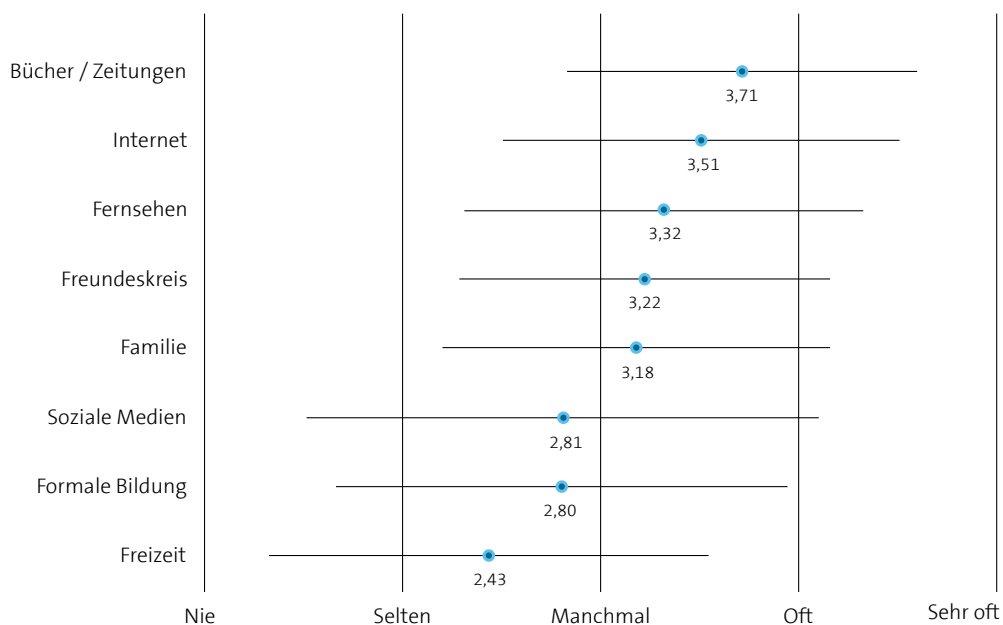
BNE sollte ...	
BNE sollte ...	
praktisch, anwendungs- und lebensweltorientiert unterrichtet werden (mit vielfältigen Themenvorschlägen)	156
in den thematisch passenden Fächern jeweils integriert werden (davon 25 Nennungen „fächerübergreifend“ oder „fächerverbindend“) Schwerpunkt: Naturwissenschaften	137
in Projekten/Projekttagen/Projektwochen/via Ausflüge etc. thematisiert werden	78
selbstverständlich in allen Fächern sein	72
das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung stärken/reflektieren	51
Diverses	37
in allen Bereichen der Schule gelebt werden	34
ein Fach sein	29
kein Fach sein	16
nicht ausgebaut werden, ist hinreichend abgedeckt (etwa durch die neuen Lehrpläne)	9
Summe der Nennungen	619

(N = 608; Zahl der Nennungen: 619; keine Doppelcodierungen)

Wissensquellen und nachhaltiges Handeln

Die Thematisierung von nachhaltiger Entwicklung in der Schule, in der Aus- oder Weiterbildung ist nur eine potenzielle Wissensquelle. Nachhaltigkeit ist ein zentrales Thema auch in den Massenmedien und kann unter Freund_innen und in der Familie ebenso Gegenstand der Information, der Gespräche und des Austausches sein. Daher wurde auch gefragt, welche Quelle von besonderer Bedeutung ist. In einer geschlossenen Frage wurde nach den verschiedenen Informationsquellen und ihre Bedeutung für den Wissenserwerb gefragt (vgl. Abb. 16). Dabei wurden die Massenmedien und der soziale Bereich stark ausdifferenziert, aber es wurde auch nach dem Einfluss der Schule und der beruflichen Aus- und Weiterbildung (zusammengefasst als „Formale Bildung“) gefragt. Es zeigt sich, dass die Schule bzw. generell die formale Bildung nicht im Vordergrund steht. Printmedien, Internet und Fernsehen sind die primären Informationsquellen. Es finden sich folgende Mittelwerte:

Abb. 16: Wo hat man etwas über nachhaltige Entwicklung erfahren?



(N = 1518 [Freizeit] bis 1644 [Fernsehen])

Die Dominanz der Printmedien (Standardabweichung 0,89), des Internets (Standardabweichung 1,01) und des Fernsehens (Standardabweichung 1,01) ist auffällig. Dem folgt eine Gruppe, die eng mit den persönlichen Beziehungen zu tun hat: Der Freundeskreis (Standardabweichung 0,94) und die Familie (Standardabweichung 0,99). Mit deutlichem Abstand folgen sodann die sozialen Medien (Standardabweichung 1,30) und die formale Bildung (Standardabweichung 1,15). Das Schlusslicht bildet die Freizeit (Standardabweichung 1,12). Das ist jedoch über alle Altersgruppen gemittelt. Die 16- bis 24-jährigen nutzen häufiger das Internet (Mittelwert 3,8941; im Folgenden abgekürzt MW) als die 60- bis 74-jährigen (MW 3,1402 oder die (über) 75-jährigen (MW 2,4159). Das ist ebenso zu erwarten wie die geringere Nutzung des Fernsehens von Seiten der Jüngeren oder auch das Lesen von Druckerzeugnissen, allerdings sind hier die Abweichungen nicht so gravierend (16- bis 24-jährige: MW 3,4706 zum MW der 60- bis 74-jährigen von 3,8961). Die Bedeutung der Schule fällt bei den Jüngeren höher aus (MW 3,3140 bei den 16- 24-jährigen). Ihre Relevanz nimmt stetig ab und erreicht bei der Altersgruppe 75-plus noch einen MW von 2,0283. Die Bedeutung der Familie ist über alle Altersgruppen hinweg kaum different, die der Freund_innen dagegen nimmt mit dem Alter kontinuierlich, aber nicht wesentlich ab (16- bis 24-jährige: MW 3,3216 zum MW der 60- bis 74-jährigen von 3,1514).

Mit Bezug auf die oben genannte Selbstbeurteilung via Schulnote ergibt sich bei den 16- bis 30-jährigen für die Informationsquellen folgendes Bild (vgl. Tab. 3): Nahezu durchgängig sind diejenigen, die sich die besten Noten (1 oder 2) geben, auch diejenigen, die sagen, sie hätten in der formalen Bildung (Schule, Hochschule, Ausbildung) vieles erfahren (MW = 3,40) – im Gegensatz zu jenen mit der Note 4 oder schlechter, die in der Bedeutung der formalen Bildung einen Mittelwert von 2,62 erreichen. Herauszuheben ist zudem, dass die Thematisierung der Nachhaltigkeit in der Freizeit bei den Notenbesten stärkere Werte erreicht als bei jenen mit schlechten Noten. Das ist im Zusammenhang mit dem Besuch von Veranstaltungen zum Thema „Nachhaltigkeit“ zu sehen, wie weiter unten noch deutlich werden wird (Abschnitt 7). Generell sind bei den Notenbesten nahezu alle Lebensbereiche bedeutender als bei den Notenschlechtesten: Die Besten greifen stärker auf Bücher und Zeitungen zurück, etwas weniger aber auf die Sozialen Medien. Insgesamt ist das Informationsverhalten derer mit den besseren Noten intensiver ausgeprägt.

Tab. 3: Die Notenbesten und Notenschlechtesten im Vergleich

Lebensbereich	Note 1 oder 2* (n = ca. 190)	Note 4 oder schlechter* (n = ca. 40)
Internet	3,91 (0,83)	3,79 (0,78)
Bücher/Zeitungen	3,74 (0,96)	3,29 (1,08)
Freundeskreis	3,57 (0,88)	3,28 (1,18)
Soziale Medien	3,40 (1,21)	3,55 (1,23)
Formale Bildung	3,40 (1,09)	2,62 (0,88)
Familie	3,24 (1,01)	2,90 (1,00)
Fernsehen	2,97 (1,03)	3,00 (1,10)
Freizeit	2,63 (1,17)	1,93 (1,17)

(Alter 16 bis 30 Jahre)

* Mittelwert, Standardabweichung in Klammern

Was lässt sich aufgrund dieser BNE-Befragung über die Beziehung zwischen den Wissensquellen und dem oben thematisierten nachhaltigen Verhalten sagen?(Vgl. Tab. 4) Der stärkste Zusammenhang besteht zwischen dem nachhaltigen Handeln und dem Kontakt mit nachhaltiger Entwicklung im Freundeskreis ($r = -.324$) – was einer mittleren Effektgröße entspricht. Kurz dahinter befinden sich der Zusammenhang zwischen nachhaltiger Entwicklung, Handeln und Kontakt mit nachhaltiger Entwicklung mit der Familie ($r = -.263$) und in der Freizeit ($r = -.262$).

Tab. 4: Der Zusammenhang zwischen Nachhaltigem Verhalten (s.o.) und den Quellen des Wissens

	Korrelationskoeffizient r	Signifikanz (2-seitig)	N
Nachhaltiges Verhalten	1,000		1631
Freundeskreis	-,324**	<,001	1544
Familie	-,263**	<,001	1531
Freizeit	-,262**	<,001	1451
Bücher/Zeitschriften	-,219**	<,001	1579
Internet	-,178**	<,001	1525
Formale Bildung	-,102**	<,001	1488
Soziale Medien	-,057*	,030	1474
Fernsehen	,054*	0,32	1563

Ein statistisch signifikanter aber praktisch unbedeutender (aufgrund der kleinen Effektgröße) Zusammenhang findet sich zwischen dem nachhaltigen Verhalten und dem Kontakt mit nachhaltiger Entwicklung über soziale Medien ($r = -.057$). Im Kontakt mit nachhaltiger Entwicklung über das Fernsehen drehte sich der Effekt sogar um ($r = .054$), jedoch ist das eine Größenordnung, die lediglich eine Tendenz signalisiert: Wer mehr Kontakt zu Nachhaltigkeit über das Fernsehen hat, tut eher weniger.

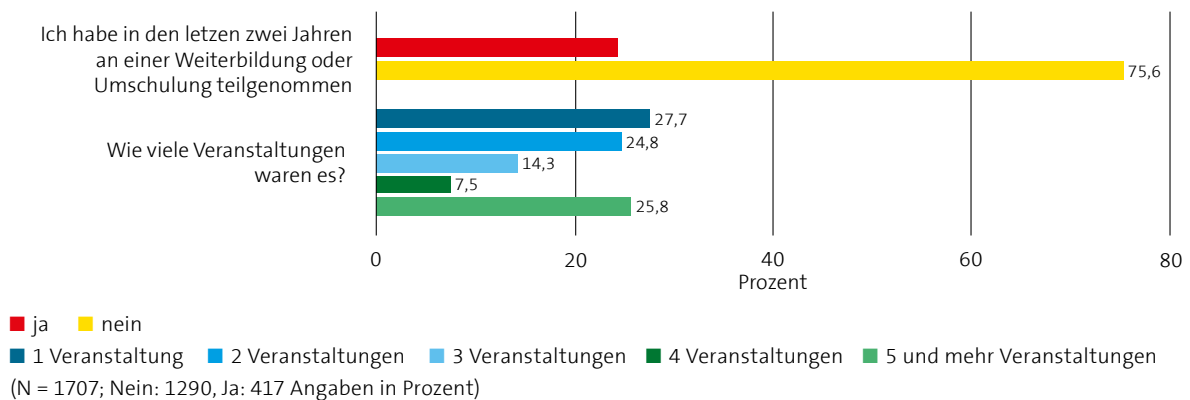
1.7 Der Besuch von Veranstaltungen zur Nachhaltigkeit

Besuchte Veranstaltungen, Themen, Orte und Wünsche

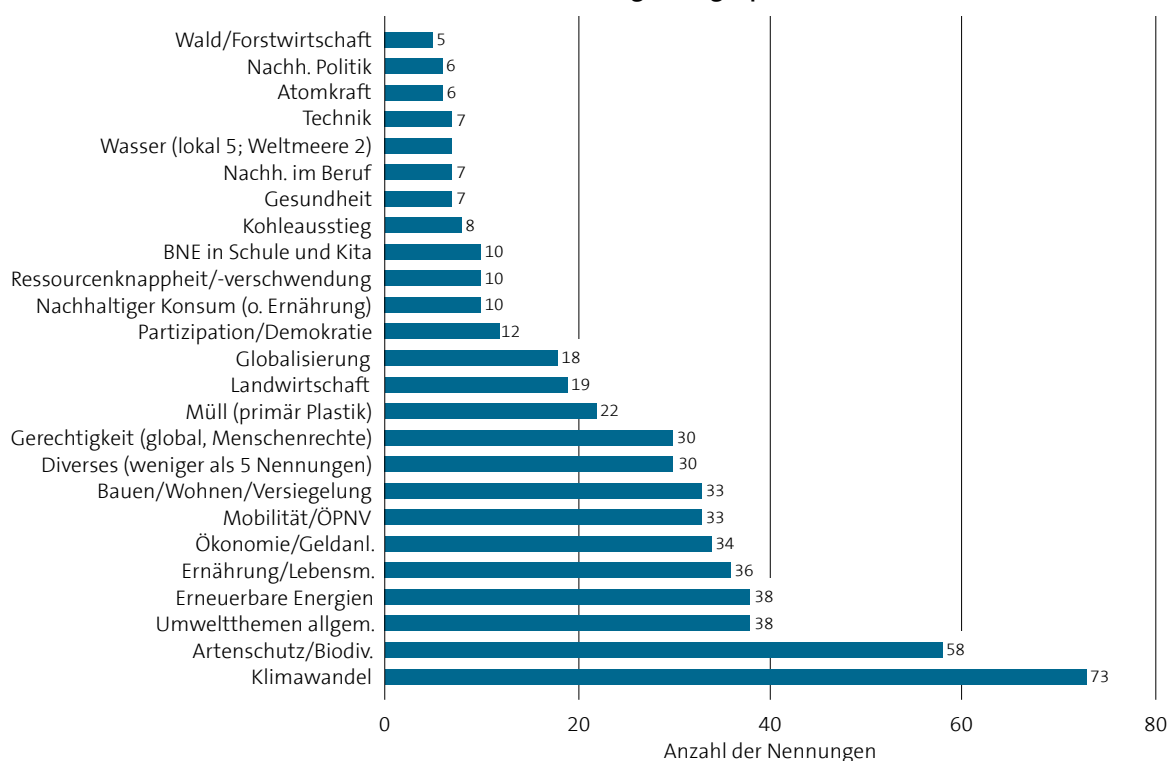
In welchem Maße wurden nonformale Lernorte in den letzten zwei Jahren aufgesucht, und wie wird das Angebot generell eingeschätzt? (Vgl. Abb. 17).

Nahezu jede vierte Person ($N = 471$) im Alter über 16 hat in den letzten zwei Jahren eine oder mehrere Veranstaltungen zur Nachhaltigkeit besucht. Es ließen sich dabei keine statistisch relevanten Unterschiede nach Altersgruppen finden.

Abb. 17: Haben Sie in den letzten zwei Jahren Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit besucht? (Zum Beispiel in der Volkshochschule, von Umweltorganisationen, der Stadt oder Nicht-regierungs-Organisationen)



Auf die Frage, um welche Themen es sich bei den in den letzten zwei Jahren besuchten Veranstaltungen gehandelt habe, antworteten 308 Befragte, das sind rund 75 Prozent derer, die eine oder mehrere Veranstaltungen besucht haben. Es handelte sich um eine offene Frage, bei der auch mehrere Angaben gemacht werden konnten. Genannt wurden insgesamt 575 Themen (vgl. Abb. 18).

Abb. 18: Welche Themen wurden in den Veranstaltungen angesprochen?²⁷

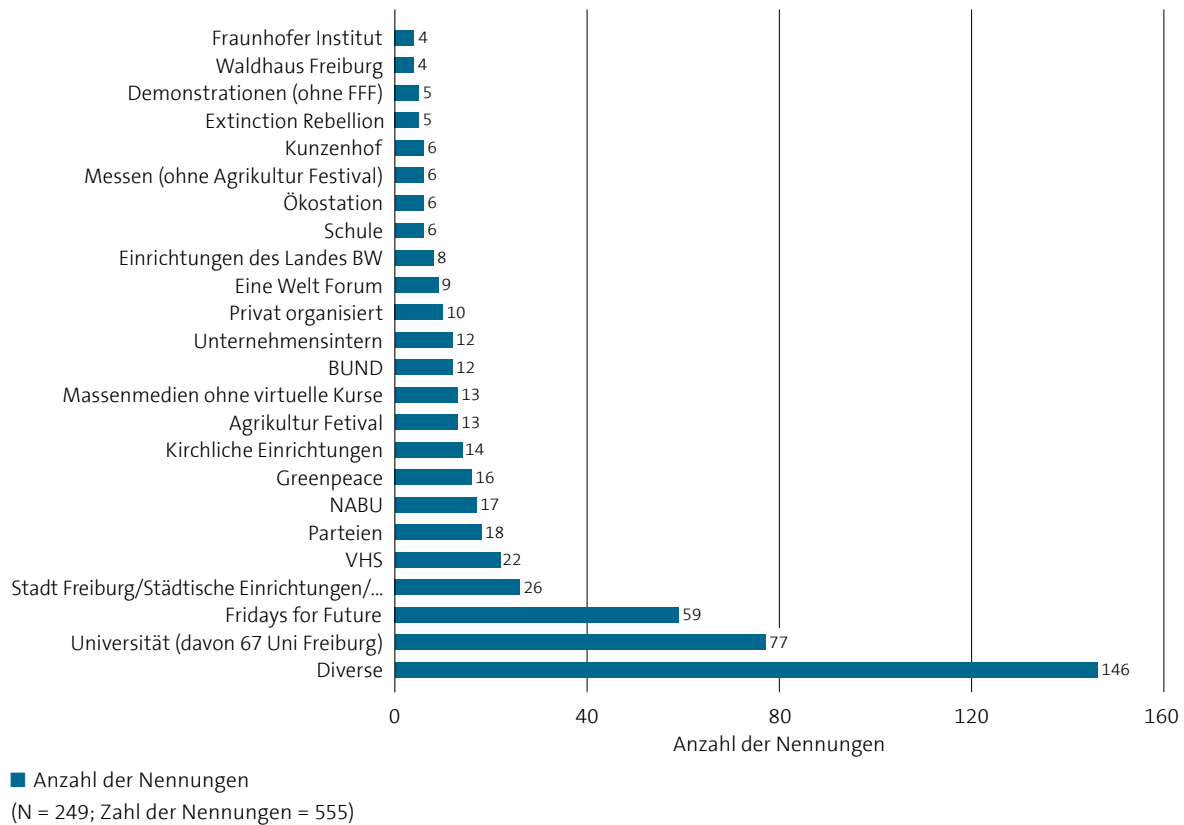
Der Klimawandel und der Artenschutz führen die Liste deutlich an. Das entspricht der Relevanz, die diesen Themen in dieser Befragung immer wieder attestiert wird (s.o. Kap. 1.5.). Aber auch die Energiewende hat einen starken Zuspruch erfahren, wenn man die Aspekte „erneuerbare Energien“, „Energie sparen“, „Kohleausstieg“ und „Atomkraft“ zusammenfasst: Es sind dann 70 Nennungen. Ein anderer, ebenfalls zusammenführbarer Bereich ist der Komplex „Ernährung“, und „Gesundheit“ mit insgesamt 43 Nennungen. Dagegen wird die Thematik „Müll“, speziell Plastikmüll wie auch die „Mobilität/ÖPNV“ relational zur Bedeutung die diese Themen im eigenen Verhalten haben (s.o. Kap. 1.5.) nur selten genannt. Während bei den unter „Bauen/Wohnen“ zusammengefassten Themen oftmals Konkretisierungen geliefert wurden (etwa zur Versiegelung, auf einzelne Stadtteile bezogene Probleme wie etwa die innerstädtische Verdichtung), waren viele der anderen genannten Schwerpunkte deutlich weniger auf lokale Gegebenheiten bezogen (etwa: Klimawandel, Gerechtigkeit). Unter „Diverses“ fallen zum Beispiel „nachhaltiger Tourismus“, „Tierschutz“, und „Digitalisierung und Nachhaltigkeit“. Auffällig ist, dass nur selten Veranstaltungen genannt wurden, welche die soziale Seite der Nachhaltigkeit thematisieren.

Welche Organisationen haben die besuchten Veranstaltungen angeboten?

Wer in den letzten zwei Jahren an Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit teilgenommen hatte wurde auch gebeten, die Organisation/en anzugeben, bei der/denen diese Veranstaltungen stattfanden. Darüber gaben 249 Befragte eine Auskunft mit insgesamt 555 Nennungen (vgl. Abb. 20). Insgesamt zeigt sich eine sehr hohe Diversität der Informationsquellen. Dabei wird eine breite Palette an Informationsmöglichkeiten genutzt..

²⁷ In der Abbildung 18 wurden jene Aspekte der Wunschliste einzeln aufgeführt, die 5 oder mehr Nennungen erfahren haben, da man davon ausgehen kann, dass Angebote eine größere potenzielle Adressatengruppe ansprechen muss, um zustande zu kommen.

Abb. 20: Welche Veranstalter haben Sie aufgesucht?



Es sticht zunächst die Zahl der Organisationen heraus, die unter „Diverse“ zusammengefasst wurde. Dieses betrifft Organisationen mit drei oder weniger Nennungen. Sie sind vielfältig. So wurden genannt (Beispiele in alphabetischer Reihenfolge, nicht Zahl der Nennungen): ADFC Freiburg; Bergwaldprojekt; Bürgernetzwerk „Zsämme in Walkersdorf“; Caritas; Deutscher Alpenverein; Ende Gelände; Foodwatch; Gartencoop Freiburg; GLS-Bank; IFOAM; Imkerverein; Öko-Institut; Rotary Club Freiburg; Schwarzwald Verein; Treffpunkt Freiburg; Wandel werk eV Umweltpsychologie; Wohnungseigentümersversammlung.

Deutliche Relevanz als Veranstaltungsort hat die Universität Freiburg mit Vorträgen, Veranstaltungsreihen, der Seniorenuni, aber auch mit an der Universität angesiedelten Aktivitäten durch Studierende. Nahezu 14 Prozent der Befragten gaben diese Einrichtung als besuchten Veranstaltungsort an. Gewicht hat auch Fridays for Future. Es war nicht erkennbar, ob als Veranstaltung die Teilnahme an Demonstrationen dieser Organisation gemeint war oder das Engagement in der Freiburger Gruppe bzw. im Klimabündnis. Dann zeigt sich ein stark diverses Bild: Städtische Veranstaltungen bzw. auch städtische Einrichtungen (etwa das Forstamt, Kultureinrichtungen der Stadt, das Bildungsdezernat) sind hier ebenso wie die Volkshochschule zu nennen, die rund 5 Prozent der Befragten als Veranstaltungsort angegeben haben. Die großen Umweltverbände NABU, Greenpeace und BUND bringen es gemeinsam auf 45 Nennungen. Mithin haben 8 Prozent der Befragten diese Organisationen im Rahmen von Veranstaltungen besucht. Weit bekannte lokale Akteure, wie die Ökostation, der Kunzenhof, das Waldhaus Freiburg erfahren dagegen wenige Nennungen.

1.8 Wunschthemen

Aus der Gruppe der Befragten, die Veranstaltungen zur nachhaltigen Entwicklung besucht haben, nahmen 181 die Möglichkeit wahr, bis zu drei Wünsche zu äußern hinsichtlich Angebote, die sie gerne besuchen würden. Insgesamt wurde 303 Vorschläge gemacht. Auf der einen Seite waren die Wünsche sehr vielfältig, auf der anderen Seite haben nahezu alle Vorschläge eine eindeutige Richtung: Man möchte ganz praktische Hinweise und Erfahrungen sammeln. So wurden die meisten Wünsche in einer Frage formuliert: „Was kann ich (persönlich) für die nachhaltige Entwicklung tun?“ War diese Frage allgemein gehalten, so finden sich auch in den konkreten Aussagen immer wieder die Hinweise auf das Interesse an Handlungsorientierungen.

So werden unter „Bauen/Wohnen“ Anliegen gefasst, die sich auf Wärmedämmung, ökologische Sanierung u.a. beziehen. Unter der Rubrik „Biodiversität“ wird ebenso gefragt, was man lokal im eigenen Garten oder auf dem eigenen Balkon tun kann und wie Grünanlagen (der Stadt) zum Artenschutz beitragen könnten – aber auch die Bienenzucht ist Thema. Praktisches wünscht man sich auch zum Thema „Ernährung“ und im Themafeld „Stadtentwicklung“. In engem Zusammenhang mit „Partizipation“ wünscht man sich nicht nur detailliertere Kenntnisse über die Stadtentwicklung und -planung, sondern möchte teilhaben an der Ideengenerierung, mitdenken und sich engagieren.

Tab. 5: Gewünschte Veranstaltungsangebote

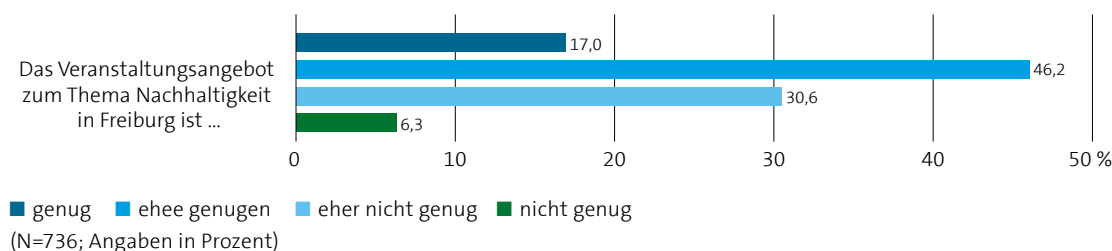
Was kann ich tun für die nachhaltige Entwicklung?	38	Biodiversität (auch: städtische Grünanlagen)	28
Mobilität (primär lokal, auch: Elektromobilität)	24	Stadtentwicklung und -planung	23
Diverses (auch Globale Entwicklung: 2; Familien-gerechte Veranstaltungen: 2; Tierwohl 2; Wasser/ Weltmeere 3)	22	Ernährung (auch: Landwirtschaft 2, Urban Gardening 2, Kochen 3; Vegan 5)	20
Erneuerbare Energien (auch Energie sparen 3)	15	Infobroschüren zu diversen Themen, aber auch Führungen	15
Müll	14	Bauen /Wohnen /Renovieren	14
Gerechtigkeit (auch. Migration; Arbeit und Leben)	14	Aufklärung über Nachhaltigkeit allgemein	13
Ökonomie (Geldanlage; Degrowth; zirkuläre Ökonomie)	13	BNE: Umsetzungsaspekte	12
Partizipation, politisch	12	Klima (auch: Was kann ich tun?)	10
Konsum (auch nachhaltiger Tourismus N= 2)	9	Ressourcenverbrauch	7
Summe 303			

(Offene Antworten; Mehrfachnennungen möglich, N = 181)

10 Prozent der Befragten äußerten sich zu der Frage nach den Veranstaltungswünschen. Vergleicht man die Top 8 der besuchten mit den Top 8 der erwünschten Veranstaltungen, so decken sich die Interessen in vielen Punkten: Artenschutz/Biodiversität ist neben der Mobilität und dem Thema Ernährung oben auf der Agenda. Dagegen ist das Top-Thema der besuchten Veranstaltungen zum „Klimawandel“ nur noch selten unter den Wünschen zu finden, während umgekehrt die Stadtentwicklung nicht in der Deutlichkeit unter den besuchten Veranstaltungen zu finden ist. Wesentlich ist den Befragten ein Angebot an Veranstaltungen mit praktischen Anleitungen, die an der Lebenssituation der Teilnehmenden anknüpfen und Hinweise geben, wie man sich persönlich im eigenen Haushalt wie in der Wohnumgebung und Stadt engagieren kann. Nur wenige Nennungen entfielen auf soziale Aspekte der Nachhaltigkeit. So hat das Thema „Gerechtigkeit“ (inklusive Migration, Arbeiten und Leben) nur 14 Nennungen erfahren.

„Wie beurteilen Sie das Angebot an Informationsveranstaltungen, Führungen, Konferenzen, Kursen und so weiter zur nachhaltigen Entwicklung in Freiburg?“ lautete die anschließende Frage (vgl. Abb. 21). Eindeutig genug ist es nur für 17 Prozent der Freiburger_innen, eindeutig nicht genug für 6,3 Prozent. 46,2 Prozent meinen, es gebe eher genug Angebote, und 30,6 Prozent sehen das Angebot als eher nicht genügend an.

Abb. 21: Das Angebot an Veranstaltungen zur Nachhaltigkeit



1.9 Beziehungen zwischen Veranstaltungsbesuch, Wissen und Handeln

Wie schon betont, ist der Besuch von Veranstaltungen der VHS, von Umweltorganisationen etc. freiwillig. Es ist aufgrund dieser Erhebung nicht zu klären, ob man aufgrund eines schon vorhandenen starken Interesses, Wissens und überdurchschnittlichen nachhaltigen Handelns diese Kurse, Führungen, Konferenzen etc. besucht hat, oder ob die Kurse usw. die Motivation zum Handeln verstärkt haben.

Tab. 6: Selbsteingeschätztes Wissen nach Schulnoten der Teilnehmer_innen an Veranstaltungen zur nachhaltigen Entwicklung

Filter	N	Minimum	Maximum	Schulnote Mittelwert	Std.-Abweichung
Nein, nicht an einer Veranstaltung teilgenommen	1212	1,00	6,00	2,8284	,91789
Gültige Werte	1212				
Ja, an einer/mehreren Veranstaltung/en teilgenommen	408	1,00	6,00	2,2941	,82751
Gültige Werte	408				

Auffällig ist, dass es sich bei den 25 Prozent der Bürger_innen, die Veranstaltungen besuchten, um eine herauszuhebende Gruppe der Befragten handelt. Unterscheidet man bei den Befragten nämlich zwischen jenen, die keine und jenen, die eine oder mehrere Veranstaltungen besuchten, so ergibt sich eine deutliche Differenz bezüglich des selbst eingeschätzten Wissens, wobei sich der Besuch von Veranstaltungen zu Nachhaltigkeitsthemen außerhalb der formalen Bildung in Beziehung setzen lässt zu den sich selbst gegebenen Schulnoten, die weiter oben schon erfasst wurden (vgl. Kap. 1.6).

Das selbsteingeschätzte Wissen ist um mehr als eine halbe Schulnote bei denen besser, die in den letzten zwei Jahren Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit besucht haben (bei einer Volkshochschule, NGO etc.; vgl. Abbildung 20). Der Unterschied ist statistisch signifikant ($p < .001$) und die Größe des Unterschiedes entspricht einer mittelgroßen Effektstärke ($d = 0,498$). Man attestiert sich aber nicht nur ein deutlich höheres Wissen als die Gesamtheit bzw. diejenigen, die keine Kurse besuchten, vielmehr ist das nachhaltige Handeln dieser Gruppe auch deutlich unterschieden zu den anderen Befragten, wenn man über alle Items (Energie sparen, für Gleichberechtigung eintreten etc., s.o. Kap. 1.6) hinweg mittelt.

Tab. 7: Selbst eingeschätztes Wissen nach Schulnoten der Teilnehmer_innen an Veranstaltungen zur nachhaltigen Entwicklung

Filter	N	Minimum	Maximum	Schulnote Mittelwert	Std.-Abweichung
Nachhaltiges Verhalten derer, die keine Veranstaltungen besucht haben	1290	1,00	5,00	2,3276	,57843
Gültige Werte	1290				
Nachhaltiges Verhalten derer, die eine/mehrere Veranstaltung/en besucht haben	417	1,00	3,40	2,0013	,47437
Gültige Werte	417				

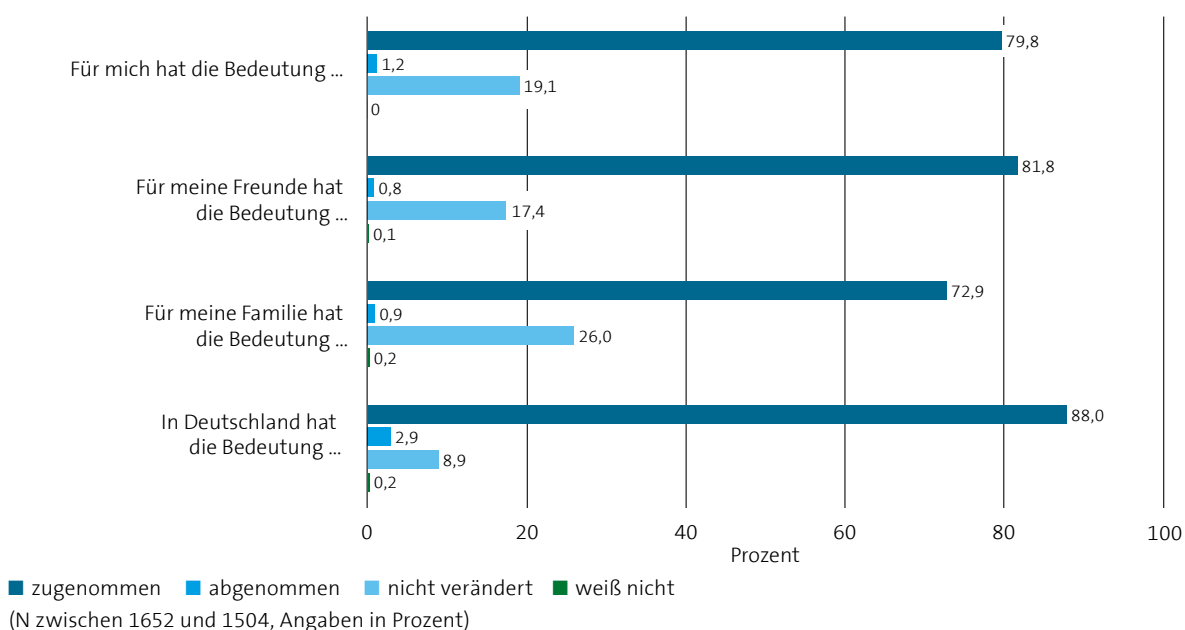
Die kleineren Mittelwerte signalisieren auch hier, wie bei den Schulnoten, ein nachhaltigkeitsfreundlicheres Verhalten. Diejenigen, die in den letzten 2 Jahren Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit besucht haben (bei Volkshochschule, NGOs etc.), berichten mithin stärker von nachhaltigem Verhalten als diejenigen, die keine Veranstaltung besucht haben. Auch dieser Unterschied zwischen den Gruppen ist statistisch hoch signifikant ($p < .001$) und signalisiert ebenso wie bei den Schulnoten bzw. Wissen eine mittlere Effektstärke ($d = 0,519$).

Zwischen dem Besuch von Veranstaltungen und dem Wissen sowie Verhalten gibt es eine deutliche Beziehung. Ebenso zwischen der Anzahl der besuchten Veranstaltungen und dem Wissen sowie Handeln. Die besuchte Veranstaltungszahl korreliert mit dem Wissen in einer Größenordnung von $r = -.275$ ($p < .001$) und mit dem Verhalten in einer Größe von $r = -.268$ ($p < .001$). Beides entspricht mittelgroßen Zusammenhängen. Das heißt, je mehr Veranstaltungen besucht wurden, desto höher das selbsteingeschätzte Wissen und desto höher das berichtete eigene nachhaltige Handeln.

1.10 Die wachsende und zukünftige Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung

Hat sich die Relevanz des Themas „nachhaltige Entwicklung“ für die Befragten in den letzten Jahren noch einmal verstärkt, eher abgenommen, oder ist sie gleichgeblieben? Die persönliche Relevanz muss dabei nicht notwendig damit übereinstimmen, wie man die Bedeutung von Nachhaltigkeit für die Freund_innen und Familie einschätzt; insofern ist neben der Selbsteinschätzung auch die Einschätzung der Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung für andere wichtig.

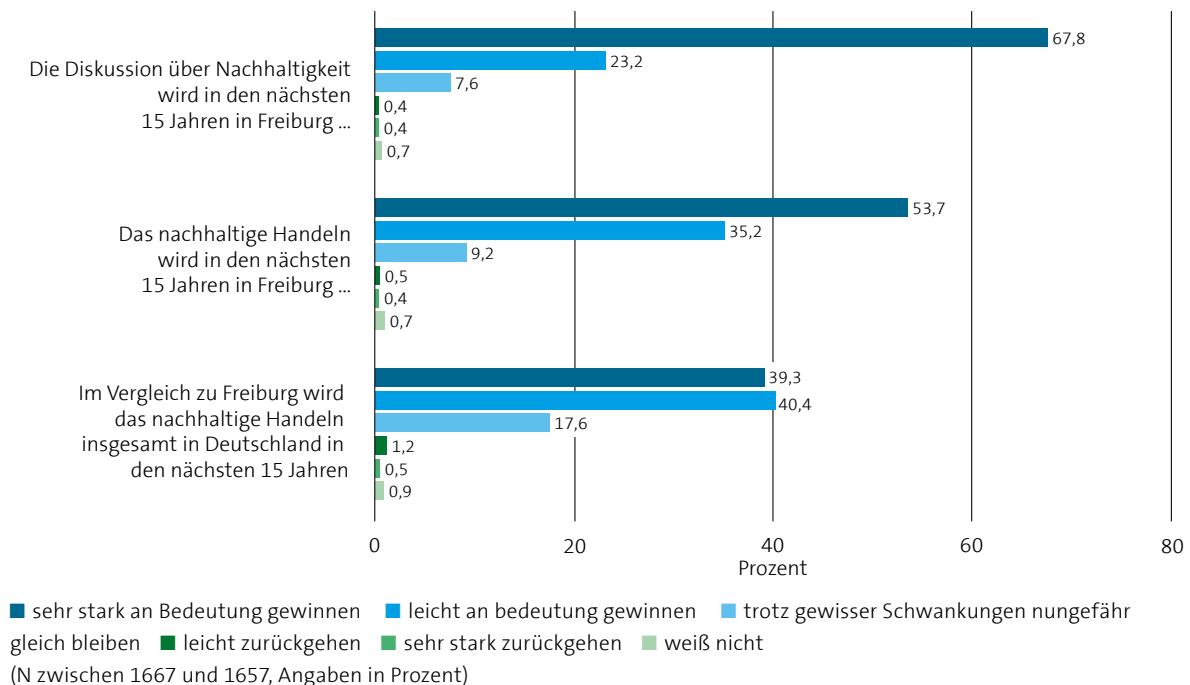
Abb. 22: Wie hat sich die Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung in den letzten 3 Jahren verändert?



Die Zunahme der Bedeutung von nachhaltiger Entwicklung in den letzten drei Jahren sehen rund vier von fünf Befragte als gegeben an (vgl. Abb. 22). Es zeigt sich auch eine sehr hohe Übereinstimmung zwischen der persönlichen Bedeutung und der Relevanz von nachhaltiger Entwicklung für die Freund_innen. Für Deutschland nimmt man einen noch stärkeren Bedeutungszuwachs an als für sich selbst. Am ehesten gleich geblieben ist die Bedeutung der Nachhaltigkeit für die eigenen Familie. Der Rückblick auf die letzten drei Jahre und die steigende Relevanz, die nachhaltige Entwicklung in diesen Jahren erfahren hat, müsste sich auch in dem Stellenwert niederschlagen, den nachhaltige Entwicklung zukünftig hat. Wie fällt hier die Einschätzung der Freiburger_innen aus? (Vgl. Abb. 23). Insgesamt gesehen liegen die Werte bezüglich des Relevanzgewinns zwischen ca. 73 und 88 Prozent.

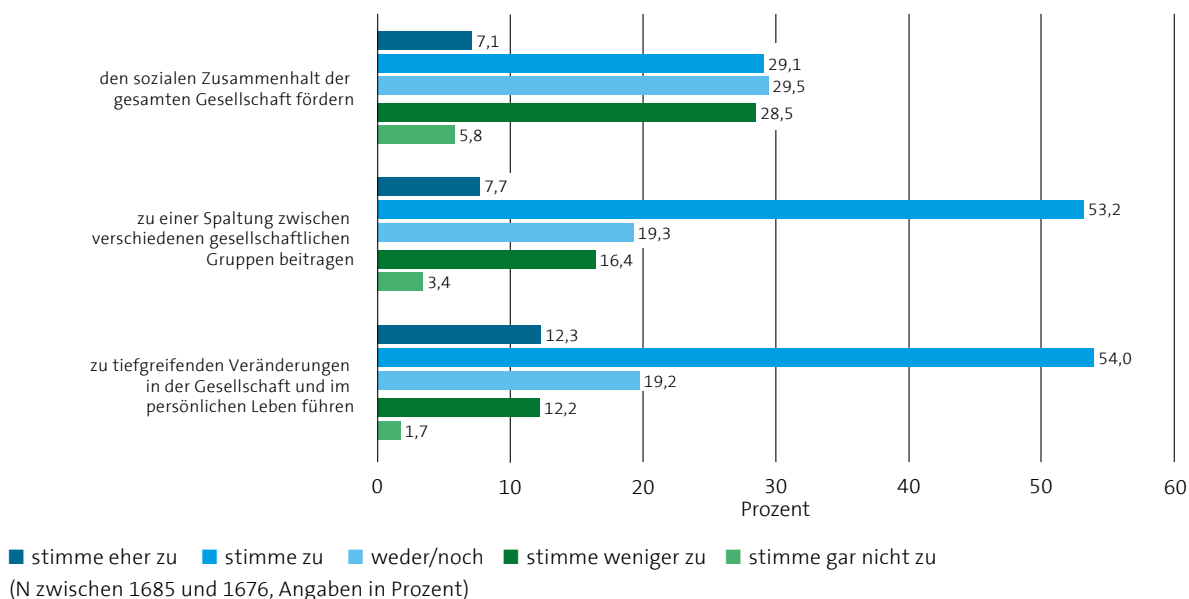
Dabei lässt sich mit gutem Grund zwischen dem Reden über nachhaltige Entwicklung und dem Handeln unterscheiden, denn dieses ist eine schon klassische Diskrepanz, die man bei sich selbst und auch aus der Politik kennt: Wissen, reden und Diskussionen sind das eine, das Handeln entspricht dem oftmals aber nicht. Wie fällt hier die Einschätzung der Freiburger_innen aus? (Vgl. Abb. 23)

Abb. 23: Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung ein? Wie wird in den nächsten 15 Jahren die Diskussion und das Handeln verändern?



Nahezu keine_r der Befragten geht davon aus, dass nachhaltige Entwicklung in den nächsten 15 Jahren ein weniger bedeutsames Thema in der Diskussion oder bezüglich des Handelns sein wird. So wird die Diskussion über Nachhaltigkeit von mehr als zwei Drittel der Befragten so eingeschätzt, dass diese in Freiburg stark zunimmt. Abgeschwächt, aber mit Werten von über 50 Prozent, wird dieses auch für das Handeln angenommen. Wenn weiter oben (vgl. Kap. 3, Abb. 5) viele meinten, in Freiburg würde schon genug für die nachhaltige Entwicklung getan, so sieht man dennoch für die kommenden 15 Jahre keinen Bedeutungsschwund in der Sache – im Gegenteil. Dabei bleibt Freiburg nach Meinung der Bürger_innen Vorbild, denn aufs Ganze gesehen wird für Deutschland nur von knapp 40 Prozent der Befragten ein starker Bedeutungsgewinn des nachhaltigen Handelns angenommen.

Die Stärkung des Zusammenhalts, die Fürsorge für andere und mehr Rücksichtnahme auf sowie Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden und den zukünftigen Generationen ist ein entscheidendes Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Was aber wird erwartet? Wird dieser Zusammenhalt durch die Nachhaltigkeitspolitik tatsächlich gefördert? Führt dieses zu deutlichen Veränderungen in der Gesellschaft und im persönlichen Leben?

Abb. 24: Die Politik zur Nachhaltigkeit wird in den nächsten 15 Jahren in Deutschland ...

Die Daten (vgl. Abb. 24) zeigen ein ambivalentes Ergebnis an. Bezüglich der Erwartung, dass mit der Nachhaltigkeitspolitik in Zukunft der soziale Zusammenhalt gestärkt wird, ist man ambivalent. Zustimmung wie Verneinung halten sich die Waage. Die Gruppe derer, die mit weder/noch antwortete, bewegt sich um 30 Prozent. Ganz anders die Perspektive auf eine mögliche soziale Spaltung: Vier von fünf Bürger_innen denken, dieser Effekt würde sich in den kommenden 15 Jahren einstellen, nur eine von fünf Personen sieht das gänzlich anders. Noch höhere zustimmende Werte werden hinsichtlich des Statements erreicht, dass die Nachhaltigkeitspolitik in den kommenden 15 Jahren zu tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft wie im persönlichen Leben führen wird. Zwei Drittel der Bürger_innen erwarten dieses, nur 14 Prozent sind (eher) anderer Meinung: Sie stimmen dieser Erwartung weniger oder gar nicht zu.

Wo werden sich diese tiefgreifenden Veränderungen in dem kommenden 10 Jahren am ehesten abzeichnen? In einer geschlossenen Liste wurde gebeten, sich auf einer 10er-Skala zwischen „keine Auswirkungen“ bis hin zu „massive Auswirkungen“ zu positionieren. Abgefragt wurden dabei die Aspekte „Klimawandel“, „Verlust der Artenvielfalt“, „Wirtschaftskrisen“, „soziale Ungleichheit“ und „Corona, sowie andere Pandemien“. Der Verlust der Artenvielfalt wird sich nach Ansicht von 65,1 Prozent der Befragten (Skalenwert 7 bis 10) künftig besonders stark auf das persönliche Leben auswirken. 13,4 Prozent sehen dagegen eine eher geringe Auswirkung (Skalenwert 1 bis 4). An zweiter Stelle in der Relevanz wird der Klimawandel gesetzt. Starke persönliche Auswirkungen nehmen 53,9 Prozent der Befragten an (Skalenwert 7 bis 10), während 20,6 Prozent weniger Auswirkungen annehmen. Corona und andere Pandemien werden in Zukunft nach Auffassung von 36,0 Prozent der Bürger_innen einen starken (Skalenwert 7 bis 10) und nach 37,0 Prozent einen eher geringen Einfluss (Skalenwert 1 bis 4) auf das künftige persönliche Leben haben. In möglichen zukünftigen Wirtschaftskrisen wie auch die soziale Ungleichheit sehen 32,9 Prozent der Befragten einen eher starken Einfluss auf ihre Zukunft als gegeben an (Skalenwert 7 bis 10), während in Bezug auf Wirtschaftskrisen 34,0 Prozent eher schwache Auswirkungen sehen (Skalenwert 1 bis 4). Deutlicher noch fällt dieser Wert bei dem Aspekt der sozialen Ungleichheit aus: Hier sehen 44,3 Prozent der Bürger_innen weniger Effekte für die eigene Zukunft (Skalenwert 1 bis 4).

1.11 Emotionen im Umgang mit Nachhaltigkeit

Was empfinden die Freiburger_innen, wenn sie sich mit der nachhaltigen Entwicklung beschäftigen? Abgefragt wurde eine umfangreiche Liste an Gefühlen, die sich einstellen könnten. Die Befragten konnten sich bezüglich ihrer Betroffenheit positionieren zwischen 1 = stets... bis 5 = nie... (stets, oft, manchmal, selten, nie). In der Tabelle 8 sind die Mittelwerte angegeben. Je niedriger der Mittelwert, desto häufiger wird die Emotion berichtet.

Tab. 8: Selbsteingeschätztes Wissen nach Schulnoten der Teilnehmer_innen an Veranstaltungen zur nachhaltigen Entwicklung

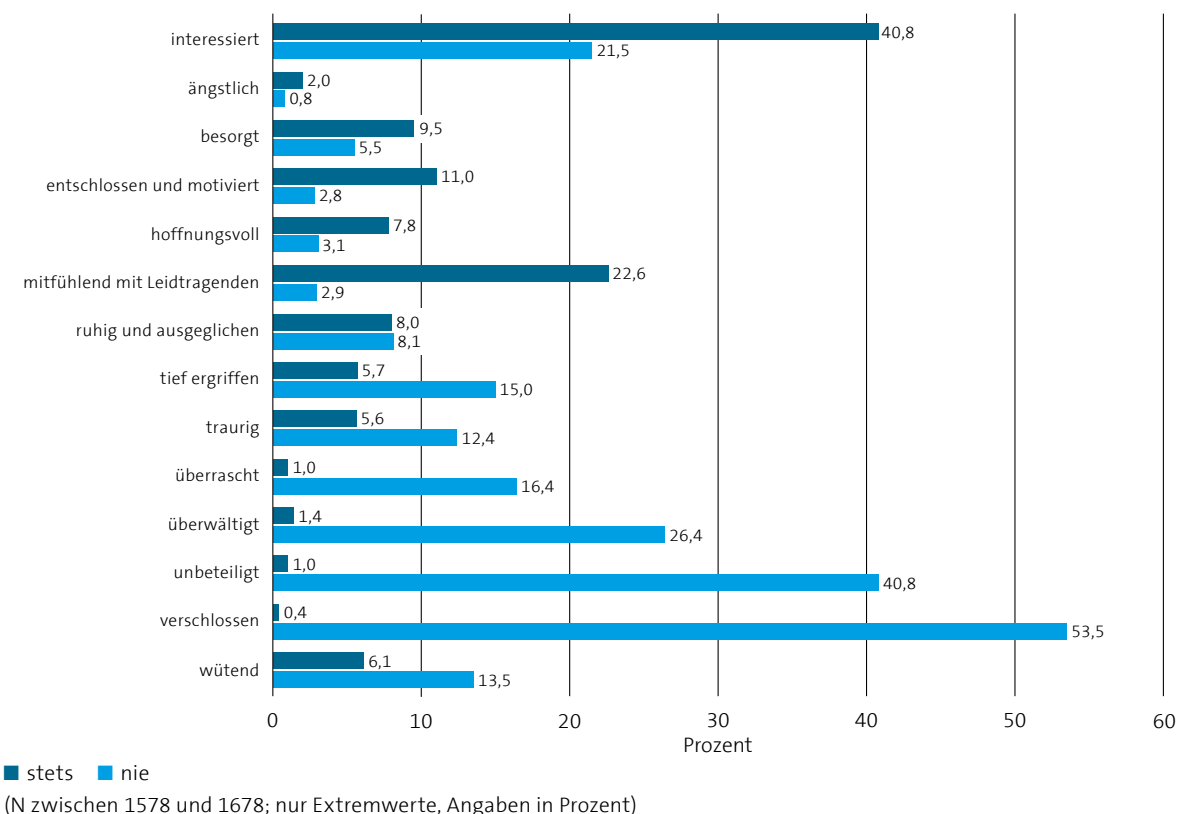
Emotion	Mittelwerte über alle	Standardabweichung über alle
Interessiert	1,77	0,79
Mitfühlend mit Leidtragenden	2,26	0,99
Entschlossen und motiviert	2,56	0,92
Besorgt	2,67	0,99
Hoffnungsvoll	2,91	0,97
Ruhig und ausgeglichen	2,96	1,08
Wütend	3,06	1,10
Traurig	3,12	1,08
Tief ergriffen	3,26	1,11
Überrascht	3,54	0,95
Ängstlich	3,63	0,99
Überwältigt	3,76	1,00
Unbeteiligt	4,06	0,96
Verschlossen	4,34	0,83

(N zwischen 1578 und 1678)

Die Bürger_innen sind in Bezug auf Fragen und Probleme der Nachhaltigkeit deutlich interessiert (Mittelwert 1,77), mitfühlend mit Leidtragenden (Mittelwert 2,26) und auch entschlossen und motiviert (Mittelwert 2,56). Weniger stark sind die Befragten in Bezug auf besorgt, hoffnungsvoll und ruhig sowie ausgeglichen sein (Mittelwerte zwischen 2,67 und 2,96). Überwältigt, überrascht, ängstlich oder tief ergriffen sind die Bürger_innen manchmal oder selten. Deutlich selten dagegen zeigen sie sich als unbeteiligt oder verschlossen (Mittelwerte >4,0). Sucht man nach einer Beziehung zwischen den selbst eingeschätzten Schulnoten (Abschnitt 5.1) und der emotionalen Resonanz, so ergibt sich ein statistisch hoch signifikanter ($p < .001$) Zusammenhang, jedoch mit kleiner Effektgröße ($r = .166$). Dieses besagt: Je besser das selbsteingeschätzte Wissen einer Person über Nachhaltigkeit ist, desto höher ist deren emotionale Resonanz. Dieses betrifft aber jegliche emotionale Reaktion, also sowohl das Interesse, als auch die Sorge etc. Einzig ausgenommen sind hier Emotionen wie Verschlossenheit oder das Unbeteiligt-sein. Unterscheidet man die einzelnen Gefühle, so ist die Effektgröße am stärksten bezüglich des Interesses ($r=0.330$). Dieses ist ein mittelgroßer Zusammenhang zwischen guter Schulnote und hohem Interesse. Einen ebensolchen Zusammenhang ($r=0.297$) findet man zwischen der Schulnote und „entschlossen und motiviert“ sein. Bei allen anderen abgefragten Emotionen sind nur schwache Effektstärken in Bezug auf die Schulnote zu erkennen. Mit anderen Worten: Wer sich selbst ein überdurchschnittliches Wissen attestiert, ist auch stärker interessiert an Nachhaltigkeitsthemen und motiviert zu handeln.

Analysiert man dagegen nur die Extremwerte, wer also stets oder nie interessiert, ängstlich usw. ist, so zeigt sich folgendes Bild (vgl. Abb. 25):

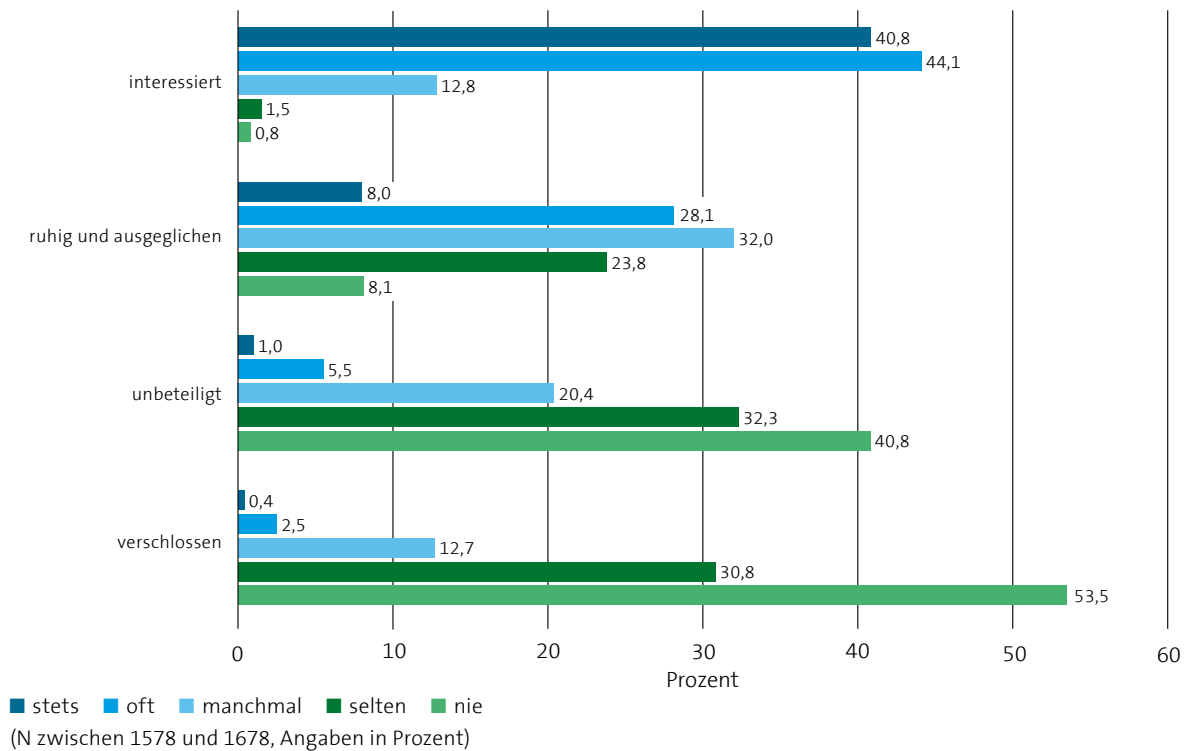
**Abb. 25: Was empfinden Sie, wenn es um Fragen und Probleme der nachhaltigen Entwicklung geht?
Bei der Beschäftigung mit diesen Themen bin ich ...**



Die Freiburger_innen sind stets deutlich an der Thematik interessiert (40,8 Prozent Zustimmung) und keinesfalls verschlossen (53,5 Prozent Zustimmung). Auch sehen sie sich deutlich beteiligt (40,8 Prozent sagen, sie seien nie unbeteiligt). Die drei Emotionen lassen sich der Ebene der Aufmerksamkeit zuordnen. Diese ist damit ausgesprochen hoch. Weniger ins Extreme entwickeln sich bei der Befassung mit der nachhaltigen Entwicklung die Gefühle der emotionalen Berührtheit wie Sorge, Angst, Hoffnung, Trauer, tiefe Ergriffenheit, Wut. Nur eine kleine Gruppe – etwa jede 10te Person – hat diese Gefühle stets oder aber nie. Beunruhigt sind die Bürger_innen dennoch, denn dass sie stets oder nie ausgeglichen und ruhig seien, wenn sie sich mit den Problemen der nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzt, dieses wollen auch nur wenige (jeweils ca. 8 Prozent) bestätigen (vgl. Abb. 26). Aber auch das zum Handeln treibende Gefühl der Entschlossen- und Motiviertheit ist nur wenig ausgeprägt. Kaum mehr als 10 Prozent sehen dieses stets als gegeben an. Leicht anders verhält es sich bei der Frage nach dem Mitgefühl für Leidtragende: über 22 Prozent sagen, dieses sei stets der Fall und noch einmal 42 Prozent haben dieses Gefühl oft.

Die Aufmerksamkeit gegenüber den oftmals zu registrierenden Problemen und Krisen, – ob das die Umwelt, die Gerechtigkeit oder die gesamte globale Entwicklung bis in den Alltag hinein betrifft –, ist nicht übermäßig emotionalisiert, so zeigen die Mittelwerte. Das Interesse an nachhaltiger Entwicklung ist ausgeprägt, man wehrt die Beschäftigung mit ihr nicht ab. Auch ist man mitfühlend mit Leidtragenden, aber Wut, Trauer und Ergriffenheit sind keine stark ausgeprägten dominanten Affekte.

Abb.26: Was empfinden Sie, wenn es um Fragen und Probleme der nachhaltigen Entwicklung geht?
Hier: Aufmerksamkeit – Bei der Beschäftigung mit diesen Themen bin ich ...



1.12 Empfehlungen

Auf der Basis der gewonnenen Einsichten über das Wissen, ihre Quellen, den Status von BNE und das Handeln sowie die Zukunftsperspektiven der Freiburger_innen in Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung lassen sich folgende abschließende Empfehlungen formulieren:

1. Zunächst ist das außerordentlich hohe Interesse der Freiburger Bürger_innen an nachhaltiger Entwicklung festzuhalten. Das ist den Freiburger_innen jedoch nicht genug. Sie sehen auch auf die kommenden 15 Jahre das Thema in seiner Bedeutung wachsen. Jede_r Zweite erwartet mehr Engagement von der Stadt, und bei allem schon vorhandenen persönlichen Engagement möchte man dieses noch intensivieren (s.u., Punkt 8 der Empfehlungen). Da ein deutliches Interesse am nachhaltigen Handeln zu erkennen ist, sollte die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt, die nur wenige eindeutig kennen, stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Das aber setzt Bildung für nachhaltige Entwicklung voraus. Dafür bieten sich viele Orte und Gelegenheiten – mit jeweils unterschiedlichen Profilen, Schwerpunkten und Adressat_innengruppen an: Die Freiburger Universität, die Volkshochschule, Nichtregierungsorganisationen wie städtische Einrichtungen können dabei vermehrt unterstützend tätig sein, denn der Bedarf an Bildung für nachhaltige Entwicklung ist nicht gedeckt.
2. Lücken zwischen dem Potenzial des persönlichen Engagements und dem Wissensstand werden sehr deutlich bei den Antworten auf die Frage, zu welchen Themen man sich bei dem Angebot von NGOs, der Volkshochschule, von städtischen Einrichtungen etc. mehr Kurse, Begehungen, Informationen etc. wünscht: Es dominiert das Interesse an ganz alltagspraktischen Themen, an der Frage, wo man selbst etwas tun kann, teilhaben kann an der nachhaltigen Entwicklung der Stadt als Gemeinschaftsaufgabe.
3. Betrachtet man die Wirksamkeit einzelner Faktoren für das nachhaltige Handeln, dann stechen die Familie, die Freund_innen und der Besuch von Veranstaltungen außerhalb der Formalen Bildung (Schule, berufliche Aus- und Weiterbildung) heraus. Auch hier lassen sich Impulse durch die lokalen Lernorte setzen, indem diese verstärkt Angebote schaffen für Familien und untereinander befreund-

dete Gruppen. Das Angebot müsste Hinweisen dazu geben, wie man sich als Freund_innenkreis und Familie engagieren kann.

4. Der schulische Unterricht bietet bisher nur wenig Handlungsimpulse. Es ist sinnvoll, die bestehende Verbindung zwischen den Schulen und den zahlreichen ortsansässigen lokalen Lernorten weiter zu stärken, da die schulexternen Lernorte eine deutliche Beziehung zwischen Wissen und Handeln stiften. Sie sind es auch, die eher in Projekten arbeiten, was von vielen Befragten als eine wichtige Lernform betrachtet wird. Eine verbindliche Zusammenarbeit, abgesichert durch Vereinbarungen über regelmäßige Kooperationen könnten dieses Vorgehen stützen und die schulische Beschäftigung mit nachhaltiger Entwicklung aufwerten.
5. Auch wenn die Kommune nicht selbst in der Lage ist, die curricularen Vorgaben des Landes zu verändern – man beachte, dass sich alle Befragten dafür aussprechen, ein Viertel der Unterrichtszeit auf BNE zu verwenden – so lässt sich zumindest anregen, dass alle Schulen der Stadt BNE zu einem fundamentalen Aspekt ihres Schulprofils erheben.
6. Da die primäre Quelle des Wissens die Massenmedien (für die jüngeren Altersgruppen das Internet, für alle, speziell aber die älteren Mitbürger_innen Printmedien) sind, biete es sich an, nicht nur die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt, sondern auch die Möglichkeiten des Engagements, das Angebot an Veranstaltungen usw. deutlicher noch als bisher über diese Wege zu kommunizieren, mithin eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.
7. Bei den Bürger_innen dominieren bisher primär Umwelthemen: Klimawandel, Artenvielfalt und -schutz, nachhaltiger Konsum, umweltfreundliche Mobilität und regenerative Energien. Sie sind von herausragender persönlicher Bedeutung. Die soziale Nachhaltigkeit wird zwar gesehen, aber das eigene Handeln hat dazu nach Aussagen der Bürger_innen bisher weniger beizutragen. Dagegen ergibt sich aus der BNE-Befragung aber auch, das Mitgefühl mit Leidtragenden eine sehr stark ausgeprägte Emotion unter den Bürger_innen ist. Auch hier bieten sich Chancen des Engagements. Dabei können die Akteur_innen auf der Schnittstelle zwischen Entwicklungszusammenarbeit/ Nachhaltigkeit und Bildung vor Ort sicherlich noch stärker unterstützt werden als bisher der Fall.
8. Sorgen machen sich die Freiburger_innen primär über den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt. Beides wird weit oben auf die Agenda gesetzt: Hier ist die Stadt gefordert, (noch) mehr zu tun – wie auch in Hinblick auf die Förderung nachhaltiger Mobilität. Die Bürger_innen würden sich gern einbinden lassen, wissen oft (speziell im Bereich des Erhalts der Biodiversität) nur noch nicht wie. Das Interesse an soziale Gerechtigkeit und Fürsorge für schwächere, in prekären Verhältnissen lebende Mitbürger_innen ist vorhanden, aber auch hier wüsste man gerne mehr darüber, wie man mitwirken kann. Zwar bietet die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement eine gut ausdifferenzierte Präsentation ihrer Aktivitäten an, und mit dem Nachhaltigkeitsmanagement ist die Stadt auch in diesem speziellen Feld gut differenziert aufgestellt, aber trotz allem Engagement und aller Angebote scheint ein weiterer Bedarf zu herrschen, sich engagieren zu können. Dieses Bedürfnis ist besonders bei den 16 bis 59-jährigen ausgeprägt.
9. Speziell für die für die Mitbürger_innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sollte ein spezifisches Bildungsangebot zu BNE entwickelt werden. Sie sind in der Befragung deutlich unterrepräsentiert. Auch ist eine gesonderte Erhebung zu dieser Gruppe wünschenswert, zumal auch die Freiburg-Umfrage 2020 zur „nachhaltigen Lebensweise“ im Rücklauf nur 9 Prozent Ausländer_innen registrieren konnte, bei 17,5 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung Freiburgs.

ANHANG

Fragen zur Person

Geburtsjahr und Durchschnittsalter

Das Durchschnittsalter liegt bei der Erhebung, die nur die Altersgruppe ab 16 Jahre umfasst, bei 47,6 Jahre. Das Maximum wurde mit 97 Jahre angegeben (N = 1697). Laut Bevölkerungsstatistik Freiburgs sind es über alle Altersgruppen hinweg im Durchschnitt 40,4 Jahre.²⁸

Vergleicht man die Werte in den einzelnen Altersgruppen, so ergibt sich folgendes Bild:

Tab. A1: Altersgruppen

	Werte lt. Bevölkerungsstatistik am 31.12.2017	Werte lt. BNE-Befragung 2021
Unter 18	15,9	3,0
18 – 24	11,9	14,4
25 – 34	18,9	22,9
35 – 59	31,8	35,1
60 – 74	12,8	16,0
75 und mehr	8,7	11,0

(N=1697; in Prozent)

Die Befragung betraf Bürger_innen ab einem Alter von 16 Jahren, daher ergeben sich gegenüber der Vergleichsstatistik verzerrte und aufgrund der fehlenden Gruppe der unter 16-jährigen durchgängig erhöhte Prozentwerte in den anderen Altersgruppen. Es wurden Rundungswerte angegeben.

Die Abweichungen von der Bevölkerungsstatistik sind gleich oder kleiner als 4 Prozent. Daher wurde keine gegenüber den erhobenen Daten veränderte Gewichtung vorgenommen.

Geschlecht

Tab. A2: Geschlecht

	Werte lt. Bevölkerungsstatistik am 31.12.2020	Werte lt. BNE-Befragung 2021
weiblich	52	57,2
männlich	48	42,2
divers	k.A.	0,5

(N=1709; in Prozent)

Laut Bevölkerungsstatistik Freiburgs hatte die Stadt am 31.12.2020 226.728 Einwohner, darunter 48 Prozent Männer und 52 Prozent Frauen. Bei den Rückmeldungen ergibt sich ein um 5,9 Prozent erhöhter Wert bei den Frauen und 5,8 Prozent geringerer bei den Männern. Die Vergleichsstatistik weist keinen Wert für „divers“ aus. Die Frauen sind leicht über- die Männer leicht unterrepräsentiert.

²⁸ Bevölkerungsstatistik Freiburg: <https://www.freiburg.de/pb/207904.html>

Staatsangehörigkeit und Muttersprache

Tab. A3: Staatsangehörigkeit

deutsch	Werte lt. Bevölkerungsstatistik am 31.12.2017	Werte lt. BNE-Befragung 2021
seit der Geburt	74	90,3
später erworben	9	4,9
nein	17	4,8

(N=1709; in Prozent)

Der Anteil der Bürger_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit beträgt in der Stichprobe 4,8 Prozent. Damit ist diese Gruppe deutlich unterrepräsentiert. Ihr Anteil liegt in der Bevölkerung bei 17 Prozent.²⁹ Der Anteil der Bürger_innen, die die deutsche Staatsangehörigkeit später erworben hat, liegt laut Statistik der Stadt bei 9,15 Prozent, in dieser Erhebung ist der Wert mit 4,9 Prozent deutlich geringer. Daraus ergeben sich auch für die folgenden Angaben aus der Erhebung gegenüber den amtlichen Statistiken Verzerrungen, die nicht zu einer veränderten Gewichtung in den Daten führten, da der Anteil der Teilnehmenden ohne deutsch Staatsbürgerschaft bzw. mit später erworbener deutscher Staatsbürgerschaft zu gering war (jeweils geringfügig mehr als 80 Personen).

Tab. A4: Haushaltsmitglieder, die außerhalb Deutschlands geboren wurden

Deutsch	Werte lt. BNE-Befragung 2021
Nein	80,5
Ja, ich selbst	8,8
Ja, ein anderes Haushaltsmitglied	9,9
Ja, ich und ein anderes Haushaltsmitglied	0,9

(N=1709; in Prozent)

Dies und die folgenden Angaben zur im Haushalt gesprochenen Sprache wurden in der Analyse der Daten nicht berücksichtigt.

Tab. A5: Haushaltsmitglieder mit anderer Muttersprache als Deutsch

	Werte lt. BNE-Befragung 2021
Nein	81,8
Ja, ich selbst	8,3
Ja, ein anderes Haushaltsmitglied	7,9
Ja, ich und ein anderes Haushaltsmitglied	2,0
Welche Sprache wird im Haushalt überwiegend gesprochen?	
Deutsch	98,6
Eine andere Sprache	1,4

(N=1709; in Prozent)

²⁹ Quelle: https://fritz.freiburg.de/asw/asw.exe?aw=Bevoelkerung%2FEinwohner%2FEinwohner_nach_Migrationshintergrund_Stadtbezirke&@JAHR=2020.
Letzter Zugriff: 13.11.2021.

Bildungsabschlüsse

Tab. A6: Der höchste erworbene Bildungsabschluss

	Werte lt. Bevölkerungsstatistik am 31.12.2020	Werte lt. BNE-Befragung 2021
Volks-/Hauptschulabschluss	10,5	7,5
Mittlere Reife/Realschulabschluss	18,3	14,2
Abitur/(Fach-) Hochschulreife	71,3	73,3
anderer Schulabschluss oder im Ausland erworben	k.A.	2,5
Kein Schulabschluss	k.A.	0,4
Noch Schüler_in		2,2

(N=1699; in Prozent)

Die Bildungsabschlüsse weichen in den hier erhobenen Angaben nicht wesentlich von denen ab, die von der Stadt veröffentlicht wurden.³⁰ Danach hatten 2020 insgesamt 71,3 Prozent das Abitur oder die Fachhochschulreife, das sind 2 Prozent weniger als in der BNE-Befragung 2021. 18,3 Prozent hatten laut amtlicher Statistik den Bildungsabschluss der „Mittleren Reife“, das sind 4,1 Prozent mehr als in dieser Erhebung und gegenüber den 10,5 Prozent mit Volks-/Hauptschulabschluss verringert sich der Wert um 3 Prozent auf 7,5 Prozent. Die geringeren Werte in der Befragung bezüglich der Haupt- und Realschulabschlüsse dürfte auch mit der geringen Quote der Teilnehmer_innen zusammenhängen, die Ausländer_innen sind (s.o.).

Tab. A7: Berufliche (Aus-)Bildungsabschlüsse

	Werte lt. Mikrozensus 2011	Werte lt. Bürgerumfrage 2018 ³¹	Werte lt. BNE-Befragung 2021
Lehre ohne Abschluss/Anlernausbildung	k.a.	k.a.	0,8
Abgeschlossene Lehre/Berufsbildung im dualen System	43,2	22,6	20,7
Fachschulabschluss (Meister_in, Techniker_in oder gleichwertiger Abschluss)	7,8	21,6	6,4
Fachhochschulabschluss	11,1		12,7
Hochschulabschluss/Promotion	9,1	35,9	42,3
Andere Art der Berufsausbildung oder im Ausland erworben	k.A.	k.A.	4,8
Ohne oder noch keinen beruflichen Abschluss	10,5 (nur: ohne Abschluss)	13,2 (nur: ohne Abschluss)	2,9
Keines der angegebenen trifft zu	k.a.	2,6	9,5

(N=1696; in Prozent)

Aufgrund differenter Fragen sind die Angaben nicht gänzlich vergleichbar. Für wesentliche Abschlüsse gibt es z.T. keine deutlich abweichenden Werte gegenüber der Bürgerbefragung von 2018: Abgeschlossene Lehre (-1,9 Prozent), Fach(hoch)schulabschluss (-2,5 Prozent) und Hochschulabschluss (+6,4 Prozent).

³⁰ Statistik der Stadt für 2020: <https://www.freiburg.de/pb/1649767.html>. Letzter Zugriff: 13.11.2021.

³¹ https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E1415687505/1454339/statistik_veroeffentlichungen_buergerumfrage_2018-NIEDRIG.pdf. Letzter Zugriff: 13.11.2021.

Erwerbstätigkeit

Tab. A8: Erwerbstätigkeit

	Werte lt. Bürgerumfrage 2018 ³²	Werte lt. BNE-Befragung 2021
Ganztags berufstätig	39	37,4
teilzeitbeschäftigt	18	18,5
Geringfügig/stundenweise beschäftigt (450-€-Job, Mini-Job)	9	3,3
Berufsausbildung, Lehre, FSJ, FÖJ, Freiwilligendienst	1	1,3
arbeitssuchend	2	2,1
Rentner_in/Pensionär_in	22	20,6
Schüler_in/Student_in	13	11,4
Hausfrau/Hausmann	4	1,8
Etwas anderes	4	3,5

(N=1698; in Prozent)

Die in der Erhebung ermittelten Werte stimmen weitgehend mit denen der Bürgerumfrage von 2018 überein. Deutliche Abweichungen ergeben sich bei der Gruppe der geringfügig Beschäftigten. Hier ergaben sich für diese Umfrage Abweichungen von - 5,7 Prozent.

Zahl der im Haushalt insgesamt und ständig lebenden Personen und Zahl der Kinder

Tab. A9: Zahl der ständig im Haushalt der befragten lebenden Personen (die eigene Person eingeschlossen – auch: Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften wie z.B. WGs)

Anzahl	Häufigkeit	Werte lt. BNE-Befragung 2021 in Prozent	Vgl. 1.1.2018 ³³ in Prozent
1	352	21	53,7
2	658	39,2	26,2
3	283	16,9	9,5
4 und mehr	385	22,9	10,7

(N=1678; MW 2,6)

In der Erhebung sind gravierende Abweichungen in der Haushaltsgröße festzustellen. Nicht nur gaben weitaus weniger Einpersonenhaushalte eine Rückmeldung als zu erwarten gewesen wäre, vielmehr waren es – dann wiederum entsprechend erwartungsgemäß – primär größere Haushalte, die sich von der Erhebung angesprochen gefühlt haben und eine Rückmeldung gaben.

Tab. A10: Zahl der im Haushalt lebenden Kinder im Alter von ...

	Werte lt. Bürgerumfrage 2018 ³⁴ (Angaben in Prozent)	Werte lt. BNE-Befragung 2021 (Anzahl und Prozent)
Unter 3 Jahren	3,1	142 = 13,8 Prozent
Von 3 bis 6 Jahren	2,8	115 = 11,3 Prozent
Von 6 bis unter 15 Jahren	7,6	211 = 19,9 Prozent
Von 15 bis unter 18 Jahren	2,5	133 = 13,0 Prozent

32 https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E1415687505/1454339/statistik_veroeffentlichungen_buergerumfrage_2018-NIEDRIG.pdf. Letzter Zugriff: 13.11.2021.

33 https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-350143001/1368400/statistik_veroeffentlichungen_stadtbezirksatlas_2018.pdf. Letzter Zugriff: 13.11.2021.

34 https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E1415687505/1454339/statistik_veroeffentlichungen_buergerumfrage_2018-NIEDRIG.pdf. Letzter Zugriff: 13.11.2021.

847 der Befragten gaben an, dass sich keine Kinder im Alter von 0 bis unter 18 im Haushalt befänden. Das entspricht einer Quote von ca. 51 Prozent Haushalte mit Kindern. Bezüglich des Interesses an nachhaltiger Entwicklung ist allerdings keinen statistischer Effekt erkennbar, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht.

Haushaltseinkommen³⁵

Tab. A11:Haushaltseinkommen

Haushaltseinkommen	Bürgerbefragung 2018	BNE-Befragung 2021
Unter 750 Euro	4	2,4
750 bis unter 1000 Euro	4	3,6
1000 bis unter 1250 Euro	4	3,2
1250 bis unter 1500 Euro	5	2,5
1500 bis unter 1750 Euro	5	4,4
1750 bis unter 2000 Euro	6	3,9
2000 bis unter 2250 Euro	6	4,9
2250 bis unter 2500 Euro	6	5,7
2500 bis unter 3000 Euro	8	7,8
3000 bis unter 3500 Euro	8	7,0
3500 bis unter 4000 Euro	6	9,0
4000 bis unter 4500 Euro	5	8,3
4500 Euro und mehr	12	24,1
kann/will diese Frage nicht beantworten keine Angabe	16	13,1
Keine Angabe	4	12,9

(Anteile in Prozent)

Die Einkommen weichen von denen der Bürgerbefragung insofern ab, als in der BNE-Befragung weniger Haushalte vertreten sind, die 2249 Euro und weniger im Monat zur Verfügung haben (kumuliert: 35 Prozent in der Bürgerbefragung gegenüber 24,9 in der BNE-Befragung). Dagegen liegen die Haushalte, die mehr als 3500 Euro pro Monat zur Verfügung haben, deutlich darüber. Insbesondere ist in der BNE-Befragung die Gruppe derer, die im Monat 4500 Euro und mehr zur Verfügung haben, deutlich größer. Einige Verzerrungen ergeben sich aus der hohen Zahl derer, die keine Angaben machten (4 Prozent in der Bürger- gegenüber 12,9 Prozent in der BNE-Befragung).

Wesentlicher für die Verzerrungen ist: Die hohen Einkünfte spiegeln in der BNE-Befragung die Lebenssituation der Teilnehmenden wieder. Es sind deutlich überproportional Mehrpersonenhaushalte in der BNE-Befragung als in der Bürgerbefragung zu verzeichnen. Deren Einkünfte sind in der Regel auch deutlich höher als jene der Einpersonenhaushalte.

Führt man eine etwas komplexere Berechnung durch, welche die Haushaltsgröße stärker berücksichtigt, so kann man den Verteilungsmonitor von 2019 zu Grunde legen: Danach standen 21.256€ verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf zur Verfügung.³⁶ Das Durchschnittshaushaltseinkommen, welches in der BNE-Befragung angegeben wurde betrug geschätzt 3615,35€ pro Monat (geschätzt, weil die kategorialen Angaben in dimensionale überführt werden mussten). Teilt man dieses durch die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen, ergibt sich ein Mittelwert von 1761€ , wenn man die Haushalte bis zur Größe von 5 Personen zugrunde legt. Dann ergibt sich eine Summe von jährlich 21.132€. Dies entspricht dann nahezu den 21.256€ pro Jahr und Kopf in Haushalt aus dem Verteilungsmonitor. Insofern sind die Einkünfte repräsentativ für die angegebenen Haushaltsgrößen.

³⁵ Die Frage lautete: „Wenn Sie alles zusammenrechnen, was Ihr gesamter Haushalt (Lebens- und Wirtschafts- Gemeinschaft) an Einkommen hat, also Lohn, Gehalt, Rente, Kindergeld, staatliche Leistungen oder andere Einkünfte nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung, wie hoch ist dann das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes?“

³⁶ Quelle: https://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_verfuegbare_einkommen.pdf. Letzter Zugriff: 13.11.2021.

In der BNE-Befragung wurde auch erhoben, ob wegen Corona das Haushaltseinkommen derzeit (1. Quartal 2021) stark gesunken sei. Diese Frage beantworteten 1712 Personen. 94,5 Prozent gaben an, dass diese nicht der Fall sei, 5,5 Prozent dagegen sprachen von einem gesunkenen Einkommen. Das ist ein geringer Wert, verglichen mit dem „statista Covid-19-Barometer“: Im April 2020 gaben in einer repräsentativen Erhebung 31 Prozent der Befragten an, dass sie durch die Pandemie Einkommensverluste erlitten hätten. Allerdings wurde nicht gefragt, ob die Einbußen „wesentlich“ seien, wie das in der BNE-Befragung 2021 der Fall war.³⁷

³⁷ <https://de.statista.com/infografik/21285/auswirkung-der-corona-krise-auf-das-einkommen/> . Letzter Zugriff: 13.11.2021.

Wandelwerk e.V.

Das „Wandelwerk“ ist ein Zusammenschluss von Umweltpsycholog_innen, die Menschen dabei unterstützen wollen, umwelt- und klimagerecht zu handeln. Der Sitz des Vereins ist zwar in Aachen, die Initiative ist aber in ganz Deutschland aktiv. In Freiburg arbeitet zum Beispiel mit FESA e.V. (Förderverein Energie- und Solaragentur Regio Freiburg; <https://www.fesa.de/>) und dem studentischen Nachhaltigkeitsbüro an der Universität Freiburg (<https://www.nachhaltigkeitsbuerofreiburg.de/>) zusammen. Wir wissen: Jede_r sollte etwas gegen den Klimawandel und das Artensterben tun. Was aber hindert uns oftmals daran, unsere Gewohnheiten zu ändern und tatsächlich aktiv zu werden? Wie können Menschen motiviert werden, gemeinsam zu

handeln? Das sind Fragen, auf die die Umweltpsycholog_innen vom Wandelwerk e.V. Antworten erarbeiten. In Workshops zu Barrieren und Ansätzen klimafreundlichen Handelns, zu den Tricks der Klimaleugner_innen und zu Themen wie „Glück und Konsum“ erfährt man, wie sich unser Verhalten erklären und verändern lässt. Sophia Dasch sagt dazu: *„Unsere umweltpsychologischen Bildungsinhalte passen wir den Bedürfnissen unserer Kurs- und Workshopteilnehmer_innen an. Wir sind ganz praxisnah unterwegs und legen besonderen Wert darauf, den Einfluss von Emotionen, Gewohnheiten und sozialen Normen auf unser Alltagshandeln zu erklären. Und natürlich möchten wir damit die Menschen zum Handeln motivieren und befähigen.“*



Bildquelle: Wandelwerk e.V.

Infos zu Wandelwerk und zu den klug machenden Workshops finden sich unter <https://www.wandel-werk.org/>

2 Das BNE-Netzwerk lokaler Lernorte

2.1 Was sind lokale BNE-Lernorte?

BNE wurde und wird in vielen Ländern stark durch die außerschulischen Akteur_innen wie Umweltzentren, Aktivitäten von gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und auch Stiftungen getragen. Weit- aus eher als die Institutionen der formellen Bildung wie etwa Schulen oder Hochschulen haben sie die Nachhaltigkeitsthematik aufgegriffen. Sie waren und sind oft Promotoren innovativer Inhalte und attraktiver Formen des Lernens sowie wichtige Partner_innen für die Kitas, Schulen und die Weiterbildung.³⁸ Ihre Tätigkeiten sind in aller Regel nicht weiter formalisiert.

Traditionell spricht man von „außerschulischer Umweltbildung“ wenn man zusammenfassen will, welche Lernangebote zu ökologischen und anderen Aspekten der (nicht) nachhaltigen Entwicklung außerhalb der Schule, Hochschule und beruflichen Bildung (also der sog. formellen Bildung) sowie des Kindergartens gemacht werden.³⁹ Der Begriff ist nicht mehr zeitgemäß, denn es geht nicht allein um Umweltaspekte, sondern auch um soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Fragen, wenn die nachhaltige Entwicklung in den Blick genommen wird. Es ist auch nicht immer der Fokus auf Schule, der diese Angebote auszeichnet. Denn im Kontext des Ziels, nachhaltige Entwicklung zu protegieren, wurde die Umweltbildung seit den späten 1990er Jahren mehr und mehr zu einem Teilbereich der BNE – wie auch das Globale Lernen, die entwicklungspolitische Bildung, aber auch die Friedenspädagogik und Aspekte der Konsumenten- und politischen Bildung als Elemente von BNE gelten. So liest man manchmal auch von der nonformalen oder auch informellen Bildung, wenn Anbieter_innen wie Umweltorganisationen und -stationen, entwicklungspolitische Zentren, lokale Vereine und Verbände, aber auch Unternehmen, Volkshochschulen und Einzelpersonen ein Angebot offerieren, das aufzugreifen in der Hand der Interessierten liegt.

Auch mit „nonformales Lernen“ trifft man die Sache, um die es im Folgenden geht, zu ungenau. Selbst wenn sich die Themen und Anliegen der lokalen Anbieter_innen von BNE weit über die Stadtgrenzen hinausbewegen, so sind sie doch vor Ort aktiv und haben sie in der Regel einen engeren Lokalbezug. Von daher scheint die Bezeichnung „Lokale Lernorte für BNE“ angemessen. Diese bieten ein großes Spektrum an Themen an. Dazu gehören schon traditionell die Waldpädagogik und andere im Gelände stattfindende Kurse, Führungen etc., die Befassung mit dem Klimawandel, nachhaltigem Konsum, Mobilität, Ernährung, (globalen) Gerechtigkeitsfragen und vieles mehr. Zumeist hat das Lernen bei diesen Anbieter_innen den Zweck – anders als etwa die schulische Bildung, die sich primär auf die Vermittlung von Wissen und Urteilskompetenz kapriziert – handlungsfähig zu machen, also nachhaltige Entwicklung persönlich, mit anderen und oftmals auch im lokalen Umfeld gestalten zu können. Heute spricht man in diesem Zusammenhang davon, die Lernenden zu befähigen, als „Change Agents“ für nachhaltige Entwicklung handeln zu können. International wird dieses Lernen im lokalen Kontext auch als Community learning bezeichnet. Dieses Lernen trägt dazu bei, die gesamte Kommune in Richtung von mehr Nachhaltigkeit zu bewegen.⁴⁰

38 Wals, A.E.J., Mochizuki, Y. & Leicht (2017): A. Critical case-studies of non-formal and community learning for sustainable development. *Int Rev Educ* 63, 783–792. <https://doi.org/10.1007/s11159-017-9691-9>.

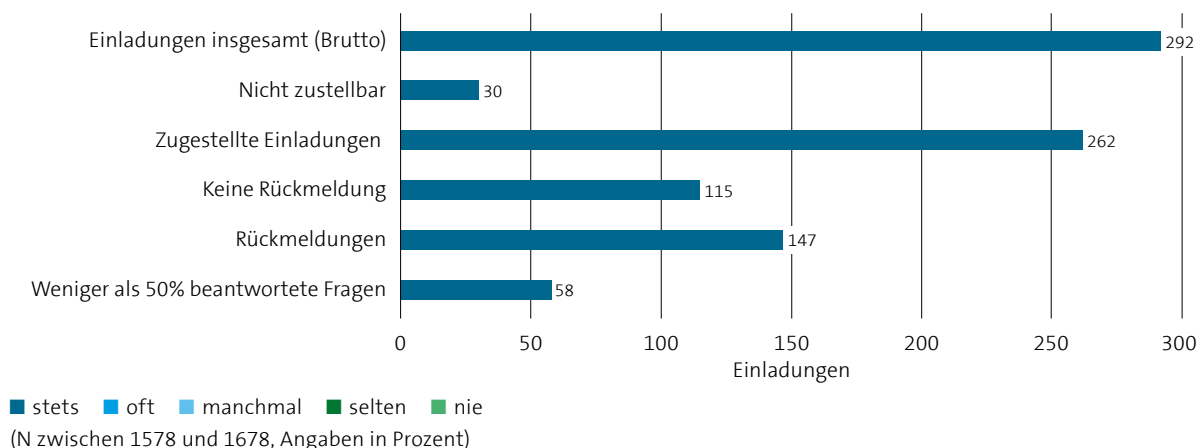
39 Zum Begriff und dessen Nutzung: Wittlich, Chr. (2020): Außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Eine qualitative und quantitative Studie zur Lernortlandschaft in Rheinland-Pfalz unter besonderer Berücksichtigung der Wirksamkeit von BNE-Bildungsmaßnahmen. Universität Koblenz-Landau.

40 Siehe Anm. 1.

2.2 Die Erhebung

Auf der Basis einer Recherche im Internet wurden im Raum Freiburg im Oktober/ November 2020 zunächst 100 Vereine und Institutionen identifiziert, die potentiell Veranstaltungen zu BNE anbieten könnten. Diese wurden zwischen Dezember 2020 und März 2021 gebeten, einen online zur Verfügung gestellten Fragebogen über das Tool SurveyMonkey® zu beantworten. Ziel war es, nicht nur Kenntnisse darüber zu gewinnen, ob und wenn ja, in welchem Ausmaß Veranstaltungen zu BNE angeboten werden, sondern auch zu erfassen, mit wem die Anbieter_innen zusammenarbeiten, wie die Informationsflüsse verlaufen, wer für Innovationen zuständig ist und vieles mehr. Über dieses Verfahren, bei dem jeweils die fünf wichtigsten Kooperationspartner erfragt wurden, vermehrten sich die Adressen, denen dann in weiteren Runden den Fragebogen zugestellt wurde. Damit wurden schließlich 292 Einladungen verschickt (Gesamt-Brutto). Als nicht zustellbar erwiesen sich 30 Mailadressen, was zu einer Reduktion auf 262 Adressen (Gesamt-Netto; vgl. Abb. 27) führte. Von diesen haben wiederum 115 den Fragebogen nicht geöffnet. Die Gründe können vielfältige sein. Wesentlich ist: a) Es mögen sich etliche gar nicht angesprochen gefühlt haben, weil sie nicht im Kontext von BNE arbeiten. Es ist aber auch auffällig, dass b) insbesondere die von den Akteur_innen genannten formellen Bildungseinrichtungen (speziell Schulen) eine sehr geringe Rücklaufquote aufweisen. Das ist jedoch insofern kein wesentliches Manko, als es primär darum geht, den Kern der Anbieter_innen zu erfassen, da die „Abnehmer“ in der Regel nicht selbst wiederum BNE-Angebote für andere außerhalb der eigenen Einrichtung offerieren.

Abb. 27: Zahl der Eingeladenen/Rückmeldungen



Von den verbleibenden 147 haben 89 den Fragebogen umfänglich beantwortet, 58 der Befragten dagegen gaben nur rudimentäre Antworten, so dass die Daten sich als nicht verwertbar erwiesen. Geht man vom gesamt-Netto (262) aus, so ergibt sich bei 89 verwertbaren Rückmeldungen eine Rücklaufquote von 34 Prozent. Das ist für online-Befragungen eine sehr gute Quote, weil bei diesem Modus der Befragungen ein Rücklauf von 2,5 bis 10 Prozent schon als gutes Ergebnis gilt.⁴¹ Da die Umfrage aber personalisiert erfolgte, konnten ein Rücklauf von rund 25 Prozent erwartet werden. Somit ist – trotz der Länge des Fragebogens und der Aufforderung, auf offene, oftmals nicht einfach zu beantwortende Fragen zu reagieren –, die erreichte Quote als sehr gut zu bezeichnen.⁴² Dennoch schmälert die Zahl der Rückläufe die Aussagekraft insbesondere hinsichtlich der Struktur des Netzwerkes der BNE-Akteur_innen in Freiburg. Denn das Netzwerk wird umso deutlicher in seiner Komplexität, je mehr Akteur_innen ihre engeren Partner_innen auch zurückmelden und je mehr sich beteiligen. Insofern sind die folgenden Aussagen zur Struktur des Gesamtnetzwerkes nicht hochgradig belastbar – trotz der Vielzahl der identifizierten lokalen Anbieter_innen und Unterstützer_innen

⁴¹ Siehe <https://eu.questionpro.de/responsequote-ruecklaufquote-online-umfrage/>

⁴² Würde man diese Zahlen relational zur Bevölkerung hochrechnen, dann müsste es in Deutschland (Schulen und Kitas als Abnehmer nicht berücksichtigt), ca. 30.000 Anbieter von BNE geben. In einer umfänglichen Recherche haben Michelsen u.a. ca. 6.000 Anbieter bundesweit recherchiert. Ihre sorgfältige, aufwändige und umfängliche Erhebung hatte eine Rücklaufquote von ca. 35,5 Prozent. Sie entspricht jener, die auch hier erreicht wurde. Siehe Michelsen, G. u.a. (2013): Außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung, München.

von BNE: Die Zahl liegt bei beachtlichen 108⁴³ Akteur_innen. Die Aussagekraft der Erhebung ist insofern jedoch stark, als viele Statements zu allgemeineren Fragen zur Situation der Einrichtungen gestellt wurden.

Zwei Filterfragen dienten zunächst dazu zu klären, ob die angesprochene Einrichtung überhaupt BNE anbietet – oder diese fördert (vgl. Abb.28). Von den 89 verwertbaren Rückmeldungen sind 59 mit Kursen, Vorträgen, Projekten etc. im Bereich BNE befasst. Von den übrigen Akteur_innen gaben 12 an, sich zwar nicht mit Veranstaltungen an der BNE zu beteiligen, sich jedoch mit dem Sponsoring, dem Ausschreiben von Projekten, der Beratung etc. zu engagieren. 18 gaben an, weder im Bereich BNE noch mit Sponsoring, Beratung, Organisation von BNE-Netzwerken o.ä. aktiv zu sein. Sie schieden mithin bei der weiteren Befragung aus.

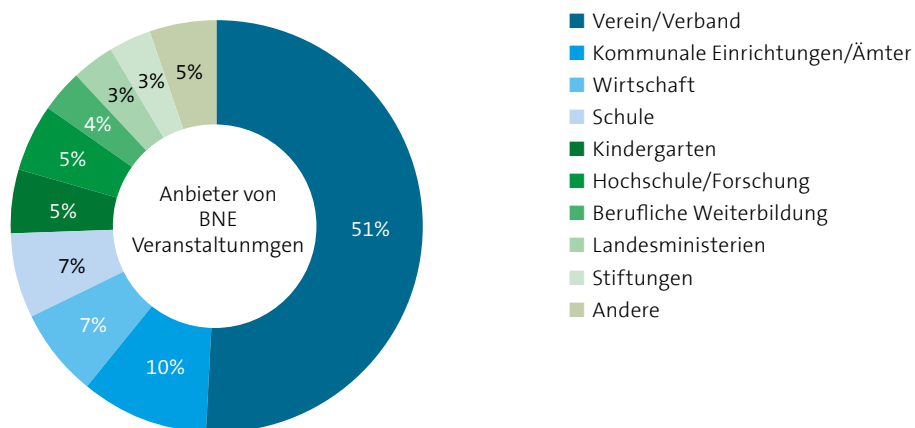


Abb. 28: Wer bietet Veranstaltungen zu BNE an?

Somit konnten für die weiteren Analysen die Daten von 71 Akteur_innen genutzt werden, für die Netzwerkanalyse (siehe unten) dagegen 108 Akteur_innen, da in den 71 Rückmeldungen 37 weitere Beziehungen detailliert dargelegt wurden, die selbst aber keine Rückmeldung gaben.

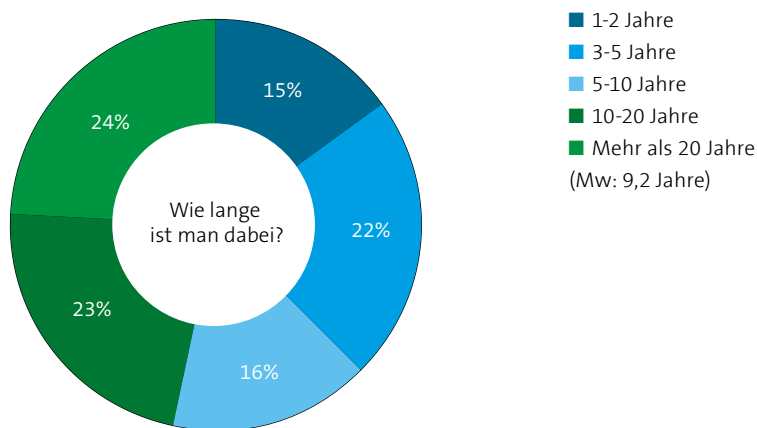
Wie zu erwarten, sind die Anbieter_innen von BNE primär im Bereich der (gemeinnützigen) Vereine zu finden. Das sind Organisationen, die in der Regel nicht gewinnorientiert arbeiten und stark vom Ehrenamt getragen werden. Sie machen mehr als 50 Prozent der Anbieter_innen aus. Ein gewisses Gewicht haben auch die kommunalen Einrichtungen (z.B. Museum und Theater) sowie die Ämter – was zeigt, dass auch die kommunale Ebene sich deutlich für BNE engagiert. Hinzu kommen an dritter Position einerseits Schulen, andererseits die Wirtschaft. In diesem Fall sind es große wie kleine Unternehmen und Startups, die sich für nachhaltige Entwicklung und in diesem Kontext für BNE stark machen. Alle anderen sind mit nur wenigen Nennungen dabei.

2.3 Wie lange ist man dabei und was wird angeboten?

Wie lange sind die Einrichtungen schon im Bereich BNE aktiv? Mit dieser Frage lässt sich identifizieren, ob es in den letzten Jahren eine Dynamik in diesem Lern- und Handlungsfeld in Freiburg gegeben hat. Nahezu ein Viertel der Einrichtungen ist schon seit mehr als 20 Jahren im Feld der BNE unterwegs (vgl. Abb. 29). Dahinter verbirgt sich die lange Tradition in Freiburg, sich mit Umweltbildung, Waldpädagogik oder auch entwicklungspolitischer Bildung zu befassen. Ein weiteres knappes Viertel ist zwischen 10 und 20 Jahren aktiv. Über alle Anbieter_innen gemittelt ist man 9,2 Jahre engagiert. Für das Erkennen von Dynamik ist dieses weniger interessant als die Frage, wer in den letzten fünf Jahren (oder weniger) hinzugekommen ist. Das sind 38 Prozent, was zeigt, dass die Freiburger BNE-Landschaft eine hohe Dynamik aufweist.

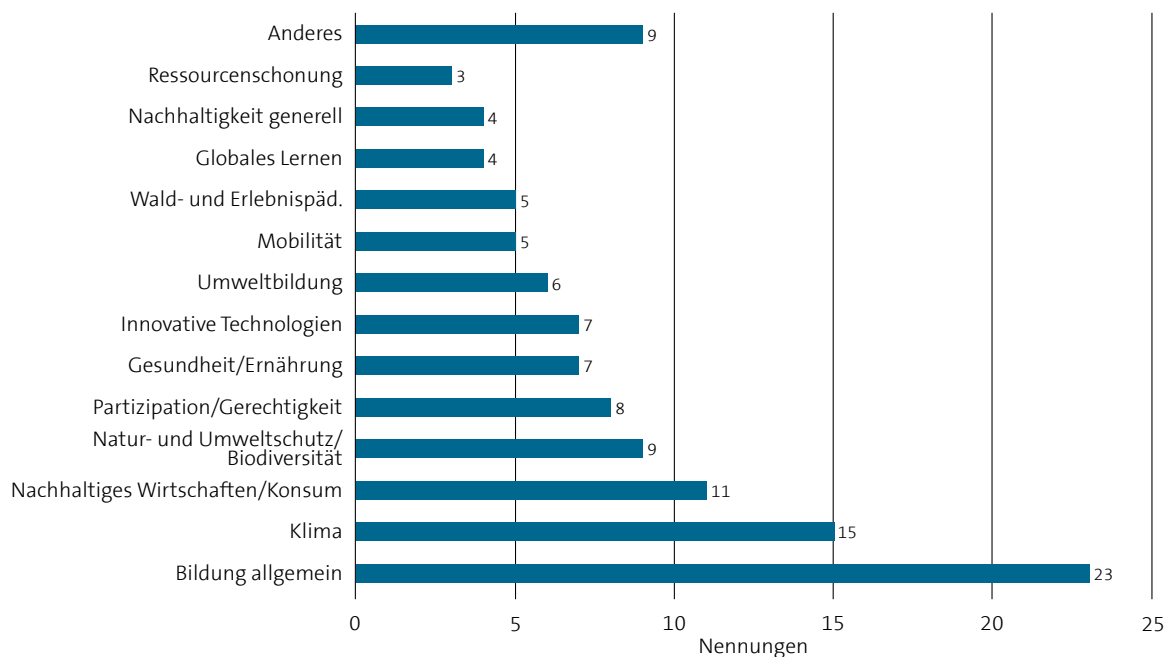
⁴³ Die Zahl 108 ergibt sich aus den Rückmeldungen plus den in diesen Rückmeldungen wiederum genannten Partner_innen, die jedoch selbst wiederum nicht immer auf die Einladung zur Teilnahme an der Befragung reagieren.

Abb. 29: Tätigkeitsjahre im Bereich BNE



Was sind die Themen, mit denen sich die Anbieter_innen befassen (vgl. Abb. 30)? Drei Themen konnten maximal genannt werden – 135 Nennungen kamen in dieser offen gestellten Frage insgesamt zusammen. Gruppiert man sie nach übergreifenden Aspekten, so entfielen die meisten Nennungen zunächst auf die Bildung im Allgemeinen.⁴⁴ An zweiter Stelle folgt dann das Thema „Klima“-schutz, -wandel und -bildung. Ein weiteres wesentliches Themenfeld ist „nachhaltiges Wirtschaften und Konsum“. Dann folgt der Bereich des Natur- und Umweltschutzes mit seiner längeren Tradition. Nur wenige Nennungen entfielen darauf, sich selbst in der Wald- und Erlebnispädagogik oder Umweltbildung oder aber im globalen Lernen zu verorten.

Abb. 30: Themen der Anbieter von BNE



(Zahl der Nennungen)

Die Liste der Themen, die nicht oder nur wenig thematisiert wurden, lassen sich den 17 SDGs zuordnen: Die Bereiche „Armut (SDG 1)“ und „Hunger (SDG 2)“ wurden gar nicht genannt. Aber auch die „Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5)“ sowie „Ungleichheit (SDG 10)“ werden jeweils nur einmal erwähnt (in der Rubrik „Anderes“ in der Grafik zu finden), können sich aber auch im Bereich der „Bildung allgemein“ (Abb. 30) verbergen. Auch „Leben unter Wasser (Weltmeere) (SDG 14)“ sowie „Wasser/Sanitär (SDG 6)“ bleiben als spezielle Nennung nahezu außen vor, während das „Leben an Land (SDG 15)“ besonders oft genannt wird (9 Nennungen). In Bezug auf „Innovation/Infrastruktur (SDG 9)“ gibt es

⁴⁴ Das ist insofern gerechtfertigt, als BNE als Teil der Allgemeinbildung und nach Kapitel 4 der Agenda 2030 ein wesentlicher Aspekt einer qualitätsvollen Bildung ist. Siehe: Laurie, R. a.o. (2016): Contributions of Education for Sustainable Development (ESD) to Quality Education: A Synthesis of Research. In Journal of Education for Sustainable Development Volume 10, Issue 2, 226-242.

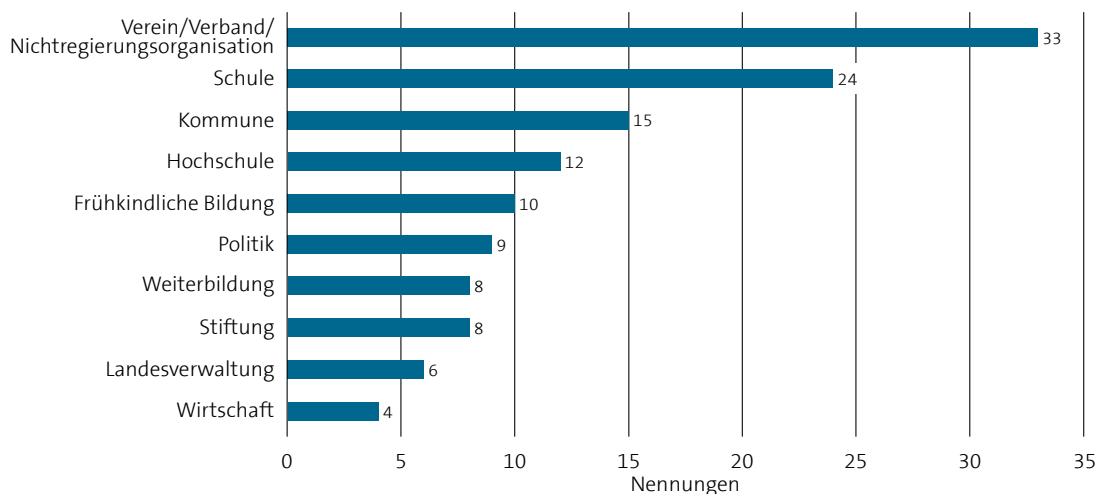
schon mehr Nennungen – insgesamt 7 – allerdings beziehen sich diese primär auf Fragen der Mobilität, wie auch die „Stadt/Gemeinde (SDG 11)“ nur selten in den Fokus gerät. Dagegen dominiert das Thema „Gesundheit (SDG 3)“ unter dem Aspekt der Ernährung, die Befassung mit dem „Klimawandel (SDG 13)“ wird mit 15 Nennungen deutlich häufiger erwähnt als die Befassung mit „regenerativer Energie (SDG 7)“. Auch der Aspekt „Frieden/Starke Institutionen (SDG 16)“ wird jenseits der (Jugend-) Beteiligung nur einmal aufgegriffen. Dieses wurde in der Rubrik „Anderes“ in der Grafik erfasst, wie auch die Beschäftigung mit Sportangeboten unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit.

2.4 Die lokalen BNE-Anbieter_innen Freiburgs

Kooperationen

Einen ersten Einblick in das BNE-Netzwerk Freiburgs wird mit der Betrachtung der Kooperationen gewonnen (vgl. Abb. 31). In einer vorgegebenen Liste konnten maximal die drei wichtigsten Organisationen bzw. Institutionen angegeben werden. Die meisten der insgesamt 129 Nennungen entfielen auf Querverbindungen. Vereine/Verbände und (andere) Nichtregierungsorganisationen arbeiten mit eben diesen zusammen (zu den Gründen siehe Abb. 33). Dann aber zeigt sich die Kooperation mit Schulen (24), auch mit Hochschulen (12) und den Kitas (10) als besonders ausgeprägt. Das signalisiert die enge Zusammenarbeit und auch eine der zentralen Zielgruppen der lokalen Anbieter_innen von BNE: Es sind Schulen und Kitas, wie man schon aus anderen Erhebungen weiß.⁴⁵ Etliche Nennungen entfielen jedoch auch auf die Kooperation mit der Kommune (15 Nennungen). Nimmt man die Kooperationen mit der Landesverwaltung und der Politik noch hinzu, so kommt man auf insgesamt 30 Nennungen. Dagegen wird die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft nur selten genannt (4 Nennungen). Dieses spiegelte sich auch in den Themen (s.o., Abb. 30) wider. Nimmt man die Nennungen zum Konsum in der Säule „Wirtschaft/Konsum“ in Abb. 30 heraus, so wird das Thema „Wirtschaft“ dort auch nur 5mal genannt. Dass sich hier eine selbst erkannte Schwäche der BNE-Akteur_innen abzeichnet, wird weiter unten noch deutlicher, wenn es um die Frage geht, mit wem man gerne kooperieren möchte, aber bisher nicht realisieren konnte.

Abb. 31: Mit wem arbeiten sie zusammen?



(Zahl der Nennungen)

⁴⁵ Michelsen, G. u.a. (2013): Außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung, München, S. 111.

2.5 Das Gesamtnetzwerk

Netzwerke gelten als leistungsfähige Strukturen, um im Bildungsbereich Innovationen voranzubringen, Übergänge zu erleichtern, Kompetenzen effektiv zu fördern, die Effizienz zu steigern, die Zufriedenheit zwischen den Bildungsträger_innen zu erhöhen und eine Verbindung zu schaffen zwischen den formellen Lernorten wie Schulen und den nonformalen Lernorten wie etwa Umweltzentren, Theatern, Volkshochschulen oder auch Schülerlaboren. Analysen sozialer Netzwerke konzentrieren sich in diesem Zusammenhang auf die Struktur eines Netzwerkes, in dem die einzelnen Akteur_innen wiederum handeln. Beides beeinflusst sich gegenseitig: Die Struktur, in der sich das Individuum bewegt, setzt Grenzen, aber diese werden wiederum auch durch die Akteur_innen im Netzwerk beeinflusst und (mit) gesetzt.

Netzwerke können formelle Zusammenschlüsse sein, die sich als Verein organisieren, sich aber auch informell in regelmäßigem Austausch befinden. Die Netzwerkanalyse hat beide Formen nicht primär zum Ausgangspunkt, sondern die Beziehungsstrukturen zwischen einzelnen Akteur_innen, die sich nicht formell schon organisiert haben. Das heißt, manche wissen voneinander, dass sie einen bestimmten Sachverhalt – hier: BNE – vertreten, andere wiederum kennen viele der anderen Akteur_innen nicht. Das erst macht die Analyse interessant und wertvoll. Die Vielfalt der Anbieter_innen von BNE lässt unterschiedliche Konzepte, Schwerpunkte, Zielgruppen usw. erwarten, die erst durch eine Netzwerkanalyse sichtbar werden.

In der hier verwendeten ego-zentrierten Netzwerkanalyse⁴⁶ wird nach der Beziehung eines Akteurs (Ego) zu einem anderen Akteur (Alteri) gefragt. Setzt man dann die Angaben der einzelnen Akteur_innen zusammen, so lässt sich das lokale BNE-Gesamtnetzwerk in dessen Beziehungsstrukturen und Grenzen erfassen. Das für Freiburg erfasste Gesamtnetzwerk findet man in der Netzwerkkarte 1 dargestellt. Das Gesamtnetzwerk umfasst in einem bereinigten Datensatz 108 Akteur_innen (sog. „Knoten“, auf den Schaubildern als Punkte kenntlich gemacht) und 149 „Kanten“ (das sind die Beziehungen der Akteur_innen untereinander). Die Größe der Punkte in dem Schaubild gibt die Häufigkeit der Nennung des jeweiligen Akteurs durch andere an (sog. „Indegree“). Die Pfeilspitzen zeigen an, wer wen genannt hat. Die Farben geben die Zuordnung des Akteurs zu spezifischen Gruppen wieder. Wie einleitend erwähnt, wurden mehrere Erhebungswellen genutzt um weitere Akteur_innen (die sog. „Alteri“) zu erfassen. Denn die in der ersten Welle eingehenden Rückmeldungen betraf auch die Benennung weiterer Akteur_innen. Diese wurden ebenfalls gebeten, den online-Fragebogen auszufüllen, bei dem etwa nach der Qualität der Beziehungen, den Kontakthäufigkeiten, den Wünschen für zukünftige Weiterentwicklungen von BNE usw. gefragt wurde.

Um das Gesamtnetzwerk zu analysieren und zu visualisieren, wurde die Software Tableau® sowie Gephi® genutzt.

Eine der wichtigsten Fragen der Erhebung lautete: „Wenn Sie an die letzten 12 Monate zurückdenken, mit welchen Einrichtungen hat Ihre Einrichtung über wichtige Angelegenheiten im Kontext von BNE zusammengearbeitet? Bitte nennen Sie nur die wichtigsten (maximal fünf).“ Das heißt nicht, dass alle Akteur_innen auch fünf angegeben haben, bei manchen waren es zwei. Da wir noch eine offene Möglichkeit geboten haben, die zudem außerordentlich wichtigen Partner mit zu nennen, ergeben sich, wie in der Netzwerkkarte 1 zu sehen, manchmal auch mehr als fünf Nennungen (etwa bei einem/einer Anbieter_in aus dem Bereich Hochschulen).

Das Gesamtnetzwerk zeigt die 108 insgesamt gefundenen Akteur_innen.⁴⁷ Es lassen sich neben dem Segment „Hochschule“ mit verstreuten Nennungen zwei zentrale Anbieter_innen von BNE identifizie-

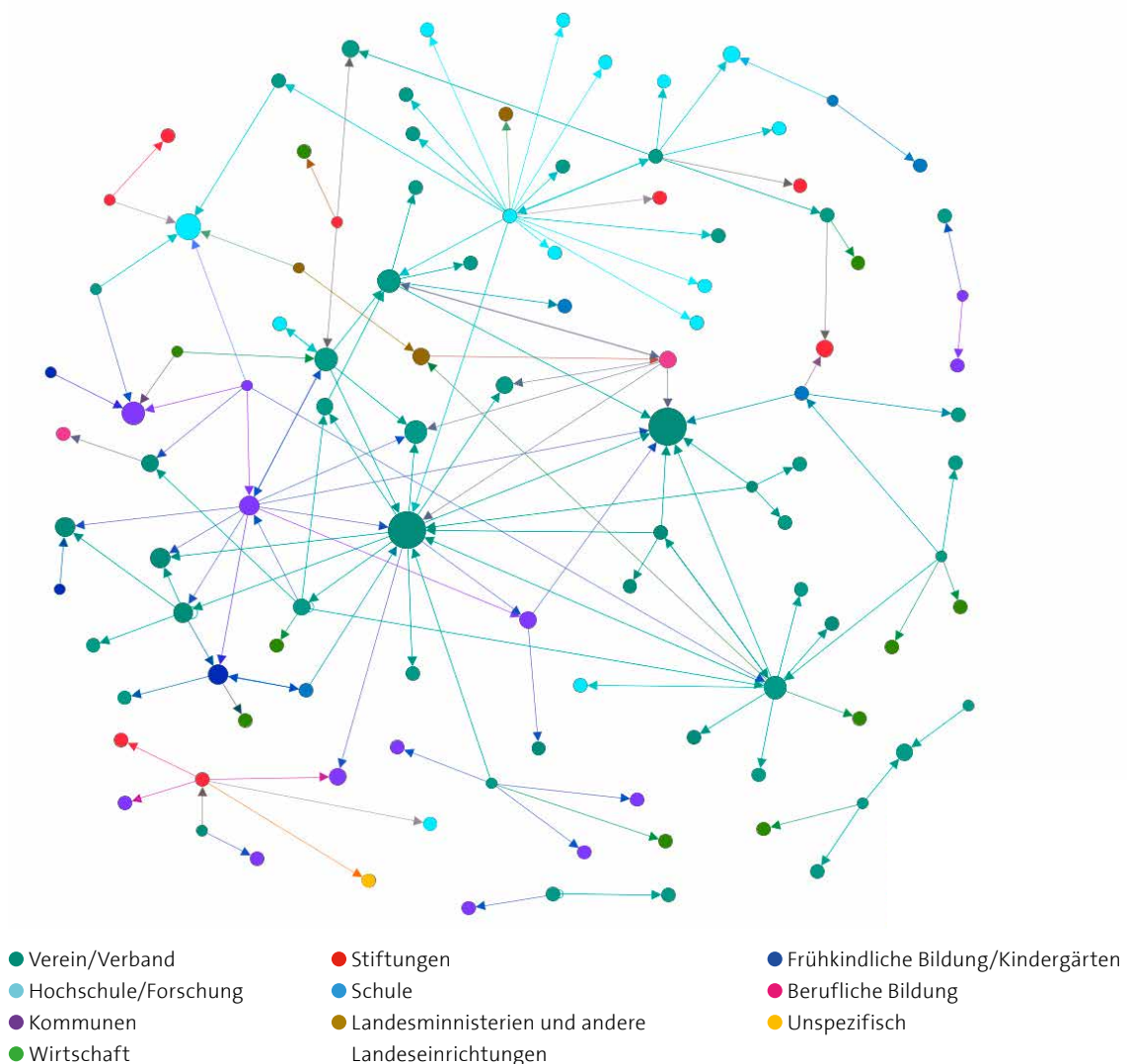
46 Siehe dazu: Wolf C. (2010): Egozentrierte Netzwerke: Datenerhebung und Datenanalyse. In: Stegbauer C., Häußling R. (eds) Handbuch Netzwerkforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92575-2_41. Kolleck N. (2019) Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie im Feld von Organisation und Bildung. In: Weber S., Truschkat I., Schröder C., Peters L., Herz A. (eds) Organisation und Netzwerke. Organisation und Pädagogik, vol 26. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20372-6_2 Gamper M. (2020) Netzwerkanalyse – eine methodische Annäherung. In: Klärner A., Gamper M., Keim - Klärner S., Moor I., von der Lippe H., Vonneilich N. (eds) Soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheiten. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21659-7_6.

47 Die Differenz zu der Zahl der Rückmeldungen ergibt sich daraus, dass nicht alle, die in Rückmeldungen als Teil des Netzwerkes genannt wurden, sich auch selbst geäußert haben., aber als Partner_innen genannt wurden.

ren. Es handelt sich dabei um Vereine, die als Zentren der Aktivitäten in Freiburg gelten können. Sie werden in aller Regel als Kooperationspartner_in von anderen Vereinen genannt und benennen auch selbst wiederum andere Vereine als Partner_innen. Auch andere Vereine bilden einen starken, wenn auch nicht so zentralen Knoten der Vernetzung. Eine starke Erwähnung fanden auch die städtischen Ämter und Einrichtungen; sie sind ebenfalls Promotoren der BNE in Freiburg. Heraus stechen auch Hochschuleinrichtungen, in ihrem Kontext arbeitende Akteur_innen sowie Forschungseinrichtungen. Ferner haben Stiftungen ein gewisses Gewicht und auch (kleinere) Unternehmen, mit denen kooperiert wird.

Den starken Akteur_innen – d.h. den (gemeinnützigen) Vereinen – kommt in dem Gesamtnetzwerk eine deutliche Funktion als Broker zu. Diese „makeln“ sozusagen zwischen den Akteur_innen, indem sie im Zentrum für andere stehen, die wiederum von anderen Akteur_innen als bedeutsam genannt wurden. Städtische Ämter und Einrichtungen haben als Partner_innen ebenfalls diese Funktion. Die gehäufte Nennung einiger Vereine spricht für eine vertrauensvolle Beziehung und die starke Adaption von BNE in diesen Einrichtungen. Die unterschiedlichen Akteur_innen an den Rändern des Netzwerkes weisen auf die Diffusion von BNE in den unterschiedlichen Handlungsfeldern hin.

Netzwerkkarte 1: Das Gesamtnetzwerk der lokalen BNE-Lernorte Freiburgs



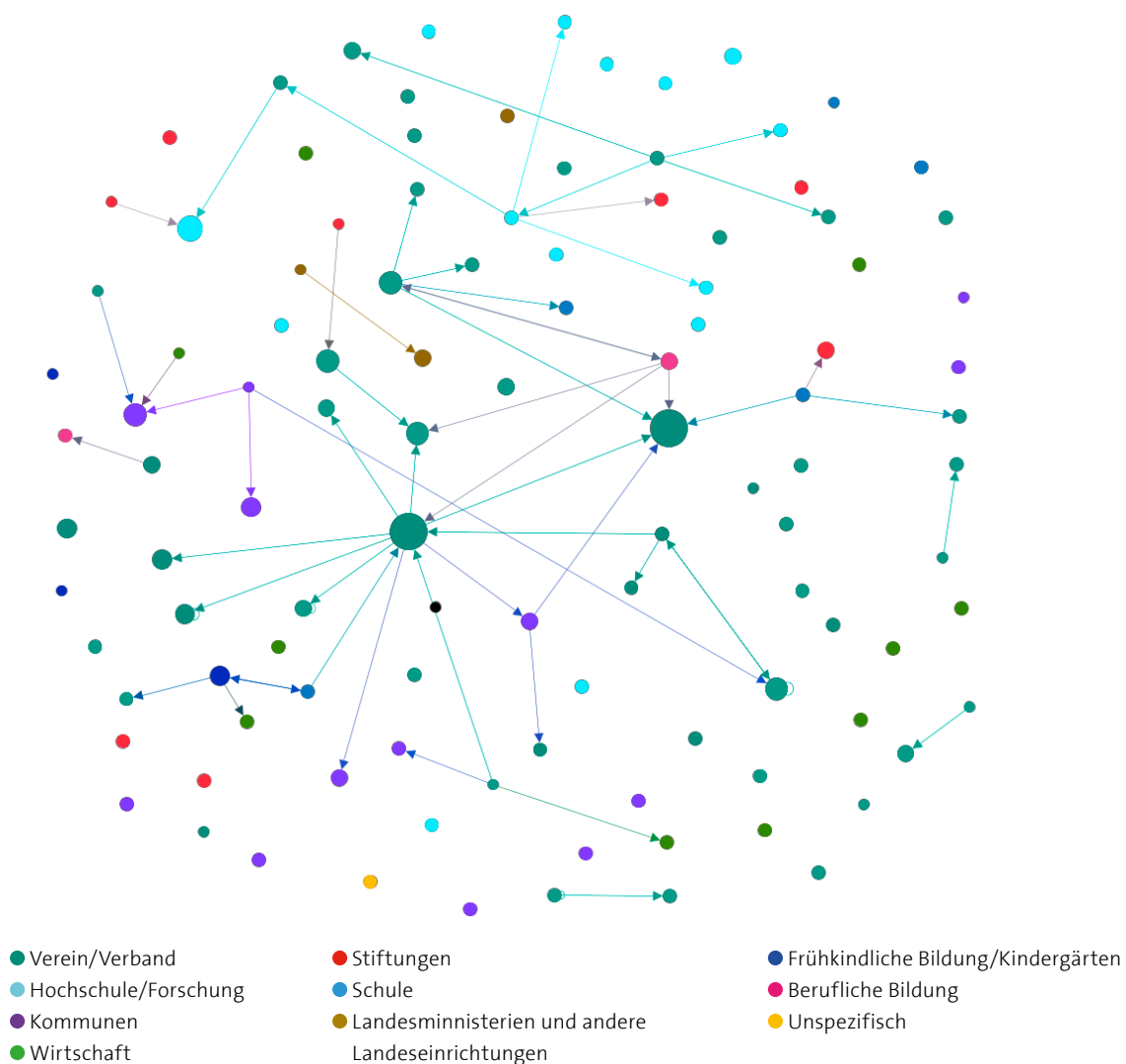
Im Gesamtnetzwerk finden sich aber nur wenige Bezüge untereinander – dargestellt durch jeweils einen in beide Richtungen weisenden Pfeil. Das heißt, dass sich kaum sog. „strong ties“ finden lassen, das sind starke wechselseitige Verweise unter mehreren Partner_innen. Wäre dieses der Fall, so würde man darin Kooperationen erkennen, die als Treiber für BNE zu bezeichnen wären. Da man aber nahezu ausschließlich „weak ties“, also Verbindungen sieht, die nur in eine Richtung weisen, ist das ein Indika-

tor dafür, dass sich die lokalen Akteur_innen in der Hauptsache als zuständig für die Verbreitung von BNE sehen, sich jedoch weniger dafür zuständig fühlen, das Thema BNE insgesamt voranzubringen, mithin die Fortentwicklung dieses Lern- und Handlungsfeldes voranzutreiben. Diese Erkenntnis aus der Netzwerkanalyse geht konform mit den Ergebnissen aus anderen Fragen zu den Treibern von BNE (vgl. Abb. 38: Die Wichtigkeit, „zum Wandel des Bildungssystems beizutragen“, wurde relational zu anderen Aspekten als am wenigsten bedeutsam eingestuft).

Was man an der Karte zudem identifizieren kann, sind einige „strukturelle Löcher“. Darunter wird eine geringe oder nur schwache Vernetzung eines Akteursfeldes mit einem anderen Feld verstanden. Deutlich erkennbar ist dieses an den Akteur_innen am Rande der Karte. Die geringe Vernetzung zeigt sich besonders dort, wo sich bei den Knoten (nahezu ausschließlich) die „Kanten“ nach außen bewegen. Das gilt für ein kleines Netzwerk, das sich um eine Stiftung gruppiert sowie einen kleineren Kreis an Vereinen, der sich stärker der Gesundheits- und Ernährungsthematik zugewendet hat. Das gilt aber auch für etliche einzelne Vereine. Das ist durchaus nicht (immer) fehlenden Daten geschuldet, sondern ein strukturelles Problem der Bekanntheit der Akteur_innen in Freiburg untereinander wie weiter unten anhand der Abb. 35 deutlich wird.

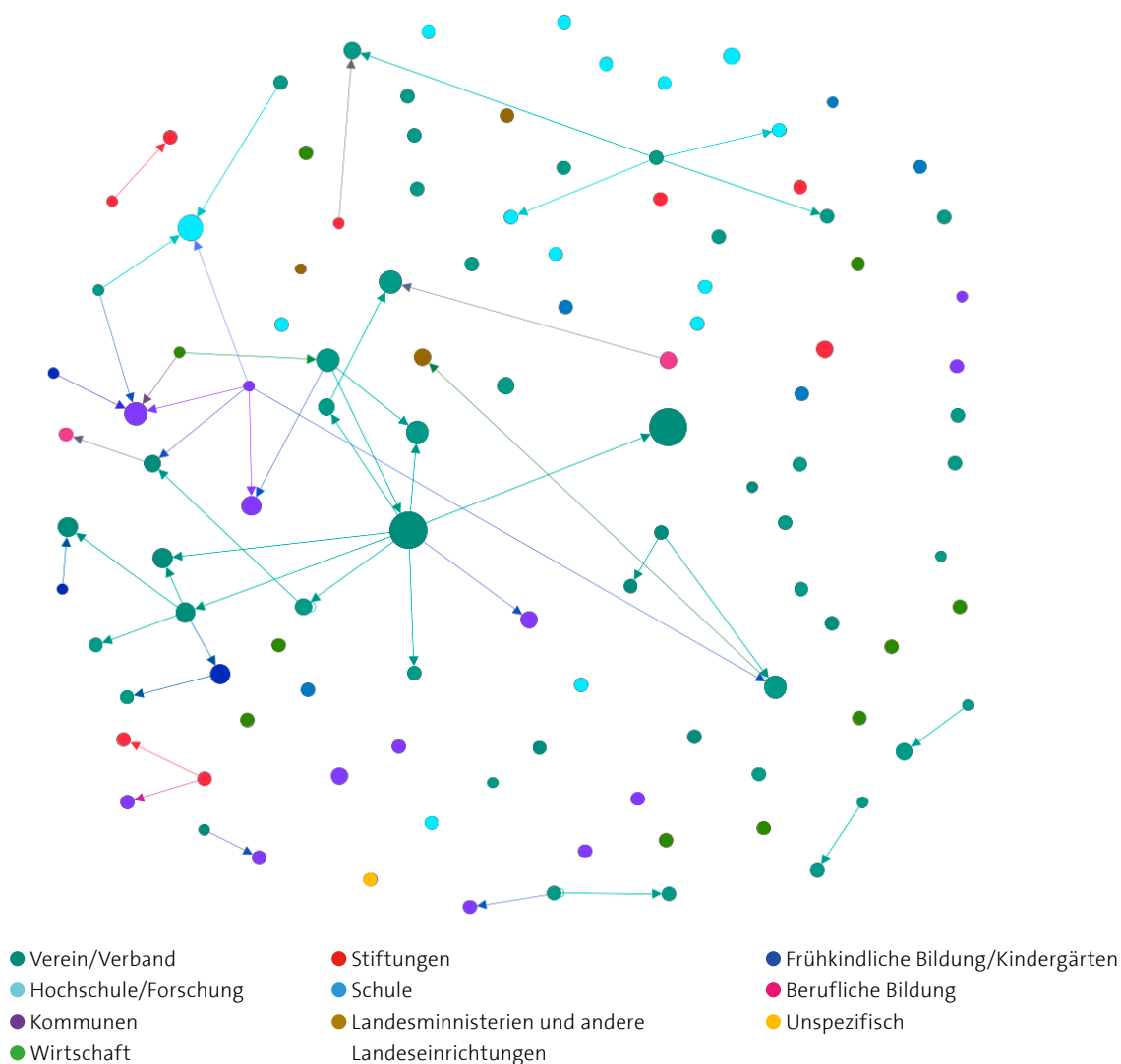
In weiteren Schritten wurden dann verschiedene Merkmale des Netzwerkes erfasst. In der hier vorgelegten Analyse betrifft das die Merkmale der Zusammenarbeit, des Informationsflusses, der Innovation, des Problemlösens und der Bereitstellung von Ressourcen. Damit werden die Funktionen einzelner Akteur_innen aufgeklärt und Stärken wie Schwächen des Netzwerkes erkennbar.

Netzwerkkarte 2: Wer arbeitet mit wem enger zusammen?



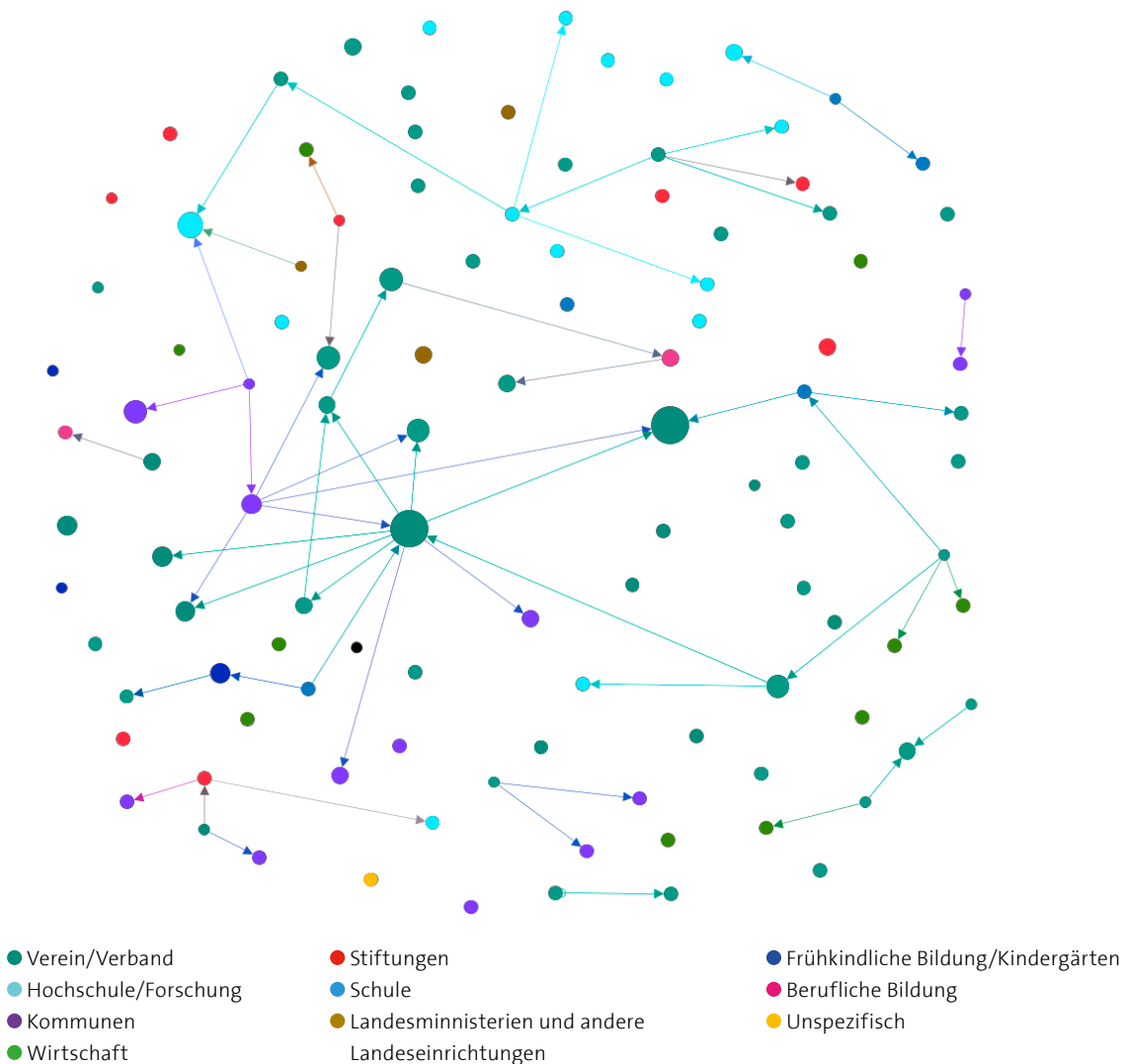
Auch in der Kooperation (Netzwerkkarte 2) dominieren die Vereine mit den Verweisen auf ihresgleichen. Das bestätigt die schon in Abb. 31 sichtbare Erkenntnis der Zusammenarbeit untereinander. Da dabei Mehrfachnennungen die Regel waren, haben die Anbieter_innen - wie in Abb. 31 sichtbar – oftmals auch Schulen und Kitas genannt. Diese finden bei der Frage nach den besonders wichtigen Partner_innen in der Kooperation dann nur noch wenig Berücksichtigung. Im Fokus stehen erneut die zentralen Akteur_innen, die schon im Gesamtnetzwerk ein großes Gewicht hatten. Aber auch die städtischen Einrichtungen haben eine starke Präsenz in den Kooperationen aufzuweisen. Im Hochschulumfeld ist zudem ein strukturelles Loch identifizierbar. Hier versammelt sich eine Gruppe von Akteur_innen, die zu dem größeren Ganzen ohne Verbindung stehen. Wie auch generell auffällig ist, dass sehr viele der Engagierten gar keine Nennung in den Kooperationen erfahren – trotz der 60 identifizierten Kanten. Insofern kann man auch von einer starken Zentralität in den Kooperationen sprechen, die sich auf wenige Akteur_innen konzentriert. Sie sind in dieser Hinsicht die „big player“ in der lokalen BNE-Szene. Da jedoch eine gegenseitige Verweisung gar nicht auftaucht, scheinen die Verbünde eher lose zu sein, auch wenn, wie in Abb.33 (s.u.) bei den Gründen der Kooperation auch die Fachexpertise, Vernetzung und gemeinsame Projekte (neben den dominierenden gemeinsamen Veranstaltungen) genannt werden. Dass die Verbünde eher lose sind, zeigt sich auch an der Zahl der Kontakte, die in Abb. 34 dargestellt ist.

Netzwerkkarte 3: Wer ist für die Verbreitung von Informationen zuständig?



Betrachtet man den Informationstransfer zwischen den Akteur_innen, so zeigt die Netzwerkkarte 3 einerseits mit den Knoten die Netzwerkmitglieder Freiburgs. Andererseits sind die Pfeile auf Akteur_innen gerichtet, die wichtig für die Verbreitung von Informationen sind. An der Karte wird erkennbar, dass der Transfer von Informationen viele strukturelle Löcher aufweist. Viele Akteur_innen sind in den Transfer gar nicht einbezogen. Die zwei wichtigen Akteur_innen aus dem Bereich der Vereine werden nur einmal als Quelle von Informationen angegeben. Dagegen sind als Stellen des Informationstransfers die städtischen Ämter wiederum häufig genannt. Die Peripherie des Netzwerkes ist in den Transfer kaum einbezogen oder es gibt einzelne Verweise innerhalb dieser Peripherie. Dabei fällt der Wirtschaftsbereich ganz aus der Verbreitung wichtiger Informationen heraus.

Netzwerkkarte 4: Zuständigkeit für Innovationen

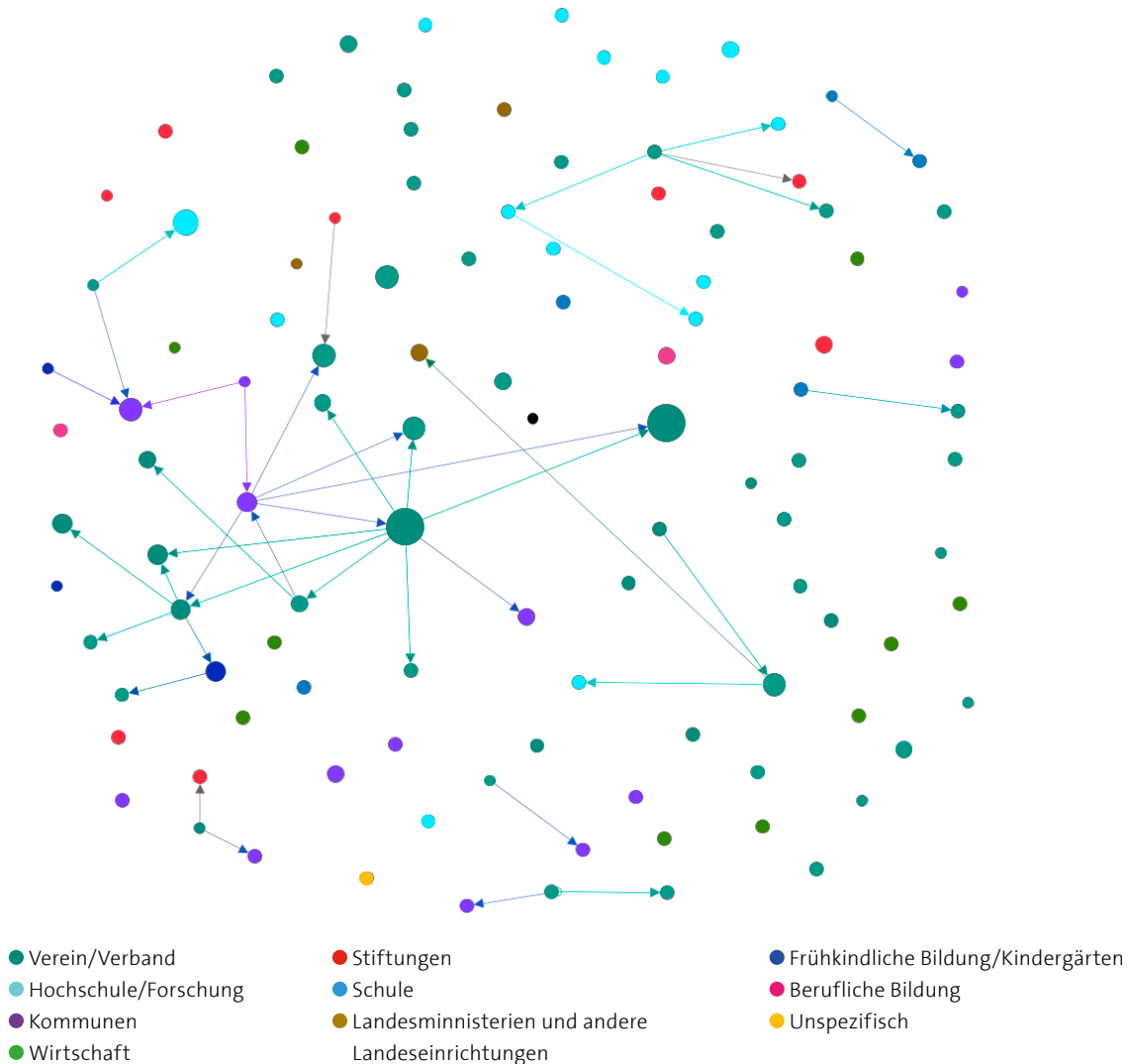


Wer ist für Innovationen zuständig (Netzwerkkarte 4)? Die zentralen Vereine der Stadt stehen auch für Innovationen. Das liegt nahe, da sich auch im Gesamtnetzwerk viele auf eben diese Einrichtungen beziehen. Auffällig ist aber darüber hinaus der letztlich relational zur Gesamtheit gesehen geringe Anteil der Vereine, die hier genannt werden. Dagegen sind die Ämter der Stadt und andere städtische Einrichtungen relational sehr häufig genannt worden – wie auch die Hochschul- und Forschungseinrichtungen und Stiftungen. Letztere können insofern als Impulsgeber gelten, als sie oftmals durch ihre Förderpolitik Innovationen anstoßen.⁴⁸

⁴⁸ Vgl. Koranyi, F. (2021): Meta-Governance in Bildungslandschaften und rollenbasierte Handlungsfelder lokaler Bildungstiftungen, Diss. Freie Universität Berlin.

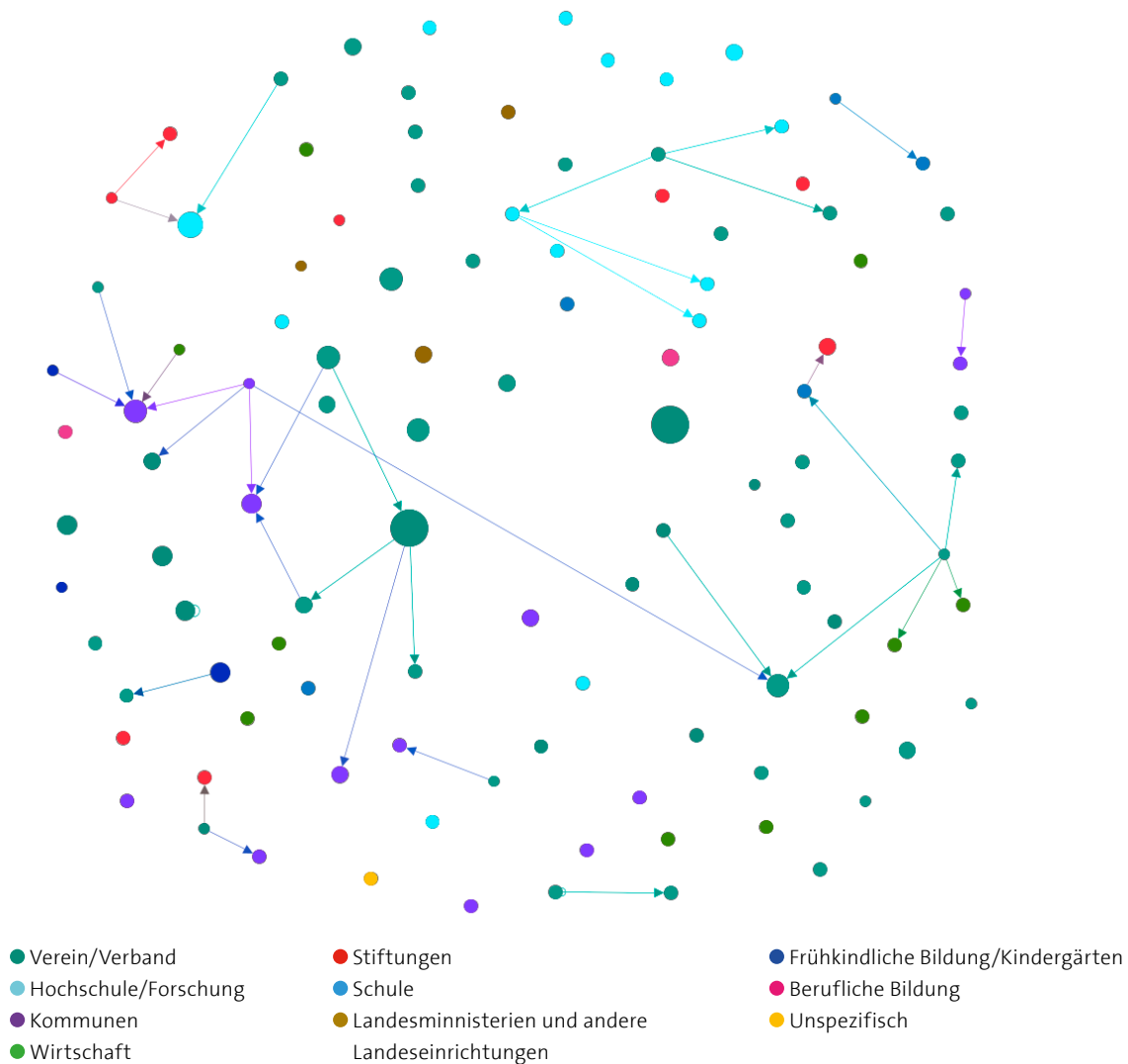
Innovationen und ihre Verbreitung jedoch auf einen kleineren Kreis zu beschränken bringt auch Probleme mit sich. Wenn man sich untereinander gut kennt, dann sind die Innovationen zumeist auch ähnlicher gelagert, da man sich in einem regelmäßigen Austausch befindet. Entfernte Bekannte und Partner dagegen einzubeziehen bieten mehr Chancen für neue Impulse für BNE. So wäre zu fragen, in welchem Maße aus dem Bereich der Wirtschaft (der gar nicht adressiert wird) Neuerungen kommen könnten und ob nicht die Hochschulen und Forschungseinrichtungen häufiger als Innovateur_innen gelten könnten.

Netzwerkkarte 5: Wer ist für die gelegentliche Lösung von Problemen zuständig?



Eine wesentliche Aufgabe in Netzwerken ist es, bei Problemen der täglichen Arbeit, der Verankerung von BNE, der Optimierung der (gemeinsamen) Aktivitäten auf einen breiten Rückhalt und viele Akteur_innen setzen zu können. Hier finden sich, wie in der Netzwerkkarte 5 zu erkennen, nur unidirektionale Beziehungen und oft wird der/die Partner_in auch nur einmal genannt. Nur ein städtisches Amt wird dreimal erwähnt, manche andere Akteur_innen erhalten zwei Nennungen. Die zentralen Akteur_innen bleiben dabei nahezu außen vor. Zwischen einigen Vereinen und städtischen Einrichtungen lassen sich (links auf der Karte gut zu erkennen) stärkere Verknüpfungen identifizieren. Wechselseitig sieht man sich aber nicht so verbunden, dass man miteinander die Probleme der jeweils anderen Einrichtung löst. Deutlich erkennbar ist hier, dass das Gesamtnetzwerk in Bezug auf die Problemlösung erhebliche strukturelle Lücken aufweist. Das gilt für ein unter sich bleibendes Netzwerk, in dem Hochschuleinrichtungen dabei sind, aber auch für einige Vereine. Viele der lokalen Anbieter_innen scheinen entweder kaum mit Problemen im Alltag konfrontiert zu sein oder sie können ihre Probleme nicht adressieren.

Netzwerkkarte 6: Wer ist zuständig für die Bereitstellung von Ressourcen?

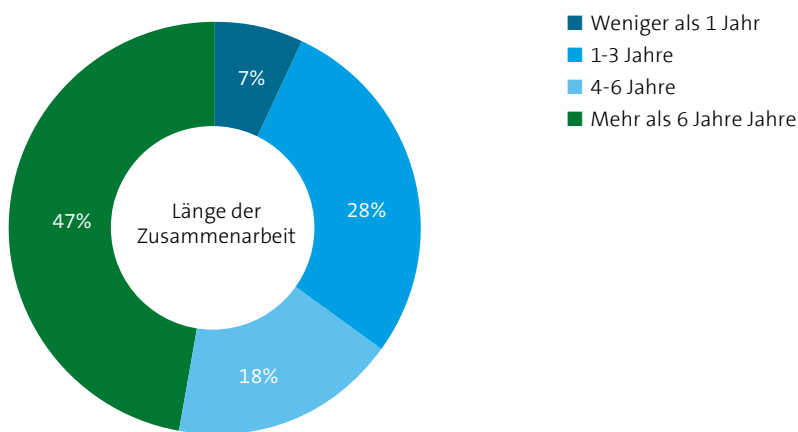


Bei der Frage, wer bei der Bereitstellung von Ressourcen Priorität (Netzwerkkarte 6) hat, dünnt sich das Feld deutlich aus. Hier ist die Richtung der Pfeile von besonderer Bedeutung, da damit signalisiert wird, vom wem die Ressourcen für die eigenen Tätigkeit kommen (sollten). Es verwundert zunächst nicht, dass hier die Ämter der Stadt eine häufige Nennung erhalten und einer der beiden zentralen Akteur_innen ganz aus dem Blick gerät, der andere auch nur einmal genannt wird. Auch wird manchmal auf Stiftungen verwiesen, die als Geldgeber_innen fungieren. Auffällig ist aber auch, dass etliche Vereine von den anderen genannt werden und die Einrichtungen der oder des Umfelds der Hochschule und Forschung Ressourcen bereitstellen. Auf Landesmittel wird in diesem Kontext gar nicht verwiesen und nur eine Einrichtung gibt als Ressourcenquelle Unternehmen an.

2.6 Struktur der Kooperationen

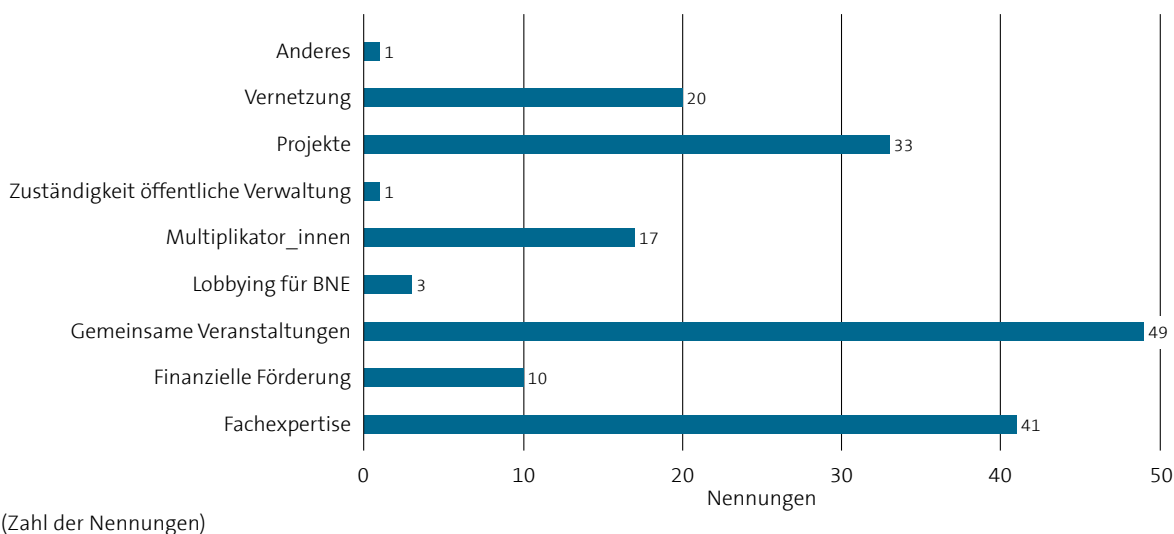
Sind die Kooperationen eher kurz- oder langfristiger Natur? Eine hohe Fluktuation würde eher gegen eine starke Verbindlichkeit von gemeinsamen Aktivitäten sprechen. Hier gab es 131 Nennungen (Abb. 32). Nahezu die Hälfte arbeitet schon mehr als sechs Jahre mit den Partner_innen zusammen. Weitere knappe 20 Prozent sind seit vier bis sechs Jahren gemeinsam unterwegs. Das sind längere Zeiträume, die für eine stabile Struktur der Beziehungen sprechen. Nimmt man diejenigen, die erst seit kurzem oder zwischen ein bis drei Jahren kooperieren, so ergibt sich hier ein Anteil von mehr als einem Drittel. Das kann man als Indikator für Neuzugänge in der Kooperation werten, geht aber auch konform mit der oben aufgegriffenen Frage nach der Dauer des Bestehens der Einrichtung: ca. 38 Prozent sind seit fünf oder weniger Jahren mit BNE befasst, können insofern noch gar nicht mehr als 6 Jahre mit anderen kooperieren. Schaut man noch einmal auf die große Gruppe derer, die schon mehr als sechs Jahre zusammenarbeiten, dann wird darin die Stabilität der Kooperation über die Zeit deutlich.

Abb. 32: Mit wem arbeiten Sie zusammen?



Warum kooperiert man miteinander? Darüber gibt Abb. 33 Auskunft. Insgesamt wurden 175 Gründe in der offenen Frage (Mehrfachnennungen waren möglich) angegeben. Davon entfielen 28 Prozent auf gemeinsame Veranstaltungen. Hinzuzählen kann man an dieser Stelle die Multiplikator_innen, auf die 10 Prozent der Nennungen entfielen. 23 Prozent gaben als Grund die Fachexpertise des/der Partner_in an und 19 Prozent die Durchführung gemeinsamer Projekte. Auch die Vernetzung hat ein gewisses Gewicht: Immerhin 11 Prozent sahen darin den Grund der Kooperation.

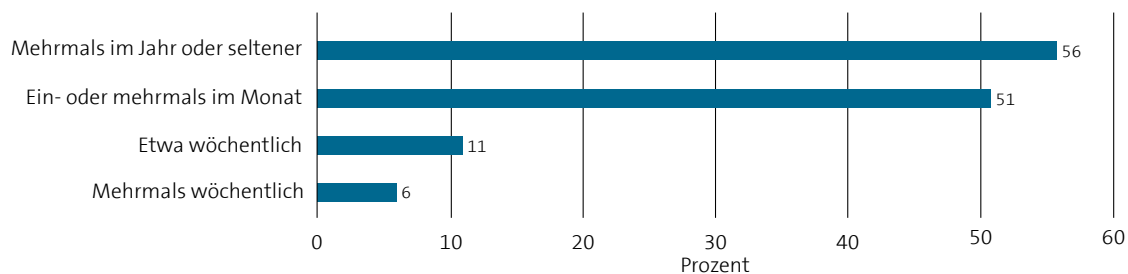
Abb. 33: Gründe der Kooperation



Alle anderen Gründe sind eher als marginal zu betrachten. Das gilt selbst für die Kooperation aufgrund finanzieller Förderung (durch Stiftungen, die Stadt oder andere Geldgeber_innen) oder aufgrund dessen, dass die öffentliche Verwaltung zuständig sei. Insgesamt sind die häufig genannten Kooperationen bei der Nutzung der Expertise anderer und auch die Einbeziehung von Multiplikator_innen ein Indiz für die Offenheit gegenüber und die Suche nach den Kompetenzen anderer – was die Qualität der Aktivitäten im Bereich BNE nur stützen kann. An diesen Gründen ändert sich auch nicht viel, wenn man die Partnereinrichtung in der Reihe ihrer Nennungen gesondert betrachtet. Bei der jeweils erstgenannten Einrichtung ist nur auffällig, dass die Vernetzung mit den Partner_innen (oft aufgrund dessen, dass man – selbstverständlich – mit dem eigenen Dachverband kooperiert) hier deutlich häufiger genannt wurde: 21 Prozent der Nennungen entfielen darauf.

Betrachtet man dagegen die Partnereinrichtung, die an der 4. oder 5. Stelle genannt wurde, so verschiebt sich das Bild der Aussagen leicht: Bei diesen ist die Kooperation in Bezug auf gemeinsame Veranstaltungen dominant – diese machen nahezu 50 Prozent der genannten Gründe aus. Es liegt nahe, dass sich dahinter die Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen usw. verbirgt, für die man das Repertoire an Veranstaltungen primär anbietet (vgl. Abb 31: Mit wem arbeitet man zusammen).

Abb. 34: Häufigkeit der Kontakte unter den Kooperationspartner_innen



(Angaben in Prozent)

Wenn Kooperationen von zentraler Bedeutung sind, dann stellt sich die Frage, wie oft man miteinander kommuniziert (Abb. 34). Der Median liegt hier bei ein- oder mehrmals im Monat. Deutlich sticht heraus, dass die an erster Stelle genannten Kooperationspartner_innen wöchentlich oder gar mehrmals wöchentlich kontaktiert werden: Rund 25 Prozent gaben an, diese enge Taktung der Kommunikation zu pflegen, während bei den weiteren genannten Einrichtungen diese Kommunikationshäufigkeit bei unter 10 Prozent liegt. Die Hälfte aller Kontakte findet im Schnitt mehrmals im Jahr oder seltener statt. Der Verbund untereinander ist damit nur schwach ausgeprägt – oder aber man arbeitet so routiniert und in dem jeweils eigenen Feld, dass die Kooperationspartner wenig Gesprächsbedarf sehen.

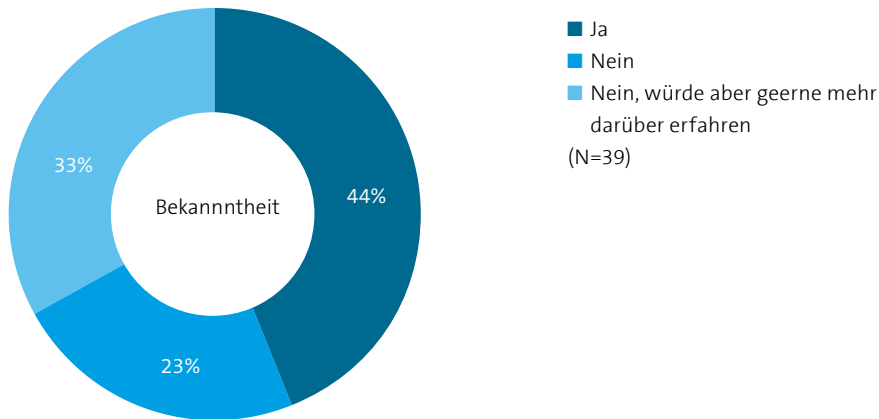
2.7 Etablierte kommunale Netzwerke und Förderung

Das dargestellte Gesamtnetzwerk der lokalen Akteur_innen ist selbstverständlich kein fester Zusammenschluss, sondern die Zusammenführung der Verbindungen zwischen den Einrichtungen. Davon abzugrenzen sind Netzwerke, die als bestehende mehr oder weniger formalisierte Kooperationen vorhanden sind. So sind manche lokale Vereine wiederum in einem Dachverband organisiert oder pflegen untereinander aufgrund der sehr ähnlichen Themen oder Adressat_innen eine engere Beziehung. Dazu gehört auch das seit 2010 existierende „Freiburger Netzwerk Nachhaltigkeit Lernen“.⁴⁹ Mitglieder sind Freiburger Vereine, Institutionen sowie Einrichtungen, aber auch Privatpersonen. Sie kommen aus den Bereichen Kultur und Wirtschaft, sind im Kontext von Ökologie und Naturschutz aktiv und/oder engagieren sich für soziale Gerechtigkeit. Das Netzwerk Nachhaltigkeit umfasst ca. 50 Akteur_innen, die sich ein- bis zweimal im Jahr treffen. Die Koordination und Betreuung des Netzwerkes liegt seit 2013 im Auftrag der Stadt bei der Ökostation Freiburg. Ziel des Netzwerkes ist es einerseits, sich

⁴⁹ Die folgenden Angaben sind entnommen aus: https://ibbw.kultus-bw.de/site/pbs-bw-new/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/Dienststellen/ibbw/Empirische%20Bildungsforschung/Programme-und-Projekte/Landesprogramm_Bildungsregionen/Praxisbeispiele/Freiburg/freiburg_nw_nachhaltigkeit-lernen.pdf

zum Thema Nachhaltigkeit auszutauschen. Andererseits entwickelt das Netzwerk die „Freiburger Kleeblätter“ weiter. Dahinter verbirgt sich das Konzept, außerschulische Lernangebote der BNE und der interkulturellen Bildung aus vier unterschiedlichen Perspektiven anzugehen: Umweltschutz, nachhaltige Ökonomie, soziale Gerechtigkeit, Kultur erleben. Zielgruppe sind Kitas, Schulen und Erwachsene. Man kann sich um eine Förderung bewerben, wenn man entsprechende Angebote in Partnerschaften offeriert. Gefördert werden die Projekte aus dem BNE-Fonds der Stadt (dazu unten mehr). Da es sich bei dem Netzwerk um einen größeren Zusammenschluss handelt, liegt die Frage nahe, ob die BNE-Anbieter_innen und -Förderer dieses Netzwerk kennen (Abb. 35).

Abb. 35: Bekanntheit des „Freiburger Netzwerkes Nachhaltigkeit Lernen“

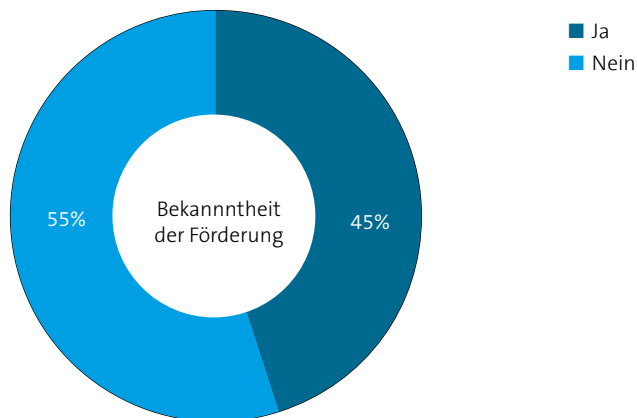


Mehr als die Hälfte der Antworten entfielen auf „Nein“, das Netzwerk ist den Anbieter_innen nicht bekannt. Allerdings ist das Interesse an dem Netzwerk deutlich gegeben. Nahezu 2/3 derer, die das Netzwerk bisher nicht kennen, haben ein Interesse daran, darüber mehr zu erfahren. Während diejenigen, die das Netzwerk kennen, auch in der Netzwerkanalyse eher starke Knotenpunkte bilden, also gut verankert sind in der lokalen BNE, kommen diejenigen, die das Netzwerk gerne kennenlernen würden, aus nicht unwichtigen Bereichen: Es handelt sich um Stiftungen, Unternehmen, Vereine, die nicht so gleich auf BNE schließen lassen aber auch um klassische Naturschutzorganisationen, denen das Netzwerk bisher nicht bekannt ist. Darin liegt eine deutliche Chance, das Netzwerk zu erweitern oder auch nach Schwerpunkten differenziert in dem Netzwerk mitzuwirken.

2013 hat die Stadt Freiburg einen „BNE-Fonds“ eingerichtet, um die Bildungsangebote zum Thema Nachhaltigkeit zu stärken. Der Fonds umfasst jährlich 40.000 €. Im Durchschnitt werden pro Jahr 10 Förderanträge bewilligt. Die Zahl der Bewerbungen lag zwischen 2015 und 2020 zwischen 10 und 20⁵⁰. Förderanträge sollten sich an dem o.g. „Freiburger Kleeblatt Nachhaltigkeit Lernen“ orientieren. Erwartet wird zudem eine Kooperation zwischen verschiedenen Anbieter_innen mit dem Ziel, handlungsorientierte Lerngelegenheiten zu bieten, die es erlauben, die eigene Lebensführung wie das gesellschaftliche Umfeld nachhaltiger zu gestalten. Die Förderhöhe pro Antragsteller_in beträgt maximal 5.000 €. Da etliche Anbieter_innen von BNE mit einem engen Budget ausgestattet sind und die Erarbeitung neuer Themen sowie Lernformate personelle sowie andere Ressourcen erforderlich macht, ist der Fonds als eine hilfreiche Unterstützung zu betrachten. Daher ist es wichtig zu erfahren, welchen Bekanntheitsgrad dieser Fonds unter den Akteur_innen (Abb. 36) hat und wie oft er beantragt wird.

50 https://www.oekostation.de/docs/BNE-Fonds_Zahlen_Fakten_2013-2021.pdf

Abb. 36: Es gibt den sogenannten „Freiburger BNE-Fonds“. Kennen Sie diese Möglichkeit, Mittel für die Projektförderung zu erfragen?



49 Antworten wurden dazu gegeben. Diese Chance der Förderung kennt weniger als die Hälfte der Akteur_innen. Wenn man dann weiter fragt, wer von denen, die den Fonds kennen, schon einmal oder mehrmals einen Antrag auf Förderung gestellt hat, dann ergibt sich folgendes Bild: Rund 1/3 hat noch nie einen Antrag gestellt, aber ebenfalls ein knappes Drittel hat die Gelegenheit schon mehr als 3mal genutzt. Jede_r Fünfte stellte einmal einen Antrag und ca. 16 Prozent haben dieses zweimal getan. Für etliche der Akteur_innen ist es in gewisser Weise Routine, sich um eine Förderung zu bewerben. Da die Zunahme der Zahl der Bewerbungen um eine Förderung aus dem Fond als Indikator in der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt gilt⁵¹, ließe sich in Anbetracht der vielen Akteur_innen sicherlich die Zahl der Antragsteller_innen steigern, wenn sich die Bekanntheit des Fonds erweitert.

Neben der Frage nach der Bekanntheit des „Freiburger Netzwerkes Nachhaltigkeit“ Lernen und dem Wissen um den BNE-Fonds der Stadt wurde auch eruiert, ob ein städtischer Impuls bekannt ist: das sind die „Leitperspektiven für BNE“. Wie schon weiter oben erwähnt, sind die Schulen zwar häufig als Partner_innen genannt worden, sie selbst haben aber oftmals auf die Bitte um Beteiligung an der Befragung nicht reagiert.⁵² Daher ist auch das Antwortergebnis auf die Frage „Falls es sich bei Ihrer Einrichtung um eine Schule handelt (wenn nicht überspringen Sie diese Frage): Seit 2017 gibt es für Freiburger Schulen Leitperspektiven für Bildung für nachhaltige Entwicklung. Orientiert sich Ihre Schule daran?“ wenig aussagekräftig. Nur 10 Antworten gab es hier, wobei es sich nicht in jedem Fall um eine staatliche Schule handeln kann. Einige, die sich hier zugeordnet haben, sind Anbieter_innen von BNE in freier Trägerschaft, die sich schulähnlich organisieren. Zwei antworteten mit „ja“, alle anderen sagten nein oder waren sich unsicher. Ob es sich um ein Kommunikationsproblem handelt ist unklar. Denn schließlich muss jede Schule, die an dem Energiesparwettbewerb der Stadt teilnehmen will, in der Vereinbarung zwischen Stadt und Schule unterschreiben, die Leitlinien bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

Zusammenarbeit in bestehenden Netzwerken

Auf die Frage, ob man in Netzwerken (nicht die in den Netzwerkkarten oben analysierten Kooperationen betreffend) mit anderen zusammenarbeitet, haben 49 der Teilnehmer_innen an der Erhebung geantwortet, davon rund 47 Prozent mit „ja“, die anderen mit „nein“. Die Anschlussfrage, mit dem diese Zusammenarbeit erfolgt, ergab insgesamt 50 Nennungen mit einem sehr pluralen Bild, denn es wurden 33 unterschiedliche Netzwerke genannt. Die meisten Nennungen (4) entfielen einerseits auf die „BNE-Gruppe 7“ bzw. BNE-Gruppe 7+2“. Dabei handelt es sich um ein Gremium, das die „Stabsstelle Freiburger Bildungsmanagement“ in Bezug auf BNE berät (BNE-Gruppe 7) bzw. um zwei kommunale Vertreter_innen erweitert wurde (BNE-Gruppe 7+2). Andererseits wurde auch das 2019 ins Leben

⁵¹ Siehe den 4. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-676854272/1648034/Nachhaltigkeitsbericht_FR_2020_aktualisiert.pdf

⁵² Es ist im Zuge in der Erhebung nicht erhoben worden aber plausibel, dass Schulen sich auch Corona-bedingt nicht beteiligt haben.

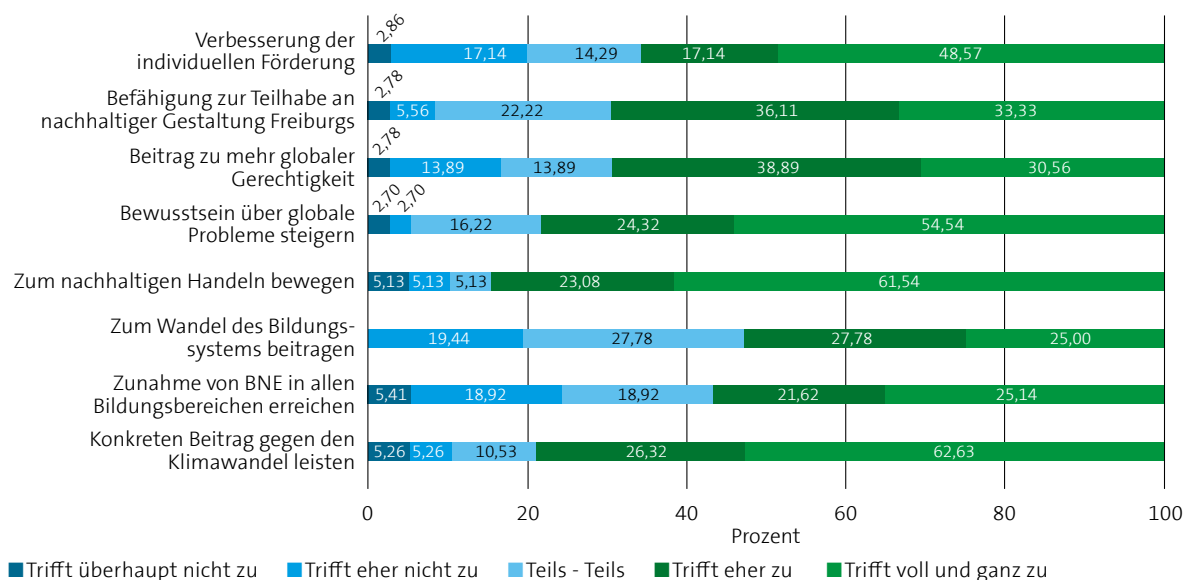
gerufene „Schulnetzwerk BNE“⁵³ des Baden-Württembergischen Kultusministeriums viermal genannt. Alle anderen Netzwerke erhielten weniger Nennungen. Oftmals wurde auf die Kooperation mit dem Dachverband der jeweiligen Anbieter_innen verwiesen oder auf Zusammenschlüsse etwa im Segment der Naturschutzgebiete oder -parks, aber auch in Bezug auf die entwicklungspolitische Bildung/ Globales Lernen. Das Freiburger Netzwerk Nachhaltigkeit Lernen wurde dreimal erwähnt.

Die Frage nach dem Aufwand und dem Nutzen der Mitarbeit in diesen Netzwerken haben 25 Prozent der Teilnehmenden beantwortet. Insofern ist hier nur eine Tendenz angebbar. Offensichtlich ist der Aufwand in der Regel eher niedrig als hoch. Auf einer Skala von -5 (geringer Aufwand) bis +5 (hoher Aufwand) liegt der Nutzen, der den Netzwerken beigemessen wird, bei einem Durchschnittswert von 2,6 ist also als eher als hoch zu bezeichnen, wobei ein leicht geringer Nutzen auch einmal attestiert wurde.

2.8 Was ist den Anbieter_innen von BNE besonders wichtig?

Auf einer 5-er Skala von „Trifft überhaupt nicht zu“ bis „Trifft voll und ganz zu“ konnte man sich zu geschlossenen Fragen positionieren, mit denen erfasst wurde, was den Einrichtungen im Zusammenhang mit den Aktivitäten zu BNE besonders wichtig ist (Abb. 37). Drei der Statements bezogen sich auf die allgemeine Bildung. So wurde gefragt, in welchem Maße den Anbieter_innen a) eine Verbesserung der individuellen Förderung der Kinder und Jugendlichen, b) ein deutlicher Wandel im Bildungssystem mit BNE und c) eine Zunahme von BNE in allen Bildungsbereichen wichtig ist. Die individuelle Förderung ist nahezu 50 Prozent der Befragten besonders wichtig (Mittelwert: 3,91), dagegen die Veränderung des Bildungssystems „nur“ 25 Prozent (Mittelwert: 3,58). Auch die stärkere Implementation von BNE in das formelle Bildungssystem bekommt in Relation zu den anderen Statements „nur“ von 35 Prozent einen vollen Zuspruch (Mittelwert 3,62).

Abb. 37: Was ist den Anbietern von BNE besonders wichtig?



Die lokalen Anbieter_innen von BNE sehen sich weniger als Treiber von systemischer Reform⁵⁴ denn als Förderer individueller Handlungskompetenzen für nachhaltige Entwicklung im Allgemeinen. Selbst die Teilhabe an der nachhaltigen Gestaltung Freiburgs erzielt keine Spitzenwerte: 1/3 sagen (Mittelwert 3,92), dass diese voll und ganz zuträfe – wie auch der Aufgabe, einen Beitrag zu mehr globaler Gerechtigkeit zu leisten, eine Zustimmung von rund 30 Prozent der Teilnehmenden and der Erhebung erreicht (Mittelwert 3,81).

⁵³ Hinweise unter: https://www.oekostation.de/docs/BNE_Schulnetzwerk_Newsletter_2_Feb2021.pdf

⁵⁴ Vgl. dagegen die Intentionen der UNESCO mit der Perspektive auf das Jahr 2030 eine strukturelle Veränderung des Bildungssystems mit und durch die Implementation von BNE zu bewirken: „Employ interactive, project-based, learner-centred pedagogy. Transform all aspects of learning environment through a whole-institution approach to ESD to enable learners to live what they learn and learn what they live.“ UNESCO (2020): Education for sustainable development: a roadmap. Paris. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374802.locale=en>.

Anders hingegen sieht es bei der Bewusstseinsbildung und der Handlungsorientierung aus. Konform mit anderen Erhebungen⁵⁵ bekommt die Absicht, die Menschen zum nachhaltigen Handeln nicht nur zu befähigen, sondern diese auch zu motivieren, tatsächlich nachhaltig zu handeln, das größte Gewicht (Mittelwert 4,31). Hier liegt die gänzliche Zustimmung bei mehr als 62 Prozent. Nimmt man noch diejenigen hinzu, die sagen, dieses träfe eher zu, so hat man hier eine Zustimmung von nahezu $\frac{3}{4}$ der Anbieter_innen erreicht. Dem Handeln wird eine noch stärkere Bedeutung zugemessen als der Bewusstseinsbildung (Mittelwert 4,24; völlige Zustimmung ca. 54 Prozent).⁵⁶ Nahezu gleichauf mit diesen Intentionen liegt das Interesse daran, mit BNE einen konkreten Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten. Auch hier liegt die Zustimmung bei insgesamt rund 75 Prozent (Mittelwert 4,16). Der starke Bezug auf die einzelne Person, ihr Bewusstsein und ihr Handeln verstärkt sich noch einmal, wenn man sich die Befähigung zur „Teilhabe an der nachhaltigen Gestaltung Freiburgs“ genauer anschaut: Hier ist die völlige Zustimmung mit ca. 33 Prozent weniger ausgeprägt als bei den anderen Statements zur Förderung des Individuums. Betrachtet man die andere Seite der Skala, so liegt die Positionierung zum Statement „trifft überhaupt nicht zu“ oder „eher nicht zu“ in der Regel bei unter 20 Prozent. Insofern erfahren alle Statements eine positive Bewertung.

Da bei der Frage, was den Akteur_innen besonders wichtig sei, ein geschlossenes Format gewählt wurde, wurde auch gefragt, ob es noch wichtige Aspekte gäbe, die nicht in den Statements aufgefangen worden sind. Es gab dazu 19 Rückmeldungen, wovon sich der überwiegende Teil den in Abb. 38 gelisteten Statements zuordnen ließ: Persönlichkeitsbildung, Bewusstseinsförderung, Handlungswissen stärken wurden etwa noch einmal genannt. Darüber hinaus wurde besonders erwähnt, den Sport als Impulsgeber für nachhaltiges Handeln zu nutzen, Gesundheit und Nachhaltigkeit oder aber Lokales und Globales miteinander zu verbinden. Auch wurde der Hinweis gegeben, dass die Ausbildung der Lehrkräfte besonders wichtig sei.⁵⁷

Neben der aktuellen Zusammenarbeit mit diversen Akteur_innen wurde gefragt, wo noch Erweiterungspotenzial liegt, mit wem man also gerne zusammenarbeiten möchte, dieses aber aktuell noch nicht realisiert? Dazu gab es insgesamt 26 Nennungen. Davon entfielen allein sechs auf Schulen und Kitas. Ebenso viele wünschten sich eine engere Zusammenarbeit mit den Hochschulen und ihren Einrichtungen; mehrfach (dreimal) wurde auch die Wirtschaft genannt, aber auch Gesundheitseinrichtungen und Krankenkassen (vier Nennungen). In der Konsequenz heißt dieses: Noch scheinen in Bezug auf die Angebote für die Kitas und Schulen der Stadt bei den Anbieter_innen Kapazitäten verfügbar zu sein, da sie hier mehr Erweiterungspotenzial sehen. Interessant ist aber auch der Hinweis auf die Beziehung zwischen Nachhaltigkeit und dem Gesundheitssystem, da hier nicht nur die oben stark gemachten Ernährungsfragen eine Bedeutung haben, sondern auch andere Aspekte wie die sog. „Umweltgerechtigkeit“. Denn je schwächer man sozial aufgestellt ist, desto eher ist man Umweltbelastungen (etwa Lärm) ausgesetzt. Je besser man situiert ist, desto eher ist man Belastungen weniger ausgesetzt, obschon man stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung zu diesen Belastungen beiträgt.⁵⁸ Dass es ein Defizit in der Kooperation gibt, wird auch in den Netzwerkkarten deutlich. Das Segment der hier aktiven Einrichtungen ist kaum mit dem Gesamtnetzwerk verbunden. Das gilt auch für die Hochschulen, mit denen mehr Kooperation gewünscht wird. Auch die Beziehung zu Vereinen und Organisationen, die im Bereich des Sports unterwegs sind, ist erwähnenswert. Da die Sportverbände die größten Mitgliedschaften haben, ist hier das Potenzial groß, den Kreis der Interessierten an BNE deutlich zu erweitern, wenn es zu einer intensiveren Kooperation kommt.

55 Vgl. Michelsen, G. u.a. (2013): Außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung, München.

56 Allgemein spricht man hier von der Lücke zwischen Wissen, Bewusstsein und Handeln. Wissen klärt nur wenig auf in Hinblick auf das Handeln in Umweltfragen: Dohm, L.; Peter, F.; Bronswijk, K. van (Hg.): Climate Action – Psychologie der Klimakrise. Handlungshemmnisse und Handlungsmöglichkeiten, Gießen.

57 Das geht conform mit der Roadmap „ESD 2030“ der UNESCO: UNESCO (2020): Education for sustainable development: a roadmap. Paris. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374802.locale=en>.

58 Vgl. Brock, A. (2021): Materialität menschlicher Freiheiten. Gerechtigkeit als Gestaltung der Sozialwelt-Umwelt-Beziehungen – und seine bildungstheoretischen Implikationen. Diss., Universität Bielefeld.

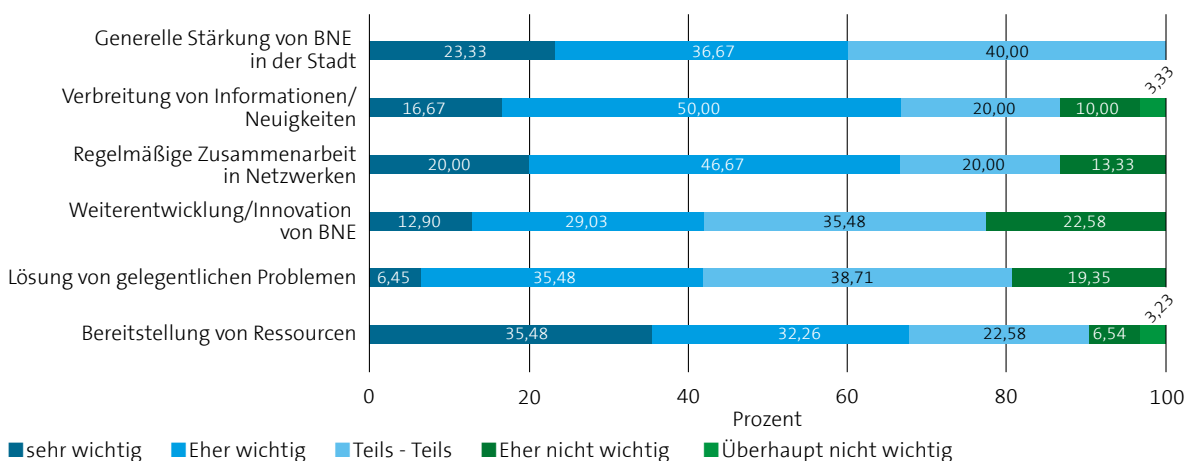
2.9 Wer sollte mehr Einfluss gewinnen und wo liegen Verbesserungspotenzial und Wünsche?

Von welchen Akteur_innen wünscht man sich einen stärkeren Einfluss auf BNE? An erster Stelle wurde die Stadt Freiburg (fünf Nennungen) genannt, gefolgt von Schulen und Schulämtern (vier Nennungen). Auf die Wirtschaft, die Universität und Jugendzentren entfielen jeweils zwei Erwähnungen, auf Vereine dagegen wiederum drei. Zu weiteren Erkenntnissen gelangte man mit der Frage nach dem Verbesserungspotenzial. So wird eine verbesserte Kommunikation mit den Bürger_innen angemahnt und die Verankerung von BNE in den Schulen (mit festen Ansprechpartner_innen) gefordert. Auch wird dafür plädiert, dass die Ämter der Stadt sich noch besser miteinander abstimmen und sich koordinieren. Welches Potenzial darin stecken würde, wird am Ende dieses Kapitels in einer fiktiven Netzwerkkarte 7 veranschaulicht (s.u.). Die Rückmeldung in Bezug auf die Frage: „Was wünschen Sie sich konkret in Bezug auf BNE von der Stadt?“ war mit 33 Nennungen aufschlussreich. Im Vordergrund stand die Verbesserung der Kommunikation (bessere Plattform der Stadt für BNE) und die Verbindlichkeit der Kommunikation (auch zwischen den Ämtern) – neben der stärkeren Verankerung von BNE in den Ämtern und Schulen. Weiterhin wurde auf die Wunschliste auch eine intensivierte Förderung gesetzt – speziell von Schulen, die ein Budget allein schon für den Besuch von außerschulischen Einrichtungen benötigen, das manchmal nicht hinreichend zu sein scheint. Einmal mehr wurde auch die Stärkung des Bezugs zwischen BNE und Sport für wichtig gehalten und die stärkere Befassung mit sozial schwächeren Milieus.

2.10 Die wichtigsten Aufgaben der Stadt und des Landes zur Förderung von BNE

Was sollten die wichtigsten Aufgaben sein, die von der Stadt und ihren Ämtern in Bezug auf BNE übernommen bzw. mit bearbeitet werden können? Die Antworten der Akteur_innen sind in dem Abb.38 eingegangen. Da der gewichtete Mittelwert zwischen 3,90 und 3,29 bei den Antworten auf der Fünfer-Skala liegt, ist dieser weniger aussagekräftig als es die Werte zu „sehr wichtig“ und „eher wichtig“ sind.

Abb. 38: Wo wird Handlungsbedarf gesehen, den die Stadtverwaltung und ihre Ämter in Bezug auf BNE realisieren könnten?

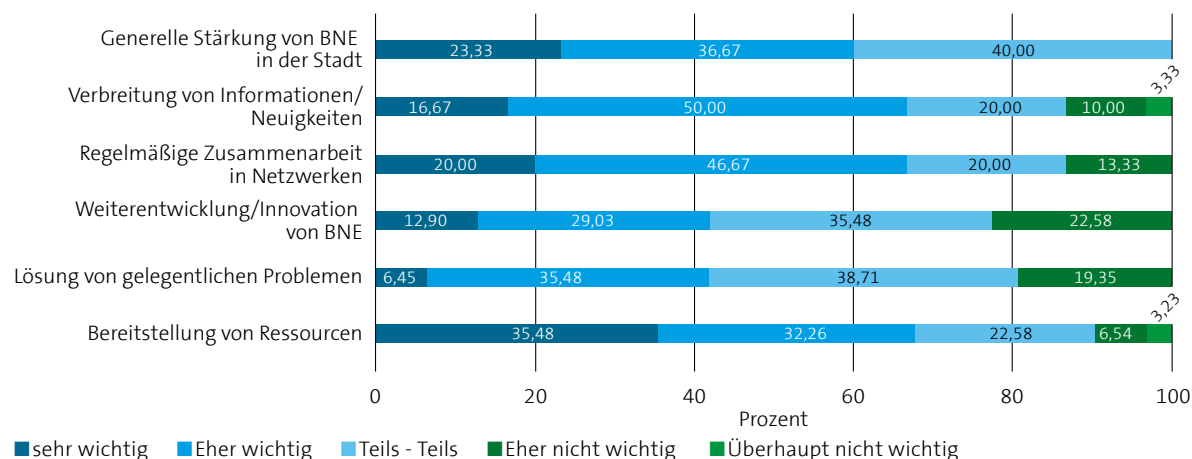


Unter „sehr wichtig“ sticht die Bereitstellung von Ressourcen mit über 35 Prozent heraus, wohingegen die „Lösung gelegentlicher Probleme“ in dieser Kategorie nur rund 6 Prozent Zustimmung erhält. Auch die Weiterentwicklung von BNE wird nicht als primäre Aufgabe der Stadt und ihrer Ämter gesehen, wohl aber die Kooperation in Netzwerken und die Verbreitung von Informationen. Beides liegt gleichauf mit dem Bereitstellen von Ressourcen, nimmt man die Bewertung mit „eher wichtig“ und „sehr wichtig“ zusammen – gefolgt von der Aufgabe, BNE generell zu stärken. Es spricht für ein hohes Vertrauen in die Ämter, wenn man mit ihnen in Netzwerken zusammenarbeiten möchte und man von

der Stadt wünscht, dass sie Neuigkeiten zu BNE verbreitet. Auch das ist ein erneuter Hinweis auf das Interesse an einer optimierten Kommunikation von BNE – sei es über eine Plattform oder einen anderen Pfad, der sich mit der Stadt selbst verbindet.

Im Vergleich wird der Landesebene noch stärker die Aufgabe zugedacht, Ressourcen für BNE bereitzustellen – dieses halten über 80 Prozent der Befragten für eher oder sehr wichtig (Abb. 39). Als gleichauf bedeutsam wird die Funktion eingeschätzt, BNE weiter in den Bildungsplänen des Landes zu stärken – sich also für die strukturelle Verankerung von BNE auch in Zukunft einzusetzen.

Abb. 39: Die Rolle der Landesministerien für Kooperation, Netzwerke und die Förderung von BNE



Auch die Verbreitung von Neuigkeiten/Informationen wird dem Kultusministerium und anderen Landesministerien zugewiesen. Durchgängig (bis auf die Lösung von gelegentlichen Problemen, für die man die Stadt wie das Land weniger in die Pflicht nehmen möchte) wird der Landesebene in stärkerem Maße die jeweilige Aufgabe zugedacht als der Stadt selbst. Das liegt bei der Stärkung der Bildungspläne nahe, da die Kommune auf diese im schulischen Bereich bisher keinen Einfluss hat. Gravierend differiert sind auch die Zuschreibungen in Bezug auf die Weiterentwicklung von BNE. Hier wird sehr viel Gewicht auf die Landesebene gelegt. Das ist aus zweierlei Gründen bemerkenswert: Erstens sind es die Akteur_innen auf der lokalen Ebene, die traditionell für Innovationen im Bereich BNE gesorgt haben und zweitens wird in der UNESCO-Roadmap zu BNE 2030 ausdrücklich die Bedeutung der lokalen Ebene herausgehoben.⁵⁹

2.11 Corona - Die Folgen für die Anbieter_innen von BNE

Die Corona-Pandemie bleibt nicht ohne Folgen für die Bildungseinrichtungen. Jedoch sind diese unterschiedlich schwerwiegend. So wurde zunächst gefragt, wie viele Veranstaltungen vom 15. März 2020 bis zum 15. Dezember 2020 real bzw. virtuell stattgefunden haben. Es waren mehrheitlich virtuelle Veranstaltungen – mit sehr großen Unterschieden: Weiterbildungseinrichtungen, beratende Einrichtungen wie etwa Agenturen, die sich mit dem Komplex „Energie“ befasst haben, aber auch an Wirtschaftsthemen orientierte Organisationen haben ihr Programm vollständig virtuell abgehalten. Andere Einrichtungen, deren Angebot stark vom direkten Kontakt mit der Natur abhängig ist, kommen hier verständlicherweise auf eine Quote von unter 10 Prozent - und haben dann in der Konsequenz die größten Ausfälle zu verbuchen.

⁵⁹ UNESCO: UNESCO (2020): Education for sustainable development: a roadmap. Paris. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374802.locale=en>.

Der Blick auf die Frage danach, wie hoch die Einnahmen aus Veranstaltungen im oben genannten Zeitraum in Relation zu den Erwartungen waren, ergab: Im Durchschnitt waren dieses nur noch 39 Prozent - mit einer erheblichen Streuung. Auf der einen Seite waren bei zwei von fünf Anbieter_innen diese Einnahmen unter den Wert von 20 Prozent des Erwarteten zusammengebrochen, während ebenfalls bei zwei von fünf der Wert bei 60 Prozent und mehr lag. Betroffen von Einbußen waren insbesondere kleinere Anbieter_innen von Kursen.

Im Vergleich zum Einbruch bei den Einnahmen aus Veranstaltungen betrugen die Einnahmen aus Förderungen im Zeitraum März bis Dezember 2020 gegenüber den Erwartungen durchschnittlich 70 Prozent. Auch das ist ein drastischer Einbruch, da Anbieter_innen von BNE sich in aller Regel allein durch die Förderung von Projektarbeit und Besucher finanzieren müssen. Deutlicher noch wird das Problem, beachtet man die Streuung bei diesen Angaben. Rund 1/3 derer, die sich hier äußerten, haben gar keine Einbußen erfahren. Das betrifft Akteur_innen, die in größeren Verbänden zusammengeschlossen sind oder Angebote im wirtschaftsnahen Bereich offerieren. Jede fünfte Einrichtung hat dagegen in Bezug auf die erwartete Förderung Einbußen von 80 Prozent und mehr erlitten – ohne dass hier ein Muster erkennbar wäre. Die Einbußen hatten größere Verbände ebenso wie kleinere Anbieter_innen, die sich auf dem Markt bewähren müssen.

Dennoch blieb man optimistisch. Gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 plante man (Erhebung im 1. Quartal 2021) in 2021 von der Quantität her im Durchschnitt 85 Prozent der Veranstaltungen anzubieten. Ca. 20 Prozent der Anbieter_innen hatten sogar vor, mehr anzubieten als in dem Referenzjahr, nur wenige (ca. 10 Prozent) wollten oder mussten ihr Angebot deutlich auf unter 30 Prozent des einstigen Niveaus zurückfahren.

Dass viele aufgrund der Corona-Pandemie notleidend sind, zeigt sich auch an den Antworten auf die offene Frage, welche Form der Unterstützung in Anbetracht der Corona-Pandemie für sinnvoll erachtet wird. Viele dieser Forderungen richten sich eher oder auch an den Bund und oder das Land Baden-Württemberg. Allem voran ist es die finanzielle Unterstützung. Sieben von zehn Forderungen gehen in diese Richtung: Das reicht vom Erlass der Raummiete, Hilfe für Selbständige über die Erwartung, dass finanzielle Zusagen eingehalten werden bis hin zur Unterstützung bei der digitalen Ausstattung, um weiter arbeiten zu können. Selbstverständlich wurde auch genannt, dass man klare Verhältnisse möchte, unter welchen Rahmenbedingungen (wieder) reale Veranstaltungen möglich sind. Aber es gab auch mehrfach die Bitte, dass man Unterstützung bei der Werbung für nun virtuell stattfindende Veranstaltungen erhält.

2.12 Zusammenfassung und Empfehlungen

Das Netzwerk

Das Gesamtnetzwerk der Freiburger BNE-Akteur_innen zeichnet sich durch eine vielfältige Beziehungsstruktur aus, in der die Vereine und andere Nicht-Regierungsorganisationen dominieren. Die Angebote in BNE werden zum überwiegenden Teil von diesen Organisationen getragen (>50 Prozent). Alle anderen Akteur_innen sind mit 10 Prozent oder weniger dabei. Auch wenn fast 1/4 der Anbieter_innen schon mehr als 20 Jahre in diesem Feld unterwegs ist, so ist zugleich mehr als 1/3 der Akteur_innen erst ein bis fünf Jahre in der BNE engagiert. Das ist ein Indikator für Expansion und Innovation in diesem Lern- und Handlungsfeld. Die Dauer der Aktivitäten in der BNE korrespondiert mit der Dauer der Zusammenarbeit. Nahezu die Hälfte arbeitet mehr als sechs Jahre zusammen, rund 1/3 drei Jahre oder weniger. Gründe für die Zusammenarbeit liegen stark in der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen. Daneben sind eher interne Gründe dominant: Die Fachexpertise der anderen, gemeinsame Projekte und auch die Vernetzung werden deutlich priorisiert. Nur wenige haben mehrmals oder etwa wöchentlich untereinander Kontakt, viele jedoch ein- oder mehrmals im Monat. Die größte Gruppe gibt allerdings „mehrmals im Jahr oder seltener“ als Kontakthäufigkeit an. Auch wenn die Kontakte nicht sonderlich häufig untereinander sind, so wird der Nutzen der Arbeit in Netzwerken durchgängig als hoch eingeschätzt (auf einer Skala von -5 bis +5 liegt der Mittelwert bei 2,6).

Es gibt im Gesamtnetzwerk Freiburgs mehrere zentrale Akteur_innen, die als Träger_innen von wichtigen Informationen und die Verbreitung von BNE gelten können. Das Netzwerk hat in dieser Hinsicht eine solide Struktur, da die zentralen Knoten ihre Informationen über Mittlerorganisationen und Multiplikator_innen in der Kommune weitere verbreiten. Allerdings scheinen auch etliche von einem (systematischen) Informationsfluss abgeschnitten zu sein. Auch den städtischen Einrichtungen und Ämtern kommt eine starke Funktion zu, da sie häufiger als wichtige Partner_innen genannt werden. Bei den Kooperationen arbeiten die Vereine primär untereinander zusammen – und mit Schulen, Hochschulen und Kitas. Diese sind in der Netzwerkerhebung unterrepräsentiert, da sie in der Regel nicht als die wichtigsten Kooperationspartner_innen gelten. Unter den Akteur_innen stechen zunächst zwei Vereine als zentrale Knoten heraus, allerdings werden auch hier immer wieder städtische Einrichtungen genannt. Auffällig ist hinsichtlich der Akteur_innen jedoch auch, dass der Bereich Hochschule/Forschung bei der engeren Zusammenarbeit ein eigenes Netzwerk bildet, das sich mit den anderen Akteur_innen kaum verbindet. Auch finden sich zwischen den Hauptakteur_innen keine gegenseitigen Zuschreibungen enger Kooperationen. Der Bereich Wirtschaft ist in von den Befragten genannten Kooperationen gar nicht adressiert und ebenso findet sich kein Bezug zu den Landeseinrichtungen und -ämtern. Bei der Verbreitung von Informationen wird am häufigsten ein Amt der Stadt genannt, ansonsten diffundiert das Netzwerk stark. Bei den Zuständigkeiten für Innovationen dagegen wird wieder mehrfach auf die „big player“ verwiesen, aber es finden sich auch zahlreiche kleinere Akteur_innen als Träger von neuen Perspektiven für BNE. Das zeugt von einer Vielfalt der Ideen – die dann allerdings breiter kommuniziert werden sollten als sich das in der entsprechenden Netzwerkkarte zu der Verbreitung von Informationen abbildet. Bei den Innovationen haben auch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein gewisses Gewicht – neben den Stiftungen. Letzteres liegt nahe, da Stiftungen die Vergabe von Ressourcen oftmals an neue Ideen und Projekte binden. In Bezug auf die Lösung gelegentlicher Probleme sind die Verweise unter den Vereinen deutlich ausgeprägt. Es zeigen sich aber auch strukturelle Löcher zwischen dem Hochschul-/Forschungssegment und einem starken Netzwerk, das zwischen Vereinen und Ämtern der Stadt seine Verbindungen aufgebaut hat. Oftmals sind aber auch einzelne Akteur_innen untereinander verbunden. Gegenseitige Verweise finden sich dagegen nicht. Wie zu erwarten, ist bei der Zuständigkeit in Bezug auf die Bereitstellung von Ressourcen das Netz stark ausgedünnt. Vereine haben hier eine schwindende Bedeutung, obschon sie sich auch gegenseitig mit Ressourcen unterstützen. Am deutlichsten ist der Bezug auf Ämter der Stadt ausgeprägt, im geringen Maße auch auf Stiftungen und die Wirtschaft. Auch das Segment Hochschule/Forschung ist mit Ressourcen dabei.

Zielstellungen

Die Zielstellung der Akteur_innen liegt eindeutig in der Förderung von Problembewusstsein und Handlungskompetenz bei den Adressaten. Dass speziell das nachhaltige Handeln in den Mittelpunkt gerückt wird, ist in Anbetracht der Problemlagen nicht nachhaltiger Entwicklung ein zentrales, zu begrüßendes Ziel, welches sich mit der Absicht verbindet, eine Förderung der Individuen vorantreiben zu wollen. Dagegen wird die Befähigung zur Teilhabe an der nachhaltigen Gestaltung Freiburgs abgeschwächt in den Fokus genommen – trotz der Förderung von Handlungskompetenz. Die strukturelle Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen und einen Beitrag zum Wandel des Bildungssystems zu leisten, hat gegenüber der Förderung des Individuums schwächere positive Bewertungen erhalten. Das drückt sich auch in der Netzwerkkarte aus: Starke Verbindungen zwischen mehreren Akteur_innen, die notwendig wären, um auch im Bildungssystem etwas zu verändern, sind nicht aufzufinden. Eher ist an der Verbreitung der BNE unter den Adressaten (im direkten Kontakt) gelegen. Hier wird eher die Stadt selbst und werden die Landeseinrichtungen in der Pflicht gesehen.

Inhalte

Den allgemeinen Aspekten von Bildung wird eine starke Bedeutung zugemessen. Das betrifft die Stärkung von Resilienz, den Versuch, Ungleichheiten zu reduzieren, die Stärkung der Lernmotivation u.a. In der Regel wurde dieses aber mit anderen Themen verbunden. Werden die Inhalte konkretisiert, dann dominieren die Felder „Klima“ und „Konsum“ sowie „Natur- und Umweltschutz/Biodiversität“, zu dem auch noch die „Wald- und Erlebnispädagogik“ hinzugerechnet werden kann. Auffällig ist aber auch, dass etliche Themenfelder der SDGs nicht adressiert werden (Hunger, Armut usw.; siehe die Details oben). Dabei hat eine der höchsten Zustimmungen bei der Frage, was den Anbieter_innen besonders wichtig ist, das Statement „Bewusstsein über globale Themen steigern“ (Abb. 37)) erhalten. Ob es sich um eine fehlende Nachfrage bezüglich dieser Aspekte handelt oder die Schwerpunkte der lokalen Anbieter_innen Veranstaltungen dazu aus verschiedenen Gründen nicht möglich machen, muss ungeklärt bleiben. Auffällig ist aber auch, dass die Befähigung zur Teilhabe an der nachhaltigen Gestaltung der Stadt noch ein stärkeres Potenzial besitzt, als sich dieses bisher ausdrückt. So wäre zu fragen, ob die Nachhaltigkeitsindikatoren Freiburgs nicht viel deutlicher adressiert werden können (siehe dazu die Einleitung zu diesem Bericht).

Kommunikation

Die Verbreitung von Informationen ist in einem Gesamtnetzwerk eine der zentralen Aufgaben. Schon die Netzwerkkarte 3 zeigt erhebliche Lücken unter den Akteur_innen. Abb. 38 zeigt, dass den städtischen Ämtern in dieser Hinsicht eine wichtige Aufgabe zugeordnet wird – mit entsprechendem Handlungsbedarf. In der Verbreitung von Informationen geraten viele BNE-Anbieter_innen bisher aus dem Blick bzw. sie sind bisher nicht involviert und haben an vielen Punkten entsprechend Informationslücken. Das betrifft auch Kenntnisse über das „Netzwerk Nachhaltigkeit Lernen“, den BNE-Fonds wie die Freiburger Leitperspektiven BNE. Es würde sich anbieten, dass die Stadt ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihren Service verstärkt, die Initiativen und vielfältigen Angebote der Stadt nicht nur noch sichtbar macht, sondern auch Hintergrundinformationen liefert, die für den städtischen Kontext relevant sind. Da viele Akteur_innen noch Partnerschaften im schulischen und Kita-Bereich suchen, wären zudem Veranstaltungen, bei denen Anbieter_innen und Schulen, Kitas, Hochschulen und Wirtschaft, aber auch Stiftungen zusammenkommen, hilfreich.

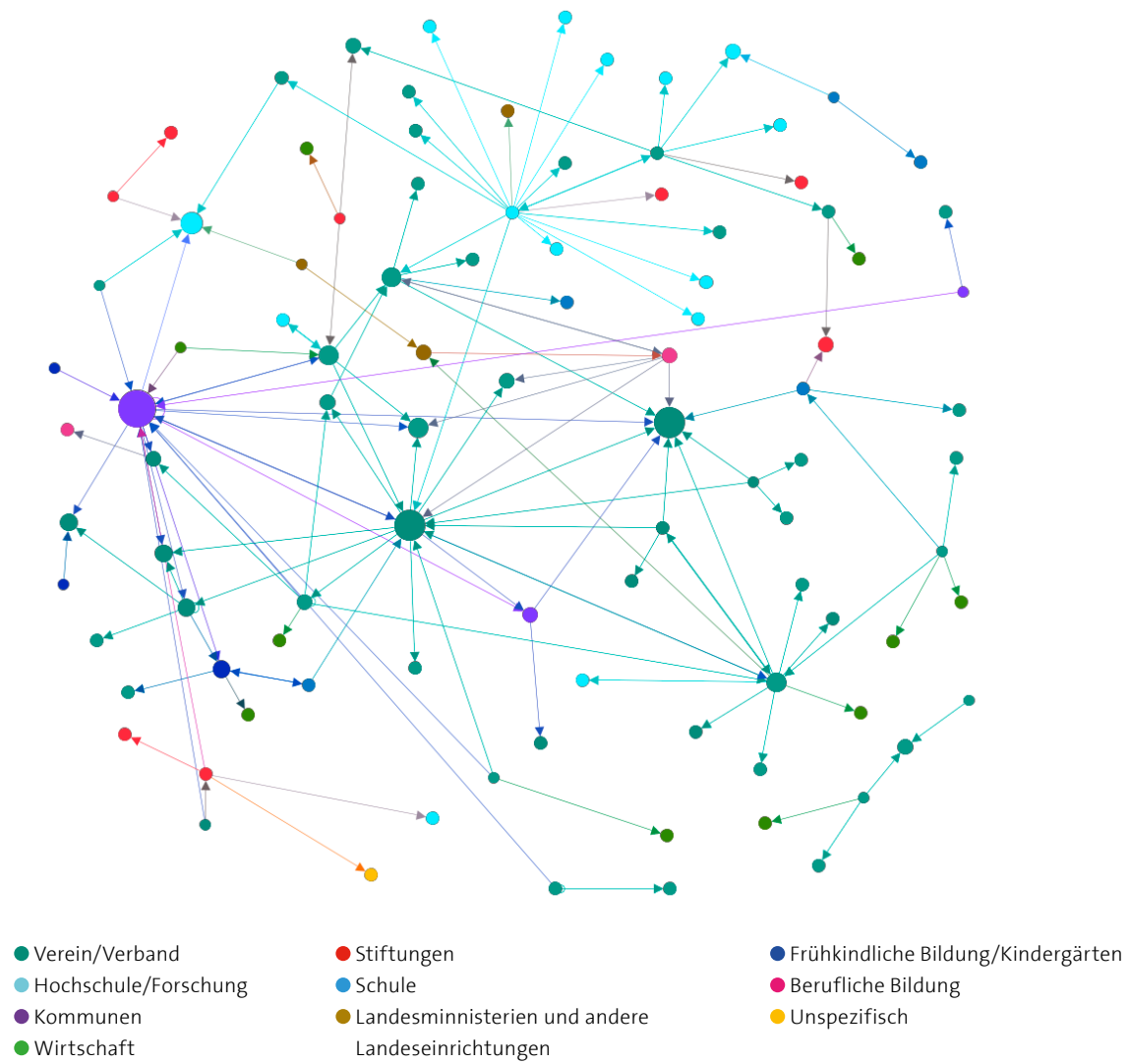
Funktion städtischer Ämter

Der Stadt wird von den lokalen Anbieter_innen von BNE primär die Funktion der Bereitstellung von Ressourcen zugeordnet. Das liegt nahe, da es sich bei den Akteur_innen hauptsächlich um gemeinnützige Vereine handelt, die sich nur selten gänzlich selbst finanzieren können. Zugleich wurden aber auch mit deutlichem Gewicht zwei Aufgaben genannt: Die Verbreitung von Informationen und die Zusammenarbeit in Netzwerken. Das ist nicht nur ein Indikator für das Vertrauen, das den Ämtern der Stadt entgegengebracht wird, sondern auch eine Aufgabe für die Ämter, denn die Frage war, wo Handlungsbedarf gesehen wird. Das betrifft auch die generelle Stärkung der BNE in der Stadt. Parallel dazu liest sich die den Landesministerien zugeordnete Funktion ganz ähnlich – allerdings sind hier die Wichtigkeiten noch erhöht. Das ist verständlich, wenn die strukturelle Verankerung von BNE gestärkt werden soll. Allerdings zeigt die Netzwerkanalyse, dass die Verbindung der Akteur_innen zu den Landesministerien nur sehr schwach ausgeprägt ist.

Mehrfach wurde in der Befragung gewünscht, dass sich die städtischen Ämter noch enger zusammenschließen, um BNE in Freiburg zu fördern. In einer fiktiven (!) Karte des Gesamtnetzwerks (Netzwerkkarte 7) wurden die städtischen Ämter (ohne andere städtische Einrichtungen) einmal zusammengefasst. Diese Karte zeigt, welche Stärke die Stadt erlangen würde, wenn die Ämter in enger Koordination zusammenwirken würden: Die Kommune wäre der stärkste Knoten im Gesamtnetzwerk und hätte ebenso wie die zentralen Vereine eine klare Broker-Funktion. Dass der Stadt diese Funktion durchaus zugeordnet wird, ist in vielen Antworten der Erhebung sichtbar geworden.

Netzwerkkarte 7: Was wäre, wenn...?

Eine fiktive Netzwerkkarte der Bündelung städtischer Ämter in Bezug auf BNE



kauFRausch e.V.

Freiburger Stadtrundgang zu Globalisierung und Nachhaltigkeit

„kauFRausch“, das sind junge Freiburger_innen, die konsumkritische, alternative Stadtrundgänge durchführen, aber auch Filmabende, Workshops und Kleidertauschparties anbieten. Gemeinsam entdeckt man auf den Stadtrundgängen den Zusammenhang zwischen unserem Konsum und den Problematiken der globalisierten Welt. Entlang vieler Stationen in der Innenstadt werden beispielsweise Themen wie Lebensmittel, Mobilität und Kleidung unter die Lupe genommen. Schnell zeigt sich, was man als Käufer_in selbst tun und wo man Verantwortung für den eigenen Konsum übernehmen kann.

Die Spur der alltäglichen Waren führt aber auch an Orte die deutlich machen, wie nachhaltiges Leben möglich ist. So zeigt kauFRausch, wo sich in Freiburg zukunftsweisende Orte und Projekte finden lassen, die Lust darauf machen, selbst mehr für die nachhaltige Entwicklung zu tun. *„Wer sich intensiver mit Themen der globalisierten, auf Konsum und Wachstum hin orientierten Welt befassen will, ist bei uns genau richtig“* – sagt Johanna Wild, Vorstand. Das ist eine klare Aufforderung zum Mitmachen. Spezialist_in muss man dafür nicht sein, nur Spaß und Interesse an den Themen von kauFRausch sollte man mitbringen.



Bildquelle: kauFRausch Freiburg e.V.

Wer sich für den Stadtrundgang und die anderen Aktionen von kauFRausch interessiert, findet näheres unter <https://www.kaufrausch-freiburg.de/>

Waldkindergarten Freiburg e.V.

Die insgesamt fünf Waldkindergärten Freiburgs bieten an verschiedenen Standorten Kitaplätze in der Natur. Dabei können die Kinder ganz eigene Erfahrungen in der Umwelt machen. Sie lernen mit Pflanzen, Tieren und Menschen respektvoll umzugehen. Waldkindergärten sind in den unterschiedlichen Jahreszeiten immer wieder anders. Kinder erfahren sich selbst als Teil der Natur, lernen zu spielen ohne auf vorgefertigtes Spielzeug zurückzugreifen und entwickeln mit viel Kreativität eigene Spielideen. Rituale, Regeln und gemeinsames Tun stärken den Gemeinschaftssinn.

Der Tag beginnt mit einem Morgenkreis und dem gemeinsamen Frühstück; er lässt viel Raum für freies Spiel und endet am Mittag mit einem Abschlusskreis. Es gibt in jeder Woche besondere Tage, an denen ein Ausflug gemacht oder aber der Gebrauch von einfachen Werkzeugen geübt wird. *„Im Waldkindergarten hat jedes Kind die Möglichkeit, eigene Entdeckungen zu machen. Mit dem Angebot des Waldes, das aus vielerlei Materialien besteht, wird die Phantasie des Kindes angeregt und die Selbständigkeit gefördert“* – so Angelika Fink, die Leiterin.



Bildquelle: Waldkindergarten Freiburg e.V.

Näheres zum Konzept der Waldkindergärten Freiburgs finden Sie unter:
<https://www.waldkindergarten-freiburg.de/>

3 Ideenwerkstatt mit Jugendlichen zu Freiburgs Zukunft

3.1 Hintergrund und Erhebungsverfahren

Die Stadt Freiburg i.Br. legt ein besonderes Augenmerk auf die Partizipation der Bürger_innen insbesondere auch der Jugendlichen. Um ihre Perspektive zu unterschiedlichen Themen der Nachhaltigkeit zu erfassen, wurde mit einer Zukunftswerkstatt ein partizipatives Verfahren gewählt, um mit den Jugendlichen fand zwischen Februar und April 2021 statt.

Ziel war es, unter Verwendung unterschiedlicher Kreativitätstechniken gemeinschaftlich neuartige Lösungswege und innovative Ideen für thematisch eingegrenzte Problemstellungen zu erarbeiten. Der thematische Fokus wurde dabei in Absprache mit dem Freiburger Bildungsmanagement, auf drei im Rahmen der Nachhaltigkeit zentrale Themenfelder gelegt: Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und Partizipation. Neben der zentralen Rolle, die diese Themenfelder innerhalb der Theorie und Praxis einer nachhaltigen Entwicklung einnehmen⁶⁰, wurden diese Themenfelder auch deshalb gewählt, weil sie am meisten Bezüge in die Lebenswelten der Jugendlichen in Freiburg aufzuweisen versprechen.

Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen im Rahmen dieser Zukunftswerkstatt lehnt sich an mehrere Kreativitätstechniken an, wie die sogenannte 6-3-5-Methode – einer Brainwriting-Technik. Das Besondere am Brainwriting ist, dass Teilnehmende dazu aufgerufen sind, Ideen zu generieren und zu formulieren und diese im Rahmen einer festgelegten Zeit zu verschriftlichen. Dazu sieht die ursprüngliche Methode vor, dass sechs Personen jeweils ein Blatt Papier mit drei Spalten und sechs Zeilen erhalten, das sie in der ersten Zeile mit Ideen zu einer vorher eingegrenzten Problemstellung befüllen. Dieses Blatt wird dann nach der ersten Befüllung von allen in die gleiche Richtung weitergereicht und die nächste Person entwickelt nun weitere Ideen in der zweiten Zeile, die auch Bezugnehmen können auf die Ideen des vorherigen Gruppenmitglieds. So entstehen in kurzer Zeit viele, sich auch weiterentwickelnde Ideen zu einer spezifischen Problemstellung.

Die 6-3-5-Methode wurde insofern für diese Zukunftswerkstatt adaptiert, als dass über die Online-Anwendung Padlet eine digitale, passwortgeschützte Version eines solchen Blattes erstellt wurde. Dabei war auch das digitale Padlet-Blatt in drei Spalten eingeteilt, die jeweils für einen der drei Themenbereiche Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und Partizipation vorgesehen war. In Zusammenarbeit mit dem Freiburger Bildungsmanagement wurden dann die genaueren Fragestellungen zu den jeweiligen Themenbereichen entwickelt und festgesetzt. Eine Stichprobenziehung wurde durch das statistische Amt der Stadt vorgenommen.

Die jugendlichen Teilnehmenden der Zukunftswerkstatt haben postalisch ein Anschreiben des Oberbürgermeisters Horn, eine Einladung mit Zugangslink und Passwort, generellen Informationen zum Projekt und zum Ablauf des Verfahrens, eine Datenschutzerklärung sowie eine Nutzungsanleitung für Padlet erhalten. Alle Dokumente waren auch noch einmal auf der jeweiligen Padletseite hinterlegt. Um die Fülle der einzelnen Padlets in einem annehmbaren Rahmen zu halten, wurde die Gesamtstichprobe in unterschiedliche Runden eingeteilt und die jeweiligen Runden wiederum nochmal in einzelne Gruppen unterteilt, so dass jedes Padlet von einer fixen Anzahl potenzieller Teilnehmenden bearbeitet werden konnte. Sobald der Brief an die Teilnehmenden einer Runde geschickt wurde, hatten sie eine Woche Zeit, ihre Ideen und Beiträge zu entwickeln, zu überdenken und abschließend in die Padlets einzutragen. Einmal abgegebene Beiträge konnten auch innerhalb dieser Zeit noch einmal abgewandelt werden, um weitere Aspekte mit aufzunehmen, oder auf andere Beiträge Bezugzunehmen.

60 Vgl. die Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamtes von 2018: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstseinsstudie-2018>. Letzter Zugriff: 15.02.2022.

Adaption des Verfahrens

In Reaktion auf die zunächst höher erwartete Rücklaufquote wurde das Verfahren nach den ersten Runden adaptiert und zusätzliche Zugänge zur Befragung wurden geschaffen. So wurde die Ansprache insofern niedrigschwelliger gestaltet, als dass der Brief für die postalische Ansprache stark reduziert wurde, so dass nun nur noch das Anschreiben des Oberbürgermeisters sowie die Einladung mit Link zum Padlet und Informationen zum Projekt versandt wurde. Gleichzeitig wurde mit der Einladung nun auch ein Einladungslink zu einem digitalen Gesprächsangebot an die Jugendlichen und jungen Menschen verschickt, welches jeden Montag um 17:00 Uhr als Abschluss einer Runde via die Anwendung Zoom stattfand. Das Angebot wurde regelmäßig von 1-3 jungen Menschen besucht. Auch wenn das zunächst nicht viel erscheint, konnten auf diesem Weg doch spannende Einschätzungen der Jugendlichen über mögliche Gründe für die erhaltenen Rücklaufquoten sowie über ihre derzeitige Lebenssituation eingeholt werden. So formulierten viele der Jugendlichen in ihrem Feedback, dass der Wunsch bestehe, eine Verstetigung solchen Austausch- und Beteiligungsformate zu erleben, um sich möglichst flexibel und selbstorganisiert an bestimmten stadtpolitisch relevanten Prozessen zu beteiligen.

Eine weitere Maßnahme zur Steigerung des Rücklaufs war die zusätzliche Akquise von möglichen Teilnehmer_innen über eine Social-Media-Ansprache. Dafür wurde eine generelle Social-Media-Präsenz für die Befragung geschaffen (auf den Plattformen Instagram und Facebook), über die regelmäßig kürzere Informations-Posts sowie erste Ideen aus den Befragungen anonymisiert veröffentlicht wurden, um Aufmerksamkeit für die Befragung zu generieren und darüber auch potenzielle Teilnehmende direkt im Digitalen anzusprechen.

Um dabei den Sampling-Kriterien der Befragung zu entsprechen, wurden nur die Jugendlichen angeschrieben, die in die entsprechende Altersgruppe fallen und zudem eine relevante Menge an Postings vom Standort Freiburg aus gepostet haben (prüfbar durch Standortangabe bei Instagram-Posts). Eine Direktansprache erfolgte dann über Sprachnachrichten in der Chatfunktion, bei Interesse (also auf Nachfrage) wurden die entsprechenden Links und Zugänge zu den Padlets weitergegeben. Zur Generierung von Aufmerksamkeit wurde in etwa am Anfang und am Ende einer jeden Woche jeweils ein Post auf der Plattform Instagram und einer auf der Plattform Facebook veröffentlicht, so dass insgesamt 15 Posts auf der Plattform Instagram und 15 Posts auf der Plattform Facebook veröffentlicht werden konnte. Die Zahlen zur zusätzlichen Direktansprache sind im Folgenden in einer Tabelle aufgeführt.

	Nutzer_innen	Verhältnis zu (1)	Verhältnis zu (2)
Kontaktierte Personen (1)	183	--	--
Ungelesene Nachrichten	123	67,2%	--
Gelesene Nachrichten	60	32,8%	--
Reaktion Kontaktaufnahme (2)	45	24,6%	
Interesse – Link verschickt	30	16,4%	66,7%
Abgelehnt	11	6,0%	24,4%
Nicht in Freiburg ansässig	4	2,2%	8,9%
Teilnahme an Padlet	12	6,6%	26,7%

Am 20.04.2021 wurde mit der zehnten und letzten Runde der Zukunftswerkstatt die Feldphase der Befragung abgeschlossen. Seit dem Beginn des Briefversandes mit der ersten Runde am 15.02.2021 wurden insgesamt 1.881 junge Menschen in Freiburg kontaktiert. Davon sind 700 Adressen einer ersten Stichprobenziehung und 998 Adressen einer zweiten Stichprobenziehung entnommen sowie 183 weitere Personen über die Social-Media-Ansprache kontaktiert worden. Zwei der Adressen aus der zweiten Stichprobe konnten leider aufgrund von Fehlern im Datensatz nicht verwendet werden. Bis zum Abschluss der Feldphase haben sich insgesamt 117 Jugendliche und junge Menschen aus Freiburg aktiv an der Zukunftswerkstatt beteiligt, was einer gemittelten Rücklaufquote von 6,22 Prozent entspricht.

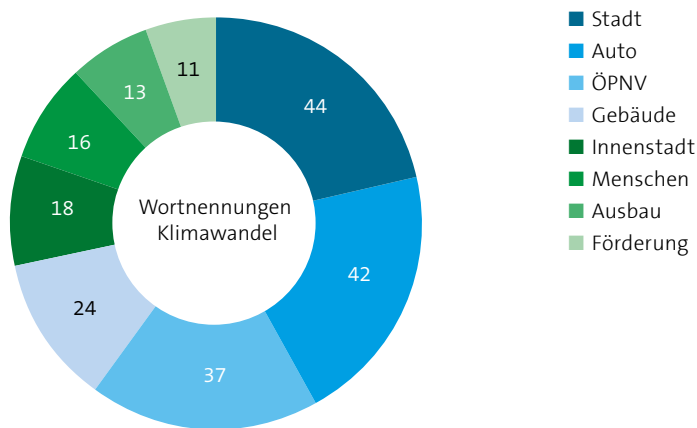
Die Wichtigkeit politischer Antworten auf die Folgen des Klimawandels scheint für die meisten befragten Jugendlichen gesetzt zu sein. Einige fordern dementsprechend, Klima als Priorität in der Politik zu setzen. Das impliziert für sie, den städtischen Haushalt zu modernisieren, und beispielsweise den stadteigenen Fuhrpark auf alternative Antriebe umzustellen.⁶¹ Aufgrund der Wichtigkeit der Bearbeitung der Herausforderung des Klimawandels wird auch vorgeschlagen, noch mehr Kooperationen mit Akteur_innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft einzugehen. So fordern einige, Fridays for Future mehr in städtische Entscheidungen einzubeziehen, bzw. deren Forderungskatalog umzusetzen. Andere verweisen auf das Bürgerbegehren des FR-Entscheids und fordern hier politische Unterstützung. Wieder andere schlagen vor, eng mit der Universität Freiburg zusammenarbeiten und beispielsweise

„Es ist wichtig, jeden Menschen zu erreichen und jeden [Menschen] zu überzeugen, dass Klimafreundlichkeit die Zukunft ist.“

Zentral ist für viele der Jugendlichen, wenn es darum geht, vom Denken über Nachhaltigkeit in ein nachhaltiges Handeln zu kommen, das Wissen darüber, wie man persönlich mit einfachen Mitteln etwas zum Klimaschutz beitragen kann. Dabei sei es wichtig, schon früh ein Bewusstsein für ein klimabewusstes Handeln zu schaffen. Daher wird angeregt, die „Klimaproblematik“ mehr in der frühen Bildung und in Schulen zu adressieren, etwa über Projekte, Klimatage und -wochen, Ausflüge usw. und diese auch finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus wird angeregt, auch Praktika für Schüler_innen anzubieten und sie so direkt an nachhaltigen Projekten zu beteiligen. Dahinter steht allgemein der Wunsch, dass Schule mehr und direkter mit Klimaschutzbezogenen Projektvorhaben kooperiert. Um schon früh auch eine Verantwortung für die Umwelt zu evozieren, schlägt eine befragte Person vor, jedem neugeborenen Kind in Freiburg durch die Stadt einen Baum zu schenken, der entweder auf dem Privatgrund der Eltern oder von der Stadt auf öffentlichem Grund gepflanzt werden könne.

72

Abb. 41: Häufigkeiten Wortnennungen Klimawandel



3.2.1 Mobilität und Infrastruktur

Im Rahmen der Zukunftswerkstatt setzten sie sich insbesondere mit Themen wie Autoverkehr (bzw. motorisiertem Individualverkehr), Parkplätzen, dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den Möglichkeiten des Radverkehrs auseinander. Die bisher von der Stadt Freiburg umgesetzten Maßnahmen, wie das Park + Ride System oder das Fahrradangebot Frelö, werden von den Jugendlichen grundsätzlich begrüßt, sie benennen aber auch noch weitere ungedeckte Bedarfe und Entwicklungspotenziale. Dabei ist mit ihren Beiträgen durchaus die Hoffnung verbunden, dass Freiburg zum „Vorreiter innovativer Mobilität im Jahre 2050“ avanciert. Eine der befragten Personen fasst die zentralen Orientierungen in einem Beitrag zusammen:

„In der Innenstadt mehr und mehr den Zugang für Autos erschweren. Stattdessen die bisherigen Autostraßen in breitere und von Autostraßen besser abgetrennte Radwege und Wege für Fußgänger_innen umwandeln oder die Innenstadt generell mehr begrünen. Dafür Park + Ride, Frelö und ÖPNV verbessern, sodass man gar keine Notwendigkeit mehr hat, mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Für Personen, die auf Autos angewiesen sind, z.B. Senior_innen, günstige Taxis einrichten.“

Einige der Jugendlichen erkennen an, dass die "Fahrradstadt" Freiburg schon auf einem guten Weg ist. Jedoch sei die Städteplanung (historisch) für Autoverkehr ausgelegt und Fortbewegung mit dem Auto gelte weiterhin als Norm. Daher ist ein Wunsch vieler Jugendlicher, dass Freiburg Teil einer grundsätzlichen Verkehrswende wird, in der Fortbewegung zukunftssicher geplant wird.

Autoverkehr in Freiburg

Das Autofahren ist für einen Großteil der befragten Jugendlichen keine zukunftssichere Fortbewegungsart. Am problematischsten wird dabei der Schadstoffausstoß von Verbrennungsmotoren gesehen. Einige Jugendliche schildern dabei ihren Eindruck, „dass die Zahl der Autos in Freiburg schneller wächst als die Zahl der Einwohner[_innen]“. Da diese Autos tendenziell auch immer größer würden, würden sie nicht nur mehr Schadstoffausstoß hervorbringen, sondern auch den Parkplatzbedarf unnötig steigern. Interessant ist, dass sich diese Beobachtungen nicht unbedingt mit den tatsächlichen Zahlen decken.

Nichtsdestotrotz nehmen die Jugendlichen in Freiburg einen Trend zum Zweitwagen wahr. Um diesen Trend nachhaltiger zu gestalten, wird vorgeschlagen, eine Steuer auf die Nutzung von Zweitwagen zu erheben und mit dem eingenommenen Geld den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs oder eine Parkraumausweitung zu finanzieren.

Viele der Jugendlichen plädieren allerdings für eine komplett autofreie Innenstadt oder zumindest eine verkehrsberuhigte Altstadt, in der der Autoverkehr – auch von Erstwagen – nur für Anwohnende oder den Lieferverkehr erlaubt sein soll. Als Beispiele für mögliche autofreie Gebiete werden auch kon-

krete Straßen in (oder in Nähe der) Altstadt benannt, so z.B. die Rempartstraße, die Kartäuserstraße oder die Kaiser-Joseph-Straße. Um eine Verkehrsberuhigung auf lange Sicht zu erreichen, wäre aus Sicht der Jugendlichen eine schrittweise Umwandlung der Innenstadt nötig, bei der zunächst Tempo-30-Zonen ausgewiesen würden, die dann sukzessive in eine zusammenhängende und nachhaltige Verkehrsplanung überführt werden sollen. Die zentralen Orientierungen dieser neuen Verkehrsplanung sollten das Wohl und die Sicherheit von Fußgänger_innen und Radfahrenden sein – nicht, wie bisher vermutet wird, die Bequemlichkeit der Autofahrenden. Manche fordern sogar, dass ab 2030 keine Neuzulassungen mehr für Benziner oder Autos mit Dieselmotoren erteilt werden sollten und damit einhergehend, dass die Subventionen für den Handel mit Diesel und Benzin abgeschafft werden sollten. Mindestens aber sollten Autos, die über zwei Tonnen wiegen, in der Innenstadt verboten werden. Um die möglicherweise negativen Konsequenzen, die aus dem Verzicht auf einen PKW für private Haushalte entstehen könnten aufzufangen, wird vorgeschlagen, dass private Haushalte für den Nichtbesitz eines Autos Belohnungen bzw. Vergünstigungen erhalten sollten, z.B. für den öffentlichen Personennahverkehr oder den Fahrradverleih (beispielsweise über das Angebot Frelo).

Während ein Großteil der befragten Jugendlichen auf Autos in Freiburg ganz oder zumindest in der Innenstadt verzichten würde, fordern einige wenige auch „Innovation: Weniger Verbotspolitik“. Hinter den hier vorgeschlagenen Ideen liegt die Annahme, dass Teile der Bevölkerung und insbesondere auch die Wirtschaft auf ein gewisses Maß an Individualverkehr nicht verzichten können. Einerseits wird hier dazu aufgerufen moderne Technologien wie den Wasserstoffantrieb weiter zu fördern, indem beispielsweise das Wasserstofftanknetz ausgeweitet würde. Andererseits legen die Jugendlichen einen starken Fokus auf Elektromobilität. Während einige die Vorzüge der Elektroautos schildern und auch hier für einen Ausbau der entsprechenden Infrastruktur votieren (bis hin zu einer Eröffnung einer Tesla Filiale in Freiburg), weisen andere auf die Umweltschäden hin, die durch die Herstellung der Autos selbst und dazugehöriger Akkus entstehen.

Unabhängig davon, welche Technologie zum Antrieb der Autos genutzt werden soll, schlagen viele Jugendliche vor, Abstand von dem hoch individualisierten Verkehr zu nehmen. Einige möchten Individualverkehr durch den vorangetriebenen Ausbau des ÖPNV-Netzes unnötig machen (siehe unten), andere wiederum sehen ein großes Potenzial in Carsharing Angeboten. Damit Carsharing sein Potenzial als Alternative für Individualverkehr aber realisieren kann, müssten noch einige Entwicklungen vorangetrieben werden, die das Carsharing zu einer erfolgreichen und attraktiven sozialen Innovation werden lassen.

In Bezug auf Stell- und Parkplätze für diese Carsharing Angebote wird entweder auf das Angebot Frelo verwiesen, das mehrere mögliche Stellplätze im ganzen Stadtgebiet nutzt, oder aber auf das schon etablierte Park + Ride System. Das beinhaltet auch einen Ausbau von Park + Ride, dem Bauen von mehr Parkhäusern außerhalb der Stadt sowie eine gute Anbindung des Nahverkehrs an die Innenstadt. Der so in der (Innen-)Stadt gewonnene Raum könnte dann perspektivisch dem ÖPNV und andere Verkehrsteilnehmer_innen eingeräumt werden, umso weiter den Ausbau zukunftssicherer Mobilität in der Innenstadt zu fördern. Z.B. schlägt eine befragte Person vor, die während der Pandemiezeit entstandenen Sitzflächen auf den Parkplätzen auch über die Pandemie hinaus zu bewahren.

Auch wenn die meisten Ideen und Beiträge sich direkt oder indirekt auf die Infrastruktur in der Stadt oder noch spezifischer in der Innenstadt Freiburgs beziehen, gibt es einige Jugendliche, die auch für den Autoverkehr der Devise folgen „Regional denken und handeln“. Sie weisen darauf hin, dass ein nicht unerheblicher Teil des (Auto-)Verkehrsaufkommens in Freiburg durch Einpendler, die in Freiburg arbeiten aber in umliegenden Gemeinden leben, zustande kommt. Maßnahmen, die das Autofahren in Freiburg unattraktiver gestalten, würden nicht die erwünschte Wirkung zeigen, wenn Menschen aus den benachbarten Gemeinden und Landkreisen weiterhin keine sinnvolle Alternative zum Auto hätten. Deswegen müsse die Stadt Freiburg sich auch auf politischer Ebene dafür einsetzen, dass die Umlandgemeinden keine Kürzungen im Bereich des ÖPNV erfahren und dass bestehende Bahn- und Busverbindungen bestehen bleiben und ausgebaut werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Freiburg

Eine Möglichkeit, Abstand von dem hoch individualisierten Verkehr zu nehmen, sehen die Jugendlichen in einem Ausbau und einer attraktiveren Gestaltung des ÖPNV. Durch zu hohe Preise für die Beförderung im öffentlichen Nahverkehr würde das Auto wieder als attraktive Alternative in den Blick kommen, die zwar etwas mehr koste, aber dafür Flexibilität und Unabhängigkeit biete. Ein Ausbau des Netzes würde nicht nur dazu führen, dass der klimafreundlichere ÖPNV mehr genutzt werde, sondern es würden auch Wohngebiete in umliegenden Gemeinden Freiburgs attraktiver werden, wodurch sich in der Konsequenz auch der Wohnungsmarkt in Freiburg entspannen könne. Hierzu schlagen die Jugendlichen vor, das bestehende Streckennetz weiter auszubauen, also weitere Orte an das Streckennetz anzubinden und die entsprechenden Verbindungen in Betrieb zu nehmen. Auch eine häufigere Taktung halten die Jugendlichen für wichtig. Im Rahmen des Park + Ride Systems seien die Taktungen zwar bereits angehoben worden, jedoch wird insbesondere nachts eine häufigere Taktung gewünscht. Eine Ausweitung des Netzes und der Taktung, so die Jugendlichen, würden im Umkehrschluss auch mehr Arbeitsplätze für die Freiburger Bürger_innen bei einem stadteigenen Betrieb schaffen. Wie bereits erwähnt, sind sich viele Jugendliche des Umstandes bewusst, dass viel des Verkehrsaufkommens in Freiburg durch Pendler_innen aus den Gemeinden um Freiburg entsteht. Deshalb sollte der öffentliche Verkehr auch gut an die umgebenen Orte angebunden sein, insbesondere auch an Randgebiete, wie z.B. Munzingen. Außerdem sollten aus Sicht der Jugendlichen die S-Bahnen von und nach Breisach und Endingen zuverlässiger werden und auch Gundelfingen, Denzlingen und Schallstadt von den Zügen häufiger bedient werden. In Bezug auf die umliegenden Gemeinden, so die Jugendlichen, müssten, solange keine alternative Bahnverbindung bestehe, Busverbindungen in kleinere Gemeinden unbedingt erhalten bleiben. Teilweise sind die Vorschläge der Jugendlichen zu diesem Themenbereich auch sehr konkret, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„Jeder Stadtteil sollte um eine schienengebundene Anbindung an die Kernstadt verfügen. Dies gilt ausdrücklich auch für Hochdorf, Kappel und die Tuniberggemeinden. Weiterhin wäre es sicherlich eine Überlegung wert, die Linie 2 bis zur Schauinslandbahn zu verlängern (vor dem 1. Weltkrieg gab es sogar schon Pläne dazu). Im Norden könnte die Linie 4 über Gundelfingen nach Denzlingen verlängert werden. Dort, wo die Straßenbahnlinien in Busverbindungen übergehen (Landwasser, Haid, Rieselfeld, Güntherstal, Vauban, Littenweiler etc.), braucht es vor allem nachts eine bessere Taktung (oder Straßenbahnausbau mit besserer Taktung).“

Neben der erhöhten Taktung und besseren Anbindung sind die Preise bzw. Entgelte für den Nahverkehr ein zentrales Thema für die Jugendlichen. Die Meinung vieler befragter Jugendlicher ließe sich so zusammenfassen: Der ÖPNV muss billiger, im besten Fall kostenlos werden. Einerseits ist damit die Hoffnung verbunden, dass das Bus- und Bahnfahren im Vergleich zum Auto so attraktiver wird, andererseits steht dahinter bei vielen die Überzeugung, dass öffentlicher Nahverkehr, als staatliche Bearbeitung des Grundbedürfnisses der Mobilität, ohnehin entgeltfrei oder zumindest für jede und jeden bezahlbar sein sollte. Nichtsdestotrotz ist den Jugendlichen mehrheitlich auch bewusst, dass ein gänzlich kostenloser ÖPNV wohl noch nicht realistisch ist. Stattdessen werden alternative Preismodelle vorgeschlagen, die ein besonderes Augenmerk auf Bevölkerungsgruppen legen, die entweder besonders auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind oder aber in der Regel über ein eher geringes Einkommen verfügen. So wird etwa ein kostenloses Baden-Württemberg-Ticket für Personen unter 25 Jahren vorgeschlagen oder besondere Vergünstigungen für bestimmte Anspruchsgruppen, also beispielsweise günstigere Ticketpreise für Studierende, Azubis und Schüler_innen, Senior_innen und Rentner_innen oder Vergünstigung der Regio- und Jobtickets für Pendler_innen.

Einige Jugendliche warnen jedoch auch vor zu hohen Erwartungen an die VAG, z.B. die Erwartung, noch wirtschaftlicher zu arbeiten. Der Ausbau des Netzes in Freiburg und den umliegenden ländlichen Gebieten, eine gute Taktung, „faire“ Fahrpreise und „faire“ Löhne würden voraussichtlich einiges an Kosten hervorrufen. Die Jugendlichen mahnen: dies sei eine Haushaltsaufgabe, die nicht auf die Betriebe umgewälzt werden dürfe, da sonst Arbeitsplätze bei den Betrieben unattraktiv würden und die Fahrpreise abschreckend sowie für Teile der Gesellschaft nicht bezahlbar wären.

Fahrradfahren in Freiburg

Das Fahrradfahren scheint für die Jugendlichen aus Freiburg die Fortbewegungsart zu sein, die für ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept am geeignetsten oder wichtigsten ist. Sie plädieren für einen deutlichen Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Das bezieht sich einerseits auf den Ausbau der schon bestehenden Fahrradwege und -straßen, andererseits aber auch auf eine Ausweitung der bestehenden Strukturen und Angebote, wie beispielsweise das gut aufgenommene Frelö Angebot. Wenn hier die richtigen Anreize gesetzt würden, so einige Jugendliche, wäre eine Verbotspolitik nicht nötig, sondern die Entscheidung gegen das Auto ein freiwilliger Verzicht.

Am häufigsten in Bezug auf Mobilität wird aber ein weiterer Ausbau von Radwegen und Fahrradstraßen in und um Freiburg genannt. Zum einen kritisieren einige Jugendliche, dass bestehende Radwege häufig leider zu eng und nicht komplett intakt sind. Hier sehen sie Nachholbedarf in der Instandhaltung der bestehenden Radwege. Auf der anderen Seite sollte ein Ausbau, der über das bestehende Netz aus Fahrradstraßen hinausgeht, angestrebt werden, denn laut vielen der Jugendlichen braucht Freiburg weitaus mehr Wege und Straßen, die dezidiert für den Fahrradverkehr reserviert sind. Als erster Schritt wird die Einführung von Pop-up Fahrradstraßen vorgeschlagen. Perspektivisch schlagen einige Jugendliche aber auch die Etablierung von Schnellstraßen für Fahrradfahrende vor (wie beispielsweise in den Niederlanden), die ausschließlich für Fahrräder reserviert sind und von den Jugendlichen vor allem auf Strecken vorgesehen sind, die zumeist von Pendler_innen verwendet werden. Daher auch hier der Hinweis, „Radverkehrskonzepte dürfen nicht an der Freiburger Stadtgrenze enden.“ Die Radwege sollten nach Ansicht der Jugendlichen aber nicht nur ausgebaut, sondern auch sicherer und komfortabler gemacht werden. Um also für mehr Sicherheit für Fahrradfahrende zu sorgen und auch um zu verhindern, dass auf den Radwegen geparkt wird, wird eine bauliche Trennung zum Autoverkehr für sinnvoll erachtet. Z.B. indem Fahrradwege, die an parkenden Autos vorbeiführen, von diesen räumlich getrennt werden, beispielsweise durch Pufferzonen zwischen Parkplätzen und Fahrradwegen. Aber auch von Fußwegen wünschen sich die Jugendlichen eine bessere Abgrenzung sowie eine deutliche Verbreiterung der bestehenden Radwege, z.B. an der Dreisam. Auch der Belag sollte, um eine komfortable Radfahrt zu erlauben, eine gute Qualität aufweisen und angenehm befahrbar sein. Ziel sollte es insgesamt sein, „die Zahl der getöteten und schwerverletzten Radfahrer_innen gegen 0 zu drücken“. Dafür wird auch eine Anpassung des Verkehrsleitsystems vorgeschlagen. Einige Jugendliche plädieren für ein gezielt eingerichtetes Radampelsystem mit ausgeklügelten Grünphasen, eigenen Ampelphasen für den Fahrradverkehr und einem grünen Abbiegepfeil für Fahrradfahrende. Solch ein System solle dazu beitragen, den Verkehr insbesondere an Kreuzungen sicherer zu machen.

Bei den Stellplätzen ist den Jugendlichen wichtig, dass sie öffentlich und sicher sind sowie nach Möglichkeit überdacht und überwacht, um Diebstählen vorzubeugen. Ganz konkret werden von einigen Jugendlichen hier Fahrradtiefgaragen vorgeschlagen. Für Menschen, die sich kein eigenes Fahrrad leisten wollen oder können, halten die Jugendlichen das Frelö Angebot für geeignet und erfolgreich. Insbesondere das Angebot für Studierende, Frelö Fahrräder eine halbe Stunde lang kostenlos nutzen zu können, wird positiv hervorgehoben. Viele Jugendliche wünschen sich daher auch eine Ausweitung der Frelö Abdeckung mit weiteren Stationen in allen Stadtteilen, eine Aufstockung der zur Verfügung gestellten Fahrräder sowie eine Aufnahme von Lastenrädern in den Frelö Fuhrpark, um auch umfangreichere Erledigungen mit dem Fahrrad zu ermöglichen. Insgesamt wird das Frelö Angebot sehr gut aufgenommen und auch gelobt:

„Als Studentin kann ich die Frelö-Fahrräder eine halbe Stunde lang kostenlos nutzen und mache das auch sehr regelmäßig, das sind wirklich gute Ideen, die funktionieren! Gerne ausbauen (wie Carsharing!).“

3.2.2 Stadtplanung und städtische Architektur

Ein wichtiges Handlungsfeld für Maßnahmen gegen den voranschreitenden Klimawandel ist aus Sicht vieler befragter Jugendlicher der Bausektor. Allgemein wird hier insgesamt die Verwendung nicht nachhaltiger Baustoffe und Materialien als am problematischsten bewertet. Die Stadt Freiburg selbst wird hier auch von einigen Jugendlichen als „Greencity“, in der beispielsweise das größte Holzhochhaus Deutschlands beheimatet ist (Freiburg-Weingarten), gelobt und hervorgehoben, allerdings auch in die Pflicht genommen, eine, unten näher beschriebene, Bauwende als Vorreiterin mit zu gestalten.

„Ein ganz wichtiger Punkt, der bei all den Diskussionen rund um die Bekämpfung des Klimawandels vergessen wird, ist der Bausektor. Rund 40 Prozent aller Emissionen entstehen im Bausektor. Im Bausektor steckt der eigentliche Klimahebel, um das Pariser 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Die Stadt Freiburg sollte diese Bauwende politisch aktiv angehen. Dies kann z.B. durch einen verstärkten Einfluss durch die Freiburger Stadtbau erreicht werden. [...] Natürlich muss diese Bauwende vor allem auf Bundesebene⁶² durchgesetzt werden. Jedoch sollte Freiburg als sogenannte "Greencity" als ein gutes Beispiel voran gehen. Das größte Holzhochhaus Deutschlands im Stadtteil Freiburg-Weingarten ist ein super Beispiel und zeigt, was alles mit modernem Holzbau möglich ist.“

Bauen und Wohnen in Freiburg

Ein zentrales Anliegen der meisten Jugendlichen ist in diesem Themenbereich die Verwendung klimafreundlicher Baustoffe. Vor dem Hintergrund der oben erwähnten Anteile des Bausektors an den weltweiten Emissionen wird insbesondere der Bau mit Beton und anderen auf Zement basierenden Baustoffen kritisiert. Stattdessen wird vorgeschlagen, nachhaltigere Baustoffe, wie Ziegel aus Lehm oder insbesondere Holz, für Neubauten zu verwenden. Holz, so die Jugendlichen, habe als (Neu-)Baustoff viele Vorteile.

In Bezug auf die Beschaffung solle einerseits unbedingt auf (FSC oder PEFC) Zertifizierung geachtet werden. Andererseits zeige sich hier ein weiterer Vorteil, der sich laut einiger Jugendlicher indirekt aus der Nutzung von Holz als primären Baustoff ergebe. Durch Kooperationen mit der regional ansässigen Holz- und Forstindustrie könne diese gezielt gefördert und gestützt werden. Auch könne einerseits bei der Stadtplanung in Bezug auf die Infrastruktur dafür Sorge getragen werden, dass beim Bau von neuen Wohnflächen auch darauf geachtet wird, dass von Beginn an attraktive Infrastrukturen für die Nutzung von Rad und ÖPNV geschaffen werden, sodass das Auto zur Fortbewegung in der Stadt so unattraktiv wie möglich wird. Andererseits könne so auch dazu beigetragen werden, Hürden für alternatives Bauen insbesondere auch für Privatpersonen abzubauen. Dazu gehöre auch, in Bezug auf die Energiebereitstellung über alternative Modelle aufzuklären, sodass mehr neuere Technologien, wie „beispielsweise Sonnenenergie, Pelletheizungen, Blockheizkraftwerke, Fernwärme etc.“, auch im privaten Bereich zum Einsatz kommen. Eine befragte Person fasst mögliche Regulierungen wie folgt zusammen:

„Energieeffizienz steigern durch: Kopplung von Energie- und Wärmeproduktion bspw. bei der Verbrennung von Biomasse, Neubauten vorschriftsmäßig und priorisiert mit möglichst effizienten Wärmedämmungstechnologien, Heizkesselsystemen und Fensterabdichtungen errichten, Genehmigungen für Gebäude mit ineffizienter Wärmedämmung verbieten, Altbauten nach Möglichkeit in den obigen Punkten verpflichtend nachrüsten.“

Ziel müsse es also sein, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der die Maßnahmen im Bausektor – ob öffentlich oder privat – entsprechend reguliert. Eine Regulation solle sein, dass bei der Auftragsvergabe für das Errichten öffentlicher Gebäude auch die damit verbundene Klimabilanz des jeweiligen Anbieters berücksichtigt wird (z.B. vorzugsweise Vergabe an regionale Unternehmen, sofern dies EU-rechtlich zulässig sei). Andere Jugendliche schlagen vor, besonders schädliche Aspekte, wie bei-

⁶² Zu ergänzen wäre: Landesebene (die Autoren)

spielsweise private Klimaanlage in Wohngebäuden zu verbieten. Und auch das Errichten bloß einstöckiger Gewerbegebäude (z.B. Supermärkte wie die LIDL-Filiale in der Habsburgerstraße) ohne weiteren Wohn-/Gewerbeaufbau sollte aus Sicht einiger Jugendlicher in Zukunft unzulässig sein. Umgekehrt ginge es darum, in die Höhe zu bauen, um Fläche zu sparen und durch Nachverdichtung einer Zersiedelung entgegenzuwirken.

Trotz aller Kritik an dem problematischen Baustoff Zement bzw. Beton betonen einige Jugendliche, dass noch nachhaltiger als ein Wechsel der Baustoffe ein Recyceln und Wiederverwenden der Baustoffe abgerissener Gebäude sei oder eine Umwandlung des Baubestandes, beispielsweise leerstehender Gewerbeflächen und -gebäude, unter Einbindung zukunftsgeradter Wohn- und Kleingewerbekonzepte. Die Sanierung von Gebäuden, gerade auch bei Einfamilienhäusern, müsse nach Meinung einiger Jugendlicher also noch attraktiver gestaltet werden. Dieser Gedanke folgt einer klaren und simplen Devise: „Umbau und Sanierung ist ressourcenschonender und somit klima- und umweltfreundlicher als der Neubau von Gebäuden.“

Grünflächen und Wälder

Viele der Jugendlichen sprechen sich auch für einen Schutz bestehender und eine weitere Ausweitung der städtischen Grünflächen aus, um das „städtische Mikroklima durch umfassende Begrünung von Dächern, Fassaden, Innenhöfen, Versickerungsflächen, Straßenrändern, öffentlichen Plätzen etc. zu verbessern“. Eine besondere Stellung nimmt in ihren Überlegungen hierbei die Ver- bzw. Entsiegelung von natürlichen Flächen im städtischen Raum ein. Es sei wichtig, die Flächenversiegelung im Jahr zu begrenzen und ggf. Ausgleichsflächen zu schaffen. Denn die Entsiegelung von städtischen Flächen erlaube es, dass Niederschlagswasser nicht in den öffentlichen Kanal abgeleitet werden müsse, sondern für die Bewässerung öffentlicher Grünflächen und Parkanlagen zur Verfügung stehe. Dies, so die Jugendlichen, trage zu einem besseren Klima in der Stadt bei, da weniger versiegelte Flächen (vor allem Grünflächen) sich im Sommer nicht so stark aufheizen wie beispielsweise asphaltierte Flächen und da eventuelle Wasserflächen in den Grünanlagen für Kühlung durch Verdunstung sorgen. Neben klimaschutzbezogenen Aspekten stellen einige befragte Jugendliche hier also auch das Ziel nach vorne, das städtische Klima für das Wohlergehen der Bevölkerung im Sommer anzupassen.

„Für mehr Abkühlung in den immer heißer werdenden Sommern durch mehr schattige Stellen sorgen, wenn möglich durch Bäume sowie Brunnen und Wasserstellen.“

Im Fokus steht dabei für viele der Jugendlichen der Erhalt von bestehenden Parks und Grünanlagen. Doch auch die Erschließung und Förderung von neuen grünen Flächen in der Stadt ist vielen der Jugendlichen wichtig. Hierzu werden unterschiedliche Ideen vorgebracht, die von der schlichten Aufforderung, mehr Bäume zu pflanzen, bis hin zu eher moderneren Stadtbegrünungskonzepten wie vertikalen Gärten, die an die Fassaden öffentlicher Gebäude angebracht werden sollen, reichen. In Bezug darauf, wo mehr Begrünung in der Stadt gefördert werden sollte, wird mehrfach ganz konkret der Platz der Alten Synagoge genannt. Hier wird auch an das Urban Gardening Projekt erinnert, dass bis vor wenigen Jahren noch die Beete vor dem Stadttheater bepflanzt und gepflegt hat. Diese Beete oder ähnliche Projekte sollten, so einige Jugendliche, wieder mehr und gezielter gefördert werden.

In diesem Zusammenhang wird auch vorgeschlagen, die Bepflanzung und Pflege der Grünflächen gemeinschaftlich zu übernehmen und beispielsweise Kitas, Schulen, Unterkünfte für Geflüchtete oder Senior_innenheime in die Pflege der Grünflächen mit einzubinden. Ganz konkret wird hier vorgeschlagen, sogenannte Grüne Inseln, also modulare Einheiten mit kleinen Flächen für Pflanzen, an Parkplätzen und Überquerungen aufzustellen und zum Zentrum eines Gemeinschaftsprojekts zu machen, bei dem die oben angesprochenen Gruppen gemeinschaftlich die Grünflächen pflegen und den Ertrag ihrer Arbeit, also Kräuter, Gemüse und Obst, bei einem gemeinsamen „Ernte-Dank-Fest“ verzehren. Aber es wird nicht nur für gemeinschaftliche Gärten plädiert. Einige heben auch den eigenen Kleingarten als wichtige Grünfläche im Rahmen der Stadtplanung hervor. Eine der befragten Personen weist aber auch darauf hin, dass es einige Rahmenbedingungen zu beachten gilt:

„Kleingärten sind in Freiburg äußerst beliebt und es gibt sogar Wartelisten. Deswegen ist es wichtig, Kleingärten in der Stadt zu erhalten und diese nicht an den Stadtrand zu verdrängen. (...) Die Verlagerung von Kleingärten an den Stadtrand führt dazu, dass Kleingärtner_innen mit dem PKW zum Kleingarten fahren (siehe Christ im Sommer), deswegen sollten Kleingärten bestenfalls fußläufig erreichbar sein.“

Die Biodiversität muss aus Sicht der Jugendlichen auch in Freiburgs Stadtwäldern geschützt werden. Hierzu wird die Förderung von klimastabilen Mischwäldern mit vorwiegend heimischen Arten und alten Baumbeständen sowie die Ausweisung eines dezidierten Schutzgebietes von beispielsweise 10 Prozent der Stadtwälder vorgeschlagen. In Bezug auf den Erhalt der Wälder geht es für einige Jugendliche aber auch um das Wohlergehen der Bürger_innen und um Möglichkeiten zur Naherholung. Auch 2050 solle es noch die Möglichkeit geben, schnell von der Stadt aus ins Grüne fahren zu können. Und dafür müssten die Wälder in und um Freiburg erhalten bleiben. Die „stetig weitergehende Verbauung des Lorettobergs in jüngster Zeit“ wird an dieser Stelle von einigen Jugendlichen kritisiert. Bei dem Verhältnis aus Freizeitgestaltung und Naturschutz geht es aus Sicht einiger anderer Jugendlicher aber auch darum, Naturschutzgebiete auch bei wachsendem Freizeitdruck zu schützen und zu diesem Zweck z.B. Abgrenzungen rund um hoch frequentierte Wege zu etablieren. Ein besonderes Potenzial, insbesondere für Freizeitgestaltung und Naherholung, wird darüber hinaus in der Dreisam und ihren Uferbereichen gesehen:

„Potenzial der Dreisam: Schade ist, dass die Dreisam gerade in der Innenstadt (ab Eschholzstraße ostwärts) der Stadt leider nicht viel an Lebensqualität geben kann, wie man das von Flüssen in Städten gewohnt ist. Wünschenswert wäre, die B31 zu untertunneln/umzuleiten, damit man die Uferflächen für Freizeitgestaltung, Kulturangebote, Gastronomie etc. nutzen könnte. Momentan holt Freiburg an dieser Stelle leider noch viel zu wenig aus sich heraus. Und ja, das wäre zugegebenermaßen ein Mammutprojekt, aber eine breite, grüne Uferfläche ohne Autos, ein zentral gelegener Ort der Erholung und des Zusammenkommens sollte doch gerade für diese schöne Stadt eine unglaubliche Bereicherung darstellen.“

3.2.3 Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren

Um zu einer nachhaltigeren Produktion und auch einem nachhaltigeren Konsum beizutragen, schlagen einige der befragten Jugendlichen vor, noch stärker auf regional ansässige Unternehmen einzugehen. Einerseits wird hier vorgeschlagen, für Unternehmen, die Nachhaltigkeit fördern und umsetzen, Anreize zu schaffen, damit sie sich in Freiburg niederlassen. In diesem Zusammenhang wird auch angeregt, gastronomische Betriebe, wie Cafés und Restaurants zu fördern, die auf regionale und saisonale Produkte setzen. Allgemein, so eine der befragten Personen, müsse noch viel mehr der regionale Anbau und Vertrieb von Lebensmitteln gefördert werden. Andererseits wird vorgeschlagen, Unternehmen in Freiburg durch Sanktionierungen oder z.B. in Form von Besteuerung, an klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften zu binden. Einige Wenige schlagen hier auch die Einführung einer lokalen Währung vor, die es ermöglichen soll, regional nachhaltiger zu wirtschaften.

Energiemanagement

Auch in Bezug auf das Thema Energiegewinnung setzen viele der befragten Jugendlichen auf technologische Innovationen. Dabei erwarten einige, dass durch innovative Technologien die Effizienz gesteigert werden kann und so Ressourcen und Energie gespart, Emissionen reduziert und die Lebensqualität verbessert werden können. Um Innovationen zu fördern, empfehlen die Jugendlichen einige Maßnahmen. Eine befragte Person verweist auf den Umstand, dass nach wie vor Frauen in technischen Berufen unterrepräsentiert seien. Neben Gerechtigkeitsaspekten könne eine politisch geförderte Steigerung der Anzahl an Frauen in technischen Berufen auch zu einer Steigerung der Innovationskraft führen. Andere empfehlen, vor allem bei neuen Stadtgebieten und Bauprojekten auf erneuerbare Energien zu setzen. Darüber hinaus sollten Anreize für Bürger_innen geschaffen werden,

zu Ökostromanbietern zu wechseln, und es wird eine Ausweitung der CO₂-Steuer vorgeschlagen.⁶³ Andere warnen aber auch, dass durch zu hohe Strompreise Ungerechtigkeiten entstehen könnten. Um „das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, wirklich in die Hand [zu] nehmen“ wird von einer befragten Person Kopenhagen als Vorbild vorgeschlagen, eine Stadt, die in Fragen des nachhaltigen Energiemanagements derzeit eine Vorreiterrolle einnimmt.

Die meisten Jugendlichen sprechen sich für möglichst emissionsarme Energiegewinnungsverfahren aus. Vereinzelt werden mehr Windturbinen gefordert, aber die meisten Beiträge der Jugendlichen entfallen auf Solaranlagen bzw. Photovoltaik. Die meisten sind der Auffassung, dass Gebäude von öffentlichen Institutionen, wie der VAG, der Badenova oder der Stadtbau, aber auch kleinere Bauten wie Haltestellenüberdachungen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden sollten. Eine Person weist aber auch darauf hin, dass insbesondere größere Wohnkomplexe in die Pflicht genommen werden sollten, Solaranlagen anzuschaffen. Auch innovative Projekte, wie Solarplatten auf dem Balkon, sollten nach Meinung der Jugendlichen weiterhin unterstützt werden.

Nicht nur bei der Energiegewinnung setzen viel der Jugendlichen auf innovative Technologien und Konzepte, auch in Bezug auf die Energiespeicherung und -versorgung werden innovative technologische Lösungsansätze vorgeschlagen. So wird für Stromleitung und Stromspeicherung ein dezentrales System vorgeschlagen, bei dem Pumpspeicherkraftwerke und Kanalspeicherkraftwerke einen Großteil der Speicherung leisten. Während Kanalspeicherkraftwerke laut einer befragten Person einfach in bestehende Schleusensysteme integrierbar seien, müssten für ein Pumpspeicherkraftwerk zunächst noch Speicherseen, etwa im Schwarzwald, erschlossen werden. Andere schlagen vor, private Haushalte als öffentliche dezentrale Energiespeicherorte zu etablieren und z.B. private Energiegenossenschaften durch Investitionsanreize, rechtliche Unterstützung und öffentliche Anwerbung zu fördern. Das so entstehende Netz wäre zwar wesentlich ausdifferenzierter, wäre aber weitaus effizienter. Für die Steuerung eines solchen Netzes wird auf neue Technologien gesetzt:

„Das Stromnetz als ‚Smart Grid‘ ausbauen: Überwacht durch Smart Meter, die den jeweiligen Energiebedarf eines Viertels/einer Wohngegend kontrollieren, wird der Strom per Algorithmus stets dahin gelenkt, wo er gerade benötigt wird. Das verhindert einen allzu großen Leerlauf des Stroms durch die Leitungen.“

Lebensmittel, Verpackungen und Abfall

Ein weiteres viel besprochenes Thema im Themenbereich nachhaltiger Konsum war der Umgang mit Lebensmitteln. Viele der Jugendlichen fordern eine Förderung und Ausweitung von Foodsharing Angeboten. So schlägt eine Person vor, das Konzept der Foodsharing Stationen, wie sie z.B. schon in einigen Studierendenwohnheimen oder privat organisiert vorkommen, für die ganze Stadt zu adaptieren und allen Bürger_innen Freiburgs zugänglich zu machen. Ziel dahinter ist eine bessere Abstimmung von Angeboten mit Bedarfen, die letztlich dazu beitragen soll, weniger Lebensmittel zu verschwenden. Einige der Jugendlichen schlagen deshalb auch vor, Bäckereien, Restaurants und Supermärkte dazu zu verpflichten, Lebensmittel, deren Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, die aber noch nicht verdorben sind, zu spenden oder gegen einen reduzierten Preis anzubieten.

Nicht nur in Bezug darauf, wie mit Lebensmitteln verfahren wird, machen die Jugendlichen Vorschläge, auch bei der Frage, was an Lebensmitteln konsumiert werden sollte. So sprechen sich mehrere der befragten Jugendlichen dafür aus, in den Kantinen und Mensen Freiburgs in Zukunft vermehrt vegetarische und vegane Kost anzubieten. Die Zutaten für die pflanzlichen Gerichte sollten dabei nach Möglichkeit aus der Region stammen und die Gerichte selbst immer auch mit Blick auf gerade saisonale Zutaten geplant werden. In diesem Zusammenhang wird auch eine Aufklärungs- und Informationskampagne vorgeschlagen, die die Bevölkerung insbesondere zu den ökologischen Vorteilen vegetarischer/pflanzenbasierter Ernährung informieren soll, dabei aber auch nicht gesundheitliche und soziale Vorteile wie die positive Auswirkung auf die Welternährung außer Acht lässt.

⁶³ Die allerdings nicht von den Kommunen eingeführt werden kann (Anm. der Autoren).

Ein weiteres Thema, das von mehreren Jugendlichen in Bezug auf einen nachhaltigen Konsum angesprochen wird, ist das verpackungslose oder verpackungsarme Einkaufen. Auch Müll ist eines der häufiger genannten Unterthemen. So wird angeregt, im Stadtgebiet mehr Mülleimer aufzustellen und in dem Zuge auch eine Mülltrennung an öffentlichen Plätzen zu etablieren. Aber auch für den privaten Bereich wird vorgeschlagen, strengere Kontrollen in Bezug auf die Mülltrennung einzuführen sowie Kompostanlagen für Wohnkomplexe einzurichten. Bei Verstößen gegen geltende Regeln der Mülltrennung schlägt eine der befragten Personen sogar vor, ein Bußgeld zu verhängen. Neben Sanktionen schlagen einige Jugendliche aber auch hier vor, neue Anreize für Bürger_innen zu schaffen und beispielsweise Müllaufräumaktionen o.ä. attraktiver zu gestalten, um in Bezug auf die Müllverarbeitung einem „Aus den Augen aus dem Sinn“ entgegenzuwirken.

3.3 Soziale Gerechtigkeit

3.3.1 Bildung



Abb. 42: Wortwolke „Soziale Gerechtigkeit“

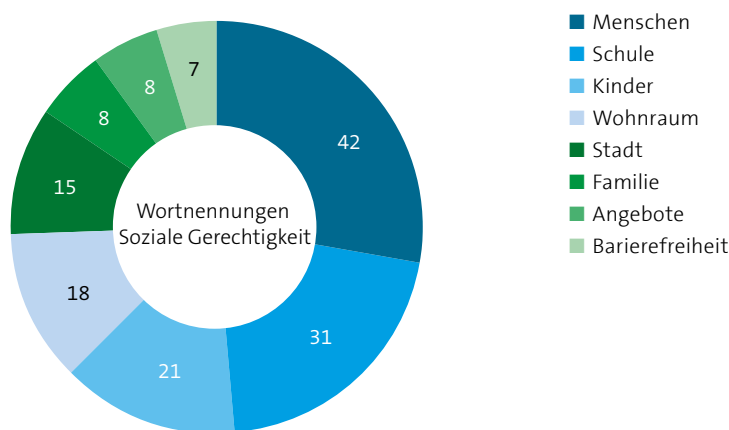
Es werden aber auch ganz spezifische Anspruchsgruppen in den Blick genommen, wie z.B. junge oder werdende Mütter, deren häufig voraussetzungsvoller Alltag es nötig mache, darauf abgestimmte und auch kostenlose Angebote zu entwickeln.

Neben dem Bedarf an kostenlosen Bildungsangeboten haben die Befragten auch konkrete Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge für einzelne Bildungsinstitutionen zum Ausdruck gebracht. So wird in Bezug auf Kindertagesstätten häufig darauf hingewiesen, dass die Öffnungszeiten nicht der Arbeitsrealität vieler Eltern entsprechen, die beispielsweise ihre Arbeit in Einrichtungen mit Schichtarbeit ableisten. Das führt aus Sicht einiger Jugendlicher dazu, dass diejenigen, die ein zusätzliches Betreuungsangebot nicht finanzieren oder aus alltagsstrukturellen Gründen nicht wahrnehmen können, weitere Nachteile erfahren müssen. Einige warnen insbesondere davor, dass eine Folge sein könne, dass einige Elternteile wegen mangelnder passender Betreuungsangebote zu Hause bleiben oder in Teilzeit arbeiten müssten, was berufliche Aufstiegs- und Wiedereinstiegschancen verschlechtere und auch vor allem wieder Mütter betreffe.

Mit Blick auf die Schule sprechen sich Einige für die Förderung von Gesamtschulkonzepten und Ganztagschulen aus, wobei den Ganztagschulen auch eine kritische Stimme gegenübersteht. Nichtsdestotrotz wird das Schulsystem im Gesamten als reformbedürftig eingeschätzt. Für Freiburg wird hier vorgeschlagen, alte Muster aufzubrechen, indem etwa Projekte in Zusammenarbeit mit Universitäten, die bisher häufig Gymnasien vorbehalten gewesen wären, auch an Hauptschulen durchgeführt würden.

Zudem fordern einige Jugendliche, dass sich politisch mehr für Förderunterricht eingesetzt werden solle, und dass vermehrt auch projektorientiertes Lernen wie in Sommerschulen Eingang in den regulären Unterricht findet. Dahinter steht bei vielen das Ziel, ungleich verteilte Defizite abzubauen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Wichtigkeit eines kontinuierlichen psychologischen Angebots an Schulen verwiesen, insbesondere in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an benachteiligten Kindern. Konkret werden hier die Stadtteile Haslach und Weingarten genannt. Dabei wird in den Beiträgen hervorgehoben, dass es von zentraler Bedeutung sei, den Spaß am Lesen und an Bildung zu vermitteln. In Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung der Curricula wünschen sich viele der Befragten vor allem mehr Befassung mit dem Themenbereich Diskriminierung, aber auch Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit sind für einige Jugendliche in den bisherigen Curricula noch zu wenig aufgenommen.

Abb. 43: Häufigkeiten Wortnennungen Soziale Gerechtigkeit



Viele der Befragten legen in Bezug auf die Zusammensetzung der Lerngruppen Wert auf Kooperationen zwischen Mitgliedern verschiedener Bildungsinstitutionen wie beispielsweise Patenschaften zwischen Schüler_innen und Kitakindern, Buddy-Programme zwischen Studierenden und Nichtakademiker_innenkindern, einfache Möglichkeiten, Kontakt zwischen älteren Schüler_innen oder Studierenden und Schüler_innen für ehrenamtliche Nachhilfeangebote herzustellen. Einige schlagen darüber hinaus vor Projektstage einzuführen, bei denen an ehrenamtliche Arbeit herangeführt wird oder Pflichtpraktika für Jugendliche in Altersheimen zu etablieren. Wieder andere regen an, unterschiedliche Institutionen wie Kitas und Senior_innenheime von vornherein unter einem Dach anzusiedeln und so Begegnungen und Kooperation zu fördern.

Auch die Digitalisierung der Bildung bewegt die Befragten mit Blick auf die Zukunft Freiburgs. Besonders zur Zeit der Pandemie seien der Onlineunterricht und selbstständiges Lernen essenzielle Bestandteile von Schule geworden. In diesem Zusammenhang besteht unter den Befragten die Sorge, dass die technische Ausstattung der Schüler_innen sehr variere und so einige durchgehend und konsequent am Unterricht teilnehmen könnten, während bei anderen der Onlineunterricht wenig bis gar nicht funktioniere. Deshalb sehen sie einen starken Investitionsbedarf in Schulen in Bezug auf die Ausstattung mit Geräten. Damit die Digitalisierung wirklich in die Lehrveranstaltungen Einzug finde, bedürfe es Schulungen für Lehrkräfte und Dozierende sowie gut ausgebildetes IT-Personal, das akute Soft- und Hardwareprobleme beheben könne.

3.3.2 Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum

Zentrales Anliegen der Befragten ist, dass Freiburg in Zukunft barrierefrei sein sollte. Um dies zu erreichen, schlagen sie verschiedene städtebauliche Maßnahmen vor, wie beispielsweise eine Verpflichtung zur Sicherstellung der Barrierefreiheit bei Neubauten. Insbesondere für die Innenstadt, aber auch für alle anderen Stadtteile wird der Bedarf gesehen, unebene, abfallende Bürgersteige, unüberwindbare Höhenunterschiede zwischen Gehweg und Straße, Stufen am Eingang zu Geschäften und Türen, die für einen Menschen im Rollstuhl nicht selbst zu überwinden sind, umzubauen.

Zudem ist es den befragten Jugendlichen ein Anliegen, dass die Stadt Barrieren für Menschen mit Seh- oder Hörbeeinträchtigung abbaut, auch, was den Zugang zu Informationen etwa in Museen oder an Bahnstationen, aber auch bei Internetauftritten, angeht. So wird der Einsatz von Untertiteln und Dolmetscher_innen für Gebärdensprache sowie die Verwendung leichter Sprache vorgeschlagen.

Auch in Bezug auf Wohnraum sehen die befragten Jugendlichen Handlungsbedarf. Hohe Mietkosten werden als Problem gesehen, das sozialer Gerechtigkeit entgegenwirkt. Auf gesetzlicher Ebene wird vorgeschlagen, gegen Leerstand vorzugehen, indem z. B. eine zeitliche Befristung festgesetzt wird, und einen Mietendeckel einzuführen. Wenn die gesetzliche Gestaltungskompetenz auf Bundesebene liegt, sehen die Befragten für Freiburg die Möglichkeit, mit Modellprojekten solidarisches Wohnen aktiv zu fördern und mit den dabei gemachten Erfahrungen und Beobachtungen zur bundesweiten Diskussion um gesetzliche Regelungen am Wohnungsmarkt beizutragen.

Darüber hinaus wird der Bedarf gesehen, das Angebot an Sozialwohnungen auszubauen und Wohnungsbau von Genossenschaften zu fördern, ebenso wie den städtischen Wohnungsbau etwa nach dem Vorbild der Stadt Wien. Auch Gemeinschaftsprojekte wie Mehrgenerationenhäuser und das Mietshäuser Syndikat sowie gewerkschaftliche Wohnstrukturen werden als zukunftsweisend und unterstützungswert angesehen. Dabei legen die Befragten hohen Wert auf soziale Mischung, um Marginalisierung von Bewohner_innen beispielsweise von Sozialwohnungen entgegen zu wirken. Als besonders betroffen von den zu hohen Mitpreisen werden junge Menschen, Azubis, Studierende und Berufseinsteiger_innen, aber auch generell benachteiligte Gruppen wie z. B. Geflüchtete und Alleinerziehende, angesehen.

Auch im Bereich der Obdachlosenhilfe haben die befragten Jugendlichen Ideen entwickelt, um Freiburg in Zukunft sozial gerechter zu gestalten. Sie schlagen vor, mehr Unterkünfte und Waschmöglichkeiten für Obdachlose einzurichten und bestehende Angebote und Projekte wie Kältebusse stärker auszubauen und finanziell zu unterstützen. Zudem plädieren sie dafür, mehr Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt zu bauen und Mülleimer mit der Möglichkeit zu versehen, Pfandflaschen sicher abzustellen, so dass sie, ohne dass in den Müll gegriffen werden muss, mitgenommen werden können.

3.3.3 Umgang mit Ungleichheit(en)

Antidiskriminierung und kulturelle Integration

Ein Anliegen, das die Ideen der befragten Jugendlichen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit bearbeiten, ist Antidiskriminierung. Sie sehen dabei einerseits den Bedarf an Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Gender Identity sowie Inklusion. Diese sollte sowohl in der Schule ansetzen als auch in der Breite der Gesellschaft und sich etwa durch Fort- und Weiterbildungen auch an Entscheidungsträger_innen in Politik und Verwaltung sowie Beamte wie die Polizei oder Lehrkräfte wenden. Andererseits sollten Projekte und Programme, die sich direkt an von Diskriminierung Betroffene richten, weiter ausgebaut und gefördert werden. Ganz konkret genannt wird die finanzielle Unterstützung bestehender Beratungsstellen für LGBTQIA+ benannt und Hilfe beim Aufbau eines queeren Zentrums gefordert. Als Beispiel für gelungene Arbeit in diesem Kontext wird FLUSS e.V. hervorgehoben.

Neben den Ideen zur Antidiskriminierung, haben viele der Befragten Vorschläge eingebracht, die hier unter dem Schlagwort Integration aufgenommen werden. Dabei bringen sie die Haltung zum Aus-

druck, dass Deutschland von jeher von Zuwanderung profitiert und Integration ein beidseitiger Prozess mit Begegnung als zentralem Element ist. Daher sprechen sie sich explizit gegen die Landeserstaufnahmeeinrichtungen aus, die nach ihrer Einschätzung gegen Grundrechte der dort Wohnenden verstoßen. Stattdessen plädieren sie für eine Einbindung der Menschen in das Wohnen in der Stadt, auch in Integrations- und Mehrgenerationenhäusern. Darüber hinaus sollte die Stadt Freiburg aus der Sicht der befragten Jugendlichen aktiv Möglichkeiten zur Begegnung bieten und so Dialoge anstoßen. In Workshops und schulischen Exkursionen zwecks Besuches von gleichaltrigen Geflüchteten sollen kulturelle Unterschiede aufgeklärt und etwaige Ängste offen angesprochen werden. Neben diesen Projektideen sprechen sich die Befragten dafür aus, bestehende Projekte wie „Handeln statt Reden“ auszubauen und weiter zu fördern.

Finanzielle Unterstützung und Gehalt

Die unterschiedliche finanzielle Situation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wird von einer Vielzahl der Befragten als Ursache für soziale Ungerechtigkeit gesehen. Einige der entwickelten Projektideen setzten auch direkt dort an. So wünschen sich die Befragten finanzielle Unterstützung für bedürftige Schüler_innen, indem beispielsweise die Kindergeldzulage für einkommensschwache Familien erhöht wird oder die Kosten für Kulturangebote, Schulausflüge oder Vereinsmitgliedschaften übernommen werden, ebenso wie Kostenerstattungen für Senior_innen und ALG-II-Empfänger_innen.⁶⁴ Ein konkreter Vorschlag zur Umsetzung ist die Einführung eines Ausweises, der es Einkommensschwächeren ermöglicht, kostenlos an Kulturveranstaltungen teilzunehmen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Ticketpreise des ÖPNVs in Freiburg im Vergleich zu anderen Städten höher seien und hierbei stärkere Vergünstigungen für Studierende, Azubis und Schüler_innen eingeführt werden könnten. Für Empfänger_innen von Grundsicherung sollten die Kosten ganz entfallen, so einige der Jugendlichen. Darüber hinaus sehen die Befragten einen Bedarf an finanzieller Unterstützung für soziale Einrichtungen wie die Tafel oder Pflegeeinrichtungen und öffentliche und private Träger der sozialen Arbeit, damit diese beispielsweise Praktikant_innen angemessen entlohnen können. Ein Vorschlag, um die Gelder dafür zur Verfügung zu stellen, ist die Einrichtung einer Stadtkasse, in der für soziale Zwecke und Einrichtungen von den Bürger_innen Geld gespendet werden kann wird. Neben dem Sammeln von Spenden wird ein weiterer Finanzierungsweg darin gesehen, einkommensstarke Bürger_innen stärker zu besteuern oder eine kommunale CO₂-Steuer einzuführen.

Darüber hinaus sehen die befragten Jugendlichen die Notwendigkeit, dass in einigen Berufen höhere Löhne gezahlt werden. Dabei werden konkret die Berufsgruppen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen wie beispielsweise Krankenpfleger_innen, Erzieher_innen und Lehrer_innen angesprochen, aber auch Berufsgruppen, in denen ein Personal- und Fachkräftemangel herrscht. Für Bürger_innen mit weniger als 3000€ Bruttogehalt im Monat wird ein Bedingungsloses Grundeinkommen von 1000€ monatlich vorgeschlagen, das ebenfalls über eine Erhöhung der kommunalen CO₂-Steuer finanziert wird.

3.3.4 Engagement: Kultur, Freizeit und Soziales

Um die Stadt Freiburg in Zukunft sozial gerechter zu gestalten, wünschen sich die Befragten Jugendlichen zudem ein verstärktes städtisches Engagement in den Bereichen Kultur, Freizeit und Soziales. Dazu sollte die Stadt Vereine finanziell unterstützen, sodass sie auf Mitgliedsbeiträge weitgehend verzichten können oder diese sehr gering halten. Auch sollte Freiburg öffentliche Flächen zur Verfügung stellen, auf denen sich Vereine präsentieren und Kulturveranstaltungen beworben werden können sowie Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen fördern. Um religiöse Vielfalt sichtbarer zu machen, sollte mehr öffentliche Aufmerksamkeit für andere Religionen als das Christentum hergestellt werden, indem in der Schule über verschiedene Religionen und Bräuche aufgeklärt wird und zu Anlässen wie religiösen Feiertagen Plakate mit Grüßen und Glückwünschen im öffentlichen Raum aufgehängt werden. Zudem sollten Sport- und Freizeitangebote im Freien gefördert werden, wie das Outdoor-Fitnessstudio im Sternwald und bei der Gestaltung darauf geachtet werden, insbesondere Frauen

⁶⁴ Viele dieser Forderungen richten sich an den Bund und sind daher auf kommunaler Ebene nicht zu erfüllen (Anmerkung der Autoren).

Außerdem sprechen die befragten Jugendlichen sozialem Engagement einen hohen Stellenwert bei der Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit zu und wünschen sich, dass die Stadt dafür mehr Anreize schafft. Vorschläge dazu sind, FSJ und Zivildienst stärker zu bewerben und attraktiver zu gestalten, Projektstage an Schulen durchzuführen, bei denen junge Menschen an Ehrenamt und soziale Arbeit herangeführt werden, aber auch die Einführung von sozialen Pflichtpraktika etwa in Altersheimen oder einem sozialen Pflichtjahr nach der Schule sowie vor der Rente.

Partizipation ist in der Zukunftswerkstatt sowohl vom Umfang der einzelnen Beiträge als auch von der Anzahl der abgegebenen Ideen der am wenigsten besprochene Themenbereich. Dennoch haben die Jugendlichen, die Beiträge zu diesem Themenfeld abgeben haben, in weiten Teilen übereinstimmende Meinungen dazu, wie eine weitere positive Entwicklung der Strukturen und Prozesse im Rahmen der (kommunalen) Mitbestimmung aussehen könnte. Auf institutioneller Ebene wird mehrfach für repräsentativ zusammengesetzte Bürgerversammlungen plädiert, sowie für die Einrichtung von Jugendräten, die in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse des Stadtrats miteinbezogen werden sollen. Denkbar wäre auch, so eine befragte Person, dass Vertreter innen des Jugendrats in gewissen Gremien

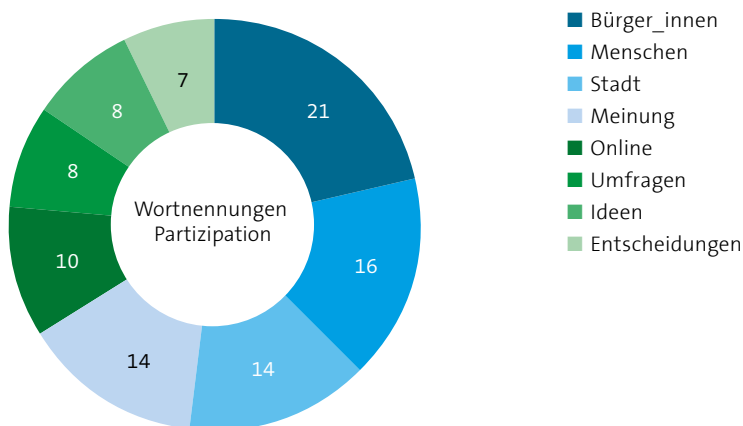
„Aktive Einbindung aller: regelmäßige Befragungen der Bürger_innen, genau dieses Projekt ist das beste Beispiel dafür! Die Befragung ist natürlich unverbindlich, aber dennoch habe ich persönlich zum Beispiel das Gefühl, gehört zu werden und zum Denken anregen zu dürfen. Gerade wenn man junge Leute für Politik und aktive Gestaltung begeistern will, auf welcher Ebene auch immer, ist so eine Umfrage ein guter Start.“

Entsprechend dieses Wunsches, mehr einbezogen zu werden, formulieren viele ihren Wunsch nach mehr Umfragen zu aktuellen Themen und politischen Entscheidungen. Das hier ausgewertete Projekt wird in diesem Zusammenhang von vielen positiv gelobt. In den Beiträgen spiegeln sich dabei auch die Gründe für ihre positive Einschätzung. Es wird hervorgehoben, dass über Online-Befragungen leicht und niedrigschwellig, aber gezielt mehrere Menschengruppen erreicht werden können und so zumindest eine inhaltliche Einbindung dieser unterschiedlichen Gruppen in Entscheidungsprozesse möglich sei.

85

wird der Bürger_innenentscheid zur weiteren Nutzung des Dietenbachgebiets von vielen als aktuelles Beispiel besonders positiv hervorgehoben und mit der Forderung nach mehr direkten Bürger_innenentscheiden verbunden. Einige fügen hinzu, dass insbesondere „bei Themen, die die Bürger_innen der Stadt direkt betreffen“, auch weiterhin Bürger_innenentscheide ermöglicht werden sollten.

Abb. 44: Häufigkeiten Wortnennungen Partizipation



Darüber hinaus wird von wenigen dafür plädiert, über diese anlassbezogenen Formate direktdemokratischer Verfahren hinaus für „lokal begrenzte/kommunale Entscheidungen“ Bürgerforen oder das auf Bundesebene vorgeschlagene Konzept des Bürgerrats als Institution in Freiburg zu etablieren. Man könne auch, so diese Jugendlichen, Elemente einer „Liquid Democracy“ mit in die Entscheidungsprozesse aufnehmen, bei der Elemente indirekter Demokratie, wie die Delegation von Interessenvertreter_innen, mit denen direkter Demokratie, wie Abstimmungen und Entscheide, gemischt würden. Zentral an diesem Konzept ist, dass jede_r Teilnehmende selbst entscheiden kann, wie seine oder ihre Interessen in den Entscheidungsprozess mit eingebracht werden.

3.4.2 Politische Kommunikation

Viele der Jugendlichen erkennen an, dass es für erfolgreiche Beteiligungsprozesse notwendig ist, dass die an der Entscheidung Beteiligten sowohl genügend Sachinformationen zum jeweiligen Anlass als auch eine allgemeine Bildung in Bezug auf die dahinterliegenden Systematiken haben. In diesem Zusammenhang plädieren sie für eine bessere politische Aufklärung in den Schulen, aber auch für über den regulären Unterricht hinausgehende Bildungsinitiativen. Viele Einzelvorschläge für Formate werden vorgebracht, z.B. „politische Crash-Kurse“, öffentliche Informationstage, „Political Talks“ von unterschiedlichen Interessenvertreter_innen oder offene Gesprächsrunden mit Vertreter_innen des Stadtrats. Die Idee hinter diesen Vorschlägen ist, Bürger_innen zunächst möglichst niedrigschwellig über aktuelle Entwicklungen und Projekte zu informieren, aber darauf aufbauend auch konkrete Möglichkeiten anzubieten, Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen. Um solch eine niedrigschwellige Partizipation zu verstetigen, beschäftigen sich viele der Jugendlichen mit der Idee eines Partizipationsportals. Uneinig sind sich die Jugendlichen dabei hauptsächlich in der Frage, ob solch ein Portal eher analog oder eher digital einzurichten wäre. Eine der befragten Personen sieht aber auch eine Verbindung von beidem als zielführend:

„Cool wäre da natürlich ein fester "Raum" (vielleicht in einer institutionellen Einrichtung), zu dem Leute immer wieder kommen können und Neues lernen/austauschen/diskutieren können. Eine Ausweitung als Internetportal wäre da natürlich eine Top-Kombi, in der sich Leute einfach und spontan austauschen können und die oben genannten Aktionen auch virtuell stattfinden können.“

Digital und analog

Viele der Jugendlichen stellen sich ein etabliertes Partizipationsportal als ein digitales Format vor. Der Vorteil, den einige hier sehen, liegt in der Niedrigschwelligkeit und zeitlichen Flexibilität, die ein Online-Angebot mitbrächte. Nicht nur, dass immer zeitnah über aktuelle Projekte und Entwicklungen informiert werden könnte, man könnte online auch schnell viele Bürger_innen für Umfragen erreichen, Verbesserungsvorschläge und Anliegen der Bevölkerung einholen und die Umfrageergebnisse online den Bürger_innen widerspiegeln – so die Befragten. Es wird auch hervorgehoben, dass nicht nur die Bevölkerung dann mehr über aktuelle politische Entscheidungen und Prozesse wisse, sondern dass umgekehrt auch politische Entscheidungsträger_innen wüssten, „wo sie beim Volk stehen, was sie verbessern können und was die Bürger_innen bewegt“. Einige schlagen vor, dieses Angebot direkt als Netzwerk anzulegen oder zumindest über soziale Netzwerke zu realisieren. Generell führen einige an, dass eine moderne politische Kommunikation auch im digitalen Raum agieren müsse. Viele sprechen sich hier auch für eine Social Media Präsenz von Vertreter_innen der Stadtregierung und insbesondere der Bürgermeister_innen aus. Andere wiederum sehen solch ein Angebot eher auf einer eigens eingerichteten Webseite oder auf einer Unterseite der Stadt Freiburg. Einige schlagen hier auch vor, eine eigene App zu entwickeln, die die besprochenen Funktionen mitaufnimmt, und als Partizipations-App einen direkten Zugang für alle Freiburger_innen bietet. Wichtig sei hier aber, im Sinne der Niedrigschwelligkeit, dass die App nicht zu kompliziert aufgebaut und „intuitiv“ zu verwenden sei. Eine befragte Person nennt einen konkreten Vorschlag:

„Politikapp: Intuitive App/Webseite mit 2 Hauptthreads: erstens Diskussionsthread (Debat-tenportal mit Klarnamenpflicht) und zweitens Informationsthread (Neuigkeiten zur Entwicklung der Lokalpolitik, Initiativen, aktuelle Doppelhaushalte, Infos zur weiteren Partizipation).“

Auch wenn die meisten der befragten Jugendlichen sich eindeutig für ein Online-Angebot aussprechen, warnen einige auch, dass damit gerade nicht der Maßgabe der Niedrigschwelligkeit entsprochen würde. Man müsse auch „nicht digitalisierte Umfragen durchführen, bei denen ältere Leute inkludiert werden, regelmäßige Fragebögen mit Meinungen, Verbesserungsvorschlägen etc.“. Aber auch hier ist den beitragenden Jugendlichen wichtig, dass es einen festen Ort gibt, vielleicht auch mit festen Zeiten, damit klar ist, wann und wo es Möglichkeiten zur Partizipation gibt. So wird ein Stand am Platz der alten Synagoge vorgeschlagen, „wo die Bürger[_innen] zwei, drei Mal im Jahr hingehen können und ihre Gedanken und Meinungen mitteilen können“. Es wird aber auch vorgeschlagen, dass fest verortet Informationsveranstaltungen um projektbezogene „Spaziergänge“ ergänzt werden und „gekoppelt [werden] mit [der] Erschließung/ Sichtung der geplanten Maßnahmen [oder] mit einer Stadtkarte an der man z.B. Probleme eines bestimmten Radwegs, nicht behindertengerechte Straßenübergänge oder eine Beschädigung eintragen kann und Rückmeldung dazu erhält“. Die Begegnung zwischen Politiker_innen und Bürger_innen „auf der Straße“ biete darüber hinaus die Möglichkeit, Präsenz und ein offenes Ohr für die Belange und Bedarfe der Stadtbevölkerung zu zeigen.

Innovationen und Ideen

Viele der vorgeschlagenen Ideen nehmen schon auf die eine oder andere Weise Bezug auf die Wichtigkeit von neuen Ideen und Projektvorschlägen, die aus der Bevölkerung in die kommunale Entwicklung mit eingebracht werden. So bearbeiten einige der Beiträge auch explizit den Themenbereich der Innovation. Im Zentrum steht dabei für die Beitragenden, dass unterschiedliche Formate entwickelt und angeboten werden, in denen Vertreter_innen unterschiedlicher Gruppen ihre Ideen in den politischen Prozess einbringen können. Bezogen auf alle Bürger_innen wird vorgeschlagen, einen festen Tag im Jahr zu setzen, an dem alle Bürger_innen freiwillig ihre Ideen zur Verbesserung der Stadt einbringen können. Eine andere befragte Person findet dabei auch eine Bewertung und Gewichtung der Ideen sinnvoll, verortet solch einen „jährlichen Ideenwettbewerb“ dabei an Schulen und schlägt vor über mehrere Runden eine Idee als Gewinnerin zu küren, die dann auch vor den Entscheider_innen der Kommune präsentiert werden soll. In Bezug auf besondere Gruppen werden hier Start-Ups hervor-gehoben.

3.5 Analyse der Themenbereiche

Vor dem Hintergrund der gesammelten und hier verdichtet wiedergegebenen Ideen und Beiträge der befragten Jugendlichen aus Freiburg lassen sich einige grundlegende Tendenzen ausmachen, die die Jugendlichen in der Betrachtung der aktuellen Situation in Freiburg sowie in ihrem Blick auf die perspektivische Weiterentwicklung der Stadt in Bezug auf Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und Partizipation teilen. So finden sich in allen der drei Themenbereiche Beiträge, die explizit mehr Information, Aufklärung und Bildung fordern. In diesem Hinblick schreiben die jetzigen Ergebnisse der Zukunftswerkstatt die Ergebnisse des letzten Jugendsurveys aus 2019 fort. Auch dort war in Bezug auf Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kommune eines der zentralen Ergebnisse, dass „Folgen des eigenen Handels [...] für kommunale Entscheidungsprozesse [durch die Jugendlichen] nur schwer abgeschätzt werden [können]“ und „dass Mitbestimmungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene aufgrund des hohen Abstraktionsgrades tendenziell weniger bekannt bzw. zugänglich sind“ (Jugendsurvey 2019: 112). Diese Gemeinsamkeit ist gerade deshalb sehr interessant, da viele der konkret geforderten Maßnahmen in allen drei Themenbereichen bereits durch die Stadt Freiburg umgesetzt oder zumindest geplant werden. Wenn aber Jugendliche (vermehrt) Verbesserungsvorschläge unterbreiten, die bereits umgesetzt werden, lässt sich daraus schließen, dass sie eigentlich sehr zufrieden mit der Entwicklung der Stadt sind, jedoch weder über aktuelle Projekte und Maßnahmen hinlänglich informiert sind noch das Gefühl haben, dass ihre Anliegen angemessen in den politischen Prozess mit aufgenommen sind.

Hier scheint sich also insgesamt der Bedarf zu manifestieren, den „hohen Abstraktionsgrad“ kommunaler Entscheidungen kommunikativ zu reduzieren, indem den Bürger_innen ihnen gegebene Wahlmöglichkeiten erläutert werden sowie die Folgen ihrer Beteiligung und ihrer Entscheidungen verdeutlicht werden. Auch hier ist die Stadt Freiburg schon auf einem guten Weg. Mit dem Bürger_innen-Informationsportal FR.ITZ ist eine Plattform etabliert worden, auf der nicht nur aktuelle Umfragen, Berichte und Pläne eingesehen werden können, sondern auch Abstimmungen, Entscheide und Gremiensitzungen über Protokolle und Dokumentationen nachvollzogen werden können. Jedoch fungiert die Plattform FR.ITZ hier eher als eine Art Repositorium, auf das bei Bedarf und Interesse zugegriffen werden kann. Aus den Beiträgen der hier aufgearbeiteten Zukunftswerkstatt geht aber explizit auch der Wunsch nach einer proaktiveren Form politischer Einbindung und Kommunikation hervor. Auch dieser Wunsch wird bereits durch ein Portal der Stadt, mitmachen.freiburg.de, bearbeitet. Doch auch hier kann festgestellt werden, dass die Jugendlichen die mit diesem Portal/Projekt verbunden Chancen für eigene Aktivitäten nicht wahrnehmen.

Klimawandel

Im Themenbereich des Klimawandels und hier insbesondere beim Unterthema Mobilität wird vieles, was gefordert oder vorgeschlagen wird, von der Stadt bereits umgesetzt. Während Angebote wie Frelo, das Park + Ride System und der Ausbau des Car-Sharings sogar explizit als positive Maßnahmen einer an Nachhaltigkeit orientierten Verkehrswende hervorgehoben werden, sind viele Maßnahmen aus anderen Bereichen, wie z.B. Möglichkeiten zur Beratung und Förderung eigener klimaschutzorientierter Vorhaben, fast gänzlich unbekannt.

Dabei treten bei näherer Analyse der unterschiedlichen gegebenen Beiträge und Ideen insbesondere die Übereinstimmungen der Wünsche und Vorschläge der Jugendlichen mit den ergriffenen Entwicklungsmaßnahmen der Stadt hervor. Im Rahmen des Unterthemas Mobilität beispielsweise werden Argumentationsmuster genutzt, die auch im Rahmen des Freiburger Strategiepapiers zu Klimaschutz und Mobilität reflektiert werden. Drei Argumentationsmuster treten dabei verstärkt auf:

1. setzt sich auch bei den hier Befragten der demografische Trend fort, dass für Jüngere das Auto als Fortbewegungsmittel an Bedeutung verliert – allerdings nur im städtischen Raum. Im ländlichen Raum „ist die Attraktivität des eigenen Autos quer durch alle Schichten und Altersgruppen weitgehend ungebrochen“ (Strategiepapier 2021: 7). Dieser Umstand wird von den Jugendlichen durch-

aus reflektiert, wenn viele darauf hinweisen, dass für ein umfassendes und zukunftsfähiges Mobilitätskonzept auch die umliegenden Gemeinden und die dort wohnenden Pendler_innen mit in die Planungen einbezogen werden müssen.

2. zeigt sich auch bei den hier befragten Jugendlichen die im Strategiepapier Klimaschutz und Mobilität erwähnte Unsicherheit darüber, ob eine Verkehrswende bereits gesellschaftlicher Konsens sei. So setzen sich viele Beiträge der Jugendlichen damit auseinander, dass es Mitbürger_innen gebe, „die nicht verstehen/wissen/die Augen davor verschließen, warum bestimmte Dinge nicht getan werden sollten, oder andere wichtig sind“. Über diese Unsicherheit ließe sich auch der starke Fokus der Jugendlichen auf Bildung und Kommunikation erklären. Dieses „Gerangel um Entscheidungsprämisse“ (Müller-Christ & Nikisch 2013) wird im Kontext des Nachhaltigkeitsmanagements als konstitutiv für nachhaltige Entwicklungsprozesse gesehen und äußert sich auch in den Antworten der Jugendlichen, wenn sie davon ausgehen, dass Mitbürger_innen zunächst (in Bezug auf Entscheidungsprämisse für eine Verhaltensänderung) überzeugt und aufgeklärt werden müssten.
3. ist auch in den Antworten der Jugendlichen ein, auch im Strategiepapier aufgegriffener, „sehr starker Technologiefokus“ zu verzeichnen. Nicht nur in Bezug auf emissionsarme Antriebstechnologien kann dieser Fokus nachgewiesen werden, auch im Rahmen der Ideen und Beiträge zu Energiemanagement sowie zum nachhaltigen Bauen und Wohnen setzen viele der Jugendlichen auf moderne, vermeintlich klimaverträgliche Technologien, auch wenn deren positiver Effekt auf die gewünschte Reduzierung klima- und umweltschädlicher Aspekte fachlich teilweise infrage gestellt wird.

Die Aussage, dass Jugendliche häufig Maßnahmen vorschlagen, die ihnen im Alltag schon begegnen, lässt sich durch Daten der Freiburg-Umfrage 2020 zu Nachhaltigen Lebensweisen stützen. So ist der große Fokus der Jugendlichen auf das Unterthema Mobilität im Rahmen der Beschäftigung mit Maßnahmen gegen den Klimawandel möglicherweise auch dadurch zu erklären, dass junge Menschen (in der Freiburg-Umfrage 16 bis unter 30-Jährige) die Maßnahmen, die zur Verkehrswende beitragen, auch häufiger umsetzen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass hier auch ein wesentlich größeres Bewusstsein für zielführende und wirksame Maßnahmen besteht als bei Themengebieten, die weniger Bezüge ins direkte Lebensumfeld der Jugendlichen aufweisen. So werden fast alle Maßnahmen, die im Feld der Mobilität vorgeschlagen werden, auf die eine oder andere Weise bereits durch die Stadt bearbeitet.

Ein Vergleich der Vorschläge der Jugendlichen mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2020 der Stadt Freiburg zeigt, dass die Wünsche und Forderungen der Befragten nahezu exakt den umgesetzten und geplanten Maßnahmen der Stadt entsprechen. Zusammengefasst kann man also sagen, Freiburg ist aus Sicht der befragten Jugendlichen auf dem richtigen Weg zur „Stadt der kurzen Wege“. Ebenso, wie es die Jugendlichen vorschlagen, wurde und wird der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen weiter reduziert und umgekehrt werden die Anteile anderer umweltfreundlicher Verkehrsarten, wie der Radverkehr, der Öffentliche Personennahverkehr sowie die Fortbewegung zu Fuß, gefördert. Auch in Bezug auf die damit „im Kleinen“ verbundenen Teilziele, wie eine Verbesserung der Infrastruktur der Fuß- und Radwege (sowie die Festsetzung weiterer Fahrradvorrangrouten), die sukzessive Einführung weiterer Tempo-30-Zonen sowie die Ausweitung von Netz und Taktung des ÖPNV, entsprechen dabei den Wünschen und Vorschlägen der Jugendlichen. Eine zusätzliche Orientierung, die die Jugendlichen einbringen und die auch im Strategiepapier Klimaschutz und Mobilität aufgegriffen wird, ist der differenzierte Blick auf „Herkunft“ und „Ziel“ der Verkehrsteilnehmer_innen. So greift das Strategiepapier Daten der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes Freiburg 2018 auf und verweist auf den Umstand, dass Pendel-, Ziel-, Quell- und Durchfahrtsverkehr wesentlich höhere Anteile an der Verkehrsleistung haben, als es der Binnenverkehr innerhalb der Stadt hat (Strategiepapier 2021: 10). Diesen Aspekt greifen auch viele Jugendliche auf. Sie verweisen häufig sogar ganz explizit auf das hohe Verkehrsaufkommen durch Liefer- und Pendelverkehr und schlagen beispielsweise vor, das Park + Ride System weiter auszubauen sowie den ÖPNV in umliegende Gemeinden als Zentrumsstadt Freiburg mit zu gestalten und zu verantworten. Damit decken sich die im Stra-

tegiepapier weiter vorgeschlagenen Orientierungen und strategischen Ziele weitestgehend mit den durch die Jugendlichen vorgeschlagenen Ideen.

Ähnlich eng ließe sich auch im Unterbereich Stadtplanung und städtische Architektur eine Gegenüberstellung der von den Jugendlichen vorgeschlagenen Maßnahmen mit den geplanten und ergriffenen Maßnahmen der Stadt Freiburg aufstellen. Exemplarisch sei hier unter anderem verwiesen auf das Förderprogramm Holzbau der Stadt sowie das damit zusammenhängende Ökopunktesystem, die Anreize zur Verwendung nachhaltiger Baustoffe setzen und einen gesetzlichen Rahmen zur Einplanung von Ausgleichsflächen etablieren, auf die umfangreichen Förder- und Beratungsmöglichkeiten in Bezug auf Sanierung, Wärme- und Energiemanagement im Rahmen des seit 2002 laufenden Förderprogramms Klimafreundliches Wohnen, auf die Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Stadtwaldes sowie das ausgezeichnete Klimaanpassungskonzept, das sowohl in Bezug auf das Flächenmanagement als auch in Bezug auf die, von den Jugendlichen mehrfach angesprochene, hohe Hitzebelastung im Hochsommer vielfältige Maßnahmen vorschlägt und ergreift. Eine besondere Stellung im Rahmen der durch Freiburg ergriffenen Maßnahmen nimmt dabei auch die Freiburger Stadtbau GmbH und das umfassende Konzept „FSB 2030 – Mehr Wohnen. Faire Mieten. Für Freiburg.“ ein. So sind fast alle thematischen Orientierungen der Jugendlichen, die im Themenbereich Bauen und Wohnen angesprochen sind, dezidiert im FSB 2030 Konzept mit bearbeitet. Und auch für das Unterthema Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren lässt sich eine ähnliche Entsprechung der gewünschten mit den ergriffenen Maßnahmen finden.

Soziale Gerechtigkeit

Ein ähnliches Bild der Entsprechung von Forderungen der Jugendlichen und Maßnahmen, die bereits durch die Stadt ergriffen werden, zeigt sich auch im zweiten Themenbereich, der sozialen Gerechtigkeit. Zentrale Anliegen der Jugendlichen sind eine Verbesserung der Betreuungs- und Bildungssituation, eine Orientierung des Wohnungsbaus an Barrierefreiheit und Bezahlbarkeit, eine Ausweitung der Möglichkeiten zu sozialem und kulturellem Engagement sowie Unterstützungsangebote für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Eine besondere Stellung nimmt der Themenbereich Soziale Gerechtigkeit insofern ein, als dass hier auch Unterthemen besprochen werden, zu denen Jugendliche lebensweltlich einen direkteren Zugang haben, wie Bildung und Schulen, kulturelles und soziales Engagement sowie Freizeitgestaltung. Es zeigt sich allerdings auch hier, dass in Bezug auf die Ideen, die von den Jugendlichen vorgeschlagen werden, bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Der Forderung des Ausbaus an Betreuungsangeboten mit dem Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird z.B. bereits über das Freiburger Netzwerk Familienbewusster Unternehmen (FNFU) oder über den sukzessiven Ausbau der Plätze an Kitas und insbesondere der Ganztagsplätze (hier explizit auch als Angebote für Ein-Eltern-Familien; vgl. Freiburg 2020: 113) entsprochen. Der Bildungsbericht 2017 der Stadt weist darüber hinaus schon für die Zeit von 2012-2015 einen deutlichen Anstieg der Betreuungsquoten aus (Freiburg 2017: 70).

Und auch in Bezug auf Maßnahmen, die im Rahmen der Gestaltung der Bildungsangebote von den Jugendlichen angesprochen werden, wird schon einiges durch die Stadt bearbeitet. So war eine der zentralen Forderung in Bezug auf den Ausbau der Bildungsangebote eine Förderung der Lese- und Schreibkompetenzen und der allgemeinen Sprachfähigkeiten, sowohl in der frühen Bildung als auch und insbesondere in Bezug auf Menschen mit Migrationsgeschichte. Über die Internetseiten der Stadt lassen sich über eine schlichte Suche mit der Suchfunktion bereits über 10 Sprachförderungsprogramme für Neuzugewanderte ausfindig machen, die alle regelmäßig angeboten werden und angemessene Kapazitäten bieten. In Bezug auf die geforderte Sprachförderung lassen sich sogar mehrere Programme und Initiativen aufführen, die maßgeblich zur frühen Sprachförderung in Freiburg beitragen, so etwa das Programm „Rucksack Kita“, die Freiburger Qualifizierung zur alltagsintegrierten sprachlichen Bildung, die Teilnahme von 24 Freiburger Kitas am Bundesprogramm Sprach-Kitas sowie der Empfehlungskatalog für den Literaturbestand in Kitas.

Ebenso und gerade in Bezug auf das Unterthema Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum kann wieder konstatiert werden, dass fast alle vorgeschlagenen Entwicklungen bereits mit Maßnahmen hinterlegt durch die Stadt bearbeitet werden. So hat die Freiburger Stadtbau GmbH am 19. April 2020 ihren neuen Maßnahmenkatalog „Barrierefreies Bauen“ vorgestellt, der auch im Rahmen des Gesamtkonzeptes FSB 2030 gemeinsam mit der kommunalen Behindertenbeauftragten, den Vertreter_innen des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Koordinationsstelle Inklusion im Dezernat III der Stadt Freiburg entwickelt wurde.

Lediglich in Bezug die Wünsche der Jugendlichen, die sich auf die Ausgestaltung der Bildungsangebote sowie darüberhinausgehend auf Kooperationen unterschiedlicher Institutionen miteinander beziehen, lässt sich feststellen, dass die befragten Jugendlichen Vorschläge unterbreiten, die jenseits bestehender Maßnahmen liegen. So kann für die Forderung nach mehr projektorientiertem Lernen zwar angeführt werden, dass jedes Jahr im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung bis zu 15 Bildungsprojekte gefördert werden. Auch die Freiburger SchulprojektWerkstatt bietet einiges an Projekten für Schüler_innen an. Allerdings lässt sich insbesondere auf den Zusatz der Forderung, diese Projektorientierung auch in den regulären Unterricht aufzunehmen, noch Nachholbedarf konstatieren. Und auch in Bezug auf Kooperationen zwischen unterschiedlichen Bildungsinstitutionen ist aus Sicht der Jugendlichen ein Ausbaubedarf da, der sich bestätigen lässt. Zwar sind mit der Kooperation Kindergarten Grundschule und der Arbeitsstelle Kooperation (ASKO) schon zwei Projekte am Schulamt Freiburg etabliert, die explizit die Kooperationen zwischen Schulen und Kitas sowie zwischen allgemeinbildenden Schulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) fördern. Die Jugendlichen rufen aber weitaus mehr Dimensionen der interinstitutionellen Vernetzung auf, als bisher in den Blick genommen wurden.

- ▶ Patenschaften zwischen Schüler_innen und Kitakinder⁶⁵
- ▶ Buddy-Programme zwischen Studierenden und Nichtakademiker_innenkindern
- ▶ Kontakt zwischen älteren Schüler_innen oder Studierenden und Schüler_innen für ehrenamtliche Nachhilfeangebote
- ▶ Projekttag für soziale und/oder ehrenamtliche Arbeit
- ▶ Pflichtpraktika für Jugendliche in Altersheimen und anderen sozialen Einrichtungen
- ▶ Verstärkte Kooperationen zwischen Universitäten und Schulen

Eine besondere Stellung nimmt dabei die Idee ein, unterschiedlichen Institutionen, von vornherein als eine Institution zu denken, da sie über anlassbezogene Kooperationen hinausgeht und auf eine strukturelle Verbindung der unterschiedlichen Bildungsbereiche abzielt. In dem Beitrag der befragten Personen sind dies beispielsweise Kitas und Senior_innenheime. Es lässt sich also für den Themenbereich Soziale Gerechtigkeit festhalten, dass ein Großteil der geforderten Maßnahmen bzw. eine Vielzahl der gegebenen Ideen bereits durch die Stadt Freiburg umgesetzt werden.

Partizipation

Dass Jugendliche diese Einbindung auch selbst stark fordern, zeigen die Ergebnisse im Themenbereich Partizipation. Auch hier lassen sich allerdings eine Reihe an Maßnahmen und Projekten anführen, die die von den Jugendlichen aufgestellten Forderungen und Ideen bearbeiten. Der jugendliche Wunsch, einbezogen zu werden, äußerte sich in dieser Zukunftswerkstatt hauptsächlich in drei zentralen Aspekten: Information und Aufklärung, Umfragen und Meinungsbildung, Abstimmungen und Entschiede. Interessant ist auch hier, dass die Stadt Freiburg seit Jahren selbst einen Fokus auf diese Aspekte legt. Als Beispiele lassen sich zwei Internetangebote der Stadt anführen: einerseits das FR.ITZ Portal, auf dem alle veröffentlichten Statistiken, Berichte, Umfrageergebnisse, Abstimmungsergebnisse und noch vieles mehr direkt von der Stadtbevölkerung eingesehen werden kann und andererseits das Portal mitmachen.freiburg.de, das in vielen seiner angebotenen Möglichkeiten den vorgebrachten Bedarfen der Jugendlichen entspricht. Vor dem Hintergrund der Forderungen der Jugendlichen nach einem online ausgerichteten Portal für Informationen, Umfragen und Abstimmungen ist hier also wieder

65 Diese Patenschaften gibt es in der Stadt z.T. bereits (Anmerkung der Autoren).

festzuhalten, dass die von den Jugendlichen genannten Vorschläge häufig schon realisiert wurden, dass sie nur nicht entsprechend genutzt werden. Was fehlt ist allerdings die Möglichkeit, die Informationskanäle auch untereinander interaktiv zu nutzen oder darüber mit den politisch Verantwortlichen zu kommunizieren. An dieser Stelle soll wiederholt darauf hingewiesen werden, dass es den Jugendlichen oft an Wissen über die Maßnahmen der Regierung in den Bereichen Klimawandel, Soziale Gerechtigkeit und Partizipation fehlt. Ein in diesem Zusammenhang besonderer Hinweis der Jugendlichen bezieht sich auf die politische Kommunikation über Social Media. Dabei gehen die Jugendlichen davon aus, dass ein Großteil der Bevölkerung mittlerweile besser über soziale Medien zu erreichen sei, als über „klassische“ Medien. Das kann insofern bestätigt werden, als dass insbesondere die Jüngeren einen Großteil ihrer Zeit im Internet und dort auch spezifisch in Sozialen Netzwerken verbringen (JIM-Studie; mpfs 2020, siehe auch Kap. 1 dieses Bildungsberichts). Hier gibt es also tatsächlich Potenziale, auch die schon bestehenden Kanäle für die direkte Kommunikation mit Vertreter_innen der Stadtpolitik, beispielsweise aus unterschiedlichen Dezernaten, aber auch und insbesondere für die Kommunikation mit dem Oberbürgermeister und den weiteren Bürgermeister_innen besser zu nutzen und so noch mehr jugendlichen Freiburger_innen zu erreichen.

Der Hinweis der Jugendlichen selbst, dass es eines Portals bedürfe, dass die Bürger_innen direkt anspricht und proaktiv in die Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse der Stadt einbezieht, ließe sich zunächst als Bestätigung der Bedarfsangemessenheit der bereits entwickelten Portale interpretieren. Der Umstand aber, dass die Jugendlichen sich dieser Portale und ihrer Möglichkeiten gar nicht bewusst sind, verweist auf eine andere Leerstelle innerhalb der bestehenden Angebote.

3.6 Fazit und Empfehlung

Zusammenfassend kann also für alle drei Themenbereiche festgehalten werden, dass etliche Ideen und Wünsche der befragten Jugendlichen bereits umgesetzt wurden bzw. werden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass es die Diskrepanz zwischen den umgesetzten Entwicklungsmaßnahmen und der tatsächlich durch die Bevölkerung wahrgenommenen Entwicklung behoben werden sollte. Darüber hinaus ließe sich eine bessere Wahrnehmung der Entwicklungsmaßnahmen durch die junge Bevölkerung über eine noch systematischere Einbindung der jungen Menschen Freiburgs in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse realisieren. Zunächst müssen Jugendliche institutionell noch besser eingebunden werden und eine Möglichkeit zur direkten Beteiligung an der Stadtentwicklung erhalten. Hier bedarf es also Strukturen und Angebote, die den Jugendlichen Möglichkeiten bieten, sich in solchen Settings zu bewegen und kompetent zu agieren.

Es zeigt sich aber auch, dass Angebote, die im Sinne sogenannter „Komm“-Strukturen aufgebaut sind, zwar häufig auch über eine zielgruppensensible Offenheit verfügen, aber ihr Potenzial nicht ausschöpfen können, da vielfältige Gründe die Zielgruppe davon abhalten, tatsächlich auch zu den Angeboten zu „kommen“ und sich zu beteiligen. Hier braucht es eine zielgruppenorientierte Erweiterung und Ergänzung der bisherigen Angebote um sogenannte „Geh“-Strukturen, das heißt um aufsuchende Formate und Strategien, die sich in die Lebenswelten der Jugendlichen hineinbegeben, um sie „dort abzuholen, wo sie sind“.

Vor dem Hintergrund dieses allgemeinen Fazits, lassen sich vier konkreter Handlungsempfehlungen formulieren, die diesen unterschiedlichen Aspekten Rechnung tragen.

Intensive und fokussierte Kommunikation

Die Ergänzung von bisherigen „Komm“-Strukturen um gezieltere „Geh“-Strukturen bezieht sich auch auf die politische Kommunikation der Stadt mit den Jugendlichen. Einerseits ist hier zu empfehlen, bestehende Kommunikationsstrategien und -formate zu prüfen und um Aspekte der direkten Kommunikation zu ergänzen. Hierbei geht es nicht nur um die Kommunikation von Erfolgen und Initiativen der Stadt, sondern auch um die direkte Kommunikation mit Vertreter_innen der Stadtpolitik, allen voran mit dem Oberbürgermeister.

Dieser Intention folgend wird empfohlen, auch neue Kommunikationsformate und -strategien zu konzipieren und zu realisieren. Wichtig ist dabei im Sinne der „Komm“- und „Geh“-Strukturen Formate zu etablieren, die in den Lebensräumen der Jugendlichen direkt Wirkung entfalten. Während beispielsweise die „komm“ Jugendforen bzw. Schüler_innen-Tagungen des Jugendbüros Freiburg ein sehr gutes Angebot im Sinne der „Komm“-Strukturen darstellt, beteiligen sich doch regelmäßig in etwa nur 100 von den insgesamt rund 47.000 Schüler_innen der Stadt. Um hier weitere Potenziale auszuschöpfen, sollte von Seiten der Ämter der Stadt das Format eines Forums weitergedacht werden. Ein durch Mobilität gekennzeichnetes Angebot, das regelmäßig und kontinuierlich von Jugendlichen alltäglich frequentierte Orte aufsucht, um dort zu unterschiedlichen Themen der Stadtentwicklung Talks, Podien und offene Dialogformate anzubieten, bringt die relevanten Themen und Prozesse direkt in das Lebensumfeld der Jugendlichen. Eine direkte Einbeziehung von Verantwortlichen aus Referaten und Dezernaten der Stadt bietet dabei die Möglichkeit, auf niedrigschwellige Art und Weise Repräsentant_innen der Stadtpolitik zu begegnen und so dem Wunsch nach mehr direkt erlebter Demokratie zu entsprechen.

Thematisch sind durch die hier aufgearbeitete Zukunftswerkstatt schon zahlreiche Implikationen gegeben worden. So könnte sich eine erste Talk-Reihe mit den Themen Mobilität, Bildung & Schule, Bauen & Wohnen, Natur & Freizeit, Klima & Energie, Lebensmittel & Abfall, Diversität, Gerechtigkeit oder Partizipation beschäftigen. Insbesondere für die Themen Mobilität sowie Bildung & Schule lassen sich viele direkte lebensweltliche Bezüge der Jugendlichen ausmachen.

Beteiligung durch gemeinsames Arbeiten und Projekte

Viele der Jugendlichen plädieren sehr stark für mehr Informationen und Möglichkeiten zur Meinungsbildung sowie generell für eine größerer Einbindung der Jugendlichen in Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse der Stadt. Daher fordern sie auch eine direkte Einbindung von Jugendlichen in den Stadtrat, etwa über einen Jugendstadtrat, sowie einen weiteren Ausbau der interinstitutionellen Kooperationen zwischen unterschiedlichen am jugendlichen Lebensalltag beteiligten Institutionen. Über die Einbindung in Gremien hinaus fehlen den Jugendlichen allerdings auch Angebote, bei denen sie in Projekten direkt eigene Erfahrungen sammeln können.

Ähnliche Empfehlungen gehen auch aus dem Papier Jugendgerechtes Freiburg des Jugendbildungswerks Freiburg hervor. Die Autor_innen heben hervor, dass „Jugendliche [...] auf den unterschiedlichsten Maßstabsebenen nicht nur eine zu beteiligende Gruppe, sondern [...] eigenständige Akteure der Stadtentwicklung“ sind (Jugendbildungswerk Freiburg 2019: 4). So zeigt sich insbesondere für Themen und Projekte, die im Nahumfeld der Jugendlichen realisiert werden, dass sie durchaus klare Meinungen zu Problemen einnehmen, hier auch mögliche Lösungsstrategien entwickeln sowie weitere Entwicklungspotenziale identifizieren. Eine gemeinsam verantwortete und lösungsorientierte Projektarbeit nimmt Jugendliche in ihrem Beitrag zur Stadtentwicklung ernst und eröffnet so einerseits Lernfelder für die Jugendlichen und andererseits Entwicklungspotenziale für die Stadt. Das könnte auch der Erkenntnis der Jugendlichen entgegenwirken, dass zwischen persönlichem Engagement für berechtigt gehaltenen Forderungen und deren Umsetzung in der Regel eine erhebliche Diskrepanz herrsche.

Die oftmals wahrgenommene Konsequenzenlosigkeit der eigenen Beteiligung hindert häufig daran, sich (noch) zu engagieren.

Durch eine (regional) gemeinsam verantwortete, systematisch aufgebaute und lösungsorientierte Zusammenarbeit von jungen Menschen und Erwachsenen in Entwicklungsprojekten im Rahmen der Stadtentwicklung, die in Verbindung stehen mit strategischen und auf Nachhaltigkeit bezogenen Zielen der Stadt, lässt sich ein höherer Grad an Beteiligung realisieren. Gleichzeitig kann aber durch die Projekte selbst auch nachhaltig zur Lösung bestehender Herausforderungen in Freiburg beigetragen werden und können die von der Stadt getroffenen Maßnahmen auch besser kommuniziert werden.

Frühe Einbindung in stadtbezogene Politikprozesse

Politik mit zu gestalten heißt auch, für die eigenen Entscheidungen und Handlungen einzustehen und sie auch nach außen zu verantworten. Daher ist die direkte Einbeziehung Jugendlicher in Stadtentwicklungsprojekte und Gremien der Stadtpolitik durchaus auch voraussetzungsvoll. Hier müssen Angebote geschaffen werden, die es den Jugendlichen erlauben, mit Entscheidungs- und Handlungsfreiheit kompetent umzugehen und Verantwortungsübernahme zu erlernen. Im Rahmen moderner Wandlungsprozesse auf vielen unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Dimensionen steigert sich allerdings auch die Komplexität, Ambivalenz und Unsicherheit politischer Prozesse und Entscheidungen. Daher ist es hier empfehlenswert, auch über die Fähigkeit der Verantwortungsübernahme hinaus, den Jugendlichen Raum zum Einüben von Gestaltungskompetenzen zu bieten.

Im Sinne lebendiger Partizipation, die die demokratischen Prozesse der Stadtentwicklung erfahrbar macht, wird darüber hinaus empfohlen, möglichst frühe Selbstwirksamkeitserfahrungen im Rahmen politischer Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse zu ermöglichen. Auch für die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme und das Einüben von Gestaltungskompetenzen empfiehlt es sich, möglichst früh Strukturen und Angebote zu etablieren, die die Beteiligung von jungen Menschen ermöglicht und fördert. Das impliziert auch eine spürbare Vorverlegung der Beteiligung an den politischen Prozessen innerhalb der Phasen Lebenslangen Lernens. So gehen die Autor_innen des zehnten Kinder- und Jugendberichts schon 1998 davon aus, dass Kinder durchaus schon einen Begriff von Verantwortung haben, der sich positiv gewendet in einer „gemeinsamen Anstrengung für Fairness, Gerechtigkeit und Für-einander-einstehen“ ausdrückt.⁶⁶

Der in Freiburg in Zusammenarbeit mit mehreren Schulen über das Jugendbildungswerk etablierte 8er-Rat⁶⁷ ist in dieser Hinsicht schon ein gutes und in die richtige Richtungweisendes Format. Allerdings ist eine Befassung mit politischen und/oder gemeinschaftlichen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen auch schon früher möglich und auch sinnvoll. Daher wird hier empfohlen, den Ansatz dieses 8er-Rats noch auszuweiten und bereits ab einem Alter von 10 Jahren verbindliche Strukturen für Beteiligung zu schaffen. Hierbei ist entscheidend, dass die im Rahmen der Beteiligungsstrukturen angebotenen Projekte und Formate regelmäßig stattfinden und auch die Konsequenzen der Entscheidungen verdeutlicht werden. Denn erst die erlebte Wirkung der Konsequenzen der eigenen Beteiligung führen zu einer nachhaltigen Ausbildung von Resilienz und Selbstwirksamkeit.

Im Rahmen der lokalen/regionalen Bildungsarbeit können erste Partizipationserfahrungen ermöglicht werden, etwa indem entlang der von Kommunalwahlen nach Themengebieten gesucht wird, die die Kinder direkt in ihrem Alltag betreffen und bewegen. Es geht also um die Schaffung von Strukturen (etwa auch in Form eines Jugendgemeinde- oder -stadtrates), in denen Kinder und Jugendliche über eigene Themen in Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen erste Beteiligungserfahrungen sammeln können. Wenn so getroffene und abgestimmte Entscheidungen dann auch konkret realisiert werden, bieten die so erlebten Konsequenzen des eigenen Entscheidens und Handelns die Basiserfahrungen für eine erlebbare und gelebte Demokratie.

Diese vier aufgezeigten Entwicklungsperspektiven tragenden Beiträge und Ideen der Jugendlichen im Rahmen dieser Zukunftswerkstatt Rechnung.

⁶⁶ Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend. (1998): 10. Kinder- und Jugendbericht. Bundestags-Drucksache 13/11368. Bonn Deutsches Jugendinstitut

⁶⁷ Siehe <http://www.8er-rat-freiburg.de/> (letzter Zugriff: 15.02.2022).

zusammen leben e.V.

„zusammen leben e.V.“ schafft Begegnungsräume für Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, um sie als Personen zu stärken und eine aktive gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehören insbesondere Menschen, „die aufgrund ihrer Herkunft, aufgrund von Beeinträchtigungen oder besonderen Bedürfnissen ausgeschlossen sind“ heißt es in der Vereinssatzung. Diesem Anspruch wird der Verein in vielfältiger Form gerecht, indem den Grundsätzen der Nachhaltigkeit in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht gefolgt wird.

Garten & Umwelt, Essen & Trinken, Kunst & Kultur, Arbeit & Qualifikation sind die vier Arbeitsbereiche des Vereins: Im Garten, im Café und auf der Bühne werden alltägliche und verbindliche Strukturen niederschwellig und kostenfrei angeboten. In seinem inklusiven Gemeinschaftsgarten gärtnern rund 250 Menschen aus 16 Ländern regelmäßig gemeinsam.

Es werden Bildungsprogramme zur gemeinsamen Weiterentwicklung des Gartens und zur Etablierung nachhaltiger Lebensstile durchgeführt. Zudem gibt es ein regelmäßiges Beschäftigungsangebots für junge Menschen mit Beeinträchtigung im Bereich des ökologischen Gartenbaus. Der Verein unterhält ein solidarisches Café, dass durch Ehrenamtliche geführt wird. Hier gibt es einen sozial-ökologischen Mittagstisch mit einem solidarischen Preissystem. In diesem Rahmen findet eine Berufsorientierung und Qualifizierung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte statt.

Darüber hinaus schafft der Verein offene Räume für lokale Künstler_innen und Musiker_innen oder Kulturinteressierte of color; sie können ihre Arbeiten und Musik mit Unterstützung von „zusammen leben“ präsentieren. *„zusammen leben ist ein lebendiger und diverser Ort. Gemeinsam beschäftigen wir uns lokal mit den drängenden Herausforderungen unserer Zeit: Aktuell*

liegen unsere Schwerpunkte auf Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit sowie Klimagerechtigkeit und zukunftsfähiger Ernährung. Wir lernen von- und miteinander und leisten unseren Beitrag für eine nachhaltige Weltgemeinschaft auf lokaler Ebene,“ so Stefanie Koch; Bereichsleitung Garten & Umwelt.



Bildquelle: Marc Doradillo

Wer vorbeischauen oder mitmachen möchte findet Informationen unter <https://zlev.de/>

4 Bürgergutachten mit Planungszellen

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 28.11.2017 die 59 Nachhaltigkeitsziele in 12 Handlungsfeldern der Stadt Freiburg als gesamtstädtische Entscheidungsgrundlage jeglichen politischen Handelns beschlossen.

Städtische Behörden und Betriebe sind seit Jahren bereits tätig, das Leben in Freiburg weiter nachhaltig zu gestalten. Im Bürgergutachten sollte es nun darum gehen, die Gesamtbevölkerung noch mehr einzubinden, zu informieren und sie um die Entwicklung eigener Handlungsempfehlungen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Freiburg zu bitten. BNE ist damit ein Schritt auf dem Weg hin zu einer durch Bürgerschaft, Politik und Verwaltung getragenen Bereitschaft zu einer nachhaltigen Lebensweise in der Stadt.

4.1 Das Verfahren

Bürgergutachten durch Planungszellen zu erstellen, ist ein bewährtes und doch innovatives Verfahren: bewährt, da es vor über vierzig Jahren entwickelt und seitdem hundertfach erprobt wurde, und innovativ, da es stets verbessert und den gegenwärtigen gesellschaftlichen Ansprüchen angepasst wurde und wird. An dieser Stelle werden zunächst die grundlegenden standardisierten Kriterien erläutert, denen auch das vorliegende Verfahren entspricht: Sechs zentrale Elemente kennzeichnen das Verfahren „Bürgergutachten durch Planungszellen“:

Am effektivsten erfolgt dies in Kleingruppen von je fünf Personen. Diese werden alle eineinhalb Stunden neu zufällig zusammengesetzt. So kommen alle Teilnehmenden in immer neuen Konstellationen zusammen. In den Kleingruppen erörtern sie das bisher Gehörte, einigen sich auf die für sie wichtigsten Punkte und stellen diese Ergebnisse im Plenum vor. Dort werden die Vorschläge gesammelt, geordnet und gegebenenfalls präzisiert, um einerseits Doppelungen zu vermeiden und andererseits Missverständnissen vorzubeugen.

Am Dezember 2019 wurde das Verfahren Bürgergutachten durch Planungszellen in der Sitzung des Beirats Freiburger Bildungsmanagement durch das Team der gfb vorgestellt. Im Anschluss an die Vorstellung des Verfahrens erarbeiteten die Mitglieder des Beirats gemeinsam mit dem Team der gfb mögliche Hauptadressaten, Ziele, thematische Inhalte und besondere methodische Komponenten des Bürgerbeteiligungsverfahrens.

Am 12. Juli 2021 fand ein digitaler Runder Tisch mit Freiburger Stakeholdern statt. Hier konnten Freiburger Vereine, öffentliche und private Institutionen, die im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung vor Ort aktiv sind, in Zusammenarbeit mit der gfb Empfehlungen für Referenten sowie Bildungseinrichtungen abgeben, die Informationen und Expertenwissen zu den Themenschwerpunkten des Bürgergutachtens in das Verfahren mit einbringen können. Anhand der Ergebnisse der Beiratssitzung und des Runden Tisches wurde das Arbeitsprogramm konkretisiert und die zu erarbeitenden Fragestellungen für die Planungszellen festgelegt.

Die Bürgergutachter_innen wurden ab August 2021 durch ein elektronisches Zufallsverfahren aus dem Einwohnermelderegister der Stadt Freiburg im Breisgau bestimmt. Ziel war es, etwa 100 teilnehmende Personen zu erreichen (vier Planungszellen zu je 25 Personen). Die angeschriebenen Personen erhielten einen persönlichen Einladungsbrief der gfb und ein Schreiben des Oberbürgermeisters. Zeitgleich mit den Einladungen half die Volkshochschule Freiburg, die Veranstaltung als Bildungsveranstaltung zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung einzurichten..

Das Arbeitsprogramm für die vier Tage führte von Grundsätzlichem über persönliche Eindrücke bei einer Begehung und etliche vertiefte Themen zu einer Gesamtschau und zu Muster-Maßnahmen. Die Tabelle unten zeigt es im Überblick

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
8:00 - 9:30 und 9:00 - 10:30	AE 1: Begrüßung, Einführung, Erfahrungen	AE 5: Klimaschutz und Klimaquartiere	AE 9: Abfall und Kreislauf- wirtschaft	AE 13: Besondere Bedürf- nisse und Sichtweisen (gesellschaftliche Teilhabe)
10:00 - 11:30 und 11:00 - 12:30	AE 2: Nachhaltigkeit: Begriff, Dimensionen, Ziele	AE 6: Vorstellung der AE4 - Ergebnisse aus der Begehung	AE 10: Arbeit und digitale Transformation	AE 14: „Ein Befähigungs- und Motivierungsplan“
	Mittagspause	Mittagspause	Mittagspause	Mittagspause
12:30 - 14:00 und 13:30 - 15:00	AE 3: Bildungsaktivitäten für Nachhaltigkeit in Freiburg: Stand und Strukturen	AE 7: Mobilität und Bewegung	AE 11: Offene Arbeitseinheit und Fragen an die Politik	AE 15: Beispielmaßnahmen
14:30 - 16:00 und 15:30 - 17:00	AE 4: Bildungsstätten – Bildungsträger – Bildungsansätze für Nachhaltigkeit	AE 8: Ernährung und Konsum	AE 12: Politikanhörung (Beginn 15 Uhr für beide PZn)	AE 16: Statistik, Verfahrens- bewertung, Wahl der Prüfler/innen, Verabschiedung

4.2 Die Ergebnisse

Als besonders dringlich sehen die Bürgergutachter die Schaffung attraktiverer Angebote im Bereich Mobilität und Wohnen, die vor allem bezahl- und verfügbar sowie sozialverträglich und für alle Beteiligten sinnvoll ausgestaltet sein sollten. Neben diesen eher konkreten Themenfeldern und Maßnahmen wurde auch das übergeordnete Ziel einer CO₂-Reduktion bis hin zur Klimaneutralität als besonders dringende Aufgabe herausgestellt. Dafür sehen die Teilnehmenden eine Entbürokratisierung bei gleichzeitigem Ausbau der Digitalisierung als wichtige Voraussetzungen und somit Teilziele an, um die Umsetzung von Klimaschutz ermöglichen und vereinfachen zu können.

In Abgrenzung zu den am dringlichsten umzusetzenden Nachhaltigkeitszielen wurden die Teilnehmenden auch nach den aus ihrer Perspektive langfristig wichtigsten Zielen gefragt. Hierbei wurden sowohl konkrete Maßnahmen wie der Ausbau und die Förderung nachhaltiger Energien und Wirtschaftszweige als auch Bildung und Aufklärung im Bereich Nachhaltigkeit besonders hoch bewertet. Auch der Fokus auf die Entwicklung und das Klima der Stadt sowie deren Rolle als Wissenschafts- und Forschungsstandort wurde von den Bürger_innen als sehr wichtig eingestuft. Ebenfalls besonders wichtig ist den Gutachter_innen die Förderung der sozialen Gleichheit, um eine Wahrung des sozialen Friedens sicherstellen zu können, sowie eine höhere Verbind- und Verantwortlichkeit der Stadt gegenüber den Bürger_innen. Als ähnlich wichtig werden auch die Mobilität und die Infrastruktur im Bereich Nachhaltigkeit angesehen.

Mit dem Thema Klimaschutz befassten sich die Bürgergutachter_innen am Beispiel sogenannter Klimaquartiere. Als besonders wichtig für ein ideales Klimaquartier bewerteten die Teilnehmenden eine Reduzierung asphaltierter Bereiche zugunsten von Grünflächen auf Dächern und Fassaden sowie für die öffentliche und private Nutzung als Parks oder Gärten. Ebenfalls zentral ist für die Bürgerschaft die Erreichbarkeit wichtiger Infrastruktur in einem Radius von 15 Minuten sowie der Nachhaltigkeitsaspekt dieser Infrastruktur. Sie richteten den Fokus auch auf möglichst autarke und autonome Quartiere, welche dezentral mit regenerativer Energie versorgt werden sollten, die beispielsweise über Solaranlagen auf privaten und öffentlichen Gebäuden gewonnen werden könne. Auch sollte ein solches Quartier über kurze und sichere Wege sowie einen gut funktionierenden ÖPNV einen einfachen Zu-

gang zum Handel sicherstellen. Der motorisierte Individualverkehr soll aus Sicht der Teilnehmenden dabei möglichst unattraktiv und überflüssig gemacht und im besten Falle um das entsprechende Quartier herumgeleitet werden. Als mögliche Einschränkungen wurden mit großem Abstand vor allem höhere Kosten genannt, gefolgt von der Frage nach Verhaltensveränderungen und persönlichen Einschränkungen als Voraussetzung für ein Leben im Klimaquartier. Auch rechtliche Hürden und einen erhöhten Organisationsaufwand sehen die Teilnehmenden als besonders große mögliche Hindernisse an. Mit Blick auf eventuelle Sanierungsmaßnahmen betonen sie auch die teils schwierige Umsetzung eines Klimaquartiers. Außerdem erachten die Gutachter_innen die soziale Spaltung durch Gentrifizierung und die womöglich auftretende Vorstellung, etwas Besseres zu sein, als nicht unerhebliche Schwierigkeit. Dem gegenüber kann aus ihrer Sicht auch der Verzicht auf persönliche Privilegien für das Leben in einem Klimaquartier zum Problem werden.

Beim Thema Mobilität und Bewegung standen sowohl die ökologische Nachhaltigkeit im Sinne einer Verkehrswende als auch die gesundheitliche Perspektive als Teil der sozialen Nachhaltigkeit im Fokus der Debatte. Nach den drei Kurzvorträgen wurden die Bürgergutachter_innen gebeten, in ihren Kleingruppen konkrete Voraussetzungen und Anreize zu erarbeiten, die von der Stadt Freiburg zur Förderung einer nachhaltigeren Mobilität geschaffen werden könnten. Dabei lag der Fokus zunächst gesondert auf dem Rad- und Fußverkehr als Maßnahme sowohl für den Klimaschutz als auch gegen einen Bewegungsmangel in der Bevölkerung. In der zweiten Teilfrage wurde der Blickwinkel dann auf die Gesamtheit nachhaltigerer Fortbewegungsmöglichkeiten ausgeweitet.

Hinsichtlich der Voraussetzungen für mehr Rad- und Fußverkehr bewerten die Vertreter der Freiburger Bürgerschaft vor allem die Sicherheit und Attraktivität einer Nutzung dieser Mobilitätskonzepte als mit Abstand wichtigsten Punkt. Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist für die Bürgergutachter_innen, dass ein Radwegenetz durchgängig und auch für weitere Strecken nutzbar ist und mit Vorteilen gegenüber dem motorisierten Verkehr attraktiver gemacht wird (beispielsweise durch Vorfahrts-Schaltungen). Auch eine vereinfachte Kombination verschiedener Fortbewegungsmittel wird als wichtige Maßnahme angesehen, indem die Mitnahme von Fahrrädern in öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtert bzw. überhaupt ermöglicht wird. Insgesamt soll die Infrastruktur im Bereich Verkehr verbessert und beispielsweise durch breitere und klar getrennte Wege mehr auf Radfahrer_innen und Fußgänger_innen ausgerichtet werden, wofür aus Sicht der Teilnehmenden durchaus die Autofreundlichkeit der Stadt verringert werden darf. Des Weiteren sollen die Fußwege in der Nähe von Haltestellen besser gepflegt und ausgeleuchtet und die Zahl und Qualität der Fahrradabstellplätze in der Innenstadt erhöht werden. Bei der Frage nach weiteren Maßnahmen für eine nachhaltigere Mobilität in ihrer Stadt wurden vor allem Ansätze zur Förderung des ÖPNV sehr hoch bewertet: So sollte der öffentliche Verkehr aus Sicht der Teilnehmenden mindestens preiswerter, wenn nicht sogar kostenlos ausgestaltet und durch eine höhere Taktung, mehr Barrierefreiheit, ein ausgebautes Streckennetz und bessere Anbindung insgesamt attraktiver gemacht werden. Auch eine Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs durch autofreie Zonen, Tempobegrenzungen und steigende Gebühren bekam viel Zustimmung. Neben neuen Verkehrswegen, wie beispielsweise Fahrradbrücken, und einer flexibleren Ausgestaltung der Ticketangebote im ÖPNV soll nach Meinung der Bürgergutachter_innen der Besitz von Zweit- und Drittwagen über eine städtische Luxussteuer verteuert werden, während der Verzicht aufs Auto wiederum durch eine Prämie finanziell attraktiver werden könnte.

Die Arbeitseinheit „Ernährung und Konsum“ verband in einem weiteren Teilaspekt der BNE die ökologische Nachhaltigkeit mit der Frage nach einer gesunden Lebensweise: Neben Verkehr und Wohnen spielt auch die Ernährung als wichtiger Konsumbereich eine zentrale Rolle sowohl bei der Umsetzung von Klimaschutz- und sonstigen Nachhaltigkeitszielen als auch hinsichtlich der Gesundheit jeder und jedes Einzelnen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass vor allem verpflichtende und genormte Label als zentrale Voraussetzung für bewusstere Kaufentscheidungen angesehen und die bisherigen Ansätze als sehr unübersichtlich wahrgenommen werden. Darüber hinaus ist den Bürgergutachter_innen der Konsum von langlebigeren Produkten besonders wichtig, für den sie eine Befähigung zum eigenständigen Reparieren als wichtige Voraussetzung nennen. Auch eine gezieltere Einkaufsplanung als Bedingung für einen bewussteren Konsum erhielt eine hohe Punktzahl. Um Verpackungsmüll möglichst zu reduzieren,

plädieren die Freiburger Bürgerinnen und Bürger für eine Sanktionierung von Doppelverpackungen. Außerdem möchten sie die Wertschätzung von Konsumgütern generell, aber vor allem auch von Lebensmitteln fördern, weshalb sie eine frühe Sensibilisierung für eine gesunde und nachhaltige Ernährung in der Schule propagieren. Passend dazu wünschen sich die Gutachter_innen nachhaltigere Essensangebote in Mensen und Kantinen und eine Förderung regionaler Produkte. Auch eine Reduzierung bzw. ein Verbot von Massentierhaltung wäre im Sinne der Freiburger Bürgerschaft.

Der dritte Verfahrenstag begann mit einer Arbeitseinheit zum Thema Abfall und Kreislaufwirtschaft. Als wichtiger Teilaspekt der Nachhaltigkeit stellt vor allem die Vermeidung, aber auch die Wiederverwertung von Abfall aus nicht mehr benötigten Konsumgütern und der in ihnen enthaltenen Rohstoffe eine ernst zu nehmende Herausforderung für die Zukunft dar. In diesem Zusammenhang nannten die Teilnehmenden vor allem die Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit der konsumierten Produkte: Sowohl die eigene Vorstellung, dass Konsumgüter möglichst reparierbar sein sollten, als auch die Möglichkeit, Reparaturdienste in Anspruch nehmen zu können, wurden hoch bewertet. An dritter Stelle steht die Bewusstseins-schaffung durch Vorbilder in der Familie, im Freundeskreis oder der Schule, dicht gefolgt von nachhaltigen Einkaufsangeboten und öffentlichen Bildungsmöglichkeiten zur Erweiterung des eigenen Horizonts. Auch die Möglichkeit, Gegenstände und Lebensmittel online oder offline zu verschenken und zu tauschen, war für viele Teilnehmende in der Vergangenheit eine wichtige Voraussetzung für einen nachhaltigeren Konsum.

In der zehnten Arbeitseinheit setzten sich die Bürgergutachterinnen mit dem Themenfeld Arbeit und Digitale Transformation im Zusammenhang mit Bildung für nachhaltige Entwicklung auseinander. Als wichtigsten Punkt sehen die Bürgergutachter_innen hierbei eine Verbesserung in der Vernetzung durch den Wegfall von Dienstreisen und Anfahrten durch Videokonferenzen und Homeoffice. Auf die Arbeit von Zuhause aus soll es nach Ansicht der Teilnehmenden daher einen flächendeckenden Anspruch geben, von dem nur in begründeten Einzelfällen Ausnahmen gemacht werden sollen. Eine zentrale Voraussetzung für die Digitalisierung ist ihrer Meinung nach eine erhöhte Chancengleichheit durch mehr IT-Bildung und Qualifizierung in Schulen und am Arbeitsplatz. Des Weiteren betrachten die Bürgerinnen und Bürger vereinfachte papierlose Prozesse inklusive Datenschutz und Unterschrift und die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen als wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit mit BNE und stellen heraus, dass die Digitalisierung am Arbeitsplatz ihrer Ansicht nach nur klimaneutral umgesetzt werden soll. Auch sehen sie eine Erleichterung in der Zusammenarbeit und im Wissensaustausch zur Entwicklung von nachhaltigen Technologien und Lösungen und plädieren dafür, statt Arbeitsplätzen lieber die Arbeitskräfte selbst zu schützen, wenn es um den Ausbau der Digitalisierung geht.

In der 14. Arbeitseinheit galt es, den Blick von den zuvor bearbeiteten Einzelaspekten auf die Gesamtebene der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Freiburg auszuweiten. Hierfür waren die Bürgergutachter_innen aufgefordert, eine Rückschau auf das bisher Erarbeitete vorzunehmen, aber bei Bedarf auch neue Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen. Dabei erhielt die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE die mit Abstand höchste Punktzahl, gefolgt von Maßnahmen zur materiellen und ideellen Förderung nachhaltigen Handelns, Lernens und Lebens und einer Ausweitung der bestehenden Bildungsangebote. Vor allem nichtstaatliche Organisationen (NGOs) sollen hier Angebote machen. Zudem soll die BNE für Personengruppen mit höheren Zugangshürden in der Gesellschaft besser geöffnet und so Integration und Inklusion bei BNE sichergestellt werden. In Bildungsinstitutionen soll die Bildung für Nachhaltigkeit gefestigt und ausgeweitet werden. Auch das Setzen und Aufzeigen von nachhaltigen Standards und eine Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger erhielten als Themenschwerpunkte einige Stimmen der Teilnehmenden. Mit Punktwerten zwischen 24 und 30 immer noch wichtige Forderungen sind die Bereiche Stadtentwicklung und Wohnen, Verkehr und ÖPNV sowie Müllvermeidung und Instandhaltung. Dieses Ergebnis muss zunächst einmal vor dem Hintergrund des Arbeitsauftrags betrachtet werden, der in erster Linie die Nachhaltigkeitsbildung und weniger direkte Nachhaltigkeitsmaßnahmen von der Stadt in den Vordergrund gerückt hat. Gleichzeitig kann die Priorisierung der Bürgergutachter_innen auch so verstanden werden, dass sie das bestehende Angebot im Bereich Nachhaltigkeit in Freiburg oft schon als ausreichend, die Kommunikation darüber aber als besonders ausbaufähig betrachten.

Nachfolgend stehen die zusammengeführten Ergebnisse der Arbeitseinheit 14 tabellarisch nach Punkten sortiert.

Welche Ansätze sind die wichtigsten für die Nachhaltigkeits-Bildung in der Stadt Freiburg i. Br.?		
1	Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE	92
2	Materielle und ideelle Förderung für BNE	65
3	Bildungsangebote zur Nachhaltigen Entwicklung (NGOs - Nichtregierungsorganisationen)	64
4	Integration und Inklusion bei BNE	55
5	Institutionelle Bildungsangebote zur Nachhaltigen Entwicklung (GOs – Governmental Organisations = staatliche Organisationen)	52
6	Sichtbarmachung und Standardisierung von BNE	46
7	Gesellschaftliche Teilhabe an BNE	35
8	Stadtentwicklung und Wohnen	30
9	Verkehr und ÖPNV	28
10	Müllvermeidung und Instandhaltung	24
11	Verschiedenes	18
		509

Die nach Oberkategorien sortierten Ergebnisse aus der obenstehenden Übersicht sind in der folgenden Tabelle mit den jeweiligen Einzelaspekten und nach Punktzahl sortiert noch einmal ausführlicher dargestellt.

Materielle und ideelle Förderung für BNE	65
Gesamtgesellschaftliche Sozialverträglichkeit sicherstellen (finanzielle Ausgleichs und inklusive Teilhabe)	17
Belohnungssystem (materiell und ideell)	11
Förderung der Vereinskultur und interkulturellen Begegnungsstätten	8
Finanzielle Anreize schaffen (nichtstädtische, nachhaltigkeitsorientierte Gruppierungen finanziell unterstützen)	7
Kooperation mit Arbeitgebern – Anreize für Fortbildungen schaffen	7
Finanzierung von Einrichtungen und BNE-Angeboten anhand von Kriterien, z. B. inklusiv, divers	6
Finanzielle Anreize schaffen für politisches Engagement	5
Subventions- und Förderungs-Programme	2
Maßnahmen zur Förderung weniger angesehener Berufe (Bäcker, Pflegeberufe, Handwerker)	2
Bildungsangebote zur Nachhaltigen Entwicklung (NGOs - Nichtregierungsorganisationen)	64
Mehr Menschen außerhalb der klassischen Bildungseinrichtungen/Erwachsene (35 +) gezielter erreichen	21
Bildungsangebote für unterschiedliche AkteureInnen (z. B. Startups, UnternehmerInnen, HausbauerInnen)/ Zielgruppendifferenzierung	15
Beratungsstellen zu allen Themen der Nachhaltigkeit	5
Anreize und Interesse wecken für Bildungsangebote, die begeistern!	5
Praxisorientiertes Lernen fördern	5
Anreize für durchmischte Bildungsgruppen	4
Niederschwellige Zugänge zu lebenslangem Lernen schaffen	4
Mehr Förderung von privaten Bildungsangeboten zu Nachhaltigkeit	3
Orte schaffen, an denen man sich bilden kann	2
Integration und Inklusion bei BNE	55
BNE für alle (inklusiv, barrierefrei und mit Bürgerbeteiligung, Informationsfluss und -verständnis)	25
Inklusion konsequent mitdenken	11
Einstiegsbarrieren abbauen (z. B. sprachensible Kommunikation: leichte Sprache, Übersetzungen)	10
Integration und Inklusion aller in Freiburg und Umgebung lebenden Menschen	6
Bildungseinrichtungen inklusiv und nachhaltiger gestalten	3

Institutionelle Bildungsangebote zur Nachhaltigen Entwicklung (GOs – Governmental Organisations = staatliche Organisationen)	52
Institutionelle und informelle Bildungsarbeit (schulisch und außerschulisch)	11
Verpflichtende Weiterbildung für Lehrende (Kita bis Universität) im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung	10
Strukturelle Verankerung der BNE (z. B. in Behörden, Schulen, Betrieben)	9
Entwicklung eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes über alle Lebensphasen (von der Kita bis zum Senior_innenheim)	8
Bestehende Strukturen stärken (Bildungseinrichtungen, lokale und regionale Dienstleistungen und Konsumleistungen)	6
Nachhaltigkeit als Querschnittsfach in Bildungseinrichtungen: Petitionen an das Kultusministerium	4
Sportliche Bildung für Jugendliche (z. B. Fitness ab 14 Jahren)	3
Bessere Aufklärung und Information in Schulen und Kitas	1
Sichtbarmachung und Standardisierung von BNE	46
Sichtbarmachen des CO ₂ -Ausstoßes	18
Nachhaltige Standards greifbarer und sichtbarer machen	12
Bessere Vernetzung von bestehenden Institutionen, Akteuren und Vereinen	7
Transparenz zum Stand der Nachhaltigkeit	5
Nachhaltigkeit soll nicht ausschließlich mit Verbot und Verzicht verbunden werden (einfach und attraktiv)	3
Zusätzlich müssen neben den Verbraucher_innen auch Industrie, Handel und Verwaltung in den Fokus gerückt werden	1
Gesellschaftliche Teilhabe an BNE	35
Teilhabe bei politischen Entscheidungen zu Nachhaltigkeit (Bürger_innenbeteiligungsformate)	11
Partizipationsmöglichkeiten (Selbstorganisation, soziale Bewegungen)	8
Mehr verbindliche Bürger_innenentscheide	6
Folgeprozesse mit BNE mit Bürger_innenbeteiligung (anknüpfend an das Bürger_innengutachten), z. B. durch Stadtteilworkshops	5
Bürger_innen-nahe Politik erweitern	5
Stadtentwicklung und Wohnen	30
Nachhaltige Stadtentwicklung (Bauen, Verkehr, Abfall, Wohnen, sozialer Zusammenhalt gemeinsam betrachten)	10
Wohnen (klimaneutral, bezahlbar, Forschung zum Dämmmaterial, energieeffizient)	8
Vorreiter_innen in Sachen Ökologie werden (ökologischen Fußabdruck auf Null bis 2030/Zero-Waste-City werden)	8
Angeleitete Bewegungsangebote niederschwellig in allen Stadtteilen (Sport im Park erweitern)	3
Quartiersarbeit mit Fokus auf Nachhaltigkeit	1
Verkehr und ÖPNV	28
Verkehrswende (ÖPNV, Fahrradwege, Preise) bis ins Umland	13
Verkehrswende (z. B. ÖPNV-, Fahrrad- und Fußgängerstadt)	10
Einbindung ALLER Interessengruppen bei der Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes	3
Nachhaltige und sinnvolle Nachverdichtung	2
Müllvermeidung und Instandhaltung	24
Abfall und Kreislaufwirtschaft (Müllvermeiden, Reparierbarmachen, Gebrauchtmärkte, gute Einkaufsplanung)	13
Müllvermeidung bis zur Zero Waste City	7
Stadtpflege optimieren (z. B. Müllentsorgung, Denkmalschutz und Instandhaltung)	4
Verschiedenes	18
Selbstwirksamkeit bei ökologischem Handeln ermöglichen	4
Digitales Format	3
Veranstaltungen	3
Projekte initiieren und fördern	3
Bewusstsein schaffen und Zugänglichkeit ermöglichen in allen drei Bereichen der BNE	3
Zielgruppenorientierung	2
Gesamt	509

Die letzte inhaltliche Arbeitseinheit diente der Konkretisierung der zuvor aufgestellten Ansätze.

Mit Blick auf die ausgearbeiteten Vorschläge an die Stadt Freiburg fällt auf, dass den Vertreterinnen und Vertreter_innen der Freiburger Bürgerschaft vor allem die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE besonders wichtig ist. So haben in den Planungszellen 2, 3 und 4 gleich mehrere Kleingruppen zu diesem Oberthema einen Maßnahmenkatalog entwickelt. Dabei wünschen sich die Bürgergutachter_innen zunächst eine bessere Darstellung bzw. Bekanntmachung der bereits bestehenden Angebote über verschiedene öffentliche Kanäle sowie über die Etablierung einer Nachhaltigkeits-App und eines Nachhaltigkeitsmagazins der Stadt Freiburg. Auch ein Infozentrum für Bürger_innen zu Photovoltaik-Optionen für Bürger_innen und die flächendeckende Nutzung von öffentlichen Plätzen und Werbeflächen für Nachhaltigkeitsthemen sind den Teilnehmenden ein wichtiges Anliegen. Des Weiteren schlagen die Gutachter_innen eine Nachhaltigkeitswoche bzw. ein Nachhaltigkeits-Volksfest mit verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen vor und plädieren für eine Stärkung des Austauschs unter allen Einwohnenden durch verschiedene lokale Maßnahmen. Ein weiterer Wunsch der Bürgerschaft im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist die Organisation von Stadtführungen zum Thema Nachhaltigkeit, bei denen die bestehenden BNE-Einrichtungen und Anlaufstellen für nachhaltigen Konsum vorgestellt und gezielt verschiedene Bevölkerungsgruppen einbezogen werden sollen.

In der Planungszelle 1 lag der Fokus in besonderem Maße auf der Sichtbarmachung und Standardisierung von BNE, sodass auch hier die Sensibilisierung möglichst vieler Freiburger_innen im Vordergrund steht, jedoch der Schwerpunkt mehr auf einer strukturellen Einbettung nachhaltiger Standards liegt. So wünschen sich die Bürgergutachter_innen in erster Linie mehr Transparenz der CO₂-Bilanz von Lebensmitteln, weshalb sie vor allem in städtischen Mensen und Kantinen, aber auch für private Gastronomiebetriebe eindruckliche Farbskalen und die Einführung eines freiwillig zu zahlenden alternativen Preises empfehlen. Auch in Bezug auf den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor sprechen sich die Teilnehmenden für mehr Sichtbarkeit durch positive Verstärkung im ÖPNV aus und schlagen mit dem „Modellprojekt Nachhaltiger Bahnhof“ verschiedene Maßnahmen für mehr Transparenz und Sensibilisierung vor.

Ebenfalls von mehreren Kleingruppen unabhängig voneinander bearbeitet wurden die Themenbereiche der institutionellen Angebote und Förderung im Bereich BNE sowie der Müllvermeidung und -standhaltung.

4.3. Die Handlungsempfehlungen der Bürgergutachter_innen im Detail

Insgesamt haben die Bürgergutachter_innen zu fast allen der übergeordneten Punkte aus Arbeitseinheit 14 weiterführende Empfehlungen ausgearbeitet, die nachfolgend aufgelistet sind.

„Sichtbarmachung und Standardisierung von BNE (Sichtbarmachen des CO₂-Ausstoßes)“

Die „wahren Kosten“ von Lebensmitteln

- ▶ in Anlehnung an ein Projekt der Universität Augsburg mit dem Discounter Penny, bei dem es in einem Probe-Markt zwei Preisschilder gibt – eines gibt an, was die Waren kosten müssten, wenn die sozialen Kosten enthalten wären
- ▶ dies könnte die Stadt in ihren Mensen und Kantinen übernehmen, beispielsweise für ein Schnitzel usw.
- ▶ Gastronom_innen könnten dafür gewonnen werden
- ▶ Angebot, dass Kund_innen freiwillig den „grünen“ Preis zahlen

Kennzeichnung CO₂-Ausstoß

- ▶ in Kantinen und Mensen eine CO₂-Wolke mit einer Farbskala, die anzeigt, wieviel Treibhausgas für das jeweilige Essen entstanden ist
- ▶ 1 bis 3 Wassertropfen zeigen symbolisch den Wasserverbrauch an
- ▶ Anzeige der Nährwerttabelle jedes Essens/Nutri-Score
- ▶ Maßnahmen sollten zu einer Website mit mehr Informationen führen
- ▶ positive Verstärkung im ÖPNV „Danke, dass Sie CO₂ sparen. Ihre Fahrt spart ...“

„Sichtbarmachung und Standardisierung von BNE (Nachhaltige Standards greifbar und sichtbar machen)“

Modellprojekt Nachhaltiger Bahnhof

- ▶ Anzeige auf Wartetafeln, Plakaten oder Spruchbändern in Echtzeit: Vergleiche wie
- ▶ „Der Zug hat 5 Minuten Verspätung, in dieser Zeit werden x km² Regenwald abgeholzt und Ähnliches (auch auf Englisch)
- ▶ Angebot einer Fitnesspause während der Wartezeiten, zum Beispiel ein Ergometer zur Stromerzeugung; Gratisticket je nach der Menge an Strom, die man beim Radeln produziert hat
- ▶ Bezahlssystem wie in Moskau: z. B. für zehn Kniebeugen eine Fahrkarte
- ▶ auf dem Raum zwischen den Gleisen Aufklärungskampagnen wie etwa die Klimastreifen auf der S-Bahn, eine Rückwärtsuhr bis zum Tag 0, Hinweise zum Fleischkonsum etc.
- ▶ Einwegverbot, mitgebrachte Flaschen können Wasser vor Ort aufgefüllt werden (ggf. gefiltertes Regenwasser), ansonsten Pfandsysteme
- ▶ Begrünung der Gleisüberdachungen
- ▶ Recyclingeimer mit Trennmöglichkeiten und attraktiven „Klimasprüchen“

„Bildungsangebote zur Nachhaltigen Entwicklung – NGOs (Nichtregierungsorganisationen) (Menschen außerhalb der klassischen Bildungseinrichtungen/ Erwachsene (35+) gezielter erreichen)/ Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Informieren auf allen Kanälen/ Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit)“

Werbekampagne für Nachhaltigkeit

- ▶ Zielgruppe: Erwachsene außerhalb des Bildungssystems
- ▶ für mehr Awareness sorgen
- ▶ eindrückliche Diagramme und Statistiken
- ▶ Flyer und Broschüren
- ▶ leicht zugängliche Informationen im ÖPNV und an öffentlichen Plätzen, die zum Umdenken animieren

„Verschiedenes (Projekte initiieren und fördern)“

Flohmarkt in verschiedenen Stadtteilen

- ▶ führt zu mehr Miteinander und zu mehr Nachhaltigkeit durch Wiedergebrauch der Waren
- ▶ Verkehrsentlastung durch Straßenfest
- ▶ als freiwilliges Angebot, von der Stadt unterstützt und ermöglicht
- ▶ sollte sich selbst tragen (die Veranstalter_innen des Habsburger-Flohmarktes haben auch etwas davon)
- ▶ alle drei Monate, eher von Frühjahr bis Herbst
- ▶ Angebot für Kinder, z. B. Spielmobil
- ▶ Silent Disco (eine Disco, bei der verschiedene Musik über Kopfhörer gehört und gemeinsam betanz werden kann, während Außenstehende ihre Ruhe haben)

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit)“

Mehr Information über bestehende Angebote durch

- ▶ zentrale Infoplattform
- ▶ Information im Stadtmagazin
- ▶ Verbesserung der Aufmachung und Erweiterung in der Nachhaltigkeitsrubrik im Amtsblatt z. B. durch die Umbenennung des Amtsblattes zur Steigerung der Attraktivität

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit) Stadtentwicklung und Wohnen (Quartiersarbeit)“

Nachhaltigkeitswoche mit folgenden Aktionen:

- ▶ nachhaltige Angebote in Restaurants, Mensen, Kantinen, Supermärkten
- ▶ VAG-Einzelfahrten für 50 Cent
- ▶ lokales Angebot in Quartieren motivieren
- ▶ Sonderausgabe des Amtsblatts
- ▶ im Zentrum Infostände als Möglichkeit für Bürger_innen Angebote kennenzulernen
- ▶ Projektwoche in Kitas und Schulen
- ▶ Vereine und Kirchen aktiv einbeziehen
- ▶ Präsenz politischer Entscheidungsträger_innen
- ▶ Nachhaltigkeitspreis öffentlichkeitswirksam ausloben (höher dotiert als mit „Holzherz“!)
- ▶ Infostände von Ämtern, Infos z. B. zur Förderung von Photovoltaik
- ▶ Inklusionsbegleiter_innen, die Menschen mit körperlicher, psychischer oder sprachlicher Barriere in dieser Woche unterstützen
- ▶ Flohmarkt
- ▶ autofreier Sonntag

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit)/ Verschiedenes (Zielgruppenorientierung)“

Schaffung einer Nachhaltigkeits-App, betrieben von der Stadt Freiburg

- ▶ mit Nachhaltigkeitsangeboten z. B. der VAG, ASF, Waldhaus, Ökostation verlinken
- ▶ Kontaktmöglichkeit bei Reparaturbedarf, Schadensmeldungen, wildem Sperrmüll etc.
- ▶ wird beworben z. B. auf Festen, Plakaten, im Amtsblatt, in den VAG- und ASF-Apps, in den sozialen Medien, bei digitalem Behördenzugang, in Schulen

Stadtmagazin für Nachhaltigkeit

- ▶ analog zu Kids Go
- ▶ d. h. Printmagazin mit aktuellen Projekten, bestehenden Läden etc.
- ▶ auch im Internet verfügbar
- ▶ mit „Push“-Newsletter (statt Pull)
- ▶ Printmagazin wird in Läden und Vereinen ausgelegt

Infozentrum für „Photovoltaik auf jedes Dach“

- ▶ geht proaktiv auf Bürger_innen zu
- ▶ Energieversorger_innen bieten das komplette Konzept, tragen Kosten und bezieht den Strom
- ▶ Bürger_innen sollen Vorteile, keine Nachteile haben

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit) Omnipräsente Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit“

- ▶ VAG-Quiz zu Nachhaltigkeitsthemen/Klimawandel in Straßenbahn und Bus erweitern (auch an Haltestellen)
- ▶ öffentliche Werbeflächen der Stadt über Quote und bei Leerstand für Nachhaltigkeitsthemen nutzen, Nachhaltigkeitskriterien für Werbeanzeigen
- ▶ Einleger in Amtsblatt
- ▶ Zusammenarbeit mit Geschäften und Einkaufsläden
- ▶ schockierende Zahlen und Fakten, öffentliche Entwicklungen und Tipps für Zuhause
- ▶ breites Angebot, nicht nur Panikmache
- ▶ mehr regionales und saisonales Gemüse in öffentlichen Kantinen (vegetarisch oder vegan)

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit)/ Verschiedenes (Veranstaltungen)/ Stadtentwicklung und Wohnen (Vorreiter in Sachen Ökologie werden)“

Veranstaltungen/Nachhaltigkeits-Volksfest/Nachhaltigkeits-Tage

- ▶ Produktinformationen an Essensständen aushängen, eigener Stand der Stadt zu nachhaltigen Aktivitäten
- ▶ Freifahrtscheine und Freigetränke bei Teilnahme
- ▶ sehr viel Werbung/muss in aller Munde sein
- ▶ jährliche Freiburger Nachhaltigkeitstage sollen einen Volksfestcharakter entwickeln und ein gesamtgesellschaftliches positives Nachhaltigkeitsgefühl in der Bevölkerung erzeugen
- ▶ Volksfest mit nachhaltigen Attraktionen und Fahrgeschäften, nachhaltigen Essensständen, (Bio-) Bierzelt und diversen Informationsangeboten als ein Aushängeschild der Stadt Freiburg
- ▶ Nachhaltigkeitstage werden mit einer breit gefächerten Kampagne seitens der Stadt bzgl. Nachhaltigkeitsthemen begleitet: Werbung als Flyer oder Plakate, ÖPNV-Werbung, etc.
- ▶ auch außerhalb der Freiburger Nachhaltigkeitstage ist die Stadt bestrebt, ein vergrößertes Angebot an Naturlehrpfaden, Trimm-dich-Pfaden und Workshops zu erstellen

„Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Umfassenden Austausch zwischen allen Einwohnenden fördern)“

Umfassenden Austausch zwischen allen Einwohnenden fördern

- ▶ vermehrter Austausch zwischen allen Bürger_innen durch lokale Informations- und Bildungsveranstaltungen, Nachbarschaftshilfe und geeignete Gremienarbeit
- ▶ „Materielle und ideelle Förderung für BNE (Finanzierung von BNE)“
- ▶ Finanzierung von BNE
- ▶ durch Festlegung eines prozentualen Anteils für BNE im Haushalt Freiburg
- ▶ Bürger_innenbeteiligung bei der Verteilung des Geldes, zielgruppenorientiert und niedrigschwellig
- ▶ „Topf“ für selbstorganisierte Initiativen
- ▶ Stabsstelle

„Materielle und ideelle Förderung für BNE (Belohnungssystem)“

Belohnungssystem

- ▶ die Kein-Auto-Prämie – Prämie für Nichtbenutzung des Autos (bei Abgabe des Autos oder Führerscheins), dafür Förderung von E-Bikes
- ▶ Vergütungspauschale für Teilnahme an Kursen
- ▶ wer kein Auto hat, bekommt die Regio-Karte günstiger
- ▶ finanzielle Förderprogramme im ÖPNV-Bereich
- ▶ Senkung der Müllgebühren bei verminderter Müll-Produktion

„Verkehr und ÖPNV (Verkehrswende)“

Verkehrswende

- ▶ mehr Sicherheit für Radwege
- ▶ Umwandlung von Autofahrbahnen in Rad- und Fußwege
- ▶ Attraktivitätssteigerung des ÖPNV
- ▶ Reduktion des Autoverkehrs in der Stadt

„Institutionelle Bildungsangebote zur Nachhaltigen Entwicklung – GOs (Governmental Organisations = staatliche Organisationen) (Strukturelle Verankerung der BNE)“

Strukturelle Verankerung der BNE

- ▶ BNE-Projekte in Kitas, Schule und Uni verpflichtend machen (Schüler_innen bilden Schüler_innen)
- ▶ Nachhaltigkeit als Schulfach

**„Institutionelle Bildungsangebote zur Nachhaltigen Entwicklung – GOs (Governmental Organisations = staatliche Organisationen)
(Ganzheitliches Bildungskonzept)“**

- ▶ häufigere Weiterbildungsangebote für alle, insbesondere Senior_innen, bezüglich Digitalisierung
- ▶ Zu: Müllvermeidung und Instandhaltung (Müllvermeidung)/Stadtentwicklung und Wohnen (Vorreiter in Sachen Ökologie werden)
- ▶ erweitertes Pfandsystem mit höheren Beträgen

Ganzheitliches Bildungskonzept

- ▶ „von der Kita bis zum Senior_innenheim“
- ▶ Städtische Stabstelle für BNE finanziell und personell ausbauen, um die Ziele besser umsetzen zu können
- ▶ mehr Präsenz bei öffentlichen Veranstaltungen, auf Festen, in Vereinen, Schulen etc.
- ▶ Nachhaltigkeitsmanager_in als Multiplikator_in für Informationen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung
- ▶ gezielte Weiterbildungsmaßnahmen

„Integration und Inklusion bei BNE (BNE für alle)“

„BNE-Karawane“

- ▶ soll Vernetzung und Austausch fördern
- ▶ niederschwelliges, mehrsprachiges und inklusives Angebot
- ▶ konsequentes nachhaltiges Vorbildverhalten, beispielsweise durch
 - entsprechendes Catering in Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Kantinen
 - Mülltrennung
 - fest etablierte Gewohnheit, in Kitas Anziehsachen weiterzugeben (z. B. Gummistiefel)“

**„Müllvermeidung und Instandhaltung (Müllvermeidung bis zur Zero Waste City)/
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu BNE (Bessere Information)“**

Öffentlichkeits-Aufklärungsmaßnahmen zur Müllvermeidung

- ▶ Ziel ist Zero Waste (gar kein Abfall mehr)
- ▶ Müllabholung „on demand“ (auf Anforderung)
- ▶ mehr Öffentlichkeit für das Thema schaffen, z. B. durch Werbung im ÖPNV
- ▶ bessere Informationen zur Mülltrennung, z. B. durch Piktogramme auf den Mülltonnen
- ▶ Restmüll nach Gewicht abrechnen

Institut für Biologie und ihre Didaktik

Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe BNE der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Das Institut und die Arbeitsgruppe BNE zeigen ihre Stärken besonders in der Forschung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. *„Wir sind in diesem Feld schon seit vielen Jahren unterwegs und suchen immer nach Erkenntnissen, die uns zeigen, wie man Bildung für nachhaltige Entwicklung wirksamer unterrichten kann,“* – so der Institutsdirektor und Leiter der Arbeitsgruppe BNE Prof. Dr. Werner Rieß. Man geht zum Beispiel als Partner in einem großen internationalen Projekt, an dem sich rund 40 Forschungseinrichtungen weltweit beteiligen, der Frage nach, wie man die Lernerfolge bei der Beschäftigung mit dem Klimawandel unter den Schüler*innen messen kann und wie kompetent die

Lehrkräfte in der Klimabildung sind. Ein weiteres Beispiel: Beauftragt vom Kultus- und Umweltministerium hat man im Projekt BUGEN erfasst, wie stark sich die Nachhaltigkeitskompetenz (Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen) im Laufe eines Schuljahres bei Schüler*innen der Klassenstufen 5-8 entwickeln und welche Merkmale Lehrer*innen besitzen, die diese Schüler*innen besonders wirksam fördern. Auch das Reden über Nachhaltigkeit wird untersucht: In welchen Bildern denken und Reden Schüler*innen wie Erwachsene wir über den Klimawandel und andere Probleme nicht nachhaltiger Entwicklung? Wie kann man im Unterricht über diese Bilder sprechen?



Bildquelle: Hannah Oßwald

Näheres zu diesen und vielen anderen Forschungsprojekten zur Bildung für nachhaltige Entwicklung finden sich unter <https://www.ph-freiburg.de/biologie/forschung.html>

5 BNE in Freiburg – Rückbezüge zur UNESCO Initiative „BNE 2030“

Die Bürger_innenbefragung (Kap. 1) zeigt: Das Interesse an der nachhaltigen Entwicklung Freiburgs ist sehr hoch. Die Leistungen der Stadt werden in dieser Hinsicht mit deutlicher Mehrheit von den Bürger_innen positiv eingeschätzt – auch wenn man sich weiterhin ein vermehrtes Engagement wünscht und dazu viele Vorschläge in der Ideenwerkstatt mit Jugendlichen (Kap. 3) sowie dem Bürger_innengutachten (Kap. 4) zu finden sind, die an dieser Stelle nicht noch einmal im Detail aufgegriffen werden. Der Bildung für nachhaltige Entwicklung wird in diesem Zusammenhang eine starke Bedeutung zugewiesen. Dieses ergibt sich aus dem Ranking der wichtigsten Handlungsfelder im Bürger_innengutachten (Kap. 4) wie auch aus der Befragung der Bürger_innen zu BNE (Kap. 1). In allen Bildungsbereichen inklusive der Weiterbildung wird – über alle Altersgruppen hinweg – dafür plädiert, BNE in erheblichem Maße auszuweiten. In den einzelnen Kapiteln finden sich dazu zahlreiche detaillierte Vorschläge der Teilnehmenden an den Teilstudien dieser Erhebung.

Betrachtet man die vier Teilstudien zur BNE (Bürger_innenbefragung, Netzwerkanalyse, Ideenwerkstatt, Bürger_innengutachten) rückblickend in Bezug auf die in der Einleitung zu diesem Bericht dargestellte Roadmap der UNESCO für die weltweite Initiative „BNE 2030“⁶⁸, die international als Maßstab der kommenden Jahre für die Verankerung von BNE gilt, so ergibt sich für die fünf dort genannten zentralen Handlungsfelder folgendes Bild:

Eine wesentliche Zielstellung ist (1) die Einbeziehung der Jugend. Diese ist deutlich ausgeprägt. Sie steht im Fokus der Lokalen Bildungsinitiativen (Kapitel 2), da den Anbieter_innen wesentlich ist, speziell Kinder und Jugendliche zu befähigen, im Sinne der Nachhaltigkeit handeln zu können. In welchem Maße dabei die Teilhabe an Entscheidungsprozessen gegeben ist (etwa: Ausgestaltung, Schwerpunkte der Veranstaltungen), ließ sich nicht eruieren, wohl aber ist Partizipation, wie die Erhebung ausweist, ein wesentliches Ziel der allgemeinen Bildung der lokalen Bildungsanbieter_innen. Die Ideenwerkstatt (Kap. 3) machte jedoch ein weit über das bestehende Maß hinausgehendes Interesse der Jugendlichen an Mitsprache und Wissen über nachhaltige Entwicklung deutlich. Hier zeigt sich eine erhebliche Diskrepanz zwischen den schon vorhandenen zahlreichen Aktivitäten zur Einbeziehung der Bürger_innen der Stadt in Fragen der nachhaltigen Entwicklung und dem Wissenstand der Jugendlichen über diese Aktivitäten. Denn viel der von den Jugendlichen vorgeschlagenen Maßnahmen, Projekte und Ideen sind letztlich schon von der Kommune aufgegriffen worden und befinden sich in der Umsetzung. Zugleich ist den an der Ideenwerkstatt beteiligten Jugendlichen ein hohes Maß an Detailkenntnissen sowohl über nachhaltige Entwicklung wie über lokale Innovationspotentiale nicht abzusprechen. Offensichtlich erreichen die Informations- und Mitmachangebote der Stadt bisher selbst sehr gut informierte Jugendliche noch nicht in hinreichendem Maße. Nimmt man die Erkenntnisse aus der Bevölkerungsumfrage zu BNE hinzu (Kap. 1), so liegt ein noch nicht ausgeschöpftes Potenzial zivilgesellschaftlichen Engagements junger Bürger_innen vor.

Das (2) politische Engagement für BNE lässt sich an den Nachhaltigkeitsinitiativen Freiburgs, an der Nachhaltigkeitsstrategie und den zugeordneten Indikatoren der Stadt festmachen. Hier ist BNE nur schwach präsentiert. Dagegen wird aber auch ein Netzwerk zu „Nachhaltigkeit Lernen“ gepflegt, und es gibt für die Schulen Leitlinien sowie Ressourcen für die Projektförderung. Es ließe sich – soweit dieses in der Hand der Kommune liegt – das Potenzial der Stadt erweitern (s.o. z.B. im Bereich Kommunikation und Netzwerkpflge; Koordination zwischen den Ämtern). Viele Vorschläge, die sich im Kap. 2 (Netzwerkanalyse) und insbesondere im Bürger_innengutachten (Kap. 4) finden, beziehen sich auf eine zu verbessernde Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, die hier nicht im Detail wiederholt werden soll. Es scheint daher weniger an politischem Engagement der Stadt für die nachhaltige Ent-

⁶⁸ UNESCO: UNESCO (2020): Education for sustainable development: a roadmap. Paris.
<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374802.locale=en>.

wicklung zu fehlen, als in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, um die Aktivitäten Freiburgs in der Bevölkerung deutlicher sichtbar zu machen. Speziell im Bereich von BNE sind viele Vorschläge in den Teilstudien zu finden, wie sich die Vernetzung der lokalen Bildungsanbieter_innen und die Einbindung städtischer Ämter und Einrichtungen noch verbessern ließe.

Die (3) in der Roadmap mit hoher Bedeutung adressierte Qualifikation von Lehrkräften und Multiplikator_innen liegt z.T. nicht in der Hand der Stadt, sondern ist Landessache. Mit Blick auf das Jahr 2030, in dem die Ziele der SDGs im Bereich von Bildung für nachhaltige Entwicklung erfüllt sein sollten, sind die unmittelbar auf praktisches Handeln zielenden Befähigungen zentral. Dem korrespondieren die Aussagen in der Bürger_innenbefragung (Kap. 1) wie auch Empfehlungen im Bürger_innengutachten (Kap. 4) und die Vorschläge aus der Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen (Kap. 3). Hier besteht weiterer Handlungsbedarf. Das betrifft vor allem die Weiterbildung bzw. nonformale Bildung. Die Bürger_innenbefragung (Kap.1) ergab eine deutliche Zustimmung zur Notwendigkeit, die Angebote der lokalen Anbieter_innen von BNE noch auszuweiten und insbesondere Veranstaltungen sowie Informationen zu offerieren die zum praktischen Handeln anleiten. Zugleich aber wird man den lokalen Anbieter_innen von BNE attestieren müssen, dass sie als Multiplikator_innen aktiv sind. Was ihnen allerdings oftmals fehlt, ist eine feste Ansprechperson in den Schulen und Kitas.

Die Roadmap sieht auch (4) die komplexe Orientierung der Institutionen an BNE vor (Gesamtinstitutioneller Ansatz). Das heißt, die Einrichtungen selbst sind Vorbild bei der nachhaltigen Entwicklung. Dieses betrifft den Umgang mit Ressourcen, die übergreifende Verankerung von BNE in allen Fächern (im Falle der Schule), die Kooperation mit anderen Akteur_innen (wie in der Förderung des Projektes „Freiburger Kleeblätter“ durch die Stadt schon praktiziert), Qualifikation des gesamten Personals u.a.m. Welche lokalen Bildungsträger, aber auch unter kommunaler Aufsicht stehenden Einrichtungen diesem Ansatz schon genügen, konnte nicht erfasst werden, da in Freiburg keine entsprechenden Indikatoren verfügbar sind. Es bieten sich aber Initiativen an, die den sogenannten „whole institution approach“ durch Zertifizierungen fördern (für die Schulen z.B. die Beteiligung an der Kampagne „Umweltschule in Europa – Internationale Nachhaltigkeitsschule“ der DGU⁶⁹ oder die Übernahme der Zertifizierung außerschulischer BNE-Einrichtungen, wie in vielen Bundesländern schon praktiziert⁷⁰). Bei einer Fortschreibung der Nachhaltigkeitszeile der Stadt könnte die Auszeichnung von lokalen Bildungseinrichtungen als tragfähiger Indikator für die Verankerung von BNE gelten.

Als weiteren wichtigen Aspekt benennt die Roadmap (5) die lokale Ebene. Sie wurde im Rahmen der Erhebungen detailliert betrachtet. Freiburg bietet hier eine stark diversifizierte lokale Struktur. Ersichtlich wurde an vielen Stellen der Netzwerkanalyse (Kap. 2) aber auch, dass sich die Kommunikation in diesem Lern- und Handlungsfeld noch optimieren lässt. Der lokale Handlungsbezug erfährt bei den lokalen Bildungsanbieter_innen noch nicht die starke Bedeutung, den er erhalten könnte. So könnten sie noch stärkere Handlungsimpulse entlang der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt setzen, wie dieses laut Bürger_innenbefragung (Kap. 1) und Bürger_innengutachten (Kap. 4) gewünscht wird. Dafür sind die Rahmenbedingungen mit der Vielfalt der Anbieter_innen und dem bestehenden Engagement der städtischen Ämter gesetzt. Sie können auf lokaler Ebene mit Perspektive auf 2030 wichtige Impulse für die strukturelle Verankerung BNE und damit der nachhaltigen Entwicklung Freiburgs insgesamt setzen.

69 <http://www.umwelterziehung.de/projekte/umweltschule/>

70 Beispiel: <https://bne-zertifiziert.de/>

Eine Welt Forum Freiburg e.V.

Das Freiburger Netzwerk für globale Gerechtigkeit

Das Netzwerk umfasst Organisationen aus Freiburg sowie der Region Südbaden. Es setzt sich für eine weltweit nachhaltige und gerechte Zukunft ein. Neben der Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement liegt ein Schwerpunkt des Netzwerks auf einer umfänglichen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, vor allem zu entwicklungs- und umweltpolitischen Themen. Dem Eine Welt Forum Freiburg ist es wichtig, nicht nur zu informieren, sondern auch zu zeigen, wo man persönlich aktiv werden und sich engagieren kann. Die Bildungsangebote zur Bildung für nachhaltige Entwicklung und zum Globalen Lernen sind ebenso zahlreich wie vielseitig.

„Unser Anliegen ist es, die globalen Zusammenhänge deutlich zu machen und zu ermutigen, gemeinsam Verantwortung für ein gerechtes, zukunftsfähiges Zusammenleben in der Einen Welt zu tragen, denn der Klimawandel sowie ungerechte Lebens- und Arbeitsverhältnisse gehen uns alle an“, sagt die Geschäftsführerin des Eine Welt Forum Freiburg Dagmar Große. So reicht das Spektrum der Veranstaltungen von der Befassung mit Rassismus, der Unterdrückung von Frauen und Kolonialismus über den Klimawandel sowie nachhaltiger Ernährung und Landwirtschaft bis hin zu Themen wie die „Schokoladenwerkstatt“.



Bildquelle: Eine Welt Forum Freiburg e.V.

Schauen Sie sich den Katalog der Veranstaltungen an.
Es ist sicherlich etwas Interessantes für Sie dabei: <https://ewf-freiburg.de/>

Autor_innen

Ilona Böttger

ist Geschäftsführerin und Gesellschafterin des Fields Institutes. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte liegen in der Koordination von Bildungsnetzwerken, der Entwicklung und Begleitung partizipativer und dialogorientierter Veranstaltungsformate mit Fokus dem auf gesellschaftlicher Transformation.

Maximilian von Eller-Eberstein

ist Team- und Projektleiter am Fields Institute. Die Schwerpunkte sind Jugendbeteiligungsverfahren, qualitativer Bildungsforschung sowie der Entwicklung und Durchführung von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten.

Julius Grund

arbeitet seit 2017 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Futur der Freien Universität Berlin. Ein Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der quantitativen Analyse der Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland.

Prof. Dr. Gerhard de Haan

lehrt und forscht an der Freien Universität Berlin im Bereich der Bildungs- und Zukunftsforschung und leitet dort das Institut Futur. Schwerpunkte seiner Expertise sind die zukünftige Entwicklung des Bildungssystems, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Monitoringprozesse und Bildungslandschaften sowie Grundlagen der Zukunftsforschung.

Diana Kozachek

forscht neben ihrem Masterstudium der Zukunftsforschung am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und ist Gastforscherin im Metaverse XR Research Lab der NTUT Taiwan. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wohlbefinden in virtuellen Räumen und die Schnittstelle zwischen Maschinellern Lernen und Zukunftsforschung.

Lewin Schneider

ist Digitalisierungsexperte und arbeitet in der IT-Sicherheit. Als Zukunftsforscher untersucht er Cyberangriffe und digitale sowie soziale Netzwerke.

Impressum

Herausgeberin

Stadt Freiburg im Breisgau
Dezernat II
Amt für Schule und Bildung
Stabsstelle Freiburger Bildungsmanagement
Berliner Allee 1
79114 Freiburg im Breisgau

Koordination

Hartmut Allgaier
(Bildungsmanagement Stadt Freiburg)
Daniela Wagner
(Bildungsmonitoring Stadt Freiburg)

In Zusammenarbeit mit

Fields Institute Berlin

Ilona Böttger, Berlin
Maximilian von Eller-Eberstein, Berlin
Julius Grund, Berlin
Prof. Dr. Gerhard de Haan, Berlin
Diana Kozachek, Berlin
Lewin Schneider, Berlin

gfb - Gesellschaft für Bürgergutachten

Philipp Baumer, B.A.
Prof. Dr. Wolfgang Bergem,
Kyra Böhme, B.A.
Renate Dattko, M.A.
Gerrit Pfau, Dipl.-Soz.
Antje Probst
Mark Schwalm, M.A.
Prof. Dr. Hilmar Sturm

Wissenschaftliche Begleitung

Prof. Dr. Gerhard de Haan, Berlin

Produktion

Gestaltung

triolog-freiburg

Druck

Bucher & End GmbH,
Kappel-Grafenhausen

Stadt Freiburg
Dezernat für Umwelt, Jugend,
Schule und Bildung

Amt für Schule und Bildung
Stabsstelle Freiburger Bildungsmanagement
Berliner Allee 1
79114 Freiburg im Breisgau

Tel.: 0761/201-2374

Fax: 0761/201-2379

E-Mail: fbm@stadt.freiburg.de

www.freiburg.de/bildungsmanagement

